

... in der mitte angekommen



rechtsextremismus und
gesellschaftliche gegenaktivitäten
in mecklenburg-vorpommern

Impressum

herausgeber
argumente.netzwerk antirassistischer bildung e.V.
lausitzerstr. 10
10999 berlin
T/F 030.61076468
infoMV@argumente-netzwerk.de

produktion und vertrieb:
rat · reihe antifaschistischer texte
c/o schwarzmarkt
kl. schäferkamp 46
20357 hamburg

grafik: sommer + van de loo 040.39805958
fotos: dorfmüller und kröger 040.39906625

dieses projekt wurde gefördert von der otto brenner stiftung

bezugsbedingungen
einzelbestellung: 3€ plus 1€ versandkosten gegen vorkasse
10 Exemplare: 25€ inkl. versandkosten gegen vorkasse
mehrfachbestellungen auf anfrage

1. auflage 2002
5000 exemplare

	seite 1 - 5	vorwort – inhaltsverzeichnis
Kapitel 1 ▶	seite 6 - 21	migrantInnen in mecklenburg-vorpommern
Kapitel 2 ▶	seite 22 - 33	jugendarbeit zwischen erwartungsdruck und ohnmacht
Kapitel 3 ▶	seite 34 - 51	netzwerke – bündnisse – initiativen aktivitäten gegen rechts
Kapitel 4 ▶	seite 52 - 77	braunes mecklenburg-vorpommern? rechtsextremismus und neonazismus
	seite 78 - 79	service: adressen – literatur zum vertiefen und weiter lesen



vorwort

November 2000: In Greifswald wird der Obdachlose Eckhardt Rütz von drei Skinheads mit Pfählen und Tritten zusammengeschlagen und -getreten. Am folgenden Tag erliegt er seinen schweren Kopfverletzungen. Einer der Täter, der 16-jährige Maik J., war bis kurz vor dem Mord Mitglied der NPD. Das Gericht stellt in seiner Urteilsbegründung fest, dass die drei Angeklagten Eckhardt Rütz aus »Verachtung für seine Lebensweise als Obdachloser« getötet und sich »entsprechend ihrer vom nationalsozialistischen Gedankengut geprägten Gesinnung zum Herrn über Leben und Tod aufgespielt« hätten.

Eckhardt Rütz ist einer von vier Obdachlosen, die in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2000 von Rechtsextremen ermordet wurden. Das kleine Bundesland mit den schönen Ostseestränden hat nach Sachsen-Anhalt im Verhältnis zur Bevölkerungszahl die höchste Rate an rechtsextremen Straftaten in Deutschland. Und die Zahl der organisierten Rechtsextremen steigt immer noch an.

März 2001: In Rostock findet die Gründungskonferenz des Bunten Netzwerks gegen Rechtsextremismus statt. Die Bürgerinitiative Bunt statt Braun und der Verein Für Demokratie und Toleranz haben zu diesem Treffen geladen, um die unterschiedlichen Initiativen und Gruppen des Landes zu vernetzen und um die Arbeit gegen Rechts voran zu bringen. »Spätestens nach dem letzten Jahr haben wir alle erkannt, dass die Bekämpfung des Rechtsextremismus keine rasch zu erledigende Aufgabe ist. Und bei vielen bricht sich auch die Erkenntnis Bahn, dass das Problem Rechtsextremismus eine Dimension erreicht hat, die kein politisches Lager und auch der Staat alleine nicht bewältigen kann« heißt es in der Einladung. Aus ganz Mecklenburg-Vorpommern kommen 200 TeilnehmerInnen, die sich an ganz verschiedenen gesellschaftlichen Orten gegen Rechts engagieren. Seit dem Sommer 2000 scheint das Problem Rechtsextremismus in aller Munde zu sein: Fast täglich berichten die Zeitungen des Landes sowohl über die Umtriebe der Rechten als auch über die Aktivitäten, die von verschiedensten Seiten dagegen organisiert werden. Auch von Seiten der Bundes- und der Landesregierung wurde der Rechts-

Kapitel 1 ■ seite 6 - 21 migrantInnen in mecklenburg-vorpommern ▶ 6 migrantInnen und die mitte der gesellschaft – alle gehen davon aus, dass wir wieder gehen. wir werden ihnen zeigen, dass wir bleiben ...
 ▶ **8** damit wollen wir uns nicht abfinden – der flüchtlingsrat mecklenburg-vorpommern ▶ **9** zweiter bericht über deutschland der europäischen kommission gegen rassismus und intoleranz (ECRI) ▶ **10** interpretations-sache ▶ **11** rechtsextreme und fremdenfeindliche einstellungen in der bevölkerung ▶ **12** wirklichkeit für »nicht-deutsche« in mecklenburg-vorpommern ▶ **14** wir machen basisarbeit – die RAAs ▶ **16** neonazistische morde beim namen nennen! ▶ **18** migranten und migrantinnen in mecklenburg-vorpommern ▶ **20** ungerechtigkeiten haben system und werden angeprangert – das media- und kulturzentrum natascha in wismar ■



extremismus plötzlich als ernste Gefahr erkannt und auf die Tagesordnung gesetzt. Bundesmittel für die Arbeit gegen Rechtsextremismus wurden zur Verfügung gestellt, Aussteigerprogramme für Neonazis geschaffen und eigene Polizeieinheiten, die sich des Problems annehmen sollen, ins Leben gerufen. In Mecklenburg-Vorpommern tut sich was. Aber was genau? Und wie wirkungsvoll sind die gesellschaftlichen Strategien gegen Rechts?

Die Idee für eine Veröffentlichung zur Situation in Mecklenburg-Vorpommern entstand durch die Vortragstätigkeit zum Thema »White Noise – rechte Jugendkultur, Rechts-Rock und Skinhead-Musik« von MitarbeiterInnen von argumente – netzwerk antirassistischer bildung e.V. in diesem Bundesland. Auf den Seminaren und Vorträgen wurde in Gesprächen immer wie-

der der Wunsch geäußert, einen Überblick über rechtsextreme Organisation speziell in Mecklenburg-Vorpommern zu erhalten. Das Jahr der Vortragsreisen war gleichzeitig das Jahr der Vernetzung und Bündnisgründungen. Überall regte sich etwas, so schien es, und es wurde versucht, die lokalen Aktivitäten durch Netzwerke landesweit zu stärken. Auch die unterschiedlichen Ansätze und Aktivitäten gegen Rechts waren viel diskutiertes Thema am Rande der Veranstaltungen. So lag es nahe, beides unter die Lupe zu nehmen, die Neonazis und die gesellschaftlichen Gegenkräfte. Ziel der Broschüre ist es, den Blick für die Hintergründe und Ursachen der starken rechtsextremen Tendenzen zu schärfen und einen Beitrag zu der Diskussion um wirkungsvolle Strategien gegen Rechts zu leisten. Sowohl eine genauere Kenntnis über den Organisationsgrad der Neonazis als auch eine Streitbare Auseinandersetzung mit den derzeitigen Aktivitäten gegen Rechts sind notwendig für eine erfolgreiche Arbeit gegen die Dominanz rechtsextremer Weltbilder.

Wie sieht die von der Politik geforderte Zivilcourage, die Arbeit für Demokratie und Toleranz ganz konkret vor Ort aus? Vor welchen Problemen stehen Basisgruppen, SozialarbeiterInnen, Menschen anderer Herkunft oder GewerkschaftsaktivistInnen, die versuchen, den rechtsextremen Tendenzen etwas entgegenzusetzen? Was für Erfahrungen und Einschätzungen haben Menschen, die täglich mit dem Problem zu tun haben – entweder beruflich, aus Engagement oder weil sie zu den von den Rechtsextremen stigmatisierten Gruppen gehören? Um dies zu erfahren, haben wir viele Interviews geführt. Wir waren auf Veranstaltungen von Gewerkschaften und Initiativen, haben Vereine und Jugendeinrichtungen besucht und uns mit lokalen Antifa-Gruppen getroffen. Wir

haben versucht, Stimmungen einzufangen und wiederkehrende Problemlagen zu erfassen. Aus diesen mosaiksteinartigen Informationen wollen wir ein Bild über die Probleme, die bei der Arbeit gegen Rechts entstehen, zeichnen. Diese Broschüre basiert ganz wesentlich auf den von uns geführten Interviews. Eine intensive Presseauswertung und die Auseinandersetzung mit aktuellen Studien, Fachliteratur zum Thema und den Veröffentlichungen der Handelnden – vom lokalen Flugblatt bis zu Publikationen der Regierung – sind das zweite Standbein der Recherche. Diese Arbeitsweise hat dazu geführt, dass die Broschüre sowohl inhaltlich als auch stilistisch einen Puzzle-Charakter erhalten hat. Mehrere AutorInnen waren beteiligt, ganz unterschiedliche Texte sind entstanden. Berichte auf Basis der Interviews wechseln sich ab mit Hintergrundinformationen. Auch eigene politische Analysen und Bilanzen dessen, was wir erfahren haben, wollten wir nicht außen vorlassen. Diese Broschüre braucht nicht von vorne nach hinten gelesen zu werden, je nach Interessenlage kann sie sich genauso gepuzzelt angeeignet werden, wie sie entstanden ist.

Kapitel 2 ■ seite 22 - 33 jugendarbeit zwischen erwartungsdruck und ohnmacht ▶ 22 jugendarbeit zwischen erwartungsdruck und ohnmacht ▶ 24 horizonte – verein für konfliktbewältigung – anti-gewalt-trainings an schulen ▶ 24 die guten ins töpfchen, die schlechten ins kröpfchen – prävention und repression ▶ 26 viele interessiert nicht wirklich, was die jugend treibt – die arbeit des e-werks in sassnitz ▶ 30 perspektiven statt resignation – die brisanz des themas arbeitslosigkeit ▶ 32 nichts hören, nichts sehen, nichts sagen scheint hier die devise zu sein. ■



Die ersten drei Kapitel beschäftigen sich mit den Aktivitäten gegen Rechtsextremismus. Im Kapitel *migrantInnen in mecklenburg-vorpommern* kommen Initiativen und Einrichtungen zu Wort, die für eine Veränderung der Situation von MigrantInnen und Flüchtlingen eintreten. Ergänzt werden die Berichte durch Hintergrundinformationen wie zum Beispiel Umfrageergebnisse zur Verbreitung rassistischer Einstellungen aus aktuellen Studien. In Deutschland ist es immer noch nicht normal, dass Menschen unterschiedlicher Herkunft gleichberechtigt zusammen leben. Die politischen Debatten um Einwanderung und Staatsbürgerschaft werden mit dem Thema Innere Sicherheit aufgeladen und für Wahlkämpfe instrumentalisiert.

Die Nähe vieler Politiker-Äußerungen und die entsprechende Medienberichterstattung zu rechten Stammtisch-Parolen ist unüberhörbar. Mecklenburg-Vorpommern hat einen Ausländeranteil von 1,35 Prozent. Die Wahrnehmung eines nicht unerheblichen Anteils der Bevölkerung zeigt die Irrationalität, die rassistischen Erklärungsmustern für die eigene Lebenslage zugrunde liegt: Oft wird ein AusländerInnenanteil von 30 Prozent und mehr vermutet. MigrantInnen in Mecklenburg-Vorpommern haben es mit einem gesellschaftlichen Klima zu tun, in dem sie per se durch ihre andere

Nationalität, ihre andere Herkunft oder ihre andere Hautfarbe als die Schuldigen an allen möglichen oder unmöglichen Zuständen ausgemacht werden können. »Alle gehen davon aus, dass wir wieder gehen, aber wir werden ihnen zeigen, dass wir bleiben« – so formuliert ein Mitarbeiter des Flüchtlingsrats sowohl die Stimmung im Land als auch seine Motivation für die Arbeit.

Bei der Suche nach Handlungskonzepten gegen die rechtsextremen Tendenzen in der Gesellschaft liegt die Beschäftigung mit der Jugendarbeit auf der Hand: Sowohl bei den Straftaten als auch bei den Studien zu rechtsextremen Einstellungen tun sich Jugendliche in besonderem Maße hervor. Ob in Schulen, Jugendclubs oder Beschäftigungsprojekten: Der Frage nach wirkungsvollen pädagogischen Konzepten gegen Rechts kann sich niemand entziehen. Heißt Arbeit gegen Rechts primär Arbeit mit rechten Jugendlichen? Oder müssten vielmehr die Möglichkeiten für nicht-rechte Jugendliche wesentlich verbessert werden? Welche Rolle spielt die allerorten diskutierte Jugend-Arbeitslosigkeit? Diesen Fragen wird im Kapitel *jugendarbeit zwischen erwartungsdruck und ohnmacht* nachgegangen.

gen. Der Erwartungsdruck aber auch die Hilflosigkeit ist in der pädagogischen Arbeit mit Jugendlichen besonders groß. Im Rahmen der Broschüre kann kein Überblick über die Jugendarbeit in Mecklenburg-Vorpommern insgesamt gegeben werden. Stattdessen werden hier zwei Einrichtungen vorgestellt, die sich mit ihrer Arbeit auf die in der Öffentlichkeit am meisten diskutierten Ansätze beziehen: Gewalt-Prävention und die Bekämpfung von Arbeits- und Perspektivlosigkeit. Die konkreten Schilderungen aus der Arbeitspraxis werden ergänzt durch Informationen zur Entwicklung der Resonanz rechter Einstellungen bei Jugendlichen. Mit der Reportage *nichts hören, nichts sehen, nichts sagen scheint hier die devise zu sein* – einem Bericht über den Umgang mit neonazistischen

Kapitel 3 ■ seite 34 - 51 netzwerke – bündnisse – initiativen – aktivitäten gegen rechts ▶ 34 ereignisse von 2001 ▶ 34 netzwerke und bündnisse: wirksam gegen rechts? ▶ 36 kampf gegen den rechtsextremismus – priorität für die landesregierung? ▶ 40 »der deutsche gewerkschaftsbund und seine gewerkschaften werden weder antisemitismus, rassismus, noch fremdenfeindlichkeit hinnehmen, sondern überall und immer wieder mit allen ihren möglichkeiten bekämpfen« ▶ 40 gewerkschaftsmitglieder sind keine nazis, aber das gedankengut ist auch bei uns vorzufinden ▶ 44 aktivitäten gegen rechtsextremismus im sommer 2001 ▶ 46 am anfang stand die antifa – die bedeutung der selbstorganisierung im kampf gegen rechtsextremismus ■



Übergriffen an einer Schule in Ostvorpommern – wird aus der ganz persönlichen Perspektive von rechter Gewalt Betroffener ein Blick auf das Thema geworfen.

Den gesellschaftlichen Organisationen und Gruppen ist das Kapitel *aktivitäten gegen rechts* gewidmet. Auf welche Weise versuchen die Landesregierung, die Gewerkschaften, die vielen Initiativen und neu gegründeten Einrichtungen, politisch mit dem Thema umzugehen? Die Landesregierung setzt in ihren Strategien einerseits auf Repression und andererseits auf gesellschaftliche Vernetzung »zur Stärkung des Demokratie-Gedankens.« Viele Bündnisse sind entstanden und es wird »Gesicht gezeigt gegen Rechts.« Auch die lokale Wirtschaft

und die Presse des Landes beteiligen sich am von Bundeskanzler Schröder eingeforderten »Aufstand der Anständigen«. Auf Gewerkschaftsebene wird einerseits versucht, rechtsextremistisches Gedankengut innerhalb der eigenen Mitgliederschaft in den Griff zu bekommen und andererseits der Verantwortung gerecht zu werden, als große Organisation in die Gesellschaft hinein zu wirken. Selbstorganisierte Gruppen arbeiten zum Teil seit Jahren gegen rechte Hegemonie und Inhalte und versuchen, politische und kulturelle Räume für nicht-rechte Jugendliche herzustellen. Durch die von der Bundesregierung bereitgestellten Gelder für das Civitas-Programm können Vereine gefördert werden, die sich mit eigenen sinnvollen Ideen und Konzepten gegen Rechts positionieren. So haben in Mecklenburg-Vorpommern dieses Jahr Mobile Beratungsteams gegen Rechtsextremismus und Lobby, ein Verein zur Unterstützung von

Opfern rechter Gewalt, ihre Arbeit aufgenommen. Diese Artikel setzen sich mit der Arbeit ganz unterschiedlicher Akteure auseinander.

Rechtsextremismus galt lange als Problem von einigen wenigen in neonazistischen Parteien organisierten »Ewiggestrigen« und ein paar gewaltbereiten, hässlichen Skinhead-Gruppen. Mit der Gesellschaft, den normalen Bürgern und Bürgerinnen, schien dieses Phänomen nichts zu tun zu haben. Diese Sicht auf das Problem hat mit der Realität nichts zu tun und führt zu gefährlichen Fehleinschätzungen. In den letzten Jahren ist eine neue rechte Jugendkultur entstanden, die besonders in den neuen Bundesländern großen Einfluss auf die Jugend insgesamt gewonnen hat. Rechtsextreme Einstellungen gelten vielerorts als normal, als eine legitime Meinung unter anderen. Musikstile und Kleider-Codes der Rechten sind »in« und rechte Jugendliche sind häufig Meinungsführer und -macher an Schulen, in Jugendzentren und in Cliques – *Nazis sind Pop* wie es ein Buchautor formulierte (Schröder, *Nazis sind pop*, 2000). Diese gesellschaftliche Entwicklung fiel nicht vom Himmel und hat Gründe. Die etablierten Parteien formulieren in ihren Äußerungen zu Einwanderung, Asylgesetzge-

bung und der angeblichen Überbelastung der Sozialen Netze Meinungen, die inhaltlich in die selbe Richtung weisen, wie die zugespitzten rassistischen und nationalistischen Parolen der Neonazis. Rechtsextremismus-Forscher sind sich weitgehend einig: Die Figuren rechtsextremen Denkens entstehen in der Mitte der Gesellschaft. Mit dieser Thematik beschäftigt sich der Artikel *sie wollen maschinen sein*.

Organisierte Neonazi-Kader haben seit Mitte der 90er-Jahre Strategien entwickelt, um eine Hegemonie innerhalb bestimmter sozialer Räume zu erlangen. Sowohl das Konzept der »national befreiten Zonen« als auch das Organisationsmodell der »Freien Kameradschaften« wurden von ihnen entwickelt, um den

Kapitel 4 ■ seite 52 - 77 braunes mecklenburg-vorpommern? – rechtsextremismus und neonazismus ▶ 52 das war ein gutes geschäft: rechts-rock in klein bünzow ▶ **52** no-go-area mecklenburg-vorpommern ▶ **58** sie wollen maschinen sein – neonazistische ideologie ▶ **66** kameradschaftsboom im mecklenburg-vorpommern ▶ **72** aufstieg und fall der npd ■ **seite 78 - 79 service** ▶ literatur zum vertiefen und weiterlesen ▶ adressen ■



Einfluss von Neonazis auf die Jugend und die Gesellschaft insgesamt voranzutreiben. Die Verflechtung von organisierten Neonazis mit örtlichen Jugendcliquen und die Eingebundenheit von bekennenden Rechtsextremen in kommunale Strukturen zum Beispiel als Fußballtrainer, Chef eines Sicherheitsdienstes oder als Sozialarbeiter sind das eigentlich Gefährliche. Die Neonazis stehen nicht außerhalb oder neben der Gesellschaft, sondern sie befinden sich zunehmend mitten drin.

Organisierte Rechtsextreme und Neonazis haben ein Gesicht, sie haben Namen, Adressen und Berufe. Sie haben wie alle anderen auch ein soziales Umfeld, das sie entweder toleriert und akzeptiert oder sie für ihre Gesinnung angreift und isoliert. Antifaschistische Arbeit besteht auch immer darin, organisierte Rechtsextreme als das zu entlarven, was sie sind. Immer wieder werden Neonazis nicht erkannt, wird ihre Einstellung verharmlost oder werden sie als brave Bürger

hingestellt, die »etwas« extreme Positionen vertreten. Daher ist das Benennen von Neonazi-Kadern und NPD-Funktionären schon ein erster wichtiger Schritt im Kampf gegen den Rechtsextremismus. Die Artikel *no-go-area mecklenburg-vorpommern*, *kameradschaftsboom in mecklenburg-vorpommern* und *aufstieg und fall der npd* im vierten Kapitel erfüllen diese Aufgabe. Der letzte Teil der Broschüre besteht aus einer Adressen- und Literaturliste. Wer sich weiter mit dem Thema beschäftigen möchte, findet hier Anregungen und AnsprechpartnerInnen.

All diejenigen zu unterstützen und zu stärken, die sich gegen die rechten Hegemoniebestrebungen in Mecklenburg-Vorpommern – und nicht nur da – zur Wehr setzen, ist natürlich das Herzensanliegen dieser Broschüre. Ohne die Menschen, die uns in zum Teil stundenlangen Gesprächen ihre Meinungen und Einschätzungen mitgeteilt haben, hätte sie auch gar nicht entstehen können. Besonders denjenigen, die sich den Neonazis nicht nur physisch immer wieder in den Weg stellen und sich auch durch reale Bedrohung und Einschüchterung nicht davon abbringen lassen, gelten unser Respekt und unsere Hochachtung. Die Informationen zu der Organisation der Neonazis können nur zusammengetragen werden, weil antifaschistische Gruppen und Einzelpersonen den Mut dazu haben etwas herauszufinden, was nicht herausgefunden werden soll. Wir möchten uns bei allen bedanken, die mit ihren Gedanken nicht hinterm Berg hielten, offene Worte auch zu ungeliebten Wahrheiten sprachen und denen ihre Zeit nicht zu schade war, um das, was sie denken, auch anderen mitzuteilen. Auch die Gespräche, die nicht direkt in der

Broschüre dokumentiert werden, sind als Eindrücke, als Hintergrundmusik sozusagen, mit aufgenommen worden und waren wichtig für unser Verstehen der Situation. Wir danken Ulrike Sommer für das Layout und Markus Dorfmueller und Markus Kröger für die Fotos. Wir danken auch der Otto Brenner Stiftung, die diese Broschüre finanziell ermöglicht hat, sowohl für die Unterstützung als auch für die Geduld, als sich das Erscheinen immer wieder verzögerte, da doch noch nicht alles fertig war ... ■

die HerausgeberInnen
im Januar 2002

alle gehen davon aus, dass wir wieder gehen.
wir werden ihnen zeigen, dass wir bleiben ...



land fleesensee

migrantInnen und die mitte der gesellschaft

»Rechtsextremismus entsteht in der Mitte der Gesellschaft und kann dauerhaft nur aus ihrer Mitte heraus bewältigt werden.« Mit dieser Erkenntnis wendet sich Innenminister Gottfried Timm an die Bürgerinnen und Bürger seines Landes. Auf den Internetseiten der Landesregierung (www.mv-regierung.de) stellt Timm unter der Rubrik Aktuelle Themen das Projekt *Demokratie und Toleranz – Handlungsrahmen für Mecklenburg-Vorpommern* vor. Er fordert auf zum Handeln gegen Rechtsextremismus mit den zentralen Elementen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt: »Familien, Schulen, Kirchen, Gewerkschaften, Unternehmen – diese und weitere demokratische Institutionen sind erforderlich, um die Demokratie im Ganzen zu stärken.« Im Namen der Landesregierung bittet er alle gesellschaftlichen Kräfte, die »eigenen Möglichkeiten innerhalb eines Handlungsrahmens für Demokratie und Toleranz auszuschöpfen und diese darzustellen. Ziel ist es, die Beiträge und Aktivitäten so zusammenzufügen, dass die Demokratie langfristig und nachhaltig gestärkt wird.« Bis zum 15. November 2001 erwartete er entsprechende Beiträge.

Ausführlich skizziert er elf verschiedene gesellschaftliche Bereiche, Aufgabenfelder genannt, vom Einzelbürger, über Familien, Schulen, Jugendarbeit und Medien, Wirtschaft, Arbeit bis hin zu Polizei und Strafverfolgung.

Migration oder Integration sind in diesem Zusammenhang für Timm kein gesellschaftlicher Bereich, AusländerInnen tauchen nur als Wortbaustein in Zusammensetzungen wie ausländerfeindlich und ausländerfreundlich auf. Dementsprechend fehlt auch die Thematisierung der Integration von MigrantInnen.

Dass Ausländerfeindlichkeit auch ohne Ausländer funktioniert, ist bekannt (der Ausländeranteil in Mecklenburg-Vorpommern liegt gerade mal bei 1,35 Prozent). Dass Ausländerfeindlichkeit sich beheben ließe, ohne Ausländer in diesen gesellschaftlichen Prozess zu integrieren, ist neu.



uckermünde

Vielleicht hat Timm aber auch schon die Zuwanderungszukunft mit einbezogen, so, wie sie in Bundesinnenminister Otto Schily's Anfang August 2001 vorgestelltem Referentenentwurf für ein Zuwanderungsgesetz entwickelt wird. Wird der Gesetzentwurf Realität, kann Timm in gar nicht allzu ferner Zukunft alles Mögliche ohne das Mitwirken von Ausländern beheben: es wird nämlich kaum noch welche geben. Und viele von denen, die es noch gäbe, wären nur unter Vorbehalt des Widerrufs da. Ausweisungsmöglichkeiten, die alle drei Jahre neu geprüft werden sollen und echte Integrationsabsichten sind ein Widerspruch. An dieser Stelle würde es zu weit führen, Schily's Entwurf für ein Zuwanderungsgesetz genauer zu besprechen. Viel ist bereits dazu geschrieben worden. Der Freiburger Politikwissenschaftler und Vorsitzende des Rates für Migration, Dieter Oberndörfer, charakterisiert die Zielsetzung des Entwurfs: »Die Zuwanderung soll mehrheitlich Ausländern vorbehalten bleiben, die unserer Wirtschaft vorübergehend als Arbeitskräfte nützlich sind. Flüchtlinge hingegen werden

als bloße Last gesehen, ihre Lebensbedingungen werden zwecks Abschreckung weiter verschlechtert.« Er schließt seine Analyse des Gesetzentwurfs: »... in Otto Schily's Entwurf eines Zuwanderungsgesetzes [lebt] der Geist bornierten rückwärtsge wandten völkischen Misstrauens gegen Fremde und Fremdes wieder auf. Er ist eine eisgraue Absage an die Menschlichkeit.«¹ 24.028 Ausländerinnen und Ausländer lebten am 30. Juni 2001 in Mecklenburg-Vorpommern, unterschiedlicher Herkunft und mit unterschiedlichem Status (siehe S. 18f). Es gibt im Land eine Reihe von Initiativen und Vereinen, Selbstorganisationen oder Stellvertreterorganisationen, die versuchen, sich um die verschiedenen Belange der MigrantInnen zu kümmern. Was sie verbindet ist die oft schwierige und prekäre Finanzierung der einzelnen Projekte und ihrer MitarbeiterInnen verbunden mit mangelnder Sensibilität staatlicher Stellen, die Probleme Rechts extremismus und Rassismus auch als solche zu erkennen; die alltäglichen rassistischen Erfahrungen von MigrantInnen mit der Bevölkerung und mit staatlichen Institutionen, ihr Gefühl, nicht willkommen zu sein; das Beklagen fehlender Integrationsansätze; der Wunsch

nach verstärkter Zusammenarbeit zwischen Deutschen und MigrantInnen.

All dies deutet darauf hin, dass auch die Politik und nicht unerhebliche Teile der Bevölkerung MigrantInnen keine gleichen Rechte zugestehen wollen – ein Bodenbereiter für neonazistische und rassistische Übergriffe. ■

¹ Frankfurter Rundschau, 28.9.2001 oder www.proasyl.de/texte/gesetze/brd/zuwanderungsgesetz/positionen/



damit wollen wir uns nicht abfinden

der flüchtlingsrat mecklenburg- vorpommern

»Es geht wesentlich darum, die Akzeptanz für alle Einwanderer, Flüchtlinge, Menschen anderer Herkunft in Deutschland zu erhöhen«, begrüßen uns beim Flüchtlingsrat Alfredo Mangungue und Roland Schrul sowie Momade Rafik Usta vom Verein Für Demokratie und Toleranz. Damit umreißen sie einen wesentlichen Punkt von Rassismus und Ausländerfeindlichkeit, denen auch MigrantInnen in Mecklenburg-Vorpommern in offener und latenter Form ausgesetzt sind. »Die meisten Deutschen und auch speziell die Behörden gehen doch davon aus, dass Migranten und Flüchtlinge sowieso wieder gehen oder gehen sollen«, so die Einschätzung unserer Gesprächspartner. So mangle es auch in Mecklenburg-Vorpommern an konkreten Integrationsangeboten, die zumindest helfen könnten, das Bild von Menschen nicht-deutscher Herkunft fest im deutschen Alltag und irgendwann auch im deutschen Bewusstsein zu verankern.

Bewusstseinsveränderung ist eine langwierige Sache; Flüchtlinge, die nach Deutschland kommen, haben nicht die Zeit, darauf zu warten. Um die Belange von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen nachdrücklicher vertreten zu können und die Arbeit der in diesem Bereich Tätigen besser zu koordinieren, wurde 1993 der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern e.V. gegründet, eine Art Dachverband, in dem 20 verschiedene Organisationen und Einzelpersonen Mitglied sind. Schwerpunkt des Flüchtlingsrats ist die politische Öffentlichkeitsarbeit, das politisch tätig und aktiv Werden für die Rechte von Flüchtlingen. Beratungsarbeit wird vom Flüchtlingsrat selten direkt

gemacht, sondern an Organisationen oder Gruppen vor Ort vermittelt, die es mittlerweile in vielen Städten und Gemeinden in Mecklenburg-Vorpommern gibt. »Allerdings«, so Roland Schrul, »ist die Decke der Aktiven nach Osten des Landes hin deutlich dünner.« Der Flüchtlingsrat arbeitet an einer besseren Zusammenarbeit mit der Landesregierung und den Behörden und hält den Kontakt zu anderen Initiativen innerhalb und außerhalb der Landesgrenzen und auch zu bundesweiten antirassistischen Organisationen. Unter den Hauptforderungen des Flüchtlingsrats finden sich die nach verbesserten Lebensbedingungen von Flüchtlingen und AsylbewerberInnen. »Diese vielen Gesetze, die das Leben von Flüchtlingen in Deutschland so extrem einschränken«, erklären Alfredo Mangungue und Roland Schrul, »wirken einer Integration doch entgegen. Sie tragen mit dazu bei, dass sich in den Köpfen der Deutschen das Bild vom Ausländer als Menschen zweiter Klasse festsetzt.«

zweiter bericht über deutschland der europäischen kommission gegen rassismus und intoleranz (ECRI)

Das in diesem Kapitel oft erwähnte »deutsche Bewusstsein« sowie das gesellschaftliche Klima vielerorts in Deutschland sind die entscheidenden Ansatzpunkte, um Rassismus und Antisemitismus in Deutschland zu bekämpfen. Dieser Punkt wird unter anderem in dem am 3. Juli 2001 von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz vorgelegten *Zweiten Bericht über Deutschland* nachvollziehbar und fundiert herausgearbeitet. So heißt es zum Beispiel in Absatz 42: »ECRI hat die Einschätzung, dass Rassismus- und Diskriminierungsprobleme in Verbindung stehen mit der allgemeinen Vorstellung von Platz und Rolle, die Migranten in der deutschen Gesellschaft einnehmen. ECRI ist der Ansicht, dass eine größere Bewusstwerdung seitens der deutschen Gesellschaft über ihre eigene Vielfalt und den positiven Beitrag, den Personen nicht-deutscher Herkunft leisten, hilfreich sein könnte, um zahlreiche Rassismus- und Diskriminierungsprobleme zu lösen, und mit zu einer Reichhaltigkeit der deutschen Gesellschaft in ihrer Gesamtheit beitragen könnte.« Stattdessen, so formuliert ECRI in Absatz 43 weiter, beherrsche aber ein recht besorgniserregendes Konzept die aktuelle Debatte in Deutschland: »[...] es handelt sich um das Konzept der ›Leitkultur‹. Dieses Konzept spiegelt die Vorstellung von einer relativ homogenen deutschen Identität wider sowie die Furcht vor Auswirkungen, denen Kultur und Identität durch Vielfalt ausgesetzt sind. Es verstärkt darüber hinaus negative Vorurteile anderen Kulturen gegenüber, indem es den Wert und den bedeutenden Beitrag von Minderheiten in Deutschland vernachlässigt. [...] ECRI ist ebenfalls der Auffassung, dass eine Anerkennung der Tatsache, dass die deutsche Gesellschaft eine Gesellschaft ist, in der verschiedene Identitätsformen mit der traditionellen deutschen Identität verbunden werden können, dazu beitragen würde, alle Mitglieder der deutschen Gesellschaft in den Genuss echter Gleichheit in allen Bereichen kommen zu lassen.« Deutschland, so formuliert ECRI weiter, betrachte sich trotz bedeutender Zuwanderungszahlen aber nicht als Einwanderungsland. »In den Statistiken, den öffentlichen Diskussionen und dem deutschen Alltag bleiben diese [zugewanderten] Personen Ausländer oder Immigranten, auch wenn sie zur zweiten oder dritten in Deutschland geborenen Generation gehören.« Es sei bisher auch wenig unternommen worden, Migranten vernünftig in die Gesellschaft zu integrieren: »Außerdem ist die Aufgabe, ▶

Zu den Forderungen des Flüchtlingsrats gehören eine verbesserte soziale Betreuung von Asylsuchenden und dezentrale Unterbringung – in Wohnungen und nicht in Heimen. Asylbewerberheime, die in Mecklenburg-Vorpommern oft auch noch in einsamen, kaum erreichbaren Waldstücken liegen, sollen weitestgehend geschlossen werden.
»Wir fordern das Recht auf Bewegungsfreiheit«, so Roland Schrul, »AsylbewerberInnen wird durch die ›Residenzpflicht‹ untersagt, einen anderen Landkreis als den, in dem sie gemeldet sind, aufzusuchen. Das macht sie quasi bewegungslos, Nichteinhaltung der Residenzpflicht wird kriminalisiert.« Weiterhin fordert der Flüchtlingsrat, die Ausgabe von Wertgutscheinen an AsylbewerberInnen wieder durch Auszahlung von Bargeld zu ersetzen.

Auch unterstützt der Flüchtlingsrat die Forderung nach Verlegung der Abschiebehäftlinge von Bützow nach Waldeck. In der JVA Bützow sitzen vor allem Verurteilte mit Strafen ab drei Jahren aufwärts. Abschiebungshäftlinge empfinden den Vollzug zu recht als inhuman, willkürlich und diskriminierend. »Durchschnittlich 60 Tage sitzen Flüchtlinge, die abgeschoben werden sollen, in Bützow, oft aber auch erheblich länger, bis zu 190 Tagen.«
»Grundsätzlich«, betonen Alfredo Mangungue und Roland Schrul, »sind wir aber der Meinung, dass Abschiebehaft an sich unzulässig ist.« Damit entsprechen sie einer im von der Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz in ihrem zweiten Bericht über Deutschland (s. oben) ausdrücklich festgehaltenen Forderung: »... Asylbewerber dürfen nicht wie Kriminelle behandelt werden und jede sie betreffende Maßnahme muss diesem Ansatz Rechnung tragen.« Außer der politischen Unterstützung zu Verbesserungen des

direkten Alltags von Flüchtlingen entwickelt der Flüchtlingsrat auch weiterführende Anregungen, zum Beispiel nach einem landesweiten Konzept zur beruflichen, kulturellen und gesellschaftlichen Integration von Flüchtlingen ungeachtet ihres Status. »Wir brauchen ein Konzept, in dem darauf geachtet wird, dass Kinder zur Schule gehen und Jugendliche eine Ausbildung machen können«, streichen die Vertreter des Flüchtlingsrats heraus. »Gerade in fehlenden Integrationsangeboten der Landesregierung wird deutlich, dass auch bei den Behörden für Flüchtlinge und AsylbewerberInnen ein dauerhafter

Aufenthalt in Deutschland nicht vorgesehen ist. Damit wollen wir uns nicht abfinden ... Wir wollen hier Pionier-Arbeit leisten. Alle gehen davon aus, dass wir wieder gehen, wir werden ihnen zeigen, dass wir bleiben! Irgendwann muss durchgesetzt sein, dass Ausländer überall und in allen Berufen anzutreffen sind.« Der Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern arbeitet zur Zeit mit zwei hauptamtlichen Mitarbeitern. Die Tatsache, dass eine Stelle eine ABM-Stelle ist, die nächstes Jahr ausläuft, erschwert eine kontinuierliche qualifizierte Arbeit. ■

sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, ausschließlich den Nicht-Deutschen selbst überlassen worden, Maßnahmen zur Integration hatten keine Priorität.« Wie fatal mangelnde Toleranz und Offenheit in einer Gesellschaft rassistischen Ausschreitungen den Weg bereiten, formuliert ECRI im weiteren Verlauf des Berichts: »ECRI hat die Einschätzung, dass die Anzahl der Personen, die diese rassistischen und antisemitischen Straftaten begehen oder aktiv extremistische Gruppen unterstützen [...] zwar relativ begrenzt ist, dass die Personen, die mit gewissen rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Ideen sympathisieren, aus denen diese Gruppen ihre Ideologie speisen, vermutlich aber sehr viel zahlreicher sind. Aus diesem Grund können diese Straftaten betrachtet werden als extremer Ausdruck eines allgemeineren rassistischen, antisemitischen und intoleranten Klimas.« Dieses Klima wird in Absatz 45 beschrieben als »offener oder latenter Rassismus und Antisemitismus, die allgemein in bestimmten Bereichen der deutschen Gesellschaft zu beobachten sind, eine allgemeine Apathie angesichts [rassistisch motivierter] Straftaten, Ideen, die in öffentlichen Milieus über Ausländer und ihren Platz in der deutschen Gesellschaft entwickelt werden, wie auch eine bestimmte diskriminierende Politik und Praxis, die Rassismus und Antisemitismus verstärken.« Vor diesem Hintergrund hält ECRI es »für angebracht, kontinuierliche Maßnahmen zu ergreifen, um die anderen [nicht gewalttätigen] Ausdrucksformen von Rassismus und Intoleranz zu bekämpfen und eine Atmosphäre zu schaffen, in der Mitglieder von Minderheitengruppen respektiert werden und ihr Beitrag zur deutschen Gesellschaft gewürdigt wird.«

Der ECRI-Bericht rief in der deutschen Öffentlichkeit unterschiedliche Reaktionen hervor. Während die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Marieluise Beck (Grüne) die Aufforderung des Europarates an Deutschland für berechtigt hielt, mehr gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit zu tun, bezeichnete der stellvertretende Vorsitzende des Zentralrats der Juden, Michel Friedman, die Studie als grundsätzlich falsch. Bundesinnenminister Otto Schily reagierte sehr verärgert (Die Welt, 9.7.2001) und kritisierte, durch die Studie entstehe ein völlig verzerrtes Bild, das mit der Wirklichkeit nichts zu tun habe (Süddeutsche Zeitung, 5.7.2001).

interpretations-sache?

integration von flüchtlingen in mecklenburg-vorpommern

»Politisches Ziel der Landesregierung ist es, Ausländer in Mecklenburg-Vorpommern besser zu integrieren.« (Innenminister Timm, Hamburger Abendblatt, 20.7.2001)

Ein Integrationsansatz sei in diesem Zusammenhang, die Unterbringung von Asylbewerbern deutlich zu verbessern, so Timm Mitte Juli 2001, als er eine Verordnung für Standards bei Asylbewerberheimen vorstellt. »Asylbewerber hätten ›berechtigte Kritik‹ an der ›weltabgeschiedenen Lage‹ mancher Gemeinschaftsunterkünfte geübt.«

Was aber bedeutet das konkret?

Flüchtlinge sind oft fernab im Wald in leer stehenden ehemaligen Militärobjekten, die auch so aussehen, untergebracht. Durch diese oft isolierte Lage leben sie jenseits von Zug- und Busverbindungen.

Um die Stadt Güstrow liegen weit außerhalb viele Heime in ehemaligen Lehrlingswohnheimen oder LPG-Wirtschaftsgebäuden. Um Asylsuchenden und AussiedlerInnen einen Beratungs- und Treffpunkt zu bieten, wurde 1998 in

Güstrow der Treffpunkt Grenzenlos gegründet. Kaum erreichbar für Flüchtlinge, die außerhalb der Stadt untergebracht sind: Ein irakischer Ingenieur beispielsweise, der mit seiner Familie in einem dieser Heime untergebracht ist, macht sich mit seinen Kindern zu fast jeder Veranstaltung von Grenzenlos auf: erst zu Fuß zehn Kilometer bis zum Bahnhof und dann mit dem Zug. (Das Leben ist bunt, 2000)

Oft sind diese Flüchtlingsunterkünfte zusätzlich zu ihrer abgechiedenen Lage extrem heruntergekommen, wie die Flüchtlingsunterkunft in Drüsewitz bei Bad Doberan.

Schon im fünften Bericht des Bürgerbeauftragten des Landes Mecklenburg-Vorpommern für den Berichtszeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1999 wurde festgehalten: »Der Bürgerbeauftragte bittet die Landesregierung, darauf hinzuwirken, dass neue Gemeinschaftsunterkünfte nur noch in der Nähe oder direkt in Städten oder Dörfern eingerichtet werden und dass die Landkreise und kreisfreien Städte die richtliniengemäÙe dezentrale Unterbringung von Asylbewerbern umsetzen.«

Timm will jetzt also zehn der schlimmsten Unterkünfte bis 2003 schließen, räumt aber ein, dass es in manchen Landkreisen schwierig werden könnte, neue Standorte für Flüchtlingsheime zu finden, weil einige Kommunen sich eventuell wehren würden. Doch Timm betont: »Eine bessere Integration von Ausländern ist von der Koalition politisch gewollt.«

Man muss sich nicht die geballten rechtsextremen und rassistischen Ausschreitungen Anfang der 90er-Jahre in Erinnerung rufen, um sich der Problematik der Akzeptanz von Flüchtlingen bei großen Teilen der Bevölkerung in Mecklenburg-Vorpommern bewusst zu werden. Anschläge auf Asylbewerberheime finden nach wie vor statt, wie ein Beispiel von März 2001 untermauert: In der Nacht auf Samstag, den 17. März, wurde auf das Asylbewerberheim im Pasewalker Gemeindewiesenweg ein Brandanschlag verübt. Das Pasewalker Heim, das insgesamt 120 AsylbewerberInnen aufnehmen soll, war

Rechtsextreme und fremdenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung In Mecklenburg-Vorpommern teilen 16 Prozent der Bevölkerung quer durch alle Altersschichten geschlossen rechtsextreme Weltbilder. Ein Potenzial bis zu 30 Prozent stimmen teilweise rechtsextremen Denkmustern zu, neun Prozent wählen rechtsextreme Parteien (Stöss, 2000). **Wie sieht es bei der Jugend aus?** 1998 wurde an 1.529 durchschnittlich 15 Jahre alten Greifswalder Schülern und Schülerinnen quer durch alle Schulen eine Befragung durchgeführt. 30,3 Prozent stimmten fremdenfeindlichen/rechtsextremen Aussagen zu, 35,7 Prozent waren ambivalent und nur 33,9 Prozent äußerten sich eindeutig ablehnend. Die Aufteilung nach Geschlecht ergab eine höhere Zustimmungswerte seitens der männlichen Jugendlichen: 35,7 Prozent der männlichen, aber nur 23,9 Prozent der weiblichen Jugendlichen stimmten fremdenfeindlichen/ rechtsextremen Aussagen zu. In der Aufschlüsselung nach Schulart ergaben sich »hohe Zustimmungswerte im Bereich Fremdenfeindlichkeit/Rechtsextremismus [...] bei den Förderschülern in 39,5 Prozent, bei den Hauptschülern in 33,8 Prozent und bei den Realschülern zu 38,3 Prozent. Mehr als jeder Dritte teilte an diesen Schulen fremdenfeindliche Auffassungen, während eine eindeutige Ablehnung derartiger Orientierungen bei maximal einem Viertel der Schüler vorlag. Ganz anders stellte sich die Situation bei den Gymnasiasten dar, wo »lediglich« 15,5 Prozent hohe Zustimmungsraten zu rechtsextremen Einstellungen aufwiesen, während 53,8 Prozent hierzu eindeutig ablehnend antworteten« (Dünkel u.a., 2001). Eine Untersuchung unter Rostocker 9.-Klässlern, die ebenfalls 1998 durchgeführt wurde, zeigt ähnliche Ergebnisse: In Rostock finden sich »etwa 20–24 Prozent Jugendliche, die deutlich ausländerfeindliche Aussagen bejahen [...]. Weiter sehen etwa 40 Prozent Ausländer als vermeintliche Sündenböcke für negative gesellschaftliche Erscheinungen an [...]. Ferner findet sich etwa ein Viertel bis ein Drittel, das ethnozentrische Vorurteile hegt sowie ca. 26 Prozent, die eine extrem rechtsorientierte Haltung befürworten.« (Wetzels u.a., 2000). ■

zu dem Zeitpunkt von 40 Flüchtlingen bewohnt. Verletzt wurde glücklicherweise niemand. Der PDS-Kreisvorsitzende Gerd Walther stellt diese »fremdenfeindliche, offensichtlich rechtsextremistische Tat« in Zusammenhang mit Postwurfsendungen einer so genannten Aktion Freies Deutschland, die in der Zeit vor der Tat an Haushalte verteilt worden waren, und betont, der Anschlag gebe Anlass, weiter an der Integration von Asylbewerbern und Ausländern zu arbeiten (SVZ und Nordkurier, 19.3.2001). Spätestens hier wird klar, dass der so vollmundige, mittlerweile fast zum Modewort aufgestiegene Begriff Integration, wie ihn auch Innenminister Timm hier benutzt, zur leeren Hülle zu werden droht, denn das Beispiel macht nur allzu deutlich, dass eine zentralere Lage wie hier in Pasewalk, d.h. das alleinige Hervorholen der Flüchtlinge aus der Weltabgeschiedenheit noch lange nicht ausreicht, um ihnen zumindest eine angstfreie Unterbringung zu gewährleisten. Jenseits der dezentralen Unterbringung wird in einer bereits 1999 vorliegenden Richtlinie, erarbeitet von einer vom Innenministerium des Landes eingerichteten Arbeits-

gruppe, außerdem Wert darauf gelegt, »dass die Qualifizierung des Betreiberpersonales sowie Mindestanforderungen der sozialen Betreuung festgeschrieben« werden (Fünfter Bericht des Bürgerbeauftragten). Diese Forderungen sind völlig berechtigt, hält man sich vor Augen, dass im bereits erwähnten Heim in Drüsewitz hauptsächlich ehemalige Offiziere arbeiten (mit entsprechendem Stil ...) und viele Heime in Mecklenburg-Vorpommern von privaten Sicherheitsdiensten nicht nur bewacht, sondern auch »betreut« werden.

Aber der Bürgerbeauftragte berichtet auch von einem positiven Fall: »Beispielhaft sollten die Erfahrungen und guten Ansätze in der Betreuung von Asylbewerbern in der Hansestadt Rostock sein.«

Konsequenzen aus Lichtenhagen Deshalb haben wir uns in Rostock umgeschaut. In Rostock ist viel passiert seit Lichtenhagen, wo im Herbst 1992 ein rassistischer Mob drei Tage lang ein Wohnheim von vietnamesischen VertragsarbeiterInnen belagerte. Das »Lichtenhagen-trauma« geht durch alle Gesellschaftsschichten hindurch, vom ewigen Rechtfertigungsdruck einiger RostockerInnen, die sich zu Unrecht in die rassistische Ecke

gedrückt fühlen, bis hin zu einer relativ hohen Sensibilität unter anderen EinwohnerInnen und in der Stadtverwaltung. Mitte der 90er-Jahre entschied sich die Stadt dazu, ihre Asylbewerberheime (sechs an der Zahl im Jahre 2001) direkt im Zentrum oder zumindest zentrumsnah anzusiedeln, und hat 1997 die Betreuung von zwei Heimen ausgeschrieben.

Bei dem Verein Ökohaus erschien vielen Mitgliedern eine Bewerbung sinnvoll. Ökohaus hatte sich 1990 mit dem Ziel gegründet, Werte wie Solidarität, Umweltbewusstsein, Basisdemokratie und Verantwortung zu fördern und durch Projekte zu vermitteln und rückt seither zunehmend Integrationsarbeit mit MigrantInnen in den Mittelpunkt seiner Arbeit. Einige Mitglieder hatten jedoch Bedenken, mit der Betreuung eines Flüchtlingsheimes Teil der unmenschlichen und ungerichten Asylmaschinerie zu werden.

Ökohaus e.V. besitzt durch seine inhaltlichen Schwerpunkte, durch sein Bildungsprojekt PAREA (Arbeitsstelle für entwicklungspolitische Bildung) das thematische know how, hat MitarbeiterInnen, die mit der Problematik vertraut sind, selber im Ausland gelebt und gearbeitet haben und Fremdsprachen sprechen. Letztendlich entschied sich daher der Verein für eine Bewerbung und übernahm im November 1997 die Trägerschaft des Flüchtlingsheimes An der Elisabethwiese. Gut drei Jahre später folgte am 1. Januar 2001 die Trägerschaft des Flüchtlingsheimes Satower Straße. Bewacht werden die Häuser von einem privaten Wachdienst, aber alles andere, von der Verwaltung der Häuser bis zur Betreuung der BewohnerInnen wird von Ökohaus e.V. gemacht, und das mit Ökohaus-spezifischen Methoden und Inhalten. Dabei setzt Ökohaus den Fokus auf drei Bereiche: erstens auf die Flüchtlinge selbst, zweitens auf die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen, drittens auf die Nachbarschaft beziehungsweise etwas weiter gefasst, auf die »alt-eingesessene« Bevölkerung. ▶

wirklichkeit für »nicht-deutsche« in mecklenburg-vorpommern: Eine irakisch-türkische Familie fährt zu Verwandten nach Rostock. In einer S-Bahn nach Warnemünde wird die Familie von einer Gruppe junger Leute angepöbelt, beschimpft und verprügelt. Andere Fahrgäste im Wagen schreiten nicht ein. (OZ, 14.4.2001) ■ Einem Schwarzen, der in Rostock in die Straßenbahn einsteigt, kann es passieren, dass Fahrgäste sich wegssetzen. (OZ, 26.7.2001) ■ Ein togolesischer Asylbewerber fährt Straßenbahn in Rostock. Er wird von mindestens zwei Männern mit rassistischen Parolen belästigt und geschlagen. (SVZ, 22.5.2001) ■ Ein Aussiedler aus Russland fährt mit seinem Fahrrad an einer Gruppe von Berufsschülern vorbei. Als »Ausländer« beschimpft wird er vom Fahrrad gerissen und geschlagen. (OZ, 20.1.2001) ■ Eine israelische Familie macht eine Wochenendreise nach Greifswald. Als der Vater sich mit seinem sechsjährigen Sohn in der Muttersprache unterhält, gehen vier junge Männer mit Flaschen schwenkend auf die Familie los, beschimpfen und bewerfen sie und versperren ihnen den



1. Fokus Flüchtling

Ökohaus beschreibt in seinen Grundlagen, »wir wollen: erstens das alltägliche Leben der Bewohner im Asylbewerberhaus und in Rostock organisieren bzw. organisieren helfen und die Bewohner unterstützen, dieses Leben unter den gegebenen Bedingungen (Gemeinschaftsunterkunft) so erträglich wie möglich zu gestalten. Zweitens, die Bewohner in ihren Asylverfahren und anderen ausländerrechtlichen Fragen qualifiziert begleiten (Beratung, Übersetzung, Erklären, Schriftverkehr, u.a. Korrespondenz) und drittens das Rechts- und Systemverständnis der Bewohner ganz allgemein motivieren, fördern und stärken und sie damit in die Lage versetzen, ihre individuelle Situation und ihr neues gesellschaftliches Umfeld einordnen und verstehen und in der Folge zunehmend selbständig handeln zu können.«

Hartmut Gutsche von Ökohaus e.V., einer der sieben Sozialarbeiter im Flüchtlingsheim Satower Straße, erläutert: »zu unseren Aufgaben zählen auch konkrete Unterstützung bei Lösung von Alltagsproblemen, mit den Kindern werden z.B. Hausaufgabenhilfen, Sprachunterricht und Freizeit- und Ferienangebote realisiert. In unserer Beratungs- und Betreuungsarbeit versuchen wir«, so Gutsche weiter, »einen individuellen Ansatz zu verfolgen mit dem natürlich etwas vollmundig klingenden Ansatz »Hilfe zur Selbsthilfe«, wir wollen jeden einzelnen ermuntern und unterstützen, seine Perspektive selbst in die Hand zu nehmen.« Die MitarbeiterInnen von Ökohaus unterstützen im juristischen Dschungel und gehen zunehmend auch dazu über, die Unterstützungsbereitschaft und Solidarität der HeimbewohnerInnen, zum Beispiel Landsleuten gegenüber, zu fördern und darüber Hilfe zu organisieren. »Einem ganz erheblichen Problem, dem der Traumatisierung von Flüchtlingen, haben wir uns bisher zwar versucht zu nähern«, betont Hartmut Gutsche, »aber zur wirklichen Hilfe und Linderung ist eine fundierte Zusammenarbeit mit entsprechend geschulten TherapeutInnen vonnöten.«

2. Fokus MitarbeiterInnen

Noch mal aus den Grundlagen: »Die Umsetzung des [oben ausgeführten] Anspruchs erfordert vom Beratungspersonal: Offenheit, Engagement, Fachwissen, Erfahrung, Sprach- und Kommunikationsfähigkeit, Geduld und Konsequenz.«

»Hinzu kommt«, so Hartmut Gutsche, »dass alle MitarbeiterInnen auch persönlich hoch motiviert sind, sonst könnten wir unserem Anspruch gar nicht gerecht werden.« Außerdem wird auch darauf geachtet MigrantInnen einzustellen: »In der Satower Straße arbeiten beispielsweise zwei MigrantInnen im siebenköpfigen Team.«

Außerhalb der ganztägigen Sprechzeiten von SozialarbeiterInnen unter der Woche hat immer eine Person telefonische Bereitschaft für die BewohnerInnen der Flüchtlingsheime. Auch das Wachpersonal wird in diese Ansprechbarkeit mit einbezogen und sorgt mit für die Atmosphäre in den beiden Heimen.

3. Fokus

alteingesessene Bevölkerung

Die gegenseitige Achtung und Akzeptanz zwischen neuen und alteingesessenen EinwohnerInnen einer Stadt sowie ein Klima der Offenheit sind wichtige Voraussetzungen, um nicht nur äußerlich das Leben von AsylbewerberInnen menschenwürdiger zu gestalten, sondern um die so wichtige und mittlerweile ja auch von Politikerseite geforderte Integration von MigrantInnen voranzutreiben. »Wir setzen genau an den beiden Eckpunkten an, die bei dem großen Ziel Integration die entscheidenden Rollen spielen: bei der einheimischen Bevölkerung und bei den Flüchtlingen und das, so oft es geht, zusammen.«

Die alteingesessene Bevölkerung beginnt schon in der Nachbarschaft der Flüchtlingsunterkünfte. Intensive Nachbarschafts- und Stadtteilarbeit ist daher ein ganz wesentlicher Aufgabenbereich, den Ökohaus wahrnimmt, sensibilisiert auch durch die Erfahrung bei Übernahme der Flüchtlingsunterkunft an der Elisabethwiese. Vor dessen Bezug hatte sich eine Bürgerinitiative gegründet, die die Unterbringung von Flüchtlingen in ihrer Nachbarschaft verhindern wollte. Ökohaus setzte sich mit den Vorbehalten auseinander, leistete

Weg. (OZ, 21.6.2001) ■ Ein sudanesischer Student der Universität Greifswald bummelt durch die Hansestadt. Bei einem Gang auf die Toilette trifft er auf fünf kahlgeschorene junge Männer, die ihn in den Toilettenräumen krankenhaushausreif schlagen. (OZ, 21.4.2001) ■ Auf einer Tagung des Deutschen Journalisten-Verbandes in Schwerin im Frühjahr 2001, auf der u.a. die Frage diskutiert wurde, wie sich die Zählweise rechtsextremer Straftaten auf die Statistik Mecklenburg-Vorpommerns auswirke, bemerkte der einzige schwarze Teilnehmer dieser Veranstaltung, eine neue Statistik würde ihm nicht weiterhelfen. »Man lebt schon mit ein wenig Angst«. (FR, 16.5.2001) ■ Irakische Frauen müssen damit rechnen, dass ihnen die Kopftücher heruntergerissen werden (OZ, 17.7.2001) ■ Russische Kontingentflüchtlinge werden auf dem Sozialamt in Wismar extrem unfreundlich behandelt und schikaniert. Zur besseren Verständigung sollen die Flüchtlinge selbst Dolmetscher mitbringen und diese auch bezahlen (Nataliya Zhelyeznyak, Gespräch, 5.7.2001) ■ Antirassistische Aufklärungsarbeit für Schulklassen macht die RAA Schwerin lieber in den eigenen Räumlichkeiten. Der Gang über den Schulhof ist den Mitarbeitern, die Migranten sind, nicht zuzumuten. (Koffi Yovogan, RAA Schwerin, Interview, 1.6.2001) ■ Häufig gerät diese Aufklärungsarbeit zur Rechtfertigung, warum man als Migrant noch oder überhaupt in Deutschland ist. (Koffi Yovogan, RAA Schwerin, Interview, 1.6.2001) ■ Die meisten Flüchtlinge können in ihren Berufen nicht arbeiten, aus unterschiedlichen Gründen: von fehlender Anerkennung ihrer Diplome und Berufserfahrungen bis hin zur Behauptung, ihre Sprachkenntnisse reichten nicht aus. Ein togolesischer Arzt kann z.B. nicht praktizieren, weil er vom Sozialamt eine dafür notwendige Versicherung nicht bezahlt bekommt. (Flüchtlingsrat, Interview, 7.6.2001 und Erfahrungsberichte in Gundlach, 2000) ■ Ausländer werden kollektiv zu Sündenböcken gemacht. Wenn irgendwo etwas passiert und ein Asylbewerber oder Ausländer beteiligt ist, wird es danach für alle anderen Nicht-Deutschen schwieriger. Nachdem ein Algerier eine Deutsche angegriffen hatte, war es danach für alle anderen unmöglich, in der Gegend eine Wohnung zu bekommen. (Flüchtlingsrat, 7.6.2001) Diese Liste ist keinesfalls vollständig, die meisten, alltäglichen rassistischen Diskriminierungen geraten sowieso kaum an die Öffentlichkeit und bei Körperverletzungen z.B. »[wird] vieles nicht angezeigt [...], weil Opfer Angst haben, als Zeugen auftreten zu müssen«, sagt Justizminister Erwin Sellering. (SVZ, 14.3.2001) ■

Aufklärungsarbeit. Ein regelmäßiger, bis heute tagender Arbeitskreis wurde ins Leben gerufen, um Probleme und Sorgen rund um das Heim zu besprechen. Er setzt sich zusammen aus MitarbeiterInnen von Ökohaus, VertreterInnen der bereits erwähnten Bürgerinitiative und MitarbeiterInnen von Behörden, Vereinen, Polizei sowie LehrerInnen von benachbarten Schulen. Neben diesen regelmäßigen Treffen gibt es eine zusätzliche anlassbezogene Kommunikationsform mit der Nachbarschaft: »Es gibt immer wieder Misstrauen und größere oder kleinere Probleme, die zu Recht oder zu Unrecht dem Asylbewerberhaus zugeschrieben werden. Und darüber muss offen gesprochen werden. Eigentlich«, so Hartmut Gutsche, »möchten wir so weit wie möglich das Haus offen halten, die Nachbarn sollen kommen.«

1999 hat Ökohaus e.V. ein Integrationsprojekt entwickelt, das sich konkret an MigrantInnen wendet: IGEL – Gemeinschaft Erleben Lernen. Dieses Gemeinwohlorientierte Arbeitsförderungsprojekt, unterstützt vom Land Mecklenburg-Vorpommern, dem Arbeitsamt und

der Hansestadt Rostock, hat vielfältige Angebote: »Allgemeine – vor allem soziale – Beratung, Hilfestellung im Umgang mit Behörden und Dolmetschen; Deutschintensivkurse, muttersprachlichen Unterricht, Hausaufgabenhilfe, individuelle Förderung, Freizeit- und Ferienaktivitäten. Es richtet sich an alle Rostockerinnen und Rostocker, die aus anderen Ländern zugewandert sind«, wie es in der Selbstdarstellung steht. Auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind zu einem großen Teil MigrantInnen. »Wichtig ist uns aber die Einsicht«, resümiert Hartmut Gutsche, »dass außer bestimmten Aufklärungs- und Integrationsbereichen, die nebeneinander ablaufen, vor allem auch gemeinsame Projekte mit Deutschen und Nicht-Deutschen laufen müssen.« Über das Bildungsprojekt PAREA führt Ökohaus unter anderem Schulprojekttage mit verschiedenen Themenschwerpunkten durch: Migration, Entwicklungspolitik und Asyl. Diese Projekttage finden dann in den Asylbewerberheimen statt.

Außerdem werden gemeinsam mit Flüchtlingsheimen Schülerbegegnungswochenenden organisiert. Die Gruppen bestehen zur Hälfte aus in Deutschland bzw. Rostock aufgewachsenen Jugendlichen und

zur Hälfte aus MigrantInnengleichaltrigen. Diese gemeinsamen Wochenenden finden guten Anklang und werden besonders von LehrerInnen unterstützt, zu denen bei den Schulprojekttagen schon Kontakt aufgebaut wurde.

Hartmut Gutsche erläutert in diesem Zusammenhang, dass »der unmittelbare Kontakt zu den Jugendlichen überaus sinnvoll ist, um argumentativ etwas machen zu können. Immer wiederkehrende Behauptungen, wie »diese vielen Ausländer, sind gerade auch in Rostock einfach absurd und müssten mal offen diskutiert werden. Der ein oder andere Schüler, der in totaler Abwehrhaltung zu diesen Projekttagen erschienen ist, ist irgendwie »geknackt« worden.« Überzeugungs- und Aufklärungsarbeit ist bei Erwachsenen natürlich ebenso wichtig. »Deshalb haben wir vor der Erstbelegung des Asylbewerberhauses An der Elisabethwiese einen Tag der Offenen Tür organisiert, um die Gerüchteküche, die behaupteten, bei dieser Gemeinschaftsunterkunft handele es sich um »sanierte Luxuswohnungen in der Innenstadt«, mit der Realität zu konfrontieren.« Dass diese Aufklärungs- und Inte-

grationsarbeit bitter nötig ist, zeigt sich, wenn an Projekttagen Schulklassen in die Asylbewerberheime kommen und in den Diskussionen immer wieder rechtsextreme Auffassungen vertreten werden; oder wenn HeimbewohnerInnen die weitgehend geschützten Räume von Flüchtlingsunterkünften und Integrationsangeboten verlassen und sich auf die Straße wagen.

Die durchschnittliche Verweildauer von HeimbewohnerInnen in Rostock liegt bei zwei Jahren, kann aber auch einige Jahre länger sein. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ist gesetzlich vorgegeben, Rostock ist da aber recht progressiv und ermöglicht leichter als woanders die Unterbringung in Wohnungen (die Quote von Wohnungsunterbringungen liegt in Rostock etwa bei einem Viertel bis einem Drittel), eine Familie, die zwei Jahre in einem Heim wohnt, beziehungsweise Alleinstehende, die drei Jahre dort wohnen, können einen entsprechenden Antrag stellen. ■

wir machen basis- arbeit

die RAAs



»Rassismus bekämpfen mit peanuts«, so Koffi Yovogan von der Regionalen Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) e.V. in Schwerin, als er, befragt zum Thema Arbeitsverhältnisse, all die ABM- und SAM-Stellen aufzählt, die fast alle im nächsten Jahr, also 2002, auslaufen. »Es gibt bei der RAA Schwerin nicht eine einzige feste, unbefristete Stelle, die eine bestimmte Kontinuität und das Weitergeben von professionellen Erfahrungen in der so überaus wichtigen Arbeit der RAA garantieren könnte.«

Was machen die Regionalen Arbeitsstellen in Mecklenburg-Vorpommern?

Die Regionalen Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit Mecklenburg-Vorpommern e.V., bekannt auch unter dem Namen wie ihn zum Beispiel die RAA Schwerin trägt: Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule, sind – so formulieren sie es ausführlich in einer Selbstdarstellung – Teil eines bundesweiten RAA-Netzwerkes, das sich vor allem als Dienstleistungsangebot für die Entwicklung und Förderung einer demokratischen Kultur im Spannungsfeld Schule – Jugendarbeit – Gemeinwesen versteht. Die Aufgaben und Ziele sind dabei: die Sensibilisierung für interkulturelle Aspekte und demokratisches Lernen und Handeln in Schule und Jugendhilfe,

die Förderung der Zusammenarbeit von Jugendhilfe, Schule und Gemeinwesen, die Entwicklung und Unterstützung präventiver Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus, die Gestaltung des Übergangs Schule–Beruf und die Verknüpfung von öffentlichen und privaten Initiativen.

Die landesweit tätige Arbeitsstelle hat ihren Sitz in Waren/Müritz und wirkt als Beratungs- und Serviceagentur für Schulen, Jugendhilfe- und Bildungsträger sowie als Fortbildungsinstanz für MultiplikatorInnen wie z.B. LehrerInnen und SozialpädagogInnen.

Neben der RAA Mecklenburg-Vorpommern e.V. gibt es eine RAA in Rostock, Güstrow und wie schon erwähnt in Schwerin. Die verschiedenen Regionalstellen sehen übereinstimmend Kinder und Jugendliche wie auch MultiplikatorInnen als Zielgruppe ihrer Angebote, haben mit der Zeit aber unterschiedliche Arbeitsschwerpunkte und Kompetenzen entwickelt.

Die RAA Schwerin definiert ihre Arbeitsfelder als interkulturelle Erziehung an und im Umfeld von Schulen, Hilfe zur Integration von MigrantInnen und kommunale internationale Kultur- und Jugendarbeit. »Im Grunde heißt das«, so Yovogan, »dass wir Basisarbeit machen zum Thema Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und Gewalt.« Schwerpunktmäßig arbeitet die RAA Schwerin mit Schülerinnen und Schülern. Sie bietet für Schul- aber auch schon für Kindergartenkinder zum Beispiel ein antirassistisches Programm von zwei bis drei Stunden an. Die Jugendlichen beziehungsweise deren LehrerInnen melden sich bei der RAA, wenn sie Interesse haben, und kommen in deren Räumlichkeiten in der Körnerstraße. Warum das Antirassismus-Training nicht in den Schulen, sondern in den Räumen der RAA stattfindet, erklärt Koffi Yovogan: »Die Stimmung hier ist besser,



uckermünder heide

als wenn unsere Mitarbeiter, oft Migranten, erst über die Schulhöfe gehen müssen, wo sie rassistischen Reaktionen und Sprüchen ausgesetzt sind.« In diesen von RAA-Mitarbeitern geleiteten Halbtagsprogrammen sollen die Kinder und Jugendlichen nicht nur zuhören, sondern sich mit ihren eigenen Fragen und Gedanken beteiligen. Sie sollen also vorher bereits irgendetwas zum Thema ›Ausländer‹ entwerfen, anhand dessen man die Vorurteile dann abzubauen versucht. Entsprechende gute Vor- und Nachbereitung durch die LehrerInnen ist unerlässlich. »Mittlerweile kommt pro Woche ungefähr eine Schulklasse und die Anmeldefrist beträgt drei Wochen im voraus, da dieses Projekt gut ankommt und sich daher rumgesprochen hat«, freut sich Koffi Yovogan. »Wir setzen gerne bei

jüngeren Schülern an, am liebsten schon bei 5.-Klässlern. Das ist das, was uns die Erfahrung zeigt«, sagt Yovogan und ergänzt: »Je älter unsere Teilnehmer sind, desto fester sind bereits ideologische Ideen in ihren Köpfen. 7.-Klässler haben bereits recht starre Meinungen und an die 9.-Klässler kommen wir kaum noch ran.« Die Mitarbeiter der RAAs müssen häufig beobachten, dass die Verantwortung einfach nur weitergeschoben wird, von den Eltern an die LehrerInnen und von da weiter an die SozialarbeiterInnen. »Wie will man ohne kontinuierliche Arbeit am Thema Rassismus und Ausländerfeindlichkeit das Problem in den Griff bekommen?« fragt Koffi Yovogan. Aber er kann auch positive Beispiele nennen: die Theodor-Körner-Schule beispielsweise, mit der sie in Kooperation regelmäßig zusammenarbeiten. Unterstützt von der Schulsozialarbeiterin wird zweimal wöchentlich ein Schulclub bei der RAA organisiert. Außer Projekten direkt mit Schulen macht die RAA Schwerin offene Jugendarbeit, das Haus in der Körnerstraße dient nachmittags als Treff, in den Jugendliche von sich aus kommen. »Die Herkunftsländer

unserer teilnehmenden ausländischen Jugendlichen sind ganz unterschiedlich und variieren von Zeit zu Zeit. Die deutschen Jugendlichen, die kommen, haben uns oft über Projekte an ihren Schulen kennengelernt.«

Neben verschiedenen anderen Seminaren und Freizeitgestaltungsmöglichkeiten für Kinder, Jugendliche und Familien bietet die RAA Schwerin auch Beratung und Unterstützung von Organisationen und Institutionen an, die mit der Integration von MigrantInnen befasst sind, und beschäftigt sich mit aktuellen flüchtlings- und ausländerpolitischen Themen.

Alle Aktivitäten kann Koffi Yovogan in einem Gespräch gar nicht aufzählen, aber eines zu betonen ist ihm wichtig: »Bei allem, was wir auf die Beine stellen, fordern und fördern wir, dass alle Gruppen und Projekte deutsch-ausländisch gemischt sind.«

Und auf die Frage, was er sich für seine zukünftige Arbeit bei der RAA wünscht, antwortet er: »Langfristige Mittel, um eine professionelle Arbeit machen zu können. Zwar würden viele Politiker unsere Arbeit durchaus anerkennend und klopfen uns bei bestimmten Anlässen dafür auch mal auf die Schulter, aber wenn es um Geld geht, drehen sie sich weg. Drei feste Mitarbeiter brauchen wir und zwar gemischt: Leute ausländischer Herkunft und Deutsche, um zu zeigen: seht ihr, es geht doch!« ■

neonazistische morde beim namen nennen!

Die Bundesregierung hat für den Zeitraum zwischen dem 3. Oktober 1990 und dem 5. Oktober 2001 insgesamt 38 Todesopfer rechtsextremer Gewalttaten offiziell anerkannt. AntifaschistInnen zählen allerdings die dreifache Anzahl von Toten, die dem rechten Terror im vereinigten Deutschland zum Opfer gefallen sind. Auch die beiden Tageszeitungen *Frankfurter Rundschau* und *Tagesspiegel* kommen in ihren Chronologien *Den Opfern einen Namen geben*¹ auf rund 100 Tote rechtsextrem motivierter Gewalttaten. Das letzte Opfer, das die Bundesregierung in dieser Kategorie anerkannte, kam aus Mecklenburg-Vorpommern. Grund genug für eine genauere Bestandsaufnahme der rechten Gewalt und ihren Folgen in diesem Bundesland.



Die Pressemeldungen von Mitte Oktober 2001², die Bundesregierung habe den Obdachlosen Eckardt Rütz aus Greifswald als 38. Opfer rechtsextremer Gewalt seit 1990 anerkannt, wirken ein wenig zynisch. Denn trotz aller vollmundigen Ankündigungen im »Jahr der Anständigen«, man werde die Opferkategorien für Gewalt- und Tötungsdelikte mit sogenannter »rechtsextremer Motivation« um Angriffe auf Obdachlose und andere soziale Randgruppen erweitern, versagten die mecklenburgischen Sicherheitsbehörden wieder einmal. Denn erst nachdem *Frankfurter Rundschau* und *Tagesspiegel* den Mord an Eckhardt Rütz am 25. November 2000 vor der Mensa der Greifswalder Universität in ihrer Chronik *Den Opfern einen Namen geben*³ als rechtsextremes Tötungsdelikt auflisteten und das Bundeskriminalamt daraufhin die Landeskriminalämter anwies, die in der Chronik genannten Morde nachzurecherchieren, nahm auch das LKA Mecklenburg-Vorpommern die längst bekannten Tatsachen zur Kenntnis: Dass nämlich das Landgericht Stralsund am 8. Juni 2001 in seiner Urteilsbegründung gegen die drei Täter ausdrücklich erklärt hatte: Die Angeklagten hätten Eckhardt Rütz aus »Verachtung für seine Lebensweise als Obdachlo-

ser« getötet und sich mit der Tat »aus Intoleranz und entsprechend ihrer vom nationalsozialistischen Gedankengut geprägten Gesinnung zum Herrn über Leben und Tod aufgespielt.« Die Täter, die 16-jährigen Maik J. und Marcel L. sowie der 21-jährige Maik D. hatten erklärt, weil »so einer wie Rütz dem deutschen Steuerzahler auf der Tasche liege«, hätten sie dem 42-jährigen Obdachlosen »eine Lektion erteilen wollen.« Die bestand darin, dass die drei rechten Skinheads – einer der 16-Jährigen war bis kurz vor dem Mord Mitglied der NPD – den wehrlosen Mann mit Baumstützpfählen zusammenschlugen und traten. Eckhardt Rütz starb an seinen schweren Kopfverletzungen.⁴



Nach wie vor unvollständig: Opferdefinition, Täter- und Tatmotivanalyse

Eckhardt Rütz ist nicht das einzige Todesopfer rechtsextrem und rassistisch motivierter Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern seit 1990. Vielmehr wird in der nachfolgenden – sicherlich unvollständigen – Chronik deutlich, dass in einem Bundesland mit einem Ausländeranteil von weniger als zwei Prozent Rechtsextreme vermehrt auf andere Opfergruppen ausweichen. Besonders gefährdet sind hier Obdachlose und sozial Randständige, denen – nicht nur im rechten Weltbild – ob ihrer vermeintlichen »Leistungsunwilligkeit« das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit abgesprochen wird. Wichtig ist uns auch, dass wir die reformierte Opferdefinition, aber auch die Motivationsanalyse der Täter sowie die Täterprofile nach wie vor für unvollständig halten. Denn immer häufiger sind wir mit dem Phänomen konfrontiert, dass ein rechtes Weltbild – mitsamt der damit einher gehenden Missachtung für Menschenleben und Verherrlichung von Gewalt und des »Rechts des Stärkeren« – dazu führt, dass auch scheinbar »unpolitische Straftaten« wie Raub immer öfter mit dem Tod der Opfer enden, wenn die Täter aus der rechten Szene kommen.

Ein Beispiel aus Mecklenburg-Vorpommern für diese bislang kaum wahrgenommene und erforschte Kategorie ist der Tod des 51-jährigen Fred Blanke in Grimmen am 26. März 2001. Der alkoholranke Frührentner wurde in seiner Wohnung von zwei jungen Männern der örtlichen rechten Szene mit Stuhlbeinen, Faustschlägen und Tritten traktiert, weil er sich geweigert hatte, den ihm flüchtig bekannten Angreifern Geld zu geben. Die Anklage ging davon aus, dass die 17- und 21-Jährigen auf »Sauftour« waren und sich dafür mehr Geld beschaffen wollten. Fred Blanke sei ein »leichtes Opfer« gewesen. Ein rechter Hintergrund für die Tat war von Anfang an ausgeschlossen worden, obwohl der 21-jährige Angreifer u.a. wegen Körperverletzungsdelikten und Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen vorbestraft war. Nach Ansicht der Staatsanwaltschaft ver-

fügte er aber nicht über ein »entsprechendes ideologisches Fundament.«⁵ Im November 2001 verurteilte das Landgericht Stralsund die beiden Täter, die vor Fred Blanke noch einen weiteren Mann überfallen hatten, der sich aber wehren und die Polizei informieren konnte, wegen versuchter Erpressung und Totschlags zu Haftstrafen von sieben beziehungsweise vier Jahren.

Auch der Tod des 15-jährigen Schülers Toni am 19. August 2000 in Neubrandenburg muss dieser Kategorie zugerechnet werden. Während die meisten Zeitungen von »Langeweile und Frust« als Tatmotiv für die 16, 18 und 21 Jahre jungen Männer ausgingen,⁶ die an ihrem Treffpunkt in einem Garagenkomplex den 15-Jährigen mit Faustschlägen und Fußtritten in die Bewusstlosigkeit prügeln, kam die Regionalausgabe der *Bild* zu einem etwas anderen Ergebnis. Der 16-jährige Angreifer habe des öfteren »Nazimusik« gehört, und auch der 21-jährige Bundeswehrsoldat habe wie »ein Sympathisant der rechten Szene« ausgesehen.⁷ Das Landgericht Neubrandenburg verurteilte die Täter zu Haftstrafen zwischen sechs und sieben Jahren.⁸

Erste Blutspuren

Das erste dokumentierte Todesopfer rechtsextremer Gewalt nach 1990 in Mecklenburg-Vorpommern ist der 18-jährige rumänische Asylbewerber Dragomir Christinel. Er wurde am 15. März 1992 in einem Asylbewerberheim in Saal bei einem Angriff einer 25-köpfigen Gruppe deutscher Jugendlicher zu Tode geprügelt. Die Angreifer bezeichneten die Tat später als »Racheakt« für eine Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Rumänen am Vorabend des Überfalls. Dragomir Christinel starb an Hirnblutungen in Folge eines Schlags mit einem Baseballschläger. Im Juni 1992 verurteilte das Bezirksgericht Rostock einen 18-Jährigen wegen Körperverletzung mit Todesfolge und schwerem Landfriedensbruch zu einer Jugendstrafe von zweieinhalb Jahren. Zwei weitere Angreifer erhielten Bewährungsstrafen. Die Bundesregierung hat Dragomir Christinel offiziell als Opfer eines rechtsextremen Tötungsdelikts anerkannt.⁹ ▶

migranten und migrantinnen in mecklenburg-vorpommern Zum Stichtag 30. Juni 2001 leben in Mecklenburg-Vorpommern 24.028 AusländerInnen. Gemessen an einer Gesamtbevölkerung Mecklenburg-Vorpommerns von 1.775.703 Personen (Stichtag 31. Dezember 2000) beträgt der AusländerInnen-Anteil damit 1,35 Prozent. Von diesen 24.028 AusländerInnen sind 6.233 Asylsuchende sowie ehemalige AsylbewerberInnen mit Duldung, 35 Bürgerkriegsflüchtlinge aus Bosnien-Herzegowina, deren Aufenthalt geduldet wird, fünf Bürgerkriegsflüchtlinge aus der BR Jugoslawien mit Duldung (im Kontingent aufgenommen), neun südlibanesische Staatsangehörige aus Israel. Sonstige AusländerInnen, die im Besitz einer Aufenthaltsgenehmigung sind oder deren Aufenthalt geduldet wird: 17.746. Die Hauptherkunftsländer der in Mecklenburg-Vorpommern lebenden MigrantInnen



Vier Jahre später, am Abend des 11. Juli 1996, wurde der 26-jährige Boris Morawek in Wolgast von zwei betrunkenen Skinheads mit Springerstiefeln und Faustschlägen malträtiert. Zeugen riefen die Polizei. Gegenüber zwei uniformierten Beamten rechtfertigte der damals 22-jährige Haupttäter Andreas Janke die fortgesetzten Tritte gegen den Kopf von Boris Morawek, der habe ein dreijähriges Mädchen missbraucht. Mit den Worten »Du Kinderficker, wir bringen dich um« traten beide Angreifer weiter auf den am Boden liegenden Mann ein. Erst als Bereitschaftspolizisten eintrafen, wurden Andreas Janke und sein 19-jähriger Mittäter festgenommen. Boris Morawek starb zwei Tage später an schweren Kopfverletzungen. Das Landgericht Stralsund verurteilte den mehrmals wegen Körperverletzungsdelikten vorbestraften Andreas Janke – der zum Tatzeitpunkt eigentlich eine Haftstrafe wegen Körperverletzung aus dem Jahr 1993 hätte absitzen sollen, wenn der zuständige Richter auf einen Haftantritt bestanden hätte – im Januar 1998 wegen Totschlags zu achteinhalb Jahren Haft. Der 19-Jährige erhielt eine Jugendstrafe von fünf Jahren. Als Motiv ging das Gericht von »Rache aufgrund eines Gerüchts« aus.

Ein rechtsextremer Hintergrund kam nicht zur Sprache.¹⁰ Dem Gericht war die Aussage von Andreas Janke, er habe in einer »Musikband« gespielt, nicht einmal eine Nachfrage wert. In der Haft setzt Janke seine musikalische Karriere fort: In der JVA Bützow nahm er mit der Naziskinband Staatssturm neonazistische Lieder auf, die Gesinnungsgenossen ins Internet stellten.¹¹ Darin heißt es unter anderem: »Juden raus ist unser Ziel« und »Ich will Schädel spalten«. Auf die Frage nach seinen Wünschen antwortete Janke in einem Interview mit dem Neonazi-Blatt *Feuer und Sturm*: »Todesstrafe für Kinderschänder und Drogendealer« sowie »Deutschland befreien« und »Freiheit für alle Nationalisten«.¹² Ein Ermittlungsverfahren wegen unterlassener Hilfeleistung gegen die beiden Polizeibeamten, die zusahen, wie Boris Morawek getötet wurde, verlief im Sande.

Im Jahr nach dem Tod von Boris Morawek entführten vier Männer in Sassnitz auf der Insel Rügen am 22. April 1997 den Arbeitslosen Horst Gens. Der 50-Jährige wurde geschlagen und in einen Straßengraben geworfen. Die Täter kamen später noch mal vorbei und erschlugen ihr Opfer mit einem 30 Kilogramm schweren Stein. Der Staatsanwaltschaft Stralsund berichteten die 18 bis 29 Jahre alten Täter, sie hätten »Assis klatschen« wollen. Das Landgericht Stralsund verurteilte die Schläger zu Freiheitsstrafen zwischen sechs und zehn Jahren.¹³

Obdachlose: Opfergruppe ohne Lobby

Im Jahr 2000 erschütterte dann eine Serie von rechtsextrem motivierten Morden an Obdachlosen Mecklenburg-Vorpommern: Am 24. Juni 2000 erschlugen ein 20-jähriger Mann und zwei 18-jährige Frauen den Obdachlosen Klaus-Dieter Gerecke in Greifswald. Alle drei AngreiferInnen werden der rechten Szene der Stadt zugeordnet. Sie sollen von dem Obdachlosen Bier und Geld verlangt haben. Im Dezember 2000 verurteilt das Landgericht Stralsund den 20-Jährigen wegen Totschlags zu sieben-einhalb Jahren Haft. Die beiden 18-jährigen Frauen erhalten Bewährungsstrafen.¹⁴

Am 9. Juli 2000 überfielen fünf Rechte im Alter von 19 bis 23 Jahren in Wismar den körperbehinderten Obdachlosen Jürgen S. in einem Abrisshaus, um ihn zu berauben. Der 52-Jährige wird mit Schlägen und Tritten so schwer misshandelt, dass er kurze Zeit später seinen Verletzungen erlag. Laut Polizei handelte es sich bei den geständigen Tätern um Rechtsextremisten, bei Hausdurchsuchungen findet sich einschlägiges Propagandamaterial. Die Anklage sprach von »Hass gegen Obdachlose«. Dennoch wollte die Staatsanwaltschaft Schwerin die Tötung von Jürgen S. nicht als rechtsextreme Tat werten. Das Landgericht Schwerin verurteilt im März 2001 zwei Täter wegen Mordes zu lebenslanger Haft beziehungsweise zu sechseinhalb Jahren Jugendstrafe. Drei weitere Tatbeteiligte werden des Totschlags für schuldig gesprochen. Sie erhalten Haftstrafen zwischen vier Jahren und drei Monaten und sechs Jahren und neun Monaten.¹⁵

sind: Vietnam (2.531 Personen), Russische Föderation (2.072 Personen), Ukraine (1.860 Personen), BR Jugoslawien (1.660 Personen), Türkei (1.544 Personen), Irak (1.194 Personen), Polen (1.162 Personen), Armenien (1.135 Personen), Togo (712 Personen), Kasachstan (545 Personen). Zum Stichtag 30. April 2001 waren AsylbewerberInnen sowie ehemalige AsylbewerberInnen mit Duldung wie folgt untergebracht: a) in der Erstaufnahmeeinrichtung des Landes: 327 Personen, b) in Gemeinschaftsunterkünften: 4.908 Personen, c) in dezentraler Unterbringung: 1.003 Personen, d) in Justizvollzugsanstalten: 70 Personen. Im Land Mecklenburg-Vorpommern befinden sich ca. 60 Gemeinschaftsunterkünfte (siehe Ausländerstatistik des 1. Halbjahres 2001 vom Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern bzw. Mitteilung vom Landesamt für Asyl- und Flüchtlingsangelegenheiten). ■



Am 27. Juli 2000 wurde dann in Ahlbeck (Vorpommern) der 51 Jahre alte Obdachlose Norbert Plath von vier jungen Rechtsextremisten zu Tode geprügelt. In der polizeilichen Vernehmung nannten die Täter als Motiv »Hass auf Obdachlose«. Einer der Täter sagte »Asoziale und Landstreicher gehören nicht ins schöne Ahlbeck«. Das Landgericht Stralsund verurteilte im Februar 2001 den 19-jährigen Sven S. zu zwölf Jahren Haft und den 16-jährigen Paul J. zu acht Jahren Jugendstrafe wegen Mordes und schwerer Körperverletzung. Der 16-jährige Roger F. erhielt eine dreijährige Jugendstrafe wegen schwerer Körperverletzung.¹⁶ In einem abgetrennten Verfahren wurde der 24-jährige Neonazi und Haupttäter Gunnar Doege vom Landgericht Stralsund anschließend zu einer lebenslangen Haftstrafe wegen Mordes verurteilt. Die Täter hatten ihre Freizeit in einem von der Kommune betriebenen Jugendraum verbracht. Norbert Plath wird von der Bundesregierung als Opfer eines rechtsextrem motivierten Tötungsdelikts anerkannt.¹⁷

Ungeklärte Fälle

Nach wie vor ungeklärt sind die Hintergründe für den Tod des 31-jährigen Algeriers Mohammed Belhadj, der in der Nacht zum 22. April 2001 an einem Kieselsee bei Jarmen erschlagen wurde. Als Täter wurden vier junge Männer aus Greifswald ermittelt, von denen einer in der Untersuchungshaft Selbstmord beging. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft Greifswald sagten die vier Männer aus, sie hätten den Asylbewerber auf Drogen angesprochen, weil sie nordafrikanisch aussehende Personen generell für Rauschgiftändler hielten. Belhadj soll angeblich Haschisch versprochen haben und freiwillig zu den vier Männern ins Auto gestiegen sein. Unterwegs habe es Streit gegeben, weil der Algerier doch kein Haschisch aufreiben konnte. Belhadj wurde dann im Auto und später am Kieselsee von den Männern geschlagen und mit »massivem Schuhwerk« getreten, außerdem warfen ihm die Täter einen schweren Stein auf den Kopf. Die Staatsanwaltschaft glaubt nicht, dass die Tat rassistisch motiviert war. Einer der Schläger sei allerdings als 14-Jähriger aufgefallen, weil er ein Hakenkreuz gemalt hatte. Augenzeugen für die letzten Stunden des Algeriers gibt es nicht. Es fehlen auch, abgesehen von den

Aussagen der Beschuldigten, Beweise für die Haschisch-Geschichte. Weder das Opfer noch die Täter werden dem Drogenmilieu zugeordnet.¹⁸ Algerische Zeitungen gehen von einem rechten Hintergrund aus. Bei Redaktionsschluss war der Prozess gegen die Täter vor dem Landgericht Neubrandenburg noch nicht abgeschlossen.

Auch ein weiteres Opfer rechten Terrors soll hier erwähnt werden. Am 16. Mai 2001 beging der 13-jährige Schüler Christian aus Wolzin Selbstmord. In seinem Abschiedsbrief begründet er diesen Schritt mit ständigen Quälereien durch Rechtsextremisten an seiner Schule und aus der Umgebung. Die Staatsanwaltschaft Schwerin behauptet entgegen den Darstellungen der Eltern, es gebe keine Anhaltspunkte dafür, dass der Junge von Rechten unter Druck gesetzt wurde. Es hätte sich vielmehr um jugendtypische Streitereien gehandelt.¹⁹ ■

- 1 Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel vom 14.9.2000 und 5.10.2001
- 2 Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel vom 21.10.2001
- 3 Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel vom 5.10.2001
- 4 Frankfurter Rundschau, »Den Opfern einen Namen geben«, vom 5.10.2001
- 5 Ebenda.
- 6 Nordkurier vom 22.8.2000
- 7 Bild-Zeitung, 23.8.2000
- 8 DPA vom 27.6.2001
- 9 Bundestagsdrucksache 14/5032 vom 27.12.2000, Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der PDS-Fraktion, Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel, »Den Opfern einen Namen geben«, 14.9.2000
- 10 Frankfurter Rundschau, »Den Opfern einen Namen geben«, 5.10.2001
- 11 blick nach rechts Nr. 18 vom 6.9.2001
- 12 Nr. 7/1999
- 13 Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel, »Den Opfern einen Namen geben«, 14.9.2000
- 14 DPA vom 27.6.2001
- 15 DPA vom 27.6.2001, Neues Deutschland vom 2.3.2001, die tageszeitung vom 2.3.2001
- 16 Frankfurter Rundschau vom 3.2.2001
- 17 Bundestagsdrucksache 14/5032 vom 27.12.2000, Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke und der Fraktion der PDS, Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel, »Den Opfern einen Namen geben« vom 14.9.2001
- 18 Frankfurter Rundschau und Tagesspiegel, »Den Opfern einen Namen geben« vom 5.10.2001
- 19 taz vom 7.6.2001, AP vom 16.5.2001

ungerechtigkeiten haben system und werden angeprangert

das media- und kulturzentrum natascha in wismar

»Viele russischsprachige Menschen wollen weg aus Wismar. Sie fühlen sich hier nicht willkommen, und wenn sie Übergriffe und Gewalt erleben, wie wir es in extremer Weise erfahren mussten, melden sie das nicht der Polizei. Sie haben Angst.« (Nataliya Zhelyeznyak)

In Wismar gibt es seit 1998 das russische Media- und Kulturzentrum Natascha, ein wichtiger Informations- und Begegnungsort für die über 1.500 russischsprachigen Menschen in der Stadt. »Aber wichtig«, so die Leiterin des Zentrums, Nataliya Zhelyeznyak, »ist vor allem auch der Kontakt zu Deutschen.«

Das Zentrum Natascha ist klein und voll; gestopft voll mit Schreibtischen, Sitzgelegenheiten, Regalen russischer Bücher, Videos, aktuellen Zeitungen und Zeitschriften. Täglich kommen zwischen 20 und 25 Leute zum Lesen, Fernsehen, Videos anschauen, aber auch, um sich auszutauschen, zu unterhalten und Fragen zu stellen. Das ist gerade für die Neu-Angekommenen in Wismar besonders wichtig. Die Altersstruktur ist ganz gemischt und Nataliya Zhelyeznyak bemüht sich, allen unterschiedlichen Interessen und Bedürfnissen gerecht zu werden: »Vor kurzem haben Jugendliche nach russischem Rap gefragt. Das hatten wir bisher noch nicht in unserem Repertoire, aber wir versuchen jetzt, solche CDs aufzutreiben.«

Das Zentrum hat ungefähr 100 StammesbesucherInnen, die regelmäßig kommen, es gibt aber auch Leute, die sich zum Beispiel nur einen Sprachkurs vermitteln lassen oder über ihre Erfahrungen beim Sozialamt berichten wollen. Auch dafür ist das Media- und Kulturzentrum Natascha die richtige Adresse. Die in und um Wismar lebenden russischsprachigen MigrantInnen sind zu einem großen Teil jüdische Kontingentflüchtlinge aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion, aber auch AussiedlerInnen und AsylbewerberInnen.



heiligendamm

»Nichts ist wichtiger für einen guten Start in Deutschland als gute Deutschkenntnisse«, sagt Nataliya Zhelyeznyak und sie weiß, wovon sie spricht – aus ihrer beruflichen Tätigkeit als Sprachlehrerin, aus eigener, langjähriger Erfahrung mit dem deutschen Behördenalltag aber auch aus unzähligen Berichten von Landsleuten. Vor allem über das Sozialamt in Wismar hat sie mittlerweile einiges gesammelt, was nicht gerade rühmlich ist: Das Sozialamt beharrt beispielsweise auf dem Standpunkt, eventuell benötigte Dolmetscher müssten von den MigrantInnen selbst organisiert und bezahlt werden. »Aber wer, bitte schön, kann sich das schon leisten?« fragt Nataliya Zhelyeznyak. Leider sind viele Wismarer SozialamtsmitarbeiterInnen kaum bereit, mangelnde Sprachkenntnisse seitens der SozialhilfempfängerInnen durch Geduld und Entgegenkommen, wie etwa durch langsames und deutliches Sprechen, etwas abzufedern. »Wie oft haben mir Landsleute erzählt, dass ihre Sachbearbeiter mit ihnen absichtlich noch schneller und undeutlicher gesprochen haben!«, empört sich Nataliya Zhelyeznyak und fügt hinzu: »Vielleicht sollte



ich an dieser Stelle auch erwähnen, dass Flüchtlinge zur Zeit bis zu einem Jahr auf einen Sprachkurs warten müssen.« Aber das ist noch nicht alles, was Flüchtlinge der Leiterin von Natascha über das Wismarer Sozialamt erzählen: »Ständig wird man aufs Sozialamt zitiert für Vorgänge, die auch schriftlich erledigt werden könnten. Und wenn man dann da ist und Pech hat, kommt man noch nicht einmal dran. Das ist doch reine Schikane«, nennt sie das Kind beim Namen.

Besonders demütigend sind Fragen, denen SozialhilfeempfängerInnen sich unterziehen müssen, wenn sie einen Krankenschein haben möchten. Neu angekommene Flüchtlinge, die eh schon verunsichert in den Behörden-Dschungel einsteigen, werden so weiter in ein verängstigtes und zögerliches Verhalten gedrängt.

Da ist Nataliya Zhelyeznyak aber genau die richtige Ansprechperson, weil sie sprachlich und fachlich und auch von ihrer Einsatzbereitschaft her in der Lage ist, gegen derartige Diskriminierungen vorzugehen. Zusammen mit russischsprechenden Migranten und Migrantinnen hat sie im Mai 2000 an das Sozialamt der Hansestadt Wismar einen langen Brief geschrieben, in dem sie sehr deutlich die Schikanen auflistet, denen sich die SozialhilfeempfängerInnen täglich ausgesetzt sehen. »Denn eines ist klar« sagt sie entschlossen, »immer wiederkehrende Ungerechtigkeiten haben System und gehören angeprangert.«

Ebenso lautstark hat Nataliya Zhelyeznyak die Fehler der Wismarer Politik gegenüber rechtsextremen Aktivitäten in der Hansestadt kritisiert. Im Mai 1999 wurde sie zusammen mit ihrem Mann von sieben rechten Jugendlichen brutal zusammengeschlagen. Sie hat nicht geschwiegen wie viele Opfer rechter Übergriffe sondern die Tat angezeigt und öffentlich gemacht. Fünf der Angreifer wurden Anfang 2000 zu Jugendstrafen verurteilt. Eine Liste von Übergriffen und Gewalttaten, die einem entsprechenden Artikel in der WOZ am 20. Januar 2000 beigelegt wurde, zeigt, dass der Überfall auf das Ehepaar kein Einzelfall ist, sondern dass Wismar ein erhebliches Problem mit Rechtsextremismus hat. Ein Umstand, der seitens der Stadtverwaltung gerne verschwiegen oder gar geleugnet wird. »Auf ein Schreiben an die Stadtregierung, das ich im Juli 1999 nach der erlittenen Gewalttat verfasst hatte mit der Aufforderung, die Stadtregierung möge öffentlich machen, was sie gegen die rechtsextreme Jugendgewalt zu unternehmen gedenke, erhielt ich eine Reaktion erst Monate später. Und zwar als sich der Bundespräsident in Wismar angekündigt hatte und ich drohte, den Brief dann an alle Zeitungen zu geben«. Nataliya Zhelyeznyak wurde zu einem Gespräch mit Senator Beyer (Bildung und Kultur, Jugend und Sport) eingeladen, der die Auffassung vertrat, es gebe in Wismar keinen ausgeprägten Rassismus, das Problem liege in orientierungslosen Jugendlichen ohne Arbeit und Ausbildung. Er forderte sie auf, sie »solle keine falschen Meinungen verbreiten.«

Was falsche und was richtige Meinungen sind, weiß wahrscheinlich kaum jemand so gut wie Nataliya Zhelyeznyak, die über ihr Zentrum regen Kontakt und Austausch mit Nicht-Deutschen hat: »Ich bekomme täglich mit, wie die Einstellung

von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung und der Behörden ihnen gegenüber ist. Ich fordere eine eindeutige Positionierung der Politik sowie entsprechende Maßnahmen, wie zum Beispiel die Arbeit an Schulen, zur Bekämpfung rechtsextremer Einstellungen.« In einem Bericht des Ausländerbeauftragten vor dem Gesundheits- und Sozialausschuss im April 2001 ist festgehalten worden, dass es in der Wismarer Bevölkerung ein fremdenfeindliches und gewaltbereites Potenzial gebe, das man nicht vernachlässigen dürfe (allein im Jahre 1999 hat es sechs fremdenfeindliche Straftaten gegeben, vier schwere Körperverletzungen und einen versuchten Mord). Handlungs- und Aufklärungsbedarf im Sinne tatsächlicher Integration von Ausländern sei daher dringend gegeben. (OZ, 12.4.2001).

»Wir haben nach dem Überfall auf uns auch viel Zuspruch von Deutschen bekommen«, erzählt Nataliya Zhelyeznyak. »Sie sind hier ins Kulturzentrum gekommen und haben gesagt, wie sehr sie diese Tat verabscheuen und wie sehr es ihnen leid tut.« Einige hätten Hilfe angeboten. Aber sie habe diese Angebote nicht für sich persönlich annehmen wollen, sondern lieber für ihre Landsleute: »Sie müssen unbedingt die Angst vor dem Sprechen der deutschen Sprache verlieren«, sagt sie mit Nachdruck und: »Es ist so wichtig, dass sich der Kontakt zwischen Einheimischen und Zugewanderten intensiviert.« ■

jugendarbeit zwischen erwartungsdruck und ohnmacht

Rechtsextremismus gilt in der Regel als Jugendproblem. Denn sichtbare, subkulturelle Merkmale einer rechtsextremen Gesinnung wie bestimmte Bekleidungsstile, Skinhead-Glatzen und die Vorliebe für rechtsextreme Musik sind besonders für Jugendliche interessant.



pasewalk

Extreme Gewalttaten werden überwiegend von Jugendlichen und jungen Erwachsenen begangen. Organisierte Neonazis versuchen besonders, unter Jugendlichen und Kindern neue AnhängerInnen zu finden. Die Strategie der Neonazikader, eine Hegemonie in der Alltagskultur zu erlangen, ist besonders an jugendliche Subkulturen gerichtet und wird am offensivsten von diesen umgesetzt. Daher wird der Sozialarbeit mit jungen Menschen in der Öffentlichkeit eine hohe Bedeutung beigegeben. Auf ihr lastet der Erwartungsdruck, sowohl präventiv zu verhindern, dass die rechtsextreme Subkultur noch größer wird, als auch überzeugte Neonazis zu resozialisieren.

Die pädagogische Kontroverse um akzeptierende Sozialarbeit mit Rechten ist in der Praxis nirgendwo eindeutig entschieden. Einige Kommunen stellen explizit Räumlichkeiten für rechte Jugendliche zur Verfügung, in anderen gibt es neben dem »normalen« Jugendzentrum einen ausgelagerten Treff

für Rechtsextreme. In vielen Jugendclubs gibt es keine klare Linie, wie mit den Dominierungsversuchen rechtsextremer Cliquen umgegangen werden soll. Andere sind sich des Problems durchaus bewusst, beklagen aber mangelnde finanzielle Ausstattung, um dem Problem effektiv begegnen zu können. Überhaupt wird Jugendarbeit in vielen Fällen von nicht qualifizierten, befristeten ABM- oder SAM-Stellen geleistet. Angebote und Räumlichkeiten, die explizit nicht-rechte Jugendliche unterstützen, sind in einigen Regionen kaum zu finden.

Hohe Jugendarbeitslosigkeit und Mangel an sinnvollen Freizeitangeboten sind ein weiteres wichtiges Thema im Zusammenhang mit dem Erstarken rechtsextremer Tendenzen unter Jugendlichen. Der Jugendarbeit wird oft die Rolle zugewiesen, strukturelle gesellschaftliche Probleme entschärfen zu müssen, ohne dass sie echte Perspektiven bieten könnte.

Beunruhigende Tendenzen

»In keinem anderen Bundesland geraten im Verhältnis zur Gesamtzahl der Strafverfahren so viele Jugendliche ins Visier der Staatsanwaltschaften wie in Mecklenburg-Vorpommern. Besorgniserregend



stralsund

sei zudem, dass immer mehr Ausländer Opfer rechtsextremer Straftaten werden« berichtete die *Schweriner Volkszeitung* vom 8. August 2001, sich auf Aussagen von Generalstaatsanwalt Martensen berufend. »Die Schwerpunkte rechtsextremer Organisation befinden sich in den Landkreisen Ostvorpommern, Uecker-Randow, Mecklenburg-Strelitz, Bad Doberan und den Städten Rostock, Greifswald und Wismar.«

Mecklenburg-Vorpommern rangiert hinter Sachsen-Anhalt an zweiter Stelle auf der Häufigkeitsliste rechtsextremer Straftaten. Eine veränderte Zählweise, wie sie von den Innenministern von Bund und Ländern beschlossen wurde, wird die Zahlen noch in die Höhe schnellen lassen. Bisher wurden nur Taten als rechtsextrem eingestuft, die sich an einem sehr eng gefassten Extremismusbegriff orientierten. Dazu gehörten die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Organisation und der Vorsatz der Systemüberwindung. Von nun an sollen auch Taten, denen inhaltlich eine rechtsextreme Motivation unterstellt werden kann, mit aufgenommen werden. »So können auch z.B. Morde

an Obdachlosen als das registriert werden, was sie häufig sind, nämlich rechtsextremistische Straftaten« (CiLip 68, 1/2001). Die Erfahrung aus Brandenburg zeigt, dass sich durch die veränderten Kriterien die Zahl der als rechtsextrem eingestuften Straftaten vervierfacht hat. Aus diesem Grund hatte speziell Mecklenburg-Vorpommern kein Interesse an veränderten Kriterien und plädierte auf der Innenministerkonferenz dafür, Propagandadelikte wie »Heil-Hitler«-Rufe nicht mehr mit in die Liste aufzunehmen. Das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* vermutete nach dem Streit der Innenminister, dass anscheinend ostdeutsche Innenminister eine »Stigmatisierung des Ostens als Hort des Rechtsextremismus« (Der Spiegel, 12.2.2001) befürchteten. Auch wenn Statistiken und Zählweisen von Straftaten mit Vorsicht zu genießen sind und nur einen kleinen Ausschnitt der gesellschaftlichen Problematik beleuchten, so zeigen sie doch Tendenzen, die beunruhigen.

Anlass zur Sorge bereitet auch die Tatsache, dass die sympathisierenden und die organisierten Rechtsextremen immer jünger werden. Zur so genannten Babyskinszene gehören bereits 13-Jährige. PädagogInnen vor Ort und sogar Staatschützer sind sich einig, dass überzeugte Rechtsextreme so gut wie gar nicht umzustimmen sind. Nach den an anderer Stelle etwas ausführlicher zitierten Studien aus Greifswald und Rostock stimmen 30 Prozent der befragten Greifswalder Jugendlichen fremdenfeindlichen/rechtsextremen Aussagen zu, weitere 36 Prozent äußern sich ambivalent, das heißt, dass nur 34 Prozent eindeutig ablehnend gegenüber fremdenfeindlichen/rechtsextremen Aussagen eingestellt sind (Dünkel u.a., 2001). Die Rostocker Studie kommt zu ähnlich alarmierenden Ergebnissen (Wetzels u.a., 2000). Diese in Zahlen nur unzulänglich auszudrückende Situation zeigt ein bedrohliches Potenzial für die Zukunft: Die wichtigsten Versatzstücke rechtsextremen Denkens werden von einer Mehrheit der Jugendlichen akzeptiert und die organisierten Neonazis immer jünger. Haben sie sich erst in festen Cliquen zusammen gefunden, ist eine Einflussnahme schwer möglich.

Angesichts dieser Situation fragte sich ein Redakteur der *Ostsee-Zeitung*, ob die gesellschaftlichen Gegenaktivitäten denn gar nichts bewirkt hätten: »Im Klartext: Weder die engagierte Arbeit in Bürgerinitiativen wie Bunt statt Braun oder ABM-gestützte Netzwerke wie der Verein für Demokratie und Toleranz, noch der Präventionsrat des Landes konnten die Situation entschärfen« (Ostsee-Zeitung, 16.5.2001). Deutlich wird auf jeden Fall, dass das Problem tiefer liegt und kurzfristig nicht zu lösen ist. ■

horizonte – verein für konfliktbewältigung – anti-gewalt-trainings an schulen Horizonte hat jahrelange Erfahrung in der Arbeit mit gewaltbereiten und rechtsextremen Jugendlichen. Der Verein wurde 1995 in Wolgast von MitarbeiterInnen eines betrieblichen Ausbildungszentrums gegründet, um kriminellen und auffälligen Jugendlichen ein sinnvolles Freizeitangebot zu bieten. Im Sommer 2001 zog Horizonte nach Greifswald. Verschiedene Konzepte wurden seit dem Bestehen ausprobiert, in der Praxis überprüft und weiterentwickelt. Als Konsequenz aus den gemachten Erfahrungen liegt der Schwerpunkt der Arbeit heute auf der Durchführung von Anti-Gewalt-Trainings an Schulen. In den ersten Jahren hat der Verein mit unterschiedlichen Gruppen rechtsextremer Jugendlicher gearbeitet; zum Beispiel mit Maurer- und Malerlehrlingen, mit denen gemeinsame Freizeiten durchgeführt wurden. Was die PädagogInnen auf diesen Reisen erfuhren, war niederschmetternd: »Die Jugendlichen brüsteten sich mit ihrem Waffenbesitz und den damit begangenen Gewalttaten. Und sie behaupteten ›die Insel Usedom dicht machen zu können, da sie mit ihren Waffen und Handys in der Lage wären, in kürzester Zeit ihre rechtsradikalen Kameraden zum Bürgerkrieg zu mobilisieren‹« so Ursula Heldt, Mitarbeiterin von Horizonte (Heldt in: Dünkel u.a., 1999). Besonders ihr absolutes Misstrauen gegen alle Personen, die nicht ihrer Gruppe zugehörten, und ihr exzessiver Alkoholkonsum machten eine pädagogische Arbeit fast unmöglich. ■ Eine andere Gruppe, mit der Horizonte arbeitete, bestand aus straffällig gewordenen Jugendlichen, die von der Jugendgerichtshilfe geschickt wurden. Statt verurteilt zu werden sollten sie an einem Anti-Gewalt-Training teilnehmen. Ursula Heldt berichtet, »Wir haben in den Seminaren mit diesen Jugendlichen von Anfang an auf das Medium des körperlichen Ausdrucks und den Einsatz von Videokameras gesetzt«. Elemente aus dem von Augusto Boal entwickelten Theater der Unterdrückten, selbst gefertigte Videoproduktionen und die Auseinandersetzung mit

die guten ins töpfchen, die schlechten ins kröpfchen ...

prävention und repression

»Wir diskutieren nicht politisch mit denen, weil – das sagen die Erfahrungen ganz deutlich – wir da keinen Widerhall finden, wir da keine Chance haben, etwas zu verändern. Wir machen ihnen Angebote auf den Gebieten, wo sie wirklich empfänglich sind und wo sie Angebote benötigen.«

Prävention ist eines der Zauberworte in der aktuellen Diskussion über pädagogische Methoden gegen rechte Jugendgewalt. In der gesellschaftlichen Debatte wird davon ausgegangen, dass eine Mischung aus Repression und Prävention am besten geeignet ist, das »Problem Rechtsextremismus« in den Griff zu bekommen. Einerseits sollen Unbelehrbare durch Strafe und Abschreckung in ihre Schranken gewiesen werden und andererseits sollen gezielte Aufklärung und Werbung für Demokratie und Toleranz dazu beitragen, Gewalt und rechtsextremes Gedankengut zu ächten. So unterschiedlich wie die Einschätzungen über die Hauptursachen für die hohe Attraktivität rechtsextremer Einstellungen und Handlungen sind auch die Vorstellungen über sinnvolle Präventionskonzepte: Polizeiliche Kriminalitätsprävention, Weiterbildung und Schulung für LehrerInnen und PädagogInnen, bessere Ausstattung von Jugendclubs – all das kann unter dem Begriff Prävention verstanden werden.

Was auch immer gemeint ist: **Prävention heißt Vorbeugen.** Die Schwierigkeiten des Vorbeugens in einem Umfeld, in dem rechtsextremes Denken in der jugendlichen

Subkultur fest verankert ist, sollen hier am Beispiel Gewaltprävention besprochen werden.

Viele der **Gewaltpräventions**-Konzepte konzentrieren sich auf die bloße Erscheinungsebene: Es wird versucht, aggressives Verhalten der Jugendlichen zu verändern, die dahinter liegenden Weltbilder und Begründungsmuster aber nicht zu thematisieren. Dafür gibt es mehrere Gründe. Pädagogische und auch viele soziologische Erklärungsmodelle für das Verhalten von Jugendlichen stellen deren oft schwierige persönliche und familiäre Situation in den Vordergrund. Immer wieder schimmert in öffentlichen und privaten Diskussionen die Überzeugung durch, die Jugend würde durch Vernachlässigung und Perspektivlosigkeit zu den extremen Gewalttaten getrieben. Diese Ursachenanalyse legt nahe, Überzeugungen und Weltbilder der Jugendlichen außer acht zu lassen und bei ihrer Gewaltbereitschaft und ihrem Sozialverhalten anzusetzen. Unsere GesprächspartnerInnen berichteten, jenseits der offiziellen Kommentare ließen immer noch viele hinter vorgehaltener Hand verlauten, dass die »Meinungen«

der eigenen Körpersprache erwiesen sich als Methoden, mit denen die Jugendlichen etwas anfangen konnten. »Besonders das Thema Selbstwahrnehmung – Fremdwahrnehmung stieß auf breites Interesse.« Wurden sie hingegen mit ihren rechten Einstellungen konfrontiert, machten sie dicht. »Hatten wir es gewagt, ein Anti-Aggressions-Training einen Tag vor Hitlers Geburtstag zu legen, erschienen sie einfach nicht.« ■

»Unmöglich war eine Konfrontation von rechten mit nicht-rechten Jugendlichen.« Festgelegte Gruppenhierarchien waren für erstere so wichtig, dass vor allem die rechten Jugendlichen ohne diese Hierarchie nicht dazu in der Lage waren, zu anderen Kontakt aufzunehmen. In diesen festen Gruppen wird ein extrem archaisches und patriarchales Männerbild konstruiert, das sich wesentlich durch Aggression nach außen definiert. »Diese Jugendlichen empfinden kriminelle Handlungen als männlich und begehen diese in einer Art Ritus. Es bekommt in ihren Augen erst derjenige Achtung und wird in die Clique aufgenommen, der sich kriminell gezeigt hat. Teilweise fordern sie sogar Neulinge zu kriminellen Handlungen auf und geben ihnen Ort und Zeit als Auflage bekannt.« Ursula Heldt erlebte die Jugendlichen als in ihrem Selbstbild extrem angreifbar, was sie durch den festen Zusammenhalt in der Gruppe kompensieren. Dabei dient die Gruppe als fester Bezugsrahmen, der Orientierung bietet und die Einzelnen in ihren Werten und ihrem Verhalten bestätigt. Gleichzeitig wird ein starker Gruppendruck erzeugt, der es erschwert, anders zu sein, anders zu denken oder auszusteigen. ■

Seit die Strafverfolgungsbehörden härter gegen rechtsextreme Jugendgewalt vorgehen, kommt es zu wesentlich mehr Verurteilungen als früher und fast alle Jugendlichen kennen jemanden, der schon mal im Gefängnis war oder ist. »Repression zeigt Wirkung und zumindest einige werden abgeschreckt. Früher haben die Rechtsextremen machen können, was sie wollten. Es ist in den seltensten Fällen irgendetwas passiert. Das ist heute anders.« In dieser Situation arbeitet ▶

der Jugendlichen ja nicht das Problem seien. Problematisch sei vor allem die ungesetzliche Gewaltanwendung, um dieser »Meinung« Gehör zu verschaffen.

Übereinstimmend kommen PädagogInnen zu dem Schluss, dass überzeugte Rechtsextreme durch rationale Argumente und Aufklärung nicht zu erreichen sind. »Wir diskutieren nicht politisch mit denen, weil – das sagen die Erfahrungen ganz deutlich – wir da keinen Widerhall finden, wir da keine Chance haben, etwas zu verändern. Wir machen ihnen Angebote auf den Gebieten, wo sie wirklich empfänglich sind und wo sie Angebote benötigen.« (Bulletin, 1/2000) Dies ist stellvertretend für die gängige Haltung vieler PädagogInnen. Angesichts der Schwierigkeiten ist die Versuchung tatsächlich groß, inhaltliche Auseinandersetzungen ganz zu meiden und nach anderen Formen der Arbeit zu suchen. Vor einer deutlichen Polarisierung, die unter Umständen zu einer klaren Ausgrenzung der Rechtsextremen oder zumindest ihrer Positionen führen würde, wird aus Ohnmacht zurückgeschreckt. Gerade die von den Neonazis so erfolgreich etablierten inhaltlichen Begründungen und politischen Überzeugungen für rechtsextreme Gewalttaten geraten

bei einer Arbeit in den Hintergrund, die nur den Gewaltaspekt betont und sich davor scheut, sich auch inhaltlich klar abzugrenzen. Bei rechtsextrem motivierten Gewalttaten handelt es sich um Verhaltensweisen, die auch und nicht zuletzt aus politischer Überzeugung und vor dem Hintergrund einer gewaltverherrlichenden Ideologie verübt werden. Daher spielt der Kern dieser Inhalte eine wichtige Rolle. Die Ideologie, mit der organisierte Neonazis am wirkungsvollsten die Jugendszene für sich gewinnen, setzt sich aus aggressivem Nationalismus und menschenverachtendem Rassismus zusammen. Mit diesen Meinungen sind die Jugendlichen aber nicht allein, sondern sie werden darin immer wieder von ihrem erwachsenem Umfeld bestätigt. Eine Arbeit, die dies völlig ignoriert, kann kaum erfolgreich sein.

Wirksame Prävention kann nicht erst dort ansetzen, wo »das Kind schon in den Brunnen gefallen« ist. Besonders rat- und hilflos fühlen sich daher PädagogInnen in Regionen, in denen sie es fast ausschließlich mit rechts eingestellten Jugendlichen zu tun haben, wie in weiten Teilen Vorpommerns. Die Appelle aus Politik und Gesellschaft wirken angesichts der realen Situa-

tion mancherorts paradox: Einerseits sollen klare Grenzen gegen rechtsextremes Gedankengut gesetzt werden, andererseits soll integriert, überzeugt und wieder ins »Boot der Demokratie« geholt werden. Was hiervon wann zu tun ist, bleibt vielen in der Praxis unklar. Die verbreitete Hegemonie rechtsextremen Denkens besonders in der Jugendkultur erweist sich als großes Hindernis für pädagogische Arbeit, die auf Integration und Überzeugung setzt. Gleiches gilt für Modelle, die bewusst inhaltliche Auseinandersetzungen ausklammern, um Jugendliche überhaupt zu erreichen. Das von organisierten Neonazis verfolgte Modell, über Kameradschaften und Freundeskreise eng mit der örtlichen Jugendszene verwoben zu sein, sich als ein verbindlicher Gruppenzusammenhang zu präsentieren, auf den mehr Verlass ist als auf Erwachsene, macht auch viele der sogenannten »Mitläufer« resistent gegen Einfluss von außen. Rechtsextremes Denken wird von den Jugendlichen zunehmend als normal empfunden. Schon Kinder zwischen elf und dreizehn Jahren

wissen, »wer das sagen hat, mit wem man sich besser nicht anlegt und wo man möglichst dazugehören sollte.«

Daher kann präventive Arbeit nur dann wirkungsvoll greifen, wenn sie fester Bestandteil der regulären pädagogischen Einrichtungen wie Schule und Kindergarten ist. Dies wird zwar von vielen gesellschaftlichen Kräften und auch von der Politik gefordert, ist aber in der Realität nicht der Fall. In der Praxis sieht es so aus, dass Gelder nur in Brennpunkte fließen. Die vor Ort tätigen LehrerInnen und PädagogInnen sind oft hierfür nicht ausgebildet oder willens, die besonderen professionellen Anforderungen einer qualifizierten Arbeit gegen Rechtsextremismus zu erfüllen. Vereine oder Bildungseinrichtungen mit kurzfristig bewilligten Projektgeldern sollen diese Lücke schließen.

Sie sind aber oft damit konfrontiert, Präventionsarbeit leisten zu müssen, wo es für Prävention im eigentlichen Sinne schon zu spät ist. Solange es zu teuer erscheint, genügend Geld in eine langfristig abgesicherte und möglichst landesweite Präventionsarbeit zu stecken, wirken die mager ausgestatteten Projekte wie einzelne Feuerwehrautos, die einen Flächenbrand bekämpfen sollen. ■

Horizonte mit der Methode, für die Jugendlichen individuelle ›Kosten-Nutzen-Rechnungen‹ aufzustellen: Die Jugendlichen ziehen selber Bilanz, was sie durch ihre Gewalttaten gewinnen und was es sie kostet (Verurteilung, schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt etc.). Begleitet und eingeleitet durch einen Ex-Häftling, der ihnen einen schonungslosen Bericht über die Zustände in einem Gefängnis liefert, haben diese Bilanzen zur Folge, dass Jugendliche eher abwägen, ob sie das wirklich für eine Nacht »saufen und schlagen« in Kauf nehmen wollen. »An ihrer Einstellung ändert das allerdings nichts.« ■ »Ausschließlich mit rechtsextremen Gewalttätern zu arbeiten«, beurteilt Ursula Heldt, »ist schwierig, wenn nicht unmöglich.« Einer der Jugendlichen, der an einem der Anti-Gewalt-Trainings des Vereins teilnahm, verübte später den Mord an einem Obdachlosen in Ahlbeck – »das gibt zu denken« sagt sie nachdenklich. ■ **Anti-Gewalt-Training an Schulen:** In den letzten Jahren legte Horizonte den Schwerpunkt der Arbeit auf die Durchführung von Gewaltpräventionsmodellen an Schulen. Die aufgeschlossene Haltung des zuständigen Schulrats ermöglichte an fünfzehn Schulen die Etablierung eines Projekts zur Ausbildung von KonfliktvermittlerInnen: Über ein Jahr verteilt werden dabei an jeder Schule zehn Anti-Gewalt-Trainings durchgeführt und die teilnehmenden SchülerInnen zu so genannten KonfliktvermittlerInnen ausgebildet. »Sie werden sensibilisiert, gewalttätiges und diskriminierendes Verhalten zu erkennen, lernen Interventionsmethoden, um den SchülerInnen andere Umgehensweisen zu ermöglichen. Dass Gewalt, Einschüchterung und Diskriminierung nicht mehr einfach unter der Oberfläche ablaufen können, ohne dass jemand einschreitet und eine eindeutige Grenze zieht, ist zentrales Moment unserer Arbeit«, fasst Ursula Heldt ihren Ansatz zusammen. ■ Die Erfahrungen an diesen Schulen zeigen, dass es möglich ist, das Klima an einer Schule zu verändern. Frühzeitig kann der Umgang mit Streit und Interessenskonflikten in Gruppen oder zwischen

viele interessiert nicht wirklich, was die jugend treibt

die arbeit des e-werks in sassnitz

Das Ziel: Beschäftigungsprojekte für benachteiligte Jugendliche

Das Jugendprojekt E-Werk hat seinen Sitz in dem alten Elektrizitätswerk von Sassnitz, einem schönen alten Backsteinhaus nahe dem Stadtzentrum. Das E-Werk wird von dem Verein Unternehmen Sassnitz getragen und gefördert, in dem sich soziale Einrichtungen, Kirchengemeinden und Unternehmen der Stadt zusammengetan haben, um Jugendliche in problematischen Lebenssituationen umfassend zu unterstützen. Benachteiligten Jugendlichen die Teilhabe an Arbeitsprozessen zu ermöglichen ist eines der Hauptziele des E-Werks. Dazu wurde ein breites Angebot von Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen: Jugendliche können sich für ein Taschengeld

von zwei bis drei Mark pro Stunde an dem offenen Arbeitsangebot beteiligen, sie können sich für Qualifizierungs-ABM- und SAM-Stellen bewerben oder vom Gericht angeordnete Arbeitsstunden ableisten. Auch Berufsorientierung und Zivildienststellen werden vom E-Werk angeboten. Die Teilnahme ist grundsätzlich freiwillig und es gibt die Möglichkeit der pädagogischen Betreuung. Die Arbeitsbereiche sind vielfältig:

- Um- und Ausbau des Hauses und dessen Verwaltung
- Organisation von Veranstaltungen und Festen
- Umgang mit Computern und Gestaltung von Internet-Seiten
- Gestaltung und Druck von Postkarten
- Betreuung und Wartung des Jugendkutters Sophie Scholl.

Über die Schaffung von Arbeitsplätzen hinaus hat sich das E-Werk als soziales und kulturelles Zentrum etabliert: Es werden Veranstaltungen, Konzerte und Jugendfreizeiten organisiert. Regelmäßig findet ein Austausch mit Jugendlichen aus Polen statt.

zwei Personen geübt werden. Allerdings können SchülerInnen nur erfolgreich arbeiten, wenn sie von den LehrerInnen und der Schulleitung unterstützt werden. Ursula Heldt berichtet von mehreren Fällen, in denen die Schulleitung die Arbeit torpedierte: »An einer Schule wurde behauptet, es gebe dort keine Gewalt, obwohl SchülerInnen erzählten, dass einige Lehrer sie schlugen. Eine andere Schule wollte die Konfliktvermittlung nur zulassen, wenn in jedem Fall die betroffenen Eltern ihre Zustimmung gäben. Sehr verbreitet ist auch die Haltung: ›Das bringt doch sowieso alles nichts‹. Als Konsequenz«, erzählt Ursula Heldt, »werden inzwischen auch für die LehrerInnen und die Schulleitung Trainings angeboten.« ■

»Besonders schade ist es, wenn durch die Streichung von Stellen erfolgreiche Arbeit nicht fortgeführt werden kann«: So droht zum Beispiel die Stelle der Schulsozialpädagogin an der Wolgaster Hufelandschule Ende des Jahres 2001 auszulaufen. Die Sozialpädagogin hatte die SchülerInnen bei ihrer Arbeit sehr unterstützt und diese befürchten nun, ohne ihre Hilfe nicht so weitermachen zu können wie bisher. ■ **Methoden und Erfahrungen:** Um die Jugendlichen für das Thema zu erwärmen, hat es sich bewährt, am Anfang ein ›Gewaltbarometer‹ für die betreffende Klasse oder Gruppe zu erstellen: »Alle erzählen von Situationen, in denen sie schon einmal TäterInnen, Opfer oder Zeuginnen von Gewalttätigkeiten waren.« Dabei sind die LehrerInnen nicht anwesend, da sonst die SchülerInnen erfahrungsgemäß nicht frei sprechen. »Überhaupt stellte sich heraus, dass viele der Jugendlichen auch bei schlimmsten Gewalterfahrungen nicht wissen, mit wem sie drüber sprechen können.« Die Erwachsenen würden sich dafür nicht interessieren und einmischen schon gar nicht, berichten die Jugendlichen. ■ Nach dem Sammeln der eigenen Gewalterfahrungen werden gemeinsam Verhaltensweisen entwickelt, um aus der jeweiligen Position heraus etwas zu verändern. Mit den TäterInnen werden zum Beispiel Strategien erarbeitet, Aggression und ▶

Die Finanzierung

Dieses umfassende Angebot wurde möglich durch Glück und eine geschickte Finanzierungspolitik. Am Anfang stand eine Anschubfinanzierung aus der RTL-Jugendstiftung. Mit diesen Geldern konnte das alte Elektrizitätswerk renoviert und als Jugendtreff hergerichtet werden. In dem Verein Unternehmen Sassnitz sind über 70 Firmen, Stiftungen und Einzelpersonen zusammengeschlossen, die das Projekt finanziell fördern. Eine weitere wichtige Säule ist die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung, die den umfassenden Ansatz des E-Werks von Anfang an unterstützte. Die laufenden Kurse und Beschäftigungsmaßnahmen werden vom Arbeitsamt finanziert, für spezielle Angebote werden Anträge beim Europäischen Sozialfonds gestellt. Das E-Werk verfolgt das Ziel, nur Projekte weiterzuführen, die sich nach einer Anschubfinanzierung selbst tragen können. Positive Bei-

spiele hierfür sind der Computerbereich, der inzwischen dazu in der Lage ist, für die Schulen der Umgebung Computer bereitzustellen und zu warten, sowie der Postkartendruck, der Gratis-Werbepostkarten für Rügen herstellt und verteilt.

Lobbyarbeit für die Rechte der Jugendlichen

55 der 150 arbeitslosen Jugendlichen der Halbinsel Jasmund arbeiten im E-Werk. Die Arbeitsangebote werden nur von männlichen Jugendlichen genutzt. Der Projektleiter Peter Kordes erklärt sich das so: »Frauen bekommen hier schon jung Kinder und daher ist ihr Interesse an einer Ausbildung geringer.« Allerdings ist das Angebot des E-Werks auch sehr auf die Interessen von männlichen Jugendlichen ausgerichtet. Kordes versteht seine Arbeit als »grundsätzliche Parteinahme für die Interessen von Jugendlichen, die keine Lobby haben«. Daher umfasst ihre Betreuung weit mehr als nur das Anbieten von Arbeit: Die MitarbeiterInnen begleiten die Jugendlichen zum Gericht, bemühen sich um Täter-Opfer-Ausgleich bei Straftaten, helfen bei der Wohnungssuche und vermitteln bei Problemen mit den Eltern. 1999 wurde die Arbeit mit vier Jugendlichen begonnen, die

immer noch dabei sind. In kürzester Zeit kamen dann so viele, dass die inzwischen 55 Arbeitsverhältnisse vom Arbeitsamt finanziert werden. Das E-Werk schafft es, mit Jugendlichen zu arbeiten, denen sonst niemand mehr eine Chance geben würde. Peter Kordes macht sich aber keine Illusionen über ihre Perspektiven: »Viele der Jungs, die hier landen, sind so kaputt, dass sie auf dem normalen Arbeitsmarkt nie landen werden. Aber soll man die alle wegsperren oder auf der Halde der für diese Gesellschaft Überflüssigen abladen?« Das E-Werk hat sich als regionale Größe in der Jugendarbeit etabliert und versucht, die Jugendhilfepolitik auf Rügen im Interesse der Jugendlichen zu beeinflussen. Das kann dann auch mal zu heftigen Auseinandersetzungen mit den regionalen Behörden führen: Ende 2000 beschloss der Kreistag von Rügen gravierende Einsparungen im Jugendhilfeplan. Das E-Werk erzeugte über Postkartenaktionen, Internet-Diskussionen und eine von sehr vielen BürgerInnen unterstützte Unterschriftenliste so viel Druck, dass diese Kürzungen zurückgenommen werden mussten.

Erfahrungen bei der Arbeit

Die Beschäftigungsmaßnahmen werden von allen Jugendlichen genutzt, das heißt auch von Rechtsextremen, »Glatzen«, wie hier gesagt wird. Peter Kordes schätzt, dass sie ca. 25 Prozent Rechtsextreme in ihren Maßnahmen haben. Durch klare Regeln wird versucht, dass die Konflikte der Jugendlichen untereinander nicht eskalieren und die Rechtsextremen keinen Raum erhalten, um das E-Werk zu dominieren. Peter Kordes sagt klar, worum es geht: »keine Gewalt, keine Drogen, keine rechten Symbole im Haus.« Um diese Regeln gibt es ständige Reibereien, sie müssen in jedem Kurs neu durchgesetzt werden. Da den Jugendlichen aber die Ausbildung und das verdiente Geld so wichtig sind, werden die Spielregeln ▶

Frust anders auszuleben als durch Gewalttaten. Auch die Konsequenzen solchen Handelns sowohl für sie selber als auch für andere werden ihnen drastisch vor Augen geführt. Der besonders unter männlichen Jugendlichen (aber auch erwachsenen Männern ihres Umfeldes) weit verbreiteten Verharmlosung und Billigung von Gewalt soll so begegnet werden. Mit den Opfern wird geübt, sich besser zu wehren, durch entsprechende Körpersprache Grenzverletzungen nicht zuzulassen und sich um Hilfe und Fürsprache zu kümmern. Bei ZeugInnen geht es darum, Tipps für das Eingreifen auf ganz verschiedenen Ebenen zu geben, damit sie sich trauen einzuschreiten, auch wenn sie Angst haben. So kann Zivilcourage gestärkt und die Tabuisierung von Gewalt durchbrochen werden. In diesen Runden sind die Jugendlichen in der Regel sehr interessiert und motiviert, besonders da viele von ihnen jede der drei Positionen schon einmal erlebt haben. ■ Ursula Heldt berichtet über ein erschreckendes Maß an Gewalterfahrungen sowohl im Elternhaus als auch im direkten Umfeld der an ihren Seminaren teilnehmenden Jugendlichen. Als Beispiel dient ihr dabei eine Klasse, die sie kurz vor unserem Gespräch besuchte: Eine Jugendliche wurde Zeugin, wie ein behinderter Mensch mit Eisbrocken misshandelt wurde; ein Junge wurde von einem fremden Mann auf der Straße verprügelt, weil er mit Steinen geschmissen hatte; zwei Jungen, die nicht dem herrschenden Männerbild entsprechen (der eine spielt in seiner Freizeit am liebsten Klavier, der andere ist in den Augen seiner MitschülerInnen zu dick) berichteten von Hänseleien und Beleidigungen, die ihnen jeden Tag in der Schule widerfahren, und viele erzählten von Alkoholproblemen im Elternhaus und von Schlägen, die sie zu Hause erhalten. Nach Heldts Meinung »ist die extreme Gewaltbereitschaft vieler Jugendlicher nicht durch die Neonazis in die Gesellschaft getragen worden, sondern andersherum passen deren verachtende Ideologie und das gewalttätige Auftreten gut zu den Lebenserfahrungen der Jugendlichen.« Rechtsextreme Erklärungsmuster können so als angemessene Lebensentwürfe in dieser Gesellschaft angenommen werden. ■

meistens akzeptiert. In Einzelfällen wurden auch schon mal Ausnahmen gemacht, wenn nach einer Schlägerei die ganze Gruppe gemeinsam zu einer Klärung kommen konnte. Peter Kordes Einschätzung: »Die Glatzen hassen diesen Laden und seine »Zecken«-Mitarbeiter, aber sie sind auf uns angewiesen. Aus Nützlichkeitsabwägungen müssen sie sich an die Regeln halten.« Immerhin werden sie auf diese Weise immer wieder mit einer anderen Meinung und Haltung konfrontiert, die sie nicht ignorieren können.

Peter Kordes zeichnet ein frustrierendes Bild über die Verbreitung familiärer Gewalt in der Region: »Zu Beginn meiner Arbeit bin ich regelrecht erschüttert gewesen über die Gewalterfahrungen, von denen die Jugendlichen berichteten: Prügel, sexueller Missbrauch und Vernachlässigung, hoher Alkoholkonsum der Eltern und Unterdrückung von Homosexualität sind keine Einzelfälle.« Solche Geschichten hat er oft gehört. Seiner Meinung nach hat der Alkoholismus in dieser Region regelrecht »Tradition«, und das nicht erst seit der Wende. Resignation und Perspektivlosigkeit der Älteren würden auf dem Rücken der Jugendlichen ausgetragen. Viele Erwachsene besäßen keine Sensibilität dem Thema Rechtsextremismus gegenüber: »Das macht es so schwierig, dagegen anzugehen.« So musste er sich kürzlich auf einer Erziehungskonferenz mit der Meinung eines Amtsleiters auseinandersetzen, der die eindeutige Neonazi-Kluft (Blood & Honour-T-Shirt) eines Jugendlichen für ordentliche und angemessene Kleidung hielt. Der Jugendamtsmitarbeiter wollte das E-Werk dazu

bewegen, den Rausschmiss des Jugendlichen aus einer Maßnahme zurückzunehmen. Er meinte, wer sich so ordentlich kleide, könne so schlimm nicht sein. »Viele Leute interessiert einfach nicht, was die Jugendlichen treiben und was wirklich dahinter steckt.« Daher kann Peter Kordes die Wut vieler Jugendlicher auch verstehen. Und eigentlich findet er es gut, wenn sie sich selber ihre Treffpunkte organisieren und sich wehren. Leider haben das direkt neben dem E-Werk die Neonazis getan. Sie haben sich eine Wohnung angemietet, hören da ihre Musik und hängen ihre Fahnen raus. Peter Kordes ist der Überzeugung, dass eine Gesellschaft, die ihren Jugendlichen keine Perspektive bietet, sich nicht wundern muss, wenn diese aufbegehren. »Ob das dann nach rechts, nach links oder einfach nur destruktiv geschieht, das ist eine andere Frage.«

Kurz nach unserem Besuch bei Peter Kordes im E-Werk lasen wir folgenden Artikel in der Ostsee-Zeitung: Sassnitz (OZ) »Jugend für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« heißt das Bundesprogramm, in das das Jugend- und Kinderbüro Schramberg aufgenommen wurde. Ihre Projektidee: Kontakt zwischen Jugendlichen aus Ost und West. So reiste eine Gruppe aus 14 Schülern

Perspektiven für die Weiterarbeit Horizonte wertet die gemachten Erfahrungen permanent aus und lässt sie in neue Projekte einfließen. So wurde die Themenpalette der Arbeit erweitert: Seit einiger Zeit werden auch Seminare zu Zivilcourage, Rassismus und Argumentationen gegen rechte Parolen angeboten. ■ Ziel von Seminaren zusammen mit der Uni Greifswald ist es, aus unterschiedlichen Fachbereichen StudentInnen zu gewinnen, die sich als MediatorInnen ausbilden lassen. Gedacht ist an ein Team von ausgebildeten KonfliktvermittlerInnen, die ihr Wissen an PädagogInnen, SozialarbeiterInnen und JugendclubleiterInnen weitergeben, die dann wiederum als MultiplikatorInnen arbeiten können. Dieses Angebot wird sehr gut angenommen. Ursula Heldt ist optimistisch: »Es gibt inzwischen StudentInnen der Fachbereiche Jura, Politikwissenschaft und Sozialpädagogik, die mitarbeiten wollen.« In den letzten Jahren wurden durch die Seminare etwa 2.500 LehrerInnen und SchülerInnen in Greifswald und Vorpommern angesprochen. »Für die Zukunft«, so Ursula Heldt, »ist eine gesicherte finanzielle Basis des Vereins das wichtigste Ziel.« Der Verein finanziert sich bislang ausschließlich über kurzfristige Projektgelder, Spenden und Stiftungsanträge. Ursula Heldt hat für ihre Arbeit bei Horizonte im Mai von Innenminister Timm den Preis für Zivilcourage erhalten. Der Preis ist von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) ausgeschrieben worden, um ein »klares Zeichen gegen Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu setzen«, so der Geschäftsführer der AWO. Er ist mit insgesamt 6.000 DM dotiert, für Horizonte gab es 1.500 DM. Eine langfristige Finanzierung ihrer Arbeit ist aber nach wie vor unsicher. ■ PS: Kurz bevor diese Broschüre in Druck ging, erfuhren wir, dass Horizonte sich über die nächsten zwei Jahre keine Sorgen mehr machen muss. Das Civitas-Programm, der Landesrat für Kriminalprävention, das Landesjugendamt und die Stiftung für Demokratische Jugend stellten Gelder zur Verfügung. ■

und 3 Betreuern Mitte Juli nach Sassnitz. Um sich mit Jugendlichen vom E-Werk zu treffen. Tolle Diskussionen hätten sie geführt, berichtet Klassenlehrer Wolfgang Steck. Und dann das: Rechtsextremistische Musik dröhnte am dritten Abend, das war der 20. Juli, aus einem 50 Meter entfernten Gebäude in der Bachstraße. Das hätten die Schüler gehört, weil sie im Freien übernachtet haben. »Die Musik war so laut, dass durch die geschlossenen Fenster die fremdenfeindlichen Texte zum Teil verständlich waren«, schreibt Sozialar-

beiter Frank Gerlach in einem offenen Brief an den Sassnitzer Bürgermeister. Die Lärmbelästigung habe die ganze Nacht angehalten. Gegen 5.30 Uhr wurden die Fenster geöffnet, so dass der Lärm nicht mehr auszuhalten war. Um 6.20 Uhr verständigte ein Mitarbeiter des E-Werk die Polizei. Angeblich keine Reaktion. 15 Minuten später habe Gerlach selber angerufen. Ein Einsatzwagen kam. Daraufhin sei die Musik abgestellt worden, allerdings flatterte die Reichskriegsflagge weiter im Wind. Erneute Anrufe bei der Polizei blieben laut Gerlach erfolglos. Vorwürfe, die Gert Kühn nicht bestätigen kann. Der Polizeibeamte könne

anhand des Dienstbuches nachvollziehen, wann wer angerufen habe. In der Nacht sei dies drei mal wegen Ruhestörung in der Bachstraße passiert. Mehrere Beamte seien in der Räumlichkeit gewesen, die von Jugendlichen angemietet worden war, und hätten eine Musikanlage beschlagnahmt. Rechtsextreme Musik hätten die Beamten nicht erkannt, so die Aussage Kühns. Den Schrambergern hat das wenig genutzt. Die Nachtruhe war futsch und alle ziemlich erschrocken, resümiert Wolfgang Steck. »Wir alle, aber insbesondere unsere ausländischen Jugendlichen fühlten sich von diesem offenen

und aggressiven Auftreten der »Glatzen« bedrängt und waren zum Teil auch verängstigt. Das Versagen der Polizei aber war schockierend« schreibt Gerlach in seinem Brief. Aber auch, dass die Woche sehr informativ war. Und der Kontakt zum E-Werk erhalten bleibt. ■

perspektiven statt resignation – die brisanz des themas arbeitslosigkeit

Die erfolgreiche Verknüpfung der Angst vor Arbeitslosigkeit mit rassistischen und chauvinistischen »Überfremdungsängsten« ist der ideologische Tümpel, in dem die Neonazis schwimmen und fischen. Dieser Tümpel befindet sich in der Mitte der Gesellschaft

»Wer eine sichere Existenz hat, ist weniger anfällig für so etwas, das glaube ich schon« (Bundestagspräsident Thierse in einer Diskussion mit SchülerInnen eines Gymnasiums in Vorpommern, Ostsee-Zeitung, 4.5.2001). So wie Wolfgang Thierse sieht es die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung, nicht nur in Mecklenburg-Vorpommern: Es gibt einen direkten Zusammenhang zwischen hoher Arbeitslosigkeit und rechter Jugendgewalt. Egal ob in privaten Diskussionen, Zeitungen und Büchern oder politischen Debatten: Bei der Ergreifung der Ursachen für die hohe Akzeptanz rechtsextremen Denkens landet man eher früher als später bei der Arbeitslosigkeit, die »irgendwie schuld« sei. Das reicht von dem Glauben, dass Perspektivlosigkeit, Langeweile und das Gefühl, benachteiligt zu sein, für Jugendliche Grund genug seien, um in Form von Gewalt und nicht-konformen Meinungen aufzubegehren, bis hin zu heimlicher Übereinstimmung nach dem Motto:

»Kein Wunder, dass sich die Jugend wehrt, wir werden ja auch von denen da oben nur verarscht.« Folgerichtig wird auch vielerorts die Schaffung von Arbeitsplätzen nach wie vor als das eigentliche »Heilmittel« gegen die Dominanz rechtsextremen Denkens begriffen. In der öffentlichen Debatte hat sich zwar in den letzten Jahren einiges bewegt und die inhaltliche Auseinandersetzung mit den politischen Zielen von Neonazis ist stärker in den Vordergrund getreten. Doch die Prioritäten, die sowohl von der Landesregierung als auch von den kommunalen Entscheidungsträgern gesetzt werden, sprechen eine andere Sprache: Vielen Kommunen ist es zu teuer, für qualifizierte Jugendarbeit oder für die rechtliche Stärkung von Opfern rechter Gewalt Geld auszugeben.

Studien zu rechtsextremen Einstellungen hingegen zeichnen ein differenzierteres Bild: Arbeitslose sind nicht generell anfälliger für rechtsextremes Gedankengut als andere gesellschaftliche Gruppen. Viele der organisierten Neonazis haben abgesicherte Existenzen, viele der jugendlichen rechten Gewalttäter haben Lehrstellen.¹ Auch andere perspektivlose und marginalisierte Bevölkerungsschichten sind nicht per se Anhänger rechtsextremer

Weltbilder. Im Gegenteil sind zum Beispiel obdachlose Menschen keine Täter sondern immer wieder Opfer brutaler rechter Mord- und Gewalttaten. Die reale oder subjektiv empfundene Angst vor gesellschaftlichem Abstieg hingegen wird von den Befragten sehr oft als ein Grund für ihre rechtsextremen Überzeugungen genannt.² Allerdings kann erst in Kombination mit rassistischen und nationalistischen Ideologien die Angst vor Arbeitslosigkeit zur Begründung für rechtsextreme Weltbilder wirksam werden. Diese Koppelung ist aber andererseits weder zwingend noch logisch. Die individuelle ökonomische Lebenslage ist nicht ausschlaggebend für rechtsextremes Denken. Es kann auch gesellschaftliches Denken, das die Verwertungslogik zum Primat erhebt, als Grund für das Entstehen rechtsextremer Einstellungen gesehen werden. »Die Effektivität kapitalistischer Marktwirtschaft ist auch von der Durchsetzung eines bestimmten Typus von Denken und Handeln abhängig und die allgemeine Instrumentalisierung der Menschen unter Verwertungsgesichtspunkten eine Grundlage unseres ökonomischen Systems. Wir zitieren hier den Jugendlichen Mike, der über einen Flüchtling aus dem Iran bemerkt: »Mein normales Denken sagt mir, Kamerad, Du musst so handeln, dass Du Gewinn machst, gell, aber unsere Regierung, die handelt so, dass wir Verlust machen, so ein Typ bringt uns nichts außer ... der kostet uns ja bloß ...«.³

Nicht zufälligerweise ist eines der bevorzugten Propagandathemen der organisierten Neonazis Arbeitslosigkeit. Mit dem Slogan »Arbeit nur für Deutsche« wird suggeriert, Ausländer seien schuld an der hohen Arbeitslosigkeit. Organisierte Neonazis initiieren Unterschriftenlisten gegen die Unterbringung von AussiedlerInnen aus Russland wie im August 2001 in Karlsburg oder gegen die angebliche »Überfremdung durch Ausländer« in Greifswald. Auf den Aufmärschen von Neonazis wird häufig die soziale Frage in den Mittelpunkt gestellt: »Gegen Sozialabbau und Oneworld« mobilisierten am 8. Juli 2001 »Freie Kameradschaften« zu einer Demonstration nach Greifswald, »Gegen Globalisierung und Eurowahn« am 14. Juli 2001 nach Neubrandenburg, um nur zwei Beispiele zu nennen. Neonazikader versuchen zunehmend, durch soziale Angebote Menschen für ihre Überzeugung zu gewinnen. Kinderfeste werden organisiert und Fußballmannschaften gegründet oder unterwandert. In Strategiepapieren von Neonazis ist nachzulesen, dass sie für die Zukunft planen, auch Wohnungen für »national gesinnte« Bürger zur Verfügung zu stellen. In Tramm organisierte der Rechtsextreme Axel Lipinsky eine »Alternativfeier nur für Nationale« parallel zu dem vom örtlichen Jugendclub organisierten Festprogramm für alle Kinder, auch für die des naheliegenden Asylbewerberheims. Auch in Greifswald versucht die NPD, mit eigenen Kinderfesten und Schülerdemonstrationen Stimmung zu machen. »Vielen Eltern ist es doch egal, wo sie ihre Kinder abgeben, Hauptsache, es gibt billig Würstchen oder Kuchen« meinte eine von uns befragte Pädagogin. Das Kinderfest sei ein »glasklarer Punktsieg der NPD in der Schlacht um das Vertrauen der Greifswalder« behauptet ein Kommentator des rechtsextremen stoertebeker.net.

»Besorgniserregend sei vor allem die Strategie der NPD, Jugendliche im Osten zu ködern, indem sie Hilfe bei der Jobsuche anbiete und Jugendclubs baue«, bemerkte auch der Präsident des Verfassungsschutzes Fromm.

Die gezielten Aktionen der Neonazis finden gerade bei diesem Thema große, wenn auch oft heimliche Zustimmung bei Teilen der Bevölkerung. Die erfolgreiche Verknüpfung der Angst vor Arbeitslosigkeit mit rassistischen und chauvinistischen »Überfremdungsängsten« ist der ideologische Tümpel, in dem die Neonazis schwimmen und fischen. Dieser Tümpel befindet sich in der Mitte der Gesellschaft. Der Psychoanalytiker Lempa kommt zu der Einschätzung:

»Rechte Übergriffe in Wort und Tat geschehen eben nicht ohne oder gegen, sondern im Einklang mit dem Gewissen.«⁴

Rechte Jugendliche fühlen sich oft als Vollstrecker von »Volkes Stimme«. Für diese immer wieder ungeliebte These gibt es auch in Mecklenburg-Vorpommern Beispiele: In Rottensdorf wurde im Juni 2001 ein Brandanschlag auf ein fast fertiggestelltes Obdachlosenheim verübt. Klar ist, dass es sich um Brandstiftung handelt, unklar ist, wer es war. Klar ist, dass die überwiegende Mehrheit des Dorfes das Heim nicht wollte, unklar bleibt, ob sich je herausstellt, ob beides etwas miteinander zu tun hat. »Für Vladimir ist klar, dass es Leute aus dem Dorf waren. Frank Wangerin möchte sich da nicht so genau festlegen. »Sonst brennt bald unser Haus«, so die *Lübecker Nachrichten* am 27. Juni 2001.



sellin

Nach dem Beschluss der Landesregierung, diejenigen Asylbewerberheime zu schließen, die weit ab von jeglicher räumlicher Anbindung an eine Kommune liegen, und sie an geeigneterer Stelle neu zu bauen, musste Innenminister Timm einräumen: »In manchen Landkreisen könnte es schwierig werden, neue Standorte für Ausländerheime zu finden, weil einige Kommunen sich eventuell wehren werden.« (Hamburger Abendblatt, 20.7.2001).

Rechtsextreme Ideologie bietet einfache Erklärungsmuster für eine komplexe Gesellschaft und die eigene Positionierung: Einerseits als Opfer herrschender Politik, andererseits als Täter gegenüber zu Feinden und Schuldigen stigmatisierten sozialen Gruppen. Die ausgewählten »Feinde« sind auch in gesellschaftlichen Diskursen der Mitte und in der institutionellen Verfasstheit der Gesellschaft diejenigen, denen gleiche Rechte verweigert werden. Zugespitzt muss gefragt werden, was man über eine Gesellschaft aussagt, wenn das Argument »keine Arbeit haben« als Rechtfertigung für den brutalen Mord an Menschen und menschenverachtende Gesellschaftsvorstellungen aussprechbar wird.

Die zu einfache Übernahme der Argumentation, nach der die Arbeitslosigkeit schuld sei, fördert die gesellschaftliche Akzeptanz der Rechtsextremen.

Die wirtschaftliche Perspektivlosigkeit in weiten Teilen Mecklenburg-Vorpommerns ist eine Tatsache. Das gilt in besonderem Maße für die ländlichen Regionen ohne Tourismus und für Ostvorpommern. Realistisch betrachtet besteht keine Aussicht auf eine schnelle, grundsätzliche Trendwende. Auch wenn der Ball immer wieder nach Berlin geschossen wird, hätte die Landesregierung durchaus Spielraum für eigene Prioritäten; nach wie vor aber werden Gelder nicht ausreichend in den Ausbau von sozialen und kulturellen Einrichtungen gesteckt. Die Kritik an diesen

Zuständen ist nötig und richtig: Es muss in Jugend, Ausbildung und Zukunftschancen investiert werden – aber es ist nur ein kleiner Schritt von der Begründung zur Rechtfertigung rechtsextremer Gewalt anhand des Arbeitsplatz-Arguments.

Auch gesellschaftliche Auseinandersetzung um Partizipation oder der gewerkschaftliche Kampf um eine andere Arbeitsmarktpolitik könnten eine Antwort auf die Situation sein. In Mecklenburg-Vorpommern (und natürlich nicht nur da) gewinnen besonders bei den Jugendlichen rechtsextreme Antworten immer mehr an Einfluss. Die Antwort auf die Frage, warum eine erschreckend große Anzahl nicht nur unter den Jugendlichen rechte Weltbilder bevorzugt, hält der gesamten Gesellschaft einen Spiegel vor ... ■

1 Vgl. Hans-Gerd Jaschke in: Widmann/Erbs/Benz (Hrsg.), 1999.
2 Vgl. Heitmeyer, 1992.
3 Held und andere, 1992.
4 Lempa, 2001.

nichts hören, nichts sehen, nichts sagen scheint hier die devise zu sein. Sonja lebt mit ihrem 15 Jahre alten Sohn Nils in einem kleinen Fünf-Häuserdorf in der Nähe von Greifswald. Ihre Tochter macht in Stralsund ein Freiwilliges Soziales Jahr als Theaterpädagogin bei der Diakonie, Nils geht auf die Hauptschule. Sonja hat sich nach der Wende im Frauenbereich politisch engagiert, sich aber in den letzten Jahren zurückgezogen, da sie die Politik zunehmend als korrupt erlebte und das mit ihrem Gewissen nicht vereinbaren konnte. ■ Seit einigen Jahren wohnt sie in einem Haus mit großem Garten, ihre Handvoll Nachbarn leben entweder schon immer hier und versuchen, sich mit einer Mischung aus Landwirtschaft und Sozialhilfe, Arbeitslosenhilfe und ABM-Stellen über Wasser zu halten. Oder sie arbeiten in Greifswald oder Stralsund und sind zugezogen, da Häuser und Bauland hier so billig sind. ■ **Die Geschichte:** Vor ungefähr zwei Jahren wurde Nils von mehreren Neonazis direkt nach der Schule an der Bushaltestelle so schwer zusammengeschlagen, dass er ins Krankenhaus gebracht werden musste. Er wurde mit Stahlkappenstiefeln ins Gesicht und in den ganzen Körper getreten, bis er das Bewusstsein verlor. Dabei riefen die Neonazis: »Das ist für deine Schwester, die Zecke!« ■ Seine Mitschüler und der Busfahrer schritten nicht ein, sondern sahen einfach zu. Zu der Zeit war Nils ein ganz normaler Junge ohne besondere Kleidungs- oder Stil-Vorlieben und ohne besondere politische Interessen. Nach dem Krankenhausaufenthalt änderte sich seine Einstellung: er suchte den Kontakt zu Antifa-Gruppen und fing an, sich gegen Rechtsextremismus und Neonazis zu engagieren. Zu Sonja sagte er: »Das tat verdammt weh, aber die kriegen mich nicht klein.« Um das zu demonstrieren, hat er sich dann einen ›Iro‹ (Punk-Haarschnitt) geschnitten und seinen Kleidungsstil verändert. Er fing an Sachen zu tragen, die in den Kleidungs-codes der Jugendlichen der linken Szene zugeordnet werden. Auch Sonja ließ den Vorfall nicht auf sich beruhen: Sie wandte sich an die Klassenlehrerin, den Schulleiter und die Polizei. Was sie dort erlebte, beschreibt sie in einer Mischung aus Wut und Ironie – »als ein Gebräu aus Ignoranz, Angst und Dummheit: Die Polizei war nicht bereit, bei der Aufnahme des Vorfalls die Bezeichnung ›rechtsextreme‹ Jugendliche oder

Neonazis zu benutzen, sondern ließ sich nur dazu bewegen, von ›kahl geschorenen Jugendlichen‹ zu sprechen.« ■ Die Klassenlehrerin weigerte sich, irgendetwas zu unternehmen, da sie befürchtete, ihr könnten von den Neonazis die Reifen aufgestochen werden, »da mischt man sich besser nicht ein.« Als der Schulleiter nach mehrmaligen vergeblichen Versuchen endlich Zeit für einen Termin fand, tat er den Vorfall als »normale Rangelei unter Jugendlichen« ab. ■ Besonders wichtig war ihm dabei die Feststellung, dass es an seiner Schule keine Neonazis gebe. Folgerichtig lehnte er auch Sonjas Vorschläge ab, an der Schule Projekte gegen Rechtsradikalismus zu initiieren: »Kein Bedarf.« ■ Sonja kann und will nicht verstehen, dass Menschen auf so eine Gewalttätigkeit – ein Jugendlicher wird brutal zusammengeschlagen – derart ignorant reagieren. »Nichts hören, nichts sehen, nichts sagen und unter keinen Umständen etwas dagegen unternehmen scheint hier die Devise zu sein.« ■ Für Nils wurde die Situation an der Schule immer unerträglicher. Beinahe täglich wurde er psychisch und physisch von Rechten angegriffen. Sie forderten ihn auf, seine Mutter dazu zu bringen, die Anzeige zurückzuziehen, »wenn nicht, würden sie ihr blaues Wunder erleben.« Wenn er sich gegen die verbalen und körperlichen Attacken wehrte, musste nur er disziplinarische Maßnahmen der Schule über sich ergehen lassen. Seine Leistungen wurden immer schlechter und er hatte »keinen Bock mehr, zur Schule zu gehen.« ■ Lange passierte dann gar nichts. Daraufhin ließ sich Sonja einen Termin bei einem Landtagsabgeordneten der PDS vermitteln. Der hakte über eine Anfrage beim zuständigen Ministerium nach, was denn nun in dieser Sache unternommen worden sei. Erst das brachte den Stein ins Rollen, es wurde ein Strafverfahren eingeleitet. Es gingen zehn Monate ins Land, bis Sonja eine Vorladung von der Polizei erhielt, das Verfahren sollte nun abgeschlossen werden. Als Sonja zu fragen wagte, warum es denn so lange gedauert habe, die Namen der Täter seien doch seit einem knappen Jahr bekannt, wurde ihr mitgeteilt, dass ihre Anfrage »in Schwerin für großen Ärger gesorgt habe und das nun wirklich nicht nötig gewesen sei. Man hätte anderes zu tun, als immer zu springen, wenn Schwerin schreit.« Sonja hat von offizieller Seite nie erfahren, wie das Verfahren ausgegangen ist. ■ Kurz nach dem Urteil

wurde Nils wiederum in der Schule so heftig zusammengeschlagen, dass er erneut ins Krankenhaus musste. Dieses mal nicht von der bekannten Neonazi-Clique, sondern von einem Jungen aus deren Umfeld, der eine Mutprobe zu bestehen hatte, um von ihnen anerkannt zu werden. Sonja wandte sich ein zweites Mal an den Schulleiter. Dieses Gespräch schildert sie mit großer Wut als eine vollständige Farce: An seiner Schule habe es nie Ärger gegeben, bis Nils aufgetaucht sei. Der habe durch sein Aussehen und Auftreten so provoziert, dass ihn selber die Schuld an seiner Situation treffe. Außerdem habe er, der Schulleiter, die beteiligten Jugendlichen verhört und auch die hätten ihm gesagt, Nils habe angefangen. Mitschüler von Nils, die bei der Schlägerei dabei gewesen sind, haben Sonja bestätigt, dass es anders war, aber sie wollen aus Angst nichts sagen. Bei dem Gespräch des Direktors mit den Jugendlichen und Nils war auch Sonja anwesend. »Unter den Augen des Schulleiters kam es zu einem heftigen Wortwechsel zwischen mir und dem Jugendlichen, der Nils geschlagen hat. Nach dem dieser alles gezeugnet hatte, rief ich wütend: Nur über meine Leiche könnt ihr euch noch mal an Nils vergreifen. Die Antwort war: Das kannst du haben.« ■ Bald nach diesem Gespräch bekam sie nächtlichen Besuch: Eine Gruppe von Neonazis stand bei ihr im Garten, stieß wilde Drohungen und Pöbeleien aus und warf mit Steinen eine Fensterscheibe ein. Als sie auch diesen Vorfall zur Anzeige brachte, nahm die Polizei diesen nicht einmal mehr auf. Auf die Frage, wie sie sich denn schützen solle, wurde nur mit den Achseln gezuckt. Die Neonazis haben seitdem mehrmals vor oder auf dem Grundstück Terror verbreitet. »Ich hatte ganz schön Angst, aber ich bemühe mich, sie nicht zu zeigen« antwortet sie auf unser Nachfragen. Sonja hat sich ein Megaphon gekauft, eine Zwillie unterm Bett deponiert und eine Telefonliste von Freunden und Freundinnen und örtlichen Antifa-Gruppen erstellt, die sie im Notfall zu Hilfe rufen kann. »Hilf dir selbst ist mein neues Motto. Schließlich waren diese Leute schneller da als die Polizei, obwohl die nur aus dem Nachbardorf anfahren musste.« ■ Auch für Nils hörte die Bedrohung an der Schule nicht auf. »Morgen klatschen wir dich auf«, wurde ihm eines Tages angekündigt. Sonja wollte daraufhin nicht, dass er am nächsten Tag zur Schule geht, aber er tat es trotzdem. Als er nicht mit dem Schulbus nach Hause kam, fuhr sie hoch besorgt los, um ihn

zu suchen: Sie fand Nils bei einem Schulfreund, vier Autos mit Neonazis hatten vor der Schule auf ihn gewartet, aber er war durch den Hintereingang geflohen und hatte sich bei dem Freund versteckt. Am gleichen Tag meldete Sonja Nils von der Schule ab, da sie »dort nicht willens und in der Lage sind, sein Leben und seine Gesundheit zu schützen.« Nils erzählt: »Als Jugendlicher hier in der Gegend ist es schwierig, wenn man nicht zu den Rechten gehört oder sich offen gegen sie stellt. Es gibt nur zwei Discos in der Nähe, die eine wird sowieso nur von Rechten besucht und in die andere kann man nur gehen, weil die so einen guten Ordnerdienst hat, dass alle raus fliegen, die Stress machen. Es gibt zwar einen Jugendtreff im Dorf, aber der hat nur an zwei Tagen die Woche auf und dort arbeitet eine ABM-Beschäftigte, die vorher Melkerin war und selber Angst hat, wenn die Rechten Ärger machen. Die schließt nur den Laden auf und geht dann ins Hinterzimmer Kaffee trinken. Für uns Jugendliche gibt's hier einfach nichts.« ■ Sonja ist empört, dass es der Kommune zu teuer ist, für gute, qualifizierte Sozialarbeit Geld auszugeben. Es müssten gut ausgebildete Leute sein, die den Jugendlichen Angebote machen und vor allem dürfen sie nicht vollkommen allein, ohne Kollegen und Team arbeiten müssen. Auf die Frage, ob er nun Angst habe, da die Nazis ihn so aufs Korn genommen hätten, meinte Nils: »Am Anfang schon, aber jetzt habe ich einen Freund, vor dem alle noch mehr Angst haben. Der lässt sich von niemandem was sagen. Vor dem haben alle Respekt.« Sonja findet es unheimlich, dass Nils inzwischen, wenn er zusammengeschlagen wird, einfach aufsteht und weiter macht wie bisher. »Wenn jemand ständig hart gegen sich selber sein muss, bleiben die Gefühle auf der Strecke.« ■ »Hier wehren sich so wenige Menschen gegen den Terror der Neonazis, weil viele der Leute in einer Mischung aus Resignation, eigenen Vorurteilen und selbst gewählter Dummheit verharren. Auch viele der Erwachsenen teilen einige Überzeugungen der Nazis, besonders den Hass gegen Ausländer. Wenn hier einige darüber schimpfen, dass die Spätaussiedler so viel Sozialhilfe bekommen, entgegne ich: Die lesen die Gesetzbücher und informieren sich über ihre Rechte. Das könntet ihr auch tun, dann würdet ihr genauso das bekommen, was euch zusteht, wie sie. Hört auf zu jammern. Das bringt dann böse Blicke.«

(Die Namen der beteiligten Personen wurden von uns geändert) ■

... 23. bis 25. März, Rostock: Für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern e.V. und Bunt statt Braun e.V. organisieren die Gründungskonferenz für ein Buntes Netzwerk gegen Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern ■ 29. März, Anklam: Auftakt einer Veranstaltungsreihe mit dem Greifswalder Kriminologen Prof. Frieder Dünkel: Was tun gegen Rechtsextremismus?, organisiert vom Anklamer Bündnis Bunt statt Braun. ■ 31. März, Ludwigslust: Angesichts häufiger Neonazi-Aufmärsche in der Kreisstadt und zunehmendem Einfluss von Neonazis auf die Jugendlichen organisieren unter dem Motto Ludwigslust-Miteinander 2001 Behinderte der Schule für individuelle Lebensbewältigung, AsylbewerberInnen, der DGB, die Stadt Ludwigslust, das Zebef e.V., der Verein Für Demokratie und Toleranz in Schwerin sowie der Präventionsrat des Landkreises Ludwigslust einen Familiennachmittag. ■ 8. Juli, Schwerin: Ein Bündnis zwischen AntifaschistInnen und dem Schweriner Netzwerk für Demokratie und Toleranz organisiert ein Straßenfest gegen einen Neonazi-Aufmarsch.



rostock



netzwerke und bündnisse: wirksam gegen rechts?

Im Kampf gegen Rechtsextremismus und Rassismus wurde in Mecklenburg-Vorpommern im Jahr 2001 auf Vernetzung, Netzwerke und Bündnisse gesetzt.

Vernetzt und verbündet wird sich im Kleinen, stadt- oder kreisweit. Im ganz Großen entstand Ende März in Rostock auf Einladung der Bürgerinitiativen Bunt statt Braun e.V. und Für Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern e.V. das Netzwerk Buntes Mecklenburg-Vorpommern, in dem ungefähr 80 Organisationen, Behörden, Aktionsbündnisse, Initiativen und Einrichtungen aus dem ganzen Land zusammenkamen. Aber auch Anlass bezogen wird sich verbündet – zum Beispiel vor Aufmärschen von Neonazis. Aus kleinen Bündnissen entstehen manchmal dauerhaft vernetzte Strukturen oder Vereine, die kontinuierlich gegen Rechtsextremismus und Rassismus arbeiten, manchmal bleibt es aber auch bei einer kurzen Zusammenarbeit.

Dass Bündnisarbeit nicht ganz leicht ist, da viele verschiedene Meinungen unter einen Hut zu bringen sind, liegt auf der Hand: Maxi Malzahn vom Rostocker Bündnis Bunt statt Braun erinnert sich noch gut an die kontroversen Diskussionen in den Entstehungswochen des Bündnisses im September 1998 vor einem NPD-Aufmarsch in Rostock: »Die Scheidelinie lief damals entlang der Frage, wie viel Konfrontation mit den Neonazis und der Polizei die einzelnen in Kauf nehmen würden, um sich dem NPD-Aufmarsch entgegen zu stellen. Und natürlich lief diese Auseinandersetzung auch entlang der Generationen.« Letztendlich gelang es aber, nicht nur eine kraftvolle Gegendemonstration von an die 20.000 Menschen auf die Beine zu stellen, sondern auch ein dauerhaftes, öffentlich wahrnehmbares Bündnis ins Leben zu rufen.

Namen wie Bündnis gegen Rechts, Ratschlag gegen Rechts, Bunt statt Braun, Freitagrunde tauchen aus verschiedenen Teilen des Landes zunehmend in den Medien und im

Bewusstsein der Bevölkerung auf und signalisieren Aktivität. Wenn man sich anschaut, was diese Bündnisse so alles auf die Beine stellen (siehe oben), kommt viel zusammen in einem Jahr, Aktivitäten ganz verschiedener Art. Das häufige Auftauchen bestimmter Namen deutet auf Konsolidierung der Bündnisse und eine gewisse Kontinuität in der Arbeit hin. Besonders fallen natürlich die Zeichen setzenden Demonstrationen ins Auge. Die Erfolge drücken sich in Zahlen aus: 7.000 Menschen wurden im Januar 2001 in Greifswald auf die Straße mobilisiert gegen den Aufmarsch von Neonazis, unter dem Motto Greifswald stellt sich in den Weg waren am 1. September zu einem ähnlichen Anlass 1.500 auf der Straße. Am 28. Juli demonstrierten in Rostock 900 bis 1.000 Menschen unter dem Slogan Keine Toleranz für Intoleranz, fast 2.000 waren es am 14. Juli in Neubrandenburg.

So deutlich wie Brandenburgs LKA-Chef Lüdders – »Wir bekommen das Phänomen nicht in den Griff«, sagte er Anfang September 2001 (Potsdamer Neueste Nachrichten, 11.9.2001) – hat es in Mecklenburg-Vorpommern noch niemand ausgesprochen. Aber schon Mitte Mai, nach Vorlage des Extremis-

- 17. Juli, Rostock: Start für die Aufkleberaktion SOS-Eingang. 7.000 Aufkleber an Ladentüren, Geschäfts- und Behördeneingängen signalisieren, dass an diesem Ort Schutz vor rassistischen und gewalttätigen Übergriffen geboten wird.
- 28. Juli, Rostock: Unter anderem ruft Bunt statt Braun zu einer Gegen-demonstration anlässlich eines Neonazi-Aufmarsches auf und verteilt Rote Karten für die NPD.
- 1. September, Anklam: Das Bündnis Bunt statt Braun organisiert ein Friedensfest mit kulturellen und politischen Beiträgen.
- 1. September, Greifswald: Die Greifswalder Freitagrunde – ein Bündnis aus Politikern, Vereinen, Verbänden, der Kirche und des DGB – ruft zu Aktionen gegen den NPD-Aufmarsch auf.
- 24. bis 30. September, Wismar: Das Netzwerk für Demokratie, Menschlichkeit und Toleranz initiiert in Wismar eine interkulturelle Woche mit Veranstaltungen, Filmen und Lesungen...

Alle Angabe beziehen sich auf das Jahr 2001. ■



wismar



land fleeseen

musberichts 2000, bedauert die *Ostsee-Zeitung* das Anwachsen der Schar der Rechtsextremisten und die hohe Zahl rechtsextremistischer Straftaten, wo doch die Arbeit von Bürgerinitiativen wie Bunt statt Braun und anderer Netzwerke immer engagierter und mutiger werde und auch Präventionsräte zunehmend auf den Plan rückten. Und Paul Spiegel, der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, formuliert es in einem Interview mit der *Welt* am 23. August 2001: »Ich hatte wirklich gehofft, dass aufgrund der vielen Diskussionen, Aktionen, Bündnisse und Demonstrationen die Zahl der Straftaten mit rechtsradikalem Hintergrund deutlich zurückgehen würde. [...] Aber in Wirklichkeit sind sie weiter gestiegen.«

Dass konturloses Irgendwie-gegen-Extremismus-Sein nichts hilft, wenn viele der von Rechtsextremen verwendeten Inhalte auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen auftauchen, sondern dass klar und deutlich auch inhaltlich antifaschistisch und antirassistisch Position bezogen werden muss, wird auch an anderer Stelle in dieser Broschüre ausgiebig thematisiert. Hinzu

kommt, dass reine Imagepflege, um das Tourismusland Mecklenburg-Vorpommern vor dem schlechten Ruf rechtsextremer Umtriebe zu schützen, auch nicht ausreicht, das tiefer liegende Problem zu knacken.

An den zwei folgenden prägnanten Beispielen wird noch mal auf andere Weise deutlich, dass angebliches Engagement gegen Rechts und die tatsächliche Motivation bzw. Einstellung, die dahinter steckt, oft unvereinbar sind. So mutet nämlich die Breite des Unterstützerspektrums für die verschiedenen Bündnisse manchmal etwas grotesk an.

Groteske I: Zu einem ersten Ideenabend für die Gründung eines Aktionsbündnisses gegen Rechts in Wismar am 2. April erschien auch der DVUler Joachim König. Sind es nicht gerade Argumente einer Partei wie seiner, die die rechte Meinungsmache so richtig anheizen? Nicht er musste gehen, sondern

Vertreter des Vereins Lobbi, die schon seit Jahren antifaschistische und antirassistische Arbeit machen und das neue Projekt Lobbi (siehe Artikel: am anfang stand die antifa ...) ins Leben gerufen hatten, sahen sich zum Verlassen der Versammlung gezwungen.

Groteske II: Die Polizeidirektion zusammen mit dem Bundesgrenzschutzamt lud am 28. Juni 2001 in den Rostocker Kurhausgarten zu einem Benefizkonzert für den Verein Bunt statt Braun. »Polizei und Grenzschutz sehen sich eingebunden in das gesellschaftliche Engagement gegen Rechtsradikalismus und Fremdenfeindlichkeit«, so Knut Abramowski, Leiter der Polizeidirektion Rostock, in der *Ostsee-Zeitung* (26.6.2001) vor dem Konzert. Es spielten das Musikkorps des Grenzschutzpräsidiums Ost sowie das Landespolizei-Orchester, eine Abteilung der Bereitschaftspolizei mit Sitz in Schwerin. Warum knüppelt diese Polizei dann immer wieder antifaschistische GegendemonstrantInnen von der Straße? So zum Beispiel am 8. Juli 2001 in Schwerin: »Besonders hervor tat sich dabei die Schweriner Bereitschaftspolizei, die unter Beleidigungen, Androhungen und Ingewahrsamnahmen, etlichen Platzverweisen und direkten Schlägen gegen

jede Artikulation antifaschistischen Widerstands vorging« (Presseerklärung der Antifa Schwerin, 8.7.2001), die Zeitungen melden 13 (Schweriner Volkszeitung, 9.7.2001) bis 20 (Frankfurter Neue Presse, 9.7.2001) Ingewahrsamnahmen. Oder der Polizeieinsatz in Neubrandenburg am 14. Juli 2001, bei dem auch PolitikerInnen verschiedener Parteien die Härte der Exekutive zu spüren oder zumindest zu sehen bekamen und heftige Kritik äußerten. »Ach, da ist doch was faul im Staate Mecklenburg-Vorpommern«, bemerkte ein Bürger, der den Polizeieinsatz in Neubrandenburg beobachtete, und fügte kopfschüttelnd hinzu: »Einerseits sollen wir Zivilcourage zeigen, und andererseits kriegen wir dann aber auch ganz schön eins auf die Mütze.« ■

kampf gegen den rechtsextremismus – priorität für die landesregierung?

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und PDS für die dritte Legislaturperiode des Landtages von Mecklenburg-Vorpommern wurde unter Punkt sieben beschlossen, dass der politische Extremismus, insbesondere der Rechtsextremismus, sowie seine Ursachen bekämpft werden sollen.

Die Regierung versteht diese Arbeit als Querschnittsaufgabe, das heißt, dass alle Ministerien und Gremien damit befasst sein sollen. Die wissenschaftliche Erforschung der Ursachen des Rechtsextremismus soll vorangetrieben werden, um daraus konkrete und effektive Maßnahmen ableiten zu können. Die Landesregierung will weiterhin ein »breites Bündnis gegen Rechts unterstützen«, in dem verschiedene Projekte, Initiativen und Parteien zusammenarbeiten. In der Koalitionsvereinbarung ist nachzulesen, dass die Regierung der Bekämpfung des Rechtsextremismus hohe Priorität beimisst.

Konkret setzt die Landesregierung bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus auf das Zusammenspiel von überwiegend aus kriminalitätsvorbeugender Sicht konzipierten Präventions- und Repressionsstrategien. Dem Innenministerium wird dabei eine tragende Rolle bei der Planung und Durchführung von »Gegenmaßnahmen« zugewiesen. In anderen ostdeutschen Bundesländern hingegen gibt es seit längerem Landesprogramme zur



Bekämpfung des Rechtsextremismus, so in Sachsen-Anhalt und in Brandenburg. In Brandenburg hat die Landesregierung die Federführung und die finanzielle Verantwortung für das Handlungskonzept Tolerantes Brandenburg übernommen. Neben der strafrechtlichen Verfolgung von rechten Tätern wurden unabhängige Beratungs- und Vernetzungsstrukturen ermöglicht und gefördert, die an verschiedenen gesellschaftlichen Orten dem Entstehen rechtsextremer Hegemonie entgegenwirken sollen. So zum Beispiel das Beratungsnetzwerk Schule, das Aktionsbündnis gegen Rechtsextremismus und die Mobilen Beratungsteams (siehe Kapitel Selbstorganisation). Den gesamtgesellschaftlichen Ursachen für die starke Verankerung rechtsextremer Einstellungen in der Bevölkerung kann durch koordinierte und gebündelte Maßnahmen, die auf die verschiedensten gesellschaftlichen Bereiche abzielen, auf lange Sicht gesehen wesentlich besser begegnet werden als durch Kriminalitätsprävention.

Regierungshandeln setzt Rahmenbedingungen für alle anderen gesellschaftlichen Kräfte. Es kann als Signal wirken, welche Bedeutung einer gesellschaftlichen Problematik, in diesem Fall den starken



heiligendamm

rechtsextremen Tendenzen, von Regierungsseite beigemessen wird. Die Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des Rechtsextremismus geben Aufschluss über ihr gesellschaftliches Verständnis des Problems und zeigen, von welcher Seite es angegangen werden soll. Im folgenden wird der von der rot-roten Koalition in Schwerin verabschiedete Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern auf der Suche nach praktischen Konsequenzen abgeklopft. Das Konzept »Kritisch Integrieren« der Arbeitsgruppe Extremismus wird dargestellt und die polizeilichen Anstrengungen zur Prävention von rechtsextremer Gewalt werden beleuchtet.

Der Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz

Der Ansatz der Regierung Mecklenburg-Vorpommerns landet aus seiner eigenen Logik heraus immer wieder bei den Akteuren rechter Gewalt und weist den Gegenkräften die Rolle einer eher demonstra-

tiven Beschwörung von Demokratie und Toleranz zu. Ernsthaftige Anstrengungen, die Ursachen für das mangelnde Demokratieverständnis weiter Teile der Bevölkerung zu ergründen und durch Handeln und Taten Abhilfe zu schaffen, wären wichtiger als Appelle. Der Landesjugendring, einige ParlamentarierInnen und eine Gruppe staatlicher und nichtstaatlicher ExpertInnen haben mehrmals versucht, die Regierung zu bewegen, ein Landesprogramm gegen Rechtsextremismus zu initiieren: »Die Aufgabe dieses Gremiums wäre die Konzeptionierung und Umsetzung eines Landesprogramms gegen rechtsextremistisches Gedankengut und Gewalttaten, wobei eine zügige Erarbeitung unbedingt erforderlich ist, damit in dieser Legislaturperiode noch Taten folgen und wir gemeinsam den Einzug einer rechtsextremen Partei verhindern können. [...] Gegen gewalttätigen Rechtsextremismus wird vom Innenministerium mit der Polizeieinheit MAEX und dem Verbot von Konzerten vorgegangen. Gegen den angesprochenen politischen Rechtsextremismus (also rechtsextremistisches Gedankengut) sehen wir massiven Handlungsbedarf« (zitiert aus einem

Brief des Vorstandssprechers des Landesjugendrings, Björn Richter, an Innenminister Timm, März 2001).

Die Landesregierung hat sich bis heute (Januar 2002) nicht entschließen können, ein solches Landesprogramm zu initiieren. Die Parteien haben stattdessen unterschiedliche Anträge zur Bekämpfung des Rechtsextremismus eingebracht. Durchgesetzt hat sich der von einer Arbeitsgruppe aus SPD und PDS formulierte Handlungsrahmen für Demokratie und Toleranz in Mecklenburg-Vorpommern. In diesem Handlungsrahmen werden im wesentlichen die Maßnahmen, die von der Regierung schon ergriffen wurden, zusammengestellt und es wird formuliert, was in den Bereichen Schule, Familie, Jugendarbeit und Medien zu tun ist, um sich »für den Demokratiegedanken einzusetzen.« Der Grundgedanke des Handlungsrahmens lässt sich so verstehen, dass alle gesellschaftlichen Kräfte aufgefordert werden, an ihrer jeweiligen Position das nötige zu tun, um Rechtsextremismus zu ächten und die Demokratie zu stärken. So soll beispielsweise das ehrenamtliche Engagement gefördert werden und die Schulen sollen »einen Beitrag zur Herausbildung selbstbewusster,

weltoffener und demokratiefähiger Menschen leisten.« In der Jugendarbeit sollen Projekte, die sich der Gewaltprävention widmen, gestärkt werden und der Landesjugendhilfe-Ausschuss soll Anregungen für die Weiterentwicklung der Jugendhilfe geben. Die Regierung möchte »bürgerschaftliches Engagement« fördern und über eine zielgerichtete Öffentlichkeitsarbeit zu Zivilcourage aufrufen. »Im Vordergrund steht der Netzwerkgedanke, das heißt die Einbeziehung eines möglichst breiten Teils der Bevölkerung, insbesondere Medienvertreter, Künstler, Sportler, Politiker und andere.« Es fällt auf, dass die Landesregierung in weiten Teilen des Handlungsrahmens nur benennt, was getan werden soll beziehungsweise was andere tun sollten, ohne konkreter zu werden und selber Akzente zu setzen. Inhaltlich eigene Prioritäten zu setzen und dafür auch die finanzielle Verantwortung zu übernehmen – das geht der Landesregierung zu weit. Insofern hat der Handlungsrahmen in weiten Teilen Appellcharakter. ▶



Zur Problematik des *Kritisch Integrierens*

Der Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung hat im Sommer 2000 die Broschüre *Kritisch Integrieren* herausgegeben. Sie wurde von der neu gegründeten Arbeitsgruppe Extremismus erarbeitet. Ressortübergreifend sitzen dort das Justizministerium, das Sozialministerium, das Bildungsministerium, die Verfassungsschutzbehörde, die Landeszentrale für politische Bildung, der Landesjugendring, der Verein für Demokratie und Toleranz und die Konferenz der Ausländerbeauftragten Mecklenburg-Vorpommerns zusammen. Die AutorInnen kommen zu dem Ergebnis, dass es »einen Königsweg bei der Bekämpfung rechtsextremer Gewalt nicht gibt.« Es wird empfohlen: »Als Handlungsalternative bleibt daher nur die kritische Integration. Sie bietet nach Auffassung der Arbeitsgruppe die beste Möglichkeit, mit der Szene im Dialog zu bleiben. Dieser ist mit Blick auf die bei jungen Menschen offenbar vielfach vorhandene Empfindung der Ausgrenzung ein wichtiger Ansatz bei

der Überwindung der Sprachlosigkeit.« Wie dieser Dialog aussehen könnte, wird in der Broschüre völlig offen gelassen. Die Erfahrungen von ExpertInnen unterschiedlicher, mit dem Problem befasster Berufsgruppen zeigen, dass gerade Jugendliche in rechten Cliques und sozialen Zusammenhängen so gut wie unerreichbar für Einwirkung von außen sind. Ein Dialog, der sich auf rechtsextreme Argumente einlässt, bietet der dahinter stehenden Meinung das Forum, sich als eine unter vielen zu etablieren. Rechte Weltbilder werden dadurch normalisiert und aufgewertet. Das wird von nicht rechten Jugendlichen auch so wahrgenommen. Diese Erfahrung wird in der Praxis immer wieder gemacht und ist in der aktuellen Fachliteratur fundiert nachzulesen (Vgl.: Handeln für Demokratie ist Handeln gegen Rechtsextremismus – Möglichkeiten der Intervention, in: Bulletin, 4/1998). In Mecklenburg-Vorpommern werden daraus aber keine Konsequenzen gezogen. Die AutorInnen von *Kritisch Integrieren* schlagen vor, rechtsextremen Jugendlichen auf kommunaler Ebene Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Es wird die Hoffnung formuliert, auf diese Weise Straftaten verhindern zu können und die Jugendlichen von den öffentlichen

Plätzen zu verdrängen. Die Angst, durch negative Schlagzeilen über rechtsextreme Jugendcliques den für die Tourismusbranche so wichtigen Ruf des Landes zu gefährden, hat hier vielleicht die Feder geführt. Jugendclubs nur für Rechte bewirken ganz konkret, dass deren Einfluss auf die Jugendszene insgesamt weiter zunimmt (Vgl.: Zivilgesellschaft und Barbarei. Positionen und Akteure im Spannungsfeld zwischen Rechtsextremismus und Demokratie, in: Bulletin, 1/2000). Die von Neonazi-Kadern erdachte Strategie, so genannte »national befreite Zonen« zu schaffen, in denen Rechtsextreme faktisch die Hoheit über den öffentlichen Raum innehaben, wird so mehr gefördert als behindert. SozialarbeiterInnen in Mecklenburg-Vorpommern beschreiben dieses Phänomen seit Jahren und fordern eine bessere finanzielle und personelle Ausstattung für ihre Einrichtungen. Nur durch eine konsequente pädagogische Arbeit, die rechtsextreme Positionen ausgrenzt und die Entwicklung von anderen Denk- und Handlungsmustern fördert, kann der kulturellen Hegemonie rechten Denkens wirkungsvoll begegnet werden.

Auch die AutorInnen von *Kritisch Integrieren* wissen, dass »eigene Räumlichkeiten zum Ausbau der Anhängerschaft genutzt werden können.« Aber sie glauben, »dass Prävention vom Dialog lebt. Wie sonst, wenn nicht über öffentliche und staatlicherseits kontrollierte Treffräume kann eine Kommunikation in Gang gebracht werden. Sie soll schließlich das Vehikel für die Erreichung einer Einstellungsänderung bei diesen jungen Menschen sein.«

Dieser »Dialog« soll er überhaupt funktionieren, verlangt professionellen SozialarbeiterInnen einiges ab. Wie soll er zum Beispiel von einer Melkerin geleistet werden, die wie so viele andere Kollegen und Kolleginnen in der Jugendarbeit ihre Stelle im Jugendclub über ABM erhalten hat? (Vgl. hierzu das Kapitel Jugendarbeit und die Reportage: nichts hören, nichts sehen, nichts sagen scheint hier die devise zu sein).



mecklenburger-schweiz

Die MAEX

Im Jahr 1999 wurde vom Innenministerium die MAEX (Mobile Aufklärung Extremismus) gegründet. In jeder der fünf Polizeidirektionen des Landes ist eine MAEX-Gruppe angesiedelt. Diese Polizeieinheiten sollen gezielt in der rechtsextremen Szene aktiv werden.

»Die MAEX wird hauptsächlich präventiv in der rechten Szene tätig, um Gefahren zu verhüten, Straftaten zu verhindern und gezielt auf die Szenemitglieder einzuwirken. Weiterhin werden durch die MAEX Treffpunkte der rechtsextremistischen Szene aufgeklärt, straftatenfördernde Anlässe erkannt sowie Personen- und Gruppenerkenntnisse für eine qualifizierte, täterorientierte Gefahrenabwehr und Strafverfolgung gewonnen.« (Innenminister Timm, Aktuelle Stunde im Landtag – 35. Sitzung, März 2000). Durch Einschüchterung und Kontrolle einerseits und direkte Ansprache und Vertrauensbildung andererseits soll die »irregleitete Jugend« des Landes demokratiefähig gemacht werden. Problematisch ist dabei, dass diese Delegation eines gesellschaftlichen Problems an eine Extra-Polizeinheit Hoffnungen wecken kann, die sich nicht erfüllen las-

sen. PolizistInnen können Straftaten aufklären und durch ihre Präsenz eventuell abschreckend wirken. Was sie nicht können ist, sozialpädagogisch auf Jugendliche einwirken oder Einfluss auf ihre Meinungsbildung gewinnen.

Es stellt sich daher die Frage, inwieweit außer einem Zugewinn an Kontrolle ein ernsthafter Einfluss auf die Szene erreicht werden kann. Die BeamtInnen sagen selbst, dass überzeugte Neonazis kaum umzustimmen seien (siehe Kapitel die guten ins töpfchen, die schlechten ins kröpfchen). Die Geschichte der Versuche, durch staatliche Kontrolle gesellschaftlich bedingte Probleme lösen zu wollen, zeigt, dass dies wenig erfolgversprechend ist. Im Extremfall kann der polizeiliche Versuch, die rechtsextreme Szene zu kontrollieren, auch zu so unruhmlichen Vorkommnissen führen, wie sie in letzter Zeit in mehreren Bundesländern Schlagzeilen gemacht haben: Staatliche Under-

cover-Agenten agieren als hohe Neonazi-Funktionäre, bauen rechte Gruppen überhaupt erst auf, verbreiten ungestraft rechtsextreme Propaganda, rufen zu Straftaten auf oder begehen sogar selber welche. Auch Mecklenburg-Vorpommern hat mit dem ehemaligen Stralsunder NPD-Vorsitzenden Meier, der 1999 als Spitzel des Verfassungsschutzes enttarnt wurde, einen solchen Fall. Wie immer bei dieser Form der polizeilichen Kontrolle ist davon auszugehen: Die MAEX kennt ihre Leute aber die rechtsextremen Jugendlichen vor Ort kennen auch ihre MAEX-BeamtInnen und werden sich hüten, unter deren Augen Straftaten zu begehen. So ist das Problem nicht zu packen.

Die in den letzten Jahren gestiegene Sensibilität für das Thema hat allerdings zu einer härteren Verurteilung bei rechten Straftaten geführt. Justizminister Selling hält sich zugute, dass in Mecklenburg-Vorpommern auf rechtsextreme Straftaten schnelle Urteile folgen: »Mit 2, 3 Monaten bis zur Anklage sind wir die schnellsten in Deutschland« (Nordkurier, 3.8.2001). Viele der von uns Inter-

viewten haben den Eindruck, dass die Repression auf eine bestimmte Weise Wirkung zeigt. Auf jeden Fall sind rechtsextreme Übergriffe kein Kavaliersdelikt mehr, sie werden in stärkerem Maße als früher als solche erkannt und geahndet. In den letzten zwei Jahren wurden sehr viele Neonazis zu teilweise hohen Haftstrafen verurteilt »und das merkt man«, so die wiederkehrende Aussage. Über die abschreckende Wirkung auf die Jüngeren kann nur spekuliert werden. Und auch darüber, was passiert, wenn die verurteilten Straftäter wieder draußen sind. Den Zulauf zur rechtsextremen Szene verhindert die Repression jedenfalls nicht. Die nach wie vor hohe Attraktivität der rechtsextremen Subkultur bei Jugendlichen und die teilweise sehr starke Hegemonie rechten Denkens zeigen deutlich, dass dem Problem durch staatliche Repression allein nicht beizukommen ist. ■

»der deutsche gewerkschaftsbund und seine gewerkschaften werden weder antisemitismus, rassistismus, noch fremdenfeindlichkeit hinnehmen, sondern überall und immer wieder mit allen ihren möglichkeiten bekämpfen« (Dieter Schulte, DGB-Bundesvorsitzender, 1998) Große gesellschaftliche Organisationen wie die Gewerkschaften haben organisatorisch und finanziell andere Ressourcen als zum Beispiel kleine, lokale Initiativen. Sie haben in der Regel landesweite Ortsverbände und verfügen dadurch über die Möglichkeit, als Multiplikatoren für Strategien, Konzepte und Ideen zu wirken. Auch sind sie in der Lage, durch ihre Organisationsstruktur und das Vorhandensein von Mitteln und Materialien eine unterstützende Rolle für Netzwerke und Initiativen aber auch bei der Durchführung von Demonstrationen und anderen Aktivitäten gegen Rechts einzunehmen. In Mecklenburg-Vorpommern sind besonders der DGB und die IG Metall aktiv. Der DGB beteiligt sich an vielen der lokalen Bündnisse gegen Rechts und ist oft Mitorganisator von Demonstrationen gegen Neonazi-Aufmärsche. In Neubrandenburg regte die DGB-Vorsitzende die Bildung eines Gremiums an, in dem verschiedene Gesellschaftsvertreter die Aktivitäten gegen den Rechtsextremismus koordinieren können, in Greifswald rief die Gewerkschaft ver.di zu einer Kundgebung am 1. September 2000, dem Anti-Kriegstag, gegen einen

gewerkschaftsmitglieder sind keine nazis, aber das gedankengut ist auch bei uns vorzufinden

Jan Bloompott, 1. Bevollmächtigter der Verwaltungsstelle Stralsund der IG Metall

Im Frühling 2001 trafen wir uns mit Jan Bloompott im Gewerkschaftsbüro in Stralsund. Wir sprachen mit ihm über seine Sicht der Aufgabe, die den Gewerkschaften im Kampf gegen den Rechtsextremismus zukommt. Das Gespräch entwickelte sich schnell zu einer Diskussion, an der sich auch andere MitarbeiterInnen der IG Metall, die zwischendurch mal reinschnitten, beteiligten. So wurden auch Positionen über die Ursachen und Gründe für die rechtsextremen Tendenzen in Mecklenburg-Vorpommern und ganz Deutschland angesprochen und auf die verschiedenen Geschichten der alten DDR und der alten Bundesrepublik eingegangen.

Aufmarsch der Neonazis auf, um nur einige aktuelle Beispiele zu nennen. Der DGB war lange Hauptunterstützer des Vereins Für Demokratie und Toleranz. Der Verein hat es sich zur Aufgabe gemacht, die verschiedenen gesellschaftlichen Initiativen gegen den Rechtsextremismus zu bündeln und zu vernetzen. Im März dieses Jahres kam es zum Streit über seine Finanzierung zwischen DGB und Landesregierung. Der DGB war der Ansicht, dass nach der Anschubfinanzierung durch die Gewerkschaft nun die Regierung Verantwortung übernehmen müsste, die Regierung war nicht bereit, eine langfristige finanzielle Absicherung des Vereins zu übernehmen. Für dieses Jahr hat sich die Regierung letztendlich bereit erklärt, die laufenden Kosten des Vereins zu bezuschussen. Neben dem Engagement in gesellschaftlichen Bündnissen und Netzwerken ist die Arbeit an der eigenen Basis die Wurzel gewerkschaftlicher Arbeit. Aber hier liegen auch die Schwierigkeiten: GewerkschafterInnen, die sich in der Bildungsarbeit engagieren, berichten, dass es nicht möglich ist, flächendeckend kontinuierliche Arbeit zu gewährleisten. Sie hätten den Eindruck, immer wieder bei Null anfangen zu müssen. Der Bedarf an Bildung und Aufklärung sei ungemein hoch und die Aktiven könnten es nicht leisten, überall »die Löcher zu stopfen«, so eine Mitarbeiterin der DGB-Jugend. ▶

Aufgaben der Gewerkschaften

»Das Hauptanliegen von aktiven Gewerkschaftern muss es sein, die Auseinandersetzung mit rechtsextremistischem Gedankengut in der Mitgliedschaft voranzutreiben«, formuliert Jan Bloompott seine Aufgaben, »denn auch die Gewerkschaften sind von rechten Einstellungen betroffen, diese Gedanken machen leider nicht vor der Tür der Gewerkschaft halt.« Vor allem jugendliche Gewerkschaftsmitglieder neigen – mehr als andere Jugendliche – zu rechtsextremen Orientierungen, belegt eine Untersuchung des DGB im Jahre 2000. Doch innerhalb der Gewerkschaften gab es hierzu bisher wenig Problembewusstsein. Das gilt auch für das Wissen über rechtsextreme Organisierung, die Symbolik und Kleidercodes sowie die Versatzstücke rechtsextremer Ideologie. Besonders der Umgang mit dem Thema Arbeitslosigkeit und den rassistischen Untertönen, die häufig damit in Zusammenhang gebracht werden, »müssen inner-

halb der Gewerkschaft offensiv diskutiert werden.« Energisch, aber auch selbstkritisch formuliert es Jan Bloompott; »wir müssen klare Positionen beziehen.« Das hieß für ihn im Herbst 2000, eine Gewerkschaftsversammlung mit einem Vortrag über rechtsextreme Organisierung zu verbinden. »Die Resonanz war groß, vor allem Gewerkschaftsmitglieder von der Basis sorgten für eine spannende Diskussion.«

Nur durch kontinuierliche Arbeit, Diskussionen und Bewusstseinsbildung kann es gelingen, rechtsextremes Gedankengut zurückzudrängen, das zeigt die Erfahrung; nicht bei überzeugten Neonazis,

aber bei Mitläufern, die viele ihrer Überzeugungen teilen. Dafür muss auf Betriebsversammlungen das Thema offen angesprochen werden. Auch Konfliktseminare für die Jugendvertreter sind eine gute Möglichkeit.

»Wichtiger als plakative Aktionen zu organisieren ist es, überall dort, wo man präsent ist, in Arbeitsprozessen, Seminaren und Konferenzen die Diskussion zu suchen und Stellung zu beziehen. Es wäre gut und wichtig, soviel Aufklärung wie möglich zu betreiben, besonders an Schulen, da sind die Jugendlichen jeden Tag.« Über die Notwendigkeit aktiv zu werden, ist sich Jan Bloompott im klaren, »aber so viele Ehrenamtliche gibt es gar nicht, die Gewerkschaft kann nicht immer und überall präsent sein. Ein größeres Engagement der Lehrer insgesamt wäre zu wünschen.« Aber dafür wird man dann auch angegriffen, darauf weist er hin, »ein Greifswalder Lehrer, der sich sehr offen gegen Rechts positioniert, steht auf der Internet-Seite der Neonazis zum Abschluss freigegeben.«

Die Hauptaufgabe der Gewerkschafter ist es, Lobby für die Interessen von ArbeiterInnen und Angestellten zu sein. »Dort haben wir

unsere Kernkompetenz, dort müssen wir vor allem Aktivitäten entwickeln – auch gegen rechtsextreme MitarbeiterInnen.« Dass das ein schwieriges Thema ist, merkt man Jan Bloompott an: »Müssten sie generell ausgeschlossen werden oder ist es wichtig zu versuchen, ihre Einstellung zu verändern? Zum Beispiel gab es einen Jugendlichen, der hatte einen Prozess wegen des Überfalls auf einen Vietnamesen. Der wurde nicht in die Gewerkschaft aufgenommen und der Entlassung von seinem Arbeitsplatz wurde zugestimmt. Es ist wichtig, eindeutige Signale gegen Rechts auszusenden.« Dass das nicht immer einfach ist, auch das spricht der IG Metall an: »Zum Teil passiert das aber nicht aus echter Überzeugung, sondern aus wirtschaftlichen Interessen oder um ein negatives Image abzuwenden.« ▶

Über die gesellschaftliche Vernetzungsarbeit und die vielen kleineren Aktivitäten hinaus, die vor Ort organisiert wurden und bei denen GewerkschafterInnen sich beteiligt haben, wird im folgenden ein Überblick über landesweite Projekte der Gewerkschaften gegen Rechtsextremismus gegeben. ■

Demokratie macht Schule: Die DGB-Jugend Nord, der IG Metall Bezirk Küste, die Otto Brenner Stiftung und der Verein für Demokratie und Toleranz haben gemeinsam das Bildungsprojekt für Schulen Demokratie macht Schule gefördert und ermöglicht. Der massive Wahlkampf rechtsextremer Parteien veranlasste die Gewerkschaftsjugend im September 1998 zu einer Bildungs-Tour durch die beruflichen Schulen des Landes: Ein Team aus ehrenamtlichen TeamerInnen der Gewerkschaftsjugend besuchte auf dieser so genannten Demokratie-Tour die Berufsschulen und führte ein Planspiel zum Thema Jugendarbeitslosigkeit durch. In Form einer gespielten ExpertInnenanhörung im Bundestag wurde sich mit drei verschiedenen Erklärungsansätzen für die hohe Arbeitslosigkeit beschäftigt. Ziel war es, die Auseinandersetzung mit den realen gesellschaftlichen Ursachen für Arbeitslosigkeit zu fördern und antidemokratischer und rechtsextremistischer Propaganda zu diesem Themenbereich den Boden zu entziehen. Die TeamerInnen hatten ein interessantes Ergebnis: Vor dem Planspiel stimmten etwa

Schnell auch landen Gewerkschafter in einer Zwickmühle: Durch ihre Funktion als »zivilgesellschaftliche Kraft« wird von ihnen oft erwartet, Öffentlichkeit herzustellen, »das kann aber nicht die hauptsächliche Arbeit der Gewerkschaften sein, wir können nicht in alle Kreise hinein wirken, sondern wir müssen uns um unsere eigenen Leute kümmern.«

Die IG Metall in Stralsund beteiligt sich am Bündnis gegen Rechts. Das Bündnis besteht aus der Diakonie, Privatleuten und Parteien. Es organisiert Infotische, zum Beispiel gegen Rassismus aber auch gegen NPD-Stände und -Aufmärsche. »Diese Arbeit ist wichtig – aber zu jeder Naziaktivität eine Gegenaktivität auf die Beine stellen, das verschleißt die Kräfte ungemein. Wichtiger sind die eigenen Versammlungen und die Gremienarbeit. Auf Versammlungen sind schon mal 800 bis 1.000 Leute zusammen. Solche Chancen müssen genutzt werden, um klar Position zu beziehen.«

Einschätzungen zu Ursachen und Hintergründen

»Bei den Neonazis sind Arbeitslose nicht in besonderem Maße vertreten.« Jan Bloompott wird nachdenklich, »aber sie haben in so genannten Problemstadtteilen viel Zulauf, wie zum Beispiel im Stralsunder Stadtteil Knieper West. Die hohe Arbeitslosigkeit ist für viele ein Interpretationsmuster für die gesamte Situation, das wird von den Rechtsextremen genutzt. Ein großes Problem ist es schon, dass in gewissen Randgebieten Ostvorpommerns wirklich fast alle arbeitslos sind, besonders, wenn man die ABM-Maßnahmen dazu rechnet. Die Perspektivlosigkeit ist hier sehr real und viele Kinder kriegen nur mit, wie desolat die Lage für ihre Eltern ist und wie sehr sie jammern und frustriert sind.«

Rechte und ausländerfeindliche Einstellungen sind kein Jugendproblem, rassistische Einstellungen sind demografisch in allen Altersschichten gleich vertreten. Jugendliche wenden Rassismus oft nur sehr viel radikaler an als ihre Eltern. »Dabei gibt es hier in Stralsund fast keine Ausländer, beispielsweise sind hier nur vier Mitglieder der IG Metall ausländischer Herkunft.« Jan Bloompott kennt den »Rassismus ohne Ausländer«, wenn in einem Bundesland mit einem Ausländeranteil von 1,35 Prozent Jugendliche auf die Frage, wie viele AusländerInnen es ihrer Meinung nach denn in Mecklenburg-Vorpommern gebe, antworten: »Mindestens 30 Prozent.«

»Qualifizierte Jugendarbeit vor allem mit dem Thema »Integration« wäre ein Teil der Lösung, es könnten andere Erfahrungen gemacht werden und langsam der Boden für andere Einstellungen bereit werden.« Was die Jugendarbeit angeht, ist Jan Bloompott resigniert, aber dann wird er wütend: »60 bis 70 Prozent der Leute hier wollen zwar das Geld des Kapitalismus aber die Spielregeln und Arbeitsorganisation der DDR behalten. Sie sind frustriert, fühlen sich überfordert, einige sind auch zu

alt, um eine ganz neue Gewerkschaftsorganisation noch annehmen zu können. Die unsolidarische Ellbogenmentalität hat zu Vereinzelung geführt. Das sind alles Faktoren, die bei der großen Unzufriedenheit hier, die sich bei vielen in rechten Überzeugungen äußert, eine Rolle spielen.« Eine Kollegin, die in Vorpommern aufgewachsen ist, mischt sich in das Gespräch ein: »Wie gesagt, die Alten sagen es vor und die Jungen agieren es aus. Es gibt aber auch viele Übereinstimmungen und gleiche Wurzeln zwischen dem Rassismus aus der alten BRD und dem aus der alten DDR: In

40 Prozent der SchülerInnen der rechtsextremen Position zur Lösung der Arbeitslosigkeit zu, nach dem Spiel waren es nur noch 26 Prozent. Die Erfahrungen aus dieser Tour führten zu der Konzeption der Bildungseinheit »Demokratie macht Schule«. In einem ausführlichen Reader zu Methodiken, Inhalten und zur Gestaltung von Seminar- oder Unterrichtseinheiten werden Vorschläge zur Behandlung verschiedenster gesellschaftlicher Themen gemacht. Gute Ideen für die Beschäftigung im Unterricht mit Globalisierung, Migration und der Organisation des Welthandels sind genauso Teil des Readers wie die Auseinandersetzung mit eigenen Handlungsmöglichkeiten. ■ Die DGB Jugend hat seit 1998 jedes Jahr eine Bildungstour nach dem Konzept von »Demokratie macht Schule« organisiert, auch in diesem Herbst sind sie zusammen mit dem Verein Für Demokratie und Toleranz wieder unterwegs. Im Schlusswort der Einleitung zu ihrem Reader formulieren die AutorInnen: »Nicht nur im Rahmen unserer Demokratie-Tour durch die Schulen in Mecklenburg-Vorpommern, auch im normalen Alltag, in der Schule, im Betrieb, im ›privaten‹ Bereich oder auch in unseren eigenen gewerkschaftlichen Zusammenhängen sind wir immer wieder mit ausgrenzenden, diskriminierenden Haltungen und Handlungen konfrontiert, die ein hohes Maß sowohl an inhaltlicher, als auch an Sozial- und Methodenkompetenz erfordern.« ■

beiden Ländern ist der Faschismus unzureichend aufgearbeitet worden. Auch in der DDR hat sich jenseits der offiziellen Aussagen faschistisches Gedankengut und auch Liedgut im privaten Kreis gehalten. Auch in der DDR gab es schon Nazis und Naziclubs, das war nur nicht so öffentlich. An bestimmten Ideologien wurde nie gearbeitet, zum Beispiel am Antisemitismus.« Dass Rechtsextremismus kein neues Phänomen ist, ist für sie klar: »Die viel beschworene internationale Solidarität fand nur nach außen statt, mit den ausländischen ArbeiterInnen in der DDR wurde extrem ausgrenzend umgegangen. Die Gleichheitsparolen waren oft nur oberflächlich, schon bei der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau hat es total gehapert. Diese Traditionen wirken

bis heute.« Obwohl der aus Ostfriesland stammende Jan Bloompott nach zehn Jahren, die er inzwischen in Stralsund arbeitet, im Alltag kaum noch Ost-West-Konflikte wahrnimmt, ist der Blick aus einer anderen gesellschaftlichen Herkunft für ihn hilfreich: »Ein weiteres Problem hat mit der paternalistischen Staatsform der DDR zu tun: Verantwortung wird hier immer noch sehr schnell weitergegeben beziehungsweise gar nicht erst übernommen. Selber wird kaum etwas getan, sondern erwartet, dass ›die da oben‹ alles lösen müssen. Tun sie es nicht, wird gemeckert und gejammert, aber für Eigeninitiative gibt es wenig Motivation. Aus dem Grund könnte auch ein NPD-Verbot sinnvoll sein, obwohl es wahrscheinlich, was die Organisierung der Neonazis angeht, wenig nützt: Da diese Partei offiziell erlaubt ist, wird sie auch von vielen als demokratisch legitimierte Partei betrachtet, gegen die man nicht vorgehen darf ohne selber undemokratisch zu sein.«

Die Mitarbeiter der IG Metall halten es für notwendig, sich die Zeit zu nehmen, auch kontroverse Diskussionen über das Thema zuzulassen. »Es gibt keine einfachen Lösungen gegen Rechtsextremismus« fasst Jan Bloompott zusammen, »das Bewusstsein über Integration und eine Perspektive muss sich langsam durchsetzen, das wird uns die nächsten Jahre beschäftigen.«

Die IG Metall will bei ihren Mitgliedern und in den von ihr betreuten Betrieben am Ball bleiben. ■

aktivitäten gegen rechtsextremismus im sommer 2001 Jeder Blick in die *Ostsee-Zeitung*, den *Nordkurier* oder andere Lokalzeitungen aus Mecklenburg-Vorpommern zeigt es: Neonazis und rechte Jugendliche sind Teil des gesellschaftlichen Alltags und sind mit ihren Aktivitäten täglich präsent. Auf Dorffesten wird eingeschüchtert und verprügelt. Jüdische Friedhöfe werden geschändet. Die rechte Jugend trifft sich auf ihren Musikveranstaltungen, veranstaltet Kameradschaftsabende und fast monatlich finden Neonazi-Aufmärsche in den Städten Mecklenburg-Vorpommerns statt. Die von Rechten ausgeübte Gewalt reicht von der alltäglichen Einschüchterung von Menschen bis hin zu brutalen Morden an Obdachlosen und MigrantInnen. Die NPD streckt ihre Finger in Richtung Schülerinnen und Schüler aus: In Greifswald und Waren haben sich NPD-nahe Schülerinitiativen gegründet. Regelmäßig organisiert die NPD Infostände und initiiert Unterschriftenlisten. Fast jeden Tag berichten die Zeitungen aber auch über gesellschaftliche Aktivitäten gegen

Aktion Strandgut

Am Anfang stand ein Überfall von Rechtsextremen auf eine kirchliche Jugendgruppe auf dem Campingplatz in Leisten 1997. Als Konsequenz daraus organisieren die Jugendverbände Mecklenburg-Vorpommerns jedes Jahr in den Sommerferien ein Ferienprogramm auf Campingplätzen: die Aktion Strandgut. Frust und Langeweile sollen so bekämpft und das Erleben von Gemeinsamkeit und Spaß gestärkt werden. Dieses Jahr beteiligten sich 25 Jugendliche ehrenamtlich an der Zeltplatz-Karawane, die von Campingplatz zu Campingplatz zog und für die Kinder und Jugendlichen ein Freizeitangebot auf die Beine stellte: Wasserwettkämpfe, Fun-Sportarten, Videowerkstätten und die Herausgabe einer Zeltplatz-Zeitung wurden von den Freizeit-PädagogInnen unentgeltlich angeboten. DGB-Jugend, Landjugend, der BUND, die Videowerkstatt für Demokratie und Toleranz und die Sportjugend waren die Träger des Programms im Jahr 2001.

Plakataktion in Greifswalder Stadtbussen

Die Jusos haben in Greifswald die Aktion Bei Rassismus – Notbremse initiiert. In allen öffentlichen Verkehrsmitteln werden Plakate gehängt, die dazu auffordern, sich bei rassistischen Übergriffen einzumischen. Nicht erst bei tätlichen Angriffen, sondern auch bei Pöbeleien und Beschimpfungen ist das Eingreifen und Position beziehen »erste Bürgerpflicht«, so die OrganisatorInnen.

Sport gegen rechte Gewalt

Grevesmühlen (OZ) Der Sportverein Blau-Weiß, der mit 350 von etwa 800 Mitgliedern den größten Anteil an Jugendlichen hat, will sich am Jubiläumsfest der Kreisstadt nicht nur beteiligen, sondern Position beziehen. [...] »Sport gegen rechte Gewalt« sei ein Thema, das die jungen Leute selbst und aktiv erarbeiten müssten, da seien sich die Vorstandsmitglieder einig gewesen. Das Schülerfreizeitzentrum wurde als Partner gewonnen und gemeinsam mit den Kunsterziehungslehrern an den Schulen sollte ein Plakatwettbewerb ausgerufen werden. Die Reaktion von den Schulen hat Michael Haller entsetzt. »Das ist zurzeit nicht unser Thema« oder »Das ist im Lehrplan nicht vorgesehen« lauteten die Argumente dafür, dass dieser Wettbewerb nicht stattfinden könnte, so Haller. »Ich vermute stark, dass die Schulen ein solches Thema nicht wünschen, das ist nicht nur Bequemlichkeit und eine Lehrplanfrage, sondern bewusstes Ausgrenzen«, sagt Michael Haller. Und er sei über die Reaktion nicht nur entsetzt, »das ist skandalös, das interessiert sie gar nicht« (Grevesmühlener Zeitung, 18.7.2001).

Aktionswoche Toleranz gegen Gewalt in Bützow

Enttäuscht äußerte sich die Jugendpflegerin aus Bützow über die Resonanz auf das breite Angebot an Veranstaltungen und Informationen zum Thema Jugendgewalt. Die Veranstaltungen waren sehr schlecht besucht und das Interesse der Bevölkerung war nicht vorhanden oder konnte nicht geweckt werden.

Informationen über Rechtsextremismus an Schulen

Die Regionale Arbeitsstelle für Ausländerfragen, Jugendarbeit und Schule (RAA) Rostock organisierte gemeinsam mit dem Schulamt eine Informationsveranstaltung zu dem Thema Rechtsextremistische Werbung an Schulen. Die Beispiele aus Greifswald und Waren, wo die NPD Schülerinitiativen gegründet hat, die rechtsextreme Inhalte unter den SchülerInnen verbreiten, waren der Auslöser für diese Idee. Von 180 angeschriebenen LehrerInnen und SchulleiterInnen erschien nur ein einziger. Jana Hoffmann von der RAA glaubt, dass das Bewusstsein über den Ernst der Lage immer noch nicht überall hoch genug ist: »Es wird bislang dramatisch unterschätzt, was da passiert.« Trotz dieser Erfahrung gibt die RAA nicht auf: Sie hat ein sogenanntes Peer-Leader-Training für SchülerInnen konzipiert, dort sollen gemeinsame Antworten auf das Erstarken rechtsextremer Tendenzen an Schulen gesucht und gefunden werden. Außerdem soll eine Mediathek aufgebaut werden, in der sich Interessierte selber in das Thema einarbeiten können.

Kulturprojekte gegen rechtsextreme Gewalt

Das landesweite Pilotprojekt Künstler für Schüler hat es sich zur Aufgabe gemacht, über künstlerische Projekte an Schulen gegen Rechtsextremismus zu wirken. Es organisierte am Ernst-Barlach-Theater in Güstrow die ersten Theatertage gegen Gewalt und Rechtsextremismus. Das Theaterstück *Kein schöner Land – Rostock-Lichtenhagen. Tage der Gewalt* von Jürgen Eick wurde aufgeführt und der Film *Ol-Warning* gezeigt. Außerdem wurden verschiedene Workshops angeboten, in denen sich Jugendliche mit den Mitteln des Theaters und der Pantomime mit den Themen auseinandersetzen konnten. In Schönberg organisierten der Rotary-Club, die Projektgruppe Schwarzfahrer und das Projekt Künstler für Schüler das Kulturprogramm Gemeinsam gegen Gewalt für mehrere hundert BesucherInnen am örtlichen Gymnasium. Das Projekt Schule ohne Rassismus der Schwarzfahrer wurde vorgestellt, Theater-Workshops wurden angeboten und Vorträge gehalten.

Rechts. Heute kann kein Neonazi-Aufmarsch ohne Gegendemonstration stattfinden. Bündnisse gründen sich, Feste werden organisiert und Informationsveranstaltungen durchgeführt. Der Appell der Landesregierung an alle gesellschaftlichen Kräfte, Gesicht zu zeigen und für Demokratie und Toleranz einzutreten, scheint gehört worden zu sein. Der örtliche Wirtschaftsverband, die Kirchengemeinde, SchülerInnengruppen und KünstlerInneninitiativen – die Liste der gesellschaftlichen Akteure ist lang. In den Ideen für Aktionen gegen Rechtsextremismus werden unterschiedlichste Einschätzungen sichtbar: Zu den Ursachen für das Entstehen rechtsextremer Weltbilder gibt es keine einheitliche Meinung. Von den einen werden Steuern auf gewaltverherrlichende Videospiele für sinnvoll gehalten, von den anderen Weiterbildungsveranstaltungen für LehrerInnen. Mit der folgenden Auflistung soll ein Überblick über den unterschiedlichen Charakter der Aktivitäten gegen Rechtsextremismus des Sommers 2001 gegeben werden. ■

Lesung über Rechte Jugendkultur und »national befreite Zonen«

Das politische und kulturelle Zentrum Tikozigalpa in Wismar organisierte eine Lesung zum Thema Dominanz rechter Subkultur in der Jugendszene. Es wurde über die Bedeutung rechtsextremer Musikgruppen und das Konzept »national befreite Zonen« informiert und diskutiert.

Ausstellung Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland

Vom 3. Oktober 2001 bis 16. Januar 2002 gastierte die Wanderausstellung *Neofaschismus in der Bundesrepublik Deutschland* in mehreren Städten in Mecklenburg-Vorpommern. Organisiert von RAA Rostock, RAA Schwerin, Zentrum für Demokratie und Toleranz, Lobbi, NIG e.V., IVVdN-BdA, Bunt statt Braun Anklam, Bündnis gegen Rechts Greifswald und den Jusos Ludwigslust war die Ausstellung in den Städten Rostock, Greifswald, Schwerin, Anklam und Ludwigslust zu sehen. Auf den Tafeln, erstellt vom VVN-Bund der Antifaschisten mit Unterstützung der IG Metall und der Zeitschrift *Der Rechte Rand*, konnten sich die BesucherInnen einen Überblick über rechte Ideologie, Organisation der Szene und deren »Führer« verschaffen. Als Ergänzung dazu erstellte der Verein Lobbi fünf Schautafeln, die einen Einblick in die rechten Strukturen in Mecklenburg-Vorpommern liefern.

Verein KuntaBund organisiert Friedensfest

In Bergen auf Rügen haben sich zwölf SchülerInnen in dem Verein KuntaBund zusammengeschlossen. Die Idee zu diesem Verein entstand im Philosophieunterricht, die Jugendlichen wollen sich aktiv für Toleranz und gegen Rechtsextremismus einsetzen. Im Mai organisierte KuntaBund den Umzug 2001 – Odyssee für eine friedliche Zukunft. Anschließend fand ein Open-Air-Konzert mit vielen bekannten Bands statt: »Musik verbindet. Wir wollen Alternativen anbieten und zeigen, dass es auch anders geht« beschreibt einer der jungen OrganisatorInnen das Ziel der Veranstaltung. KuntaBund hat sich vorgenommen, das Friedensfest von nun an jedes Jahr an Pfingsten zu organisieren.

Vortragsreihe, um Antisemitismus entgegenzuwirken

Die Diakonie in Greifswald konzipierte eine Vortragsreihe zum Thema Jüdische Wurzeln Christlicher Diakonie. »Es ist das richtige Thema am richtigen Ort« begründet der Vorsitzende des Pommerischen Diakonievereins Züssow diese inhaltliche Wahl. Er sieht in der Veranstaltungsreihe einen Beitrag zu der Auseinandersetzung mit der antisemitischen Propaganda der Rechtsextremen, die gerade in Greifswald bitter notwendig sei.

Antifaschistisches Jugendbündnis – AJUB gegründet

Im Sommer 2001 gründete sich in Rostock das Antifaschistische Jugendbündnis – AJUB. Dieses Bündnis ist ein Zusammenschluss mehrerer Gruppen, Vereine und Initiativen. »Ziel dieses Bündnisses ist es, rechtsextremistischen Aktivitäten gemeinsam und entschlossen entgegenzutreten. Daneben möchten wir am Ausbau einer antifaschistischen Jugendkultur mitwirken«, schrieb das AJUB. So beteiligten sich die Mitglieder an den Protesten gegen die Naziaufmärsche und das NPD-Kinderfest im Jahr 2001 in Rostock. Als Gegenpol zum Aufmarsch der Freien Kameradschaften im September organisierte das Jugendbündnis die Musikparade unter dem Motto »Keine Toleranz für Intoleranz« in Zusammenarbeit mit Rostocker Jugendgruppen. Das Bündnis erstellte unter Zuarbeit von Lobbi zwei Infoposter, die über »Freie Kameradschaften« und Strategien der NPD in Mecklenburg-Vorpommern aufklären.

Motorrad-Sternfahrt parallel zu Neonazi-Aufmarsch

In Ludwigslust wurde zeitgleich zu einem Aufmarsch von Neonazis eine Motorrad-Sternfahrt unter dem Motto *Wir machen mit und zeigen Gesicht* organisiert, um deutlich zu machen, dass die Mehrheit der Gesellschaft die Meinung der Neonazis verurteilt.

Wanderausstellung des Bundesamtes für Verfassungsschutz Demokratie ist verletztlich – Rechtsextremismus in Deutschland

Die Wanderausstellung begreift sich als Beitrag, um auf die Gefährdung der Demokratie durch den Rechtsextremismus hinzuweisen.

Hotels sollen Nazis abweisen

Ludwigslust (dpa) Landesagrarminister Till Backhaus hat Hoteliers in Neustadt-Glewe geraten, Rechtsradikalen die Übernachtung zu verweigern. Hintergrund ist ein für Ende Juni in der Stadt geplantes Fest der dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnenden Zeitung *Signal*. Dazu werden mehrere tausend Teilnehmer und auch einschlägige Bands im Stadtteil Hohewisch erwartet. Ein solches Fest könne einen kulturellen Effekt für die Neonazi-Szene im Bereich Südwestmecklenburg haben, schrieb Backhaus in einem Brief an die Branche. (Ostsee-Zeitung, 23.6.2001) ■

am anfang stand die antifa

die bedeutung der selbstorganisation im kampf gegen rechtsextremismus



Die Wurzeln des Rostocker Bündnisses Bunt statt Braun liegen in der Selbstorganisation von Antifa-Gruppen und Jugendinitiativen. »Im Grunde gaben den Anstoß die Jüngeren«, erinnert sich Bündnismitglied Maxi Malzahn. Und so waren es verschiedene Jugendgruppen, die es schafften, unter dem Motto Bunt statt Braun gegen den Aufmarsch der NPD im Wahlkampfjahr 1998 über 60 regionale Unterstützer für die Organisation einer Gegendemonstration zusammenzutrommeln, unter ihnen auch zahlreiche große Firmen wie zum Beispiel eine Wohnungsbaugesellschaft und die Nahverkehrsbetriebe. Seit dieser sehr erfolgreichen Aktion hat sich Bunt statt Braun zu einer Bürgerinitiative entwickelt, die die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kräfte und Einzelpersonen vernetzt.

Es verwundert nicht, dass Jugendliche InitiatorInnen im Kampf gegen Rechtsextremismus sind: Auseinandersetzungen zwischen rechtsextremen und linken oder einfach nur

nicht-rechten Jugendlichen haben eine kontinuierliche Geschichte. Gerade Jugendliche, die sich kulturell oder politisch eher links einordnen, werden immer wieder zu Zielscheiben rechtsextremer Angriffe. So entstanden antifaschistische Jugendgruppen zum Teil aus der einfachen Notwendigkeit, sich selbst zu verteidigen oder die eigenen Treffs und kulturellen Zentren vor rechten Übergriffen zu schützen. Lange bevor der Staat und andere gesellschaftliche Gruppen dieses Thema für sich entdeckten, wurde in diesen Gruppen jahrelang engagierte Arbeit gegen rechtsextreme Tendenzen geleistet. Aus eigener Erfahrung wissen diese Jugendlichen, dass die Gewalt der Neonazis politisch motiviert ist und bestimmte Menschengruppen »bevorzugt« zu Opfern gemacht werden. Noch vor einigen Jahren wurde rechtsextreme Gewalt von großen Teilen der Gesellschaft verharmlost und geleugnet. Alle, die diese Gewalt offen anprangerten und deutliche Worte fanden, galten als »Nestbeschmutzer«. Antifaschistische Jugendgruppen haben das Problem schon damals auf die Tagesordnung gesetzt.

Linke und andere nicht-konforme Jugendliche hatten und haben aber mit dem Problem zu kämpfen, dass



neubrandenburg

sie in der Öffentlichkeit oft genauso als Bedrohung erlebt werden wie Neonazis. Oft werden ihre Aktionsformen gleichgesetzt und es wird von rechter und linker Jugendgewalt gesprochen. Gegendemonstrationen, die sich nicht auf die reine Meinungsäußerung beschränken sondern offensiver versuchen, Neonazis zu behindern, werden zum Teil noch misstrauischer beäugt als die Neonazi-Aktivitäten selber. Das liegt daran, dass konservativ eingestellten BürgerInnen und AmtsträgerInnen die politischen Meinungen und/oder die Punk- oder Dreadlock-Mode linker Subkulturen noch verdächtiger und gefährlicher vorkommen als ein ordentlich gekleideter deutsch-nationaler Rechtsextremer, der Tugenden wie Disziplin, Ordnung und Konservatismus propagiert. Schließlich haben längst nicht alle Rechtsextremen eine Glatze. Auch wenn von Rechtsextremen bedrohte Jugendliche (ob links, aus anderen Ländern stammend oder einfach nur langhaarig) sich tätlich wehren oder angesichts der ihnen offen angekündigten Gewalt auch mal zuerst zuschlagen: die Gesell-

schaft tut sich schwer zu begreifen, dass Menschen, die ganz offensiv in Wort, Schrift und Tat mit dem Tod bedroht werden, das Recht haben, sich zu wehren und dabei eventuell auch mal nicht so zimperlich vorzugehen. Immer wieder wird die Meinung geäußert, man »müsse die Köpfe der Rechtsextremen erreichen und das geht nur mit Argumenten, nicht mit Fäusten« (Innenminister Timm in der Schweriner Volkszeitung, 19.7.2001) – Angesichts der realen Gewalt, den Morden an anderen Menschen und der von den Neonazis auf ihren Aufmärschen propagierten faschistischen Gesellschaftsordnung ist das nicht nur von denen, die diese Bedrohung ständig zu spüren bekommen, ziemlich viel verlangt.

Mitglieder der Antifa Schwerin berichten von ihren Erlebnissen: »Nach Auseinandersetzungen mit Neonazis auf der Straße oder an Tankstellen ist es normal, dass wir auf der Polizeiwache festgehalten werden. Die Neonazis hingegen werden laufen gelassen. Auch Schläge mussten wir auf Polizeirevierern schon über uns ergehen lassen.«

Eine Ludwigsluster Schülergruppe gegen Rechtsextremismus machte die selben Erfahrungen: »Die Nazis werden als die normalen Jugendlichen wahrgenommen. Wir sind für die Polizei die Unruhestifter und werden verfolgt. Linke Jugendliche wurden 12 Stunden lang von der Polizei festgehalten, obwohl sie nach einer Auseinandersetzung mit den Rechten die Polizei gerufen hatten. Unsere Anzeige wurde nicht aufgenommen, den Nazis passierte gar nichts.«

Für eine gesellschaftliche Debatte, die bis zu der Rücktrittsforderung an den Innenminister führte, sorgte eine Demonstration gegen einen Neonazi-Aufmarsch in Neubrandenburg im Juli 2001. Ein großer Teil der rund 2000 GegendemonstrantInnen entschloss sich zu einer Sitzblockade auf der Route der Neonazis. Das wollte die Polizei

nicht dulden und setzte die Neonazi-Demonstration mit einem Wasserwerfer- und Knüppelinsatz durch. Viele der GegendemonstrantInnen wurden verletzt, darunter auch einige Abgeordnete von Parteien. Da diesmal nicht nur als »gewaltbereit« bezeichnete Jugendliche von der Repression betroffen waren, schlug die Empörung hohe Wellen. Die Frage nach der Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes und nach der Legitimität auch offensiverer Methoden der geforderten Zivilcourage gegen Rechtsextremismus wurde auf den Leserbriefseiten aller Zeitungen vehement diskutiert. Die Landesregierung erwog die Konsequenz, in Zukunft keine gleichzeitigen Demonstrationen von Neonazis und ihren Gegnern zu genehmigen. Justizminister Sellering stellte klar, dass er Sitzblockaden grundsätzlich ablehne. Gegen den PDS-Abgeordneten Monty Schädel wird von der Staatsanwaltschaft ermittelt, da er sich an der Sitzblockade beteiligt hatte. »Wenn Antifaschismus in Mecklenburg-Vorpommern bestraft werden soll, dann stehe ich zu dieser Strafe«, wird er in der *Ostsee-Zeitung* zitiert.

Erfahrungen aus Städten und Regionen mit starken nicht-rechten Jugendkulturen geben den organisierten antifaschistischen Gruppen Recht: In Neubrandenburg gibt es seit der Wende eine vielfältige linke und alternative Jugendszene. Sie hat sich eigene Treffs, Läden und Gruppen geschaffen, so die Seestraße, das Tabulos und das Alternative Jugendzentrum AJZ. Diese Initiativen setzen sich auf vielen gesellschaftlichen Ebenen gegen Rechtsextremismus, aber auch ganz konkret gegen Rechtsextreme zur Wehr. Das AJZ arbeitet mit Flüchtlingsinitiativen zusammen, organisierte gemeinsame Feste und solidarisierte sich mit deren Forderungen nach Verbesserung ihrer Unterbringung. Es gibt eine ▶

Zusammenarbeit mit dem örtlichen Bündnis gegen Rechts. Aber auch auf der Straße und auf öffentlichen Plätzen wird Partei ergriffen und deutlich gemacht, dass Neonazis unerwünscht sind. Auch wenn es Neonazis in Neubrandenburg gibt, sind sie dadurch in ihrem Handlungsspielraum deutlich eingeschränkt. Das hat wiederum Auswirkungen auf das Klima für Jugendliche in der ganzen Stadt und ermöglicht gerade den Jüngeren, sich an anderen als rechtsextremen Weltbildern zu orientieren.

Ein Fazit unserer Befragung von gesellschaftlichen GegenakteurInnen gegen Rechtsextremismus lautet: Um den Inhalten der Neonazis begegnen zu können, braucht es eigene Inhalte. Auch wenn diese nicht immer die Meinung der Mehrheit der Gesellschaft treffen. Rechtsextreme Weltbilder entstehen »aus der Mitte der Gesellschaft«, dieser Erkenntnis wird inzwischen von vielen zugestimmt. Daraus folgt, dass auch die Mitte der Gesellschaft mit ihrem eigenen Rassismus, mit der von ihr propagierten Verwertungslogik und ihrem Umgang mit sozial Schwachen konfrontiert werden muss. Um politische Überzeugungen, die denen der Rechtsextremen Paroli bieten und mit eigenem Engagement gefüllt sind, kann sich nicht gedrückt werden. Sonst bleiben die Beschwörungen von Demokratie und Toleranz floskelhaft und blass. Diese Einsicht hat sich aber noch nicht bei allen AkteurInnen des Widerstands gegen Rechtsextremismus durchgesetzt. Der Glaube und die Hoffnung, dass es ausreicht, eine Wir-alle-gegen-Nazis-Stimmung zu verbreiten, ist immer wieder anzutreffen. Damit wird den Neonazis nach wie vor das inhaltliche Feld überlassen.

»Tatsächlich handelt es sich [bei der Strategie der Rechtsextremen] um einen ideologisch begründeten Kleinkrieg gegen ›Feinde um Raumordnung‹« stellt Bernd Wagner, der Leiter des Zentrums Demokratische Kultur, fest.¹ Ist die Hegemonie in einem Jugendclub, in einem Viertel oder einer ganzen Region erst einmal durchgesetzt, wird es für nicht-rechte Jugendliche fast unmöglich, sich zu artikulieren und eigene Treffs oder soziale Räume – das kann auch ein Kiosk oder eine Bushaltestelle sein – zu erlangen. Das heißt: Jugendliche Gegenkulturen müssen gestärkt und nicht behindert werden. Es müssen Räume, Treffs, kulturelle Angebote geschaffen und unterstützt werden, in denen diese Gegenkultur sich entfalten kann. Wenn die Strategie organisierter Neonazis als Kampf um die Hegemonie im öffentlichen Raum begriffen wird, muss ihnen dieser Raum streitig gemacht werden – und zwar mit Biss, präsent und sichtbar, kontinuierlich und mit eigenen Inhalten.

Eine Schülergruppe aus Ludwigslust
Tom (Name geändert) hatte sich mit einigen SchülerInnen in einer kleinen Juso-Gruppe organisiert. Auch, um etwas gegen die in seiner Stadt sehr präsenten Neonazis zu unternehmen. Er erzählt, dass es für alternative und linke Jugendliche und für Flüchtlinge kaum möglich ist, nach 20 Uhr auf die Straße zu gehen. Angriffe durch Rechtsextreme sind nicht die Ausnahme sondern normal: »Wir sind ständig damit konfrontiert.« Seine Gruppe organisiert Veranstaltungen und Seminare gegen Rechtsextremismus und arbeitet mit Flüchtlingsgruppen zusammen. Diese Kontakte seien sehr gut, es würden gemeinsame Fußballspiele organisiert und zusammen Feste gefeiert. »Und zwar meistens im Flüchtlingsheim, weil die Nazis da nicht hinkommen.« Vor kurzem hat sich seine Gruppe von den Jusos getrennt. Von der Organisation kam keine konkrete Unterstützung sondern nur Vorgaben, was die Gruppe zu tun und zu lassen hätte. »Das war

nicht sehr hilfreich, gerade bei der zugespitzten Situation hier in Ludwigslust.« Es ist nicht einfach, für Aktionen gegen Rechts Unterstützung zu bekommen. Zum Beispiel hatten Jugendliche geplant, eine Demonstration gegen rechte Gewalt durchzuführen. Der Bürgermeister habe ihnen das ausgerechnet, das sei zu gefährlich in Ludwigslust. Im Juli 2001 luden sie zwei JournalistInnen – Experten zum Thema Rechtsextreme Organisation – in das Jugendzentrum Zebef ein. Sie sollten einen Vortrag über Neonazis in Mecklenburg-Vorpommern und die rechtsextreme Musikszene halten. Um der »Gefährlichkeit«, so etwas in Ludwigslust stattfinden zu lassen, zu begegnen, informierte Tom Antifa-Gruppen aus anderen Städten. Der Veranstaltungsort sollte von ihnen geschützt werden. Zu Recht, wie sich dann herausstellte: Eine große Gruppe von Neonazis und Skinheads traf sich vor dem Zebef und provozierte, traute sich aber aufgrund der starken Präsenz von AntifaschistInnen nicht an das Jugendzentrum heran. Zu der Veranstaltung kamen ungefähr 50 Schüler und SchülerInnen und eine Handvoll Erwachsene. Nur die Leiterin des Jugendclubs, eine Sozialpädagogin, eine Lehrerin und der neu eingestellte Jugendpfleger der Stadt ließen sich blicken. »Die Veranstaltung war für uns ein großer Erfolg«, so Tom, »erstens, dass sie überhaupt stattfinden konnte und die Nazis keine Chance hatten, sie zu verhindern. Das hat sie wirklich gestört und das sind sie nicht gewöhnt. Und zweitens, weil viele Jugendliche ständig mit diesem Thema beschäftigt sind und end-



lich einmal die Möglichkeit hatten, darüber zu diskutieren. Das ist extrem wichtig.«

Das TikoZigalpa in Wismar – ein kulturelles und politisches Zentrum

Das Tiko – wie es in Wismar heißt – ist ein Wohnprojekt und ein selbst organisiertes Veranstaltungszentrum. Die BewohnerInnen des Hauses organisieren jeden Monat Filmvorführungen, Konzerte und Veranstaltungen. Filme, die im kommerziellen Kino der Stadt nicht laufen, werden gezeigt und regelmäßig treten internationale Bands auf. Im Veranstaltungsprogramm werden Lesungen, Vorträge und Diskussionen zu politischen Themen angeboten. Der Kampf gegen rassistische und rechtsextreme Weltbilder ist den Tiko-OrganisatorInnen besonders wichtig. Im August organisierte das Tiko daher zum ersten Mal ein interkulturelles Straßenfest in Wismars Altstadt. Dahinter stand die Idee, mit Migrantengruppen aus Wismar und der Umgebung gemeinsam einen Rahmen zu schaffen, in dem verschiedene Initiativen ihre Arbeit darstellen können. Ein ganztägiges Spiel- und Spaßprogramm für Kinder, ein



russisches Theaterstück der Jüdischen Gemeinde Rostocks und ein Musikprogramm, das von der Musikgruppe Bamboule der Afrikanischen Bürgerinitiative Rostocks bis zu der Hamburger Reggae-Band Exodus reichte, wurden auf dem Fest präsentiert. Das Tiko bietet Räume und Möglichkeiten für verschiedenste Interessen von Jugendlichen aus Wismar, regelmäßig finden zum Beispiel Kneipenabende in seinen Räumen statt. In Wismar gibt es außer einer Großraumdisco kaum kulturelle Angebote für Jugendliche. Die BewohnerInnen arbeiten gegen eine kulturelle Wüste, in der es außer kommerziellem Amüsement für Jugendliche wenig Möglichkeiten gibt, sich zu treffen, sich eine politische Meinung zu bilden und sich zu engagieren. Die Auseinandersetzung mit politischen Themen, selbstorganisierte Kultur- und Musikveranstaltungen jenseits von kommerziellen Mainstreamproduktionen und Treffpunkte zum Feiern, Diskutieren und Organisieren – das will

das Tikozigalpa dagegen setzen. Die Zusammenarbeit mit politischen Initiativen aus Wismar und dem ganzen Bundesgebiet führt immer wieder zu interessanten Veranstaltungen und Diskussionen.

Lobbi e.V. – Beratung für Opfer rechtsextremer Gewalt

Im September konnte der Verein Lobbi in Wismar, Neubrandenburg und Rostock seine Arbeit aufnehmen. In diesen drei Städten gibt es nun eine Anlaufstelle für Opfer rechtsextremer Gewalt. Dafür hatte sich der Verein lange eingesetzt. Möglich wurde das durch das Civitas-Programm, das Lobbi bis 2003 sechs MitarbeiterInnen und vier Honorarstellen finanziert. Der Name Lobbi steht für »Landesweite Opferberatung, Beistand und Information.« Die InitiatorInnen waren vorher teilweise in antifaschistischen Jugendgruppen aktiv und können ihre eigenen Erfahrungen in die Arbeit einbringen. Vorbild ist die Opferperspektive Brandenburg, die seit drei Jahren existiert und viele Erfahrungen beisteuern kann. Opfer rechtsextremer Gewalt erfahren in der Regel keine umfassende Unterstützung und Solidarität, sondern werden häufig im Stich gelassen. Sie sind es, die sich rechtfertigen und selbst den Beweis erbringen müssen, dass Angriffe gegen

sie rechtsextrem oder rassistisch motiviert waren. Sie müssen sich mit Traumatisierung, Angst vor befürchteter oder realer Behördenwillkür auseinandersetzen und, sollten sie Anzeige erstatten, mit der Androhung erneuter Gewalt durch die Täter fertig werden. Es gibt viele Beispiele dafür, dass die Polizei rechtsextremen Deutschen eher glaubt als MigrantInnen. Auch ein rechtlich unsicherer Aufenthaltsstatus oder schlechte Erfahrungen mit Behörden können Menschen davon abhalten, nach erlittener Gewalt Anzeige zu erstatten. Daher hat Lobbi ein umfassendes Konzept für die Unterstützung von Opfern rechter Gewalt entwickelt: Den Opfern soll Hilfe bei der Suche nach rechtlichem Beistand vermittelt werden, soweit sie das

wünschen. Kontakte zu PsychologInnen oder psycho-sozialen Beratungsstellen können geknüpft werden.

Die Lobbi-MitarbeiterInnen bieten aber auch selber Gespräche an, nicht nur mit den Betroffenen sondern, wenn nötig, auch mit dem Umfeld. Die Sensibilisierung anderer gesellschaftlicher Gruppen für die Situation von Gewaltopfern, für deren Ausgrenzung und für fehlende Solidarität mit ihnen soll ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit sein. »Daraus resultierend sind gesellschaftliche Ursachen von Ausgrenzung und Diskriminierung zu thematisieren und kommunale Institutionen für Hintergründe rechtsextremer Gewalt zu sensibilisieren. Dabei scheint es notwendig, die Angriffe als ein Teil einer Strategie zu betrachten, ganze Bevölkerungsgruppen abzuwerten und ein rechtsextremes Weltbild gesellschaftsfähig zu machen. Das bedeutet für unsere Arbeit, Bildungsangebote zu Hintergründen und Auswirkungen rechter Gewalt für Schüler und Jugendclubs anzubieten sowie eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben, die ein Klima schafft, das zur Thematisierung der Angriffe führt und eine Entsolidarisierung mit den Tätern nach sich zieht.«

Die Zusammenarbeit mit anderen Einrichtungen wird als Voraussetzung für eine erfolgreiche Arbeit gesehen, Lobbi wendet sich hier besonders an die örtlichen RAAs, Flüchtlingsräte und alle Netzwerke, die sich für gleiche Rechte für alle einsetzen. Als ersten Schritt will sich Lobbi auf Flyern und durch Veranstaltungen bekannt machen, da diese Art der Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern neu ist. ▶



wismar

Mobiles Beratungsteam für Demokratische Kultur

»Der Rechtsextremismus verfügt über ein zivilgesellschaftliches Konzept. Mit der »Besetzung des vopolitischen Raumes«, mit der Schaffung von Gegenöffentlichkeit und der Einnahme »national befreiter Zonen«, [...] bedient er sich in Ostdeutschland einer gesellschaftspolitischen Strategie zur Durchsetzung seiner Interessen. Im Gegensatz zu den Akteuren im demokratischen Parteiensystem setzt der Rechtsextremismus damit in der unmittelbaren Lebenswelt der Bevölkerung an und zielt auf eine langfristige und breite Wirkung. Der Rechtsextremismus ist daher Teil der Zivilgesellschaft in Ostdeutschland, obschon sein ideologischer Kern und sein ganzes Streben die Zerstörung derselben im Sinn hat.«² Der zivilgesellschaftlichen Verankerung des Rechtsextremismus wurde

bei der Konzeption Mobiler Beratungsteams (MBTs) für Mecklenburg-Vorpommern Rechnung getragen. Folgende Einschätzungen bilden die Grundlage: Rechtsextremismus kann nicht als Jugendproblem begriffen werden. Er ist ein gesamtgesellschaftliches und generationenübergreifendes Problem.

In den meisten Strategien zu seiner Bekämpfung herrscht allerdings eine Orientierung auf die jugendlichen Täter und Akteure vor. Das führt dazu, dass nicht die Ursachen für das Entstehen rechtsextremer Überzeugungen bekämpft werden, sondern dort angesetzt wird, wo am wenigsten Erfolg zu erwarten ist: Bei überzeugten, ideologisch gefestigten Jugendlichen. Stattdessen müssen zivilgesellschaftliche Strukturen unterstützt werden, um die angestrebte kulturelle Hegemonie der Rechtsextremen zurückzudrängen. Um das zu erreichen, ist es wichtig, nationalistischen und rassistischen Diskursen entgegenzutreten, die in starkem Maße in der Alltagskultur vieler Menschen in Mecklenburg-Vorpommern Fuß gefasst haben. Das Eintreten möglichst vieler gesellschaftlicher Kräfte für die Gleichberechtigung von Minderheiten und die Stärkung der Rechte von Opfern rechtsextremer Gewalt ist

dafür unerlässlich. Ein Zugewinn an Demokratie und Partizipation an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen für alle Menschen ist der beste Schutz vor dem Erstarken rechtsextremer Einstellungen.

Die Initiatoren für Mobile Beratungsteams in Mecklenburg-Vorpommern haben daher ein umfassendes Konzept für die Stärkung von zivilgesellschaftlichen Strukturen im Kampf gegen Rechtsextremismus entwickelt. Auch die MBTs haben einen Vorgänger in Brandenburg, der auf mehrjährige Arbeitserfahrung zurückblicken kann. Das Besondere an dem Ansatz ist, dass gesellschaftliche »Mikrokosmen« in den Blick genommen werden: Durch das Zusammenwirken verschiedener gesell-

schaftlicher Akteure sollen die Stimmung und die Bedingungen zum Beispiel in einer Schule, einer Gemeinde oder auch in einem Dorf oder innerhalb der kommunalen Selbstverwaltung so verändert werden, dass der rechtsextremen Verankerung in der Zivilgesellschaft wirksamer begegnet werden kann. Das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe hat bei der Beratungsarbeit einen hohen Stellenwert: Die Beratungsteams erarbeiten mit den vor Ort Betroffenen eine gemeinsame Problemanalyse. Wenn nötig stellen die Teams fehlende Hintergrundinformationen zur Verfügung und versuchen, auch andere Beteiligte mit in den Prozess einzubeziehen. So können gemeinsame Lösungen entwickelt werden, die auch langfristig zu einer tatsächlichen Verbesserung der Situation beitragen. Die auf gesellschaftliche Systeme abzielende Arbeit der MBTs soll an folgendem konstruierten Beispiel deutlich gemacht werden: Der Pastor einer Gemeinde bittet



um eine Beratung. Das Problem: In seiner Konfirmandengruppe berichten einige Jugendliche von regelmäßigen, massiven Einschüchterungsversuchen durch Jungs aus dem örtlichen Fußballclub. Die angegriffenen Jugendlichen berichten von rechtsextremen Sprüchen und Beschimpfungen, da die Gemeinde gemeinsame Aktivitäten mit AsylbewerberInnen des nahegelegenen Heims organisiert. Der Pastor wendet sich daraufhin an den Trainer des Clubs, der aber wenig aufgeschlossen reagiert und der Meinung ist, in dem Alter wären kleinere Prügeleien doch normal.

Die Problemanalyse: Durch die gemeinsamen Gespräche und durch die Zusatzinformationen des MBT wird das Problem deutlicher.

In dem Fußballclub hat eine Gruppe von Jugendlichen – Mitglieder einer »Kameradschaft« – das Sagen. Der Trainer ist um den Ruf seiner erfolgreichen Mannschaft besorgt und versucht, das Problem unter den Tisch zu kehren. Er ist sehr bemüht, den positiven Effekt von Sport auf die Jugend zu unterstreichen und hat gerade neue Gelder beim Bürgermeister beantragt. Die Lösung: Durch die Moderation des MBT kommen die verschiedenen Gruppen an einen Tisch, die Eltern der bedrohten Jugendlichen, der Pastor, der Trainer und der Bürgermeister. Um die vom Trainer nicht ernst genommene rechtsextreme Unterwanderung des Clubs deutlich zu machen, wird ein Vortrag über die Bedeutung und Vorgehensweise von Kameradschaften organisiert. Als Konsequenz aus der gemeinsamen Beschäftigung mit der Situation stellt der Trainer die Jugendlichen vor die Wahl: Um in der Mannschaft bleiben zu können, müssen sie die Kameradschaft verlassen. Der harte Kern der Rechtsextremen geht daraufhin und fühlt sich nicht mehr durch die Mitgliedschaft im anerkannten Fußballclub geschützt. Der Bürgermeister plant eine Fortbildung über rechtsextreme Organisation für die MitarbeiterInnen der Kommunalverwaltung, da er zu der Überzeugung gelangt ist, dass es Informationsdefizite gibt.

Dieses Beispiel verdeutlicht den spezifischen Arbeitsansatz der MBTs: Die Beratung kann von den verschiedensten Berufsgruppen und Mitgliedern eines Gemeinwesens in Anspruch genommen werden. Sie führt idealerweise dazu, dass größere Kreise gezogen werden und schließlich insgesamt ein tieferes Problembewusstsein vorhanden ist. Neue Strategien und Handlungskompetenzen können entwickelt werden und diejenigen, die rechtsextremen Tendenzen entgegenwirken wollen, werden gestärkt. Manchmal erfahren sie erst durch den Beratungsprozess voneinander. Der Effekt, dass Menschen, die sich vorher allein auf

weiter Flur glaubten, Bündnispartner gewinnen, ist angesichts der viel geschilderten Resignation und Vereinzelung in bestimmten Regionen sehr wichtig.

Neben der geschilderten Moderation von Konflikten bieten die MBTs auch Fortbildungen an. Besonders JugendsozialarbeiterInnen und LehrerInnen sollen von diesem Angebot profitieren. So soll zum Beispiel Wissen über Erscheinungsformen, Symbolik und Musikkultur der Rechtsextremen vermittelt werden, um rechtzeitig angemessen reagieren zu können.

Die durch die Beratungstätigkeit gewonnenen Erfahrungen sollen allen Interessierten zur Verfügung gestellt werden. So können die MBTs als Informationsquelle für lokale Bündnisse dienen und zur Schnittstelle zwischen Handelnden vor Ort und der Landesebene werden. Zusammenarbeit und Austausch mit Netzwerken, Organisationen und Einrichtungen, die im weitesten Sinne mit der Problematik zu tun haben, sind für die MBTs selbstverständlicher Bestandteil der Arbeit.

Auch das Projekt Mobiles Beratungsteam für Demokratische Kultur wird für drei Jahre aus dem Civitas-Programm gefördert. In dieser Laufzeit wird es mit Modellcharakter an vier Standorten seine Arbeit aufnehmen. Wenn es dann politisch gewollt ist, könnte es anschließend auf mehrere Standorte ausgeweitet werden oder sogar flächendeckend arbeiten. ■

¹ Wagner, in: Schubarth, Stöss, 2000.
² Korgel, in: Bulletin, 1/2000.

das war ein gutes geschäft: rechts-rock in klein bünzow Dreizehn Züge halten täglich auf dem menschenleeren Bahnhof mit dem verwitterten Ortsschild Klein Bünzow. Wer hier auf der Strecke zwischen Berlin und der Ostsee aussteigt, findet sich mit wenigen Schritten auf einem gepflasterten Bahnhofsvorplatz unter den Ästen einer wunderschönen, uralten Linde wieder – Namensgeberin für die ganz in grün-weiß gestrichene Gaststätte hinter dem Baum. So verlassen wie der Bahnhof wirkt auch der große Speisesaal der Gaststätte, an deren Tresen der Wirt Werner Streichert in diesen Tagen eher unregelmäßig anzutreffen ist. Das Geschäft läuft schlecht für den 69-Jährigen, der die Dorfkneipe der knapp 900 Einwohner großen Gemeinde schon zu DDR-Zeiten acht Jahre lang für die staatseigene Konsum-Kette betrieben hatte und ab 1994 als Pächter wieder übernahm. Da hatten sich die Zeiten geändert – die gut besuchten Samstagabend-Landdiscos und LPG-Feste gehörten der Vergangenheit an. Als Streichert dann im Januar 1996 Eigentümer des Gebäudes wurde, machte er sich auf die Suche nach neuer Kundschaft, um die Sanierung der Gaststätte



no-go-area mecklenburg- vorpommern

In den letzten Jahren ist es den Rechten gelungen, eigene, zum Teil wirtschaftlich unabhängige Strukturen aufzubauen: hier und da ein kleiner Laden, der mit Musik und Klamotten für den rechten Lifestyle handelt, ein Anwesen, das von führenden Neonazis gekauft wird. Sie fallen kaum auf und fast niemand würde dahinter ein Konzept vermuten.

Anfang der 90er entwickelte die NPD-Hochschulorganisation, der Nationaldemokratische Hochschulbund (NHB), das Konzeptpapier *Schafft befreite Zonen*. Im Jahr 2000 wurde der Begriff »national befreite Zonen« zum Unwort des Jahres erklärt. Aber kaum jemand weiß, was er bedeutet. Gerne werden sogenannte no-go-areas als »national befreite Zone« bezeichnet. Der Unterschied zwischen beiden soll hier kurz erklärt werden.

Der Begriff **no-go-areas** beschreibt ein Gebiet, eine Stadt oder einen Straßenzug, in dem Menschen, die nicht in das Weltbild der Rechten passen, ständig körperlich bedroht oder angegriffen werden. Dieses kann auch nur an bestimmten Tagen oder zu bestimmten Uhrzeiten der Fall sein. Ein Beispiel ist die Stadt Ludwigslust, in der sich linke Jugendliche und AusländerInnen in den frühen Abendstunden nicht oder nur mit dem Fahrrad auf die Straße trauen.

Die **»national befreiten Zonen«** werden von den Jungen Nationaldemokraten (JN) wie folgt beschrieben: »Wir müssen Freiräume schaffen, in denen wir faktisch die Macht ausüben, in denen wir sanktionsfähig sind, d.h. wir bestrafen Abweichler und Feinde, wir unterstützen Kampfgefährtinnen und -gefährten, wir helfen unterdrückten, ausgegrenzten und verfolgten Mitbürgern.«

Die Schaffung dieser »befreiten Zonen« bedeutet also mehr, als militant auf der Straße die Vorherrschaft zu erlangen. Neonazis wollen ins gesellschaftliche Leben eingreifen, es selbst gestalten und letztendlich beherrschen. Die Umsetzung dieses Konzeptes soll durch den Aufbau einer eigenen untereinander vernetzten Infrastruktur erfolgen: zum Beispiel durch eigene Läden, eigene Druckereien ... Diese Unternehmen sind nach außen wirtschaftlich unabhängig. Weiter heißt es in dem Konzept: »Revolutionäre dürfen nicht über das gesamte Stadtgebiet zerstreut wohnen, sondern sie sollten sich möglichst auf ein Wohnobjekt und einen Straßenzug konzentrieren, um vor Ort sichtbar Macht auszudrücken. Dann ist es unabdinglich, mit der ansässigen Wohnbevölkerung in intensiven

bezahlen zu können. Die »junge Dame aus Berlin und ihr Begleiter«, die in dieser Zeit bei dem Wirt mit den chronischen Geldsorgen anfragten, ob sie seinen großen Festsaal gelegentlich für Konzerte mieten könnten, kamen da mehr als gelegen. 300.000 DM habe der Umbau damals gekostet, rechnet er noch heute vor. Die »jungen Leute« hätten pro Konzert 250 DM Saalmiete ohne Verzehr gezahlt; besonders lohnend sei der Bierverkauf gewesen – 12 Fässer pro Abend mindestens. ■ Neonazi-Konzerte als lohnendes Geschäft, das Streichert ohne Schwierigkeiten über zweieinhalb Jahre betreiben konnte. Der Wirt betont, er habe jedes Konzert beim Ordnungsamt angemeldet. »Die wussten immer genau Bescheid.« Schwierigkeiten hätten ihm die Behörden erst 1998 gemacht. Bis dahin sei alles reibungslos gelaufen, schließlich hätten die Konzertveranstalter auch gleich eine 20-köpfige Ordnertruppe mitgebracht, die darauf geachtet hätte, dass »die Besucher aus ganz Deutschland« sich ordentlich aufführten. ■ Was sich abseits des Dorfes zwischen 1996 und 1998 abspielte, interessierte in der Gegend offenbar kaum jemanden wirklich. Fragt man die ▶

Kontakt zu treten, den Leuten immer und überall zu helfen ... Alten Leuten kann man beim Ausfüllen von Formularen helfen, sie beim Einkauf unterstützen, man kann Babysitter bei arbeitenden Ehepaaren oder alleinstehenden Müttern spielen ... Man muss so handeln, dass man in einem Meer der Sympathie schwimmt, dass die normalen Bewohner für uns die Hand ins Feuer legen. Dann wird dem Staat jede Form der Unterdrückung nicht nur nichts nutzen, sondern das genaue Gegenteil bewirken: die Menschen werden noch stärker in unsere Arme getrieben. ... Ist auf diese Weise einmal ein Straßenzug – es kann natürlich auch ein kleines Dorf sein – zur befreiten Zone innerhalb einer militant befreiten Stadt geworden, haben wir also konkrete Gegenmacht erobert.«

In einem weiteren Strategiepapier mit dem Titel: *Der Kampf wird härter* wird den Kameraden neben den eben schon erwähnten Verhaltensweisen nahegelegt, in Schützenvereine und Kampfsportschulen einzutreten, an Orientierungsmärschen und Zeltlagern teilzunehmen, sich eigene Veranstaltungsräume zu schaffen und stets »Vorbild« zu sein.

Das Musiknetzwerk Blood & Honour
Eine große Bedeutung für rechts-extreme Infrastruktur fällt dem rechten Musiknetzwerk Blood & Honour (**B&H**) zu. Das internationale Blood & Honour-Netzwerk wurde 1987 in Großbritannien gegründet. Das Netzwerk entstand, weil die Neonazi-Bands die Gewinne aus dem CD-Verkauf lieber selbst abschöpfen wollten, anstatt sie irgendwelchen Labels zu überlassen, die kein Interesse an der »nationalen Bewegung« hatten. Durch diesen Zusammenschluss konnte ein Großteil der Gewinne zum Aufbau des Neonazi-Netzwerks und zur Unterstützung terroristischer Gruppen wie **Combat 18** (18 steht für Adolf Hitler) aus England genutzt werden. B&H-Sektionen gibt es inzwischen unter anderem in den USA, in Frankreich, Belgien, Schweden, Italien, Spanien, Australien, Polen, Tschechien, der Slowakei und bis zu ihrem Verbot in Deutschland. Dass Blood & Honour nicht nur ein Musiknetzwerk ist, zeigt ein auf ihrem Deutschland-Treffen am 3. Oktober 1998 gefasster Beschluss: Die Aufgabe der einzelnen Sektionen sei es, »Patrioten verschiedener Stilrichtungen zu sammeln und zu einen, nicht nur in der Musik, sondern im Kampf.« So gelang es Blood & Honour-Gruppen zusammen mit »Freien Natio-

nalisten« am 5. Juni 1999 in **Ludwigslust** einen Aufmarsch mit 500 Neonazis durchzuführen. Im Vorfeld dieses rechten Aufzuges wurden in Hamburg und Schwerin angemeldete Demonstrationen, gegen die Ausstellung *Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941 – 1944* verboten.

In der Nähe von **Stralsund** hob die Polizei im November 1998 ein Depot mit 5.000 illegal eingeführten und überwiegend indizierten CDs aus. Die Polizeiaktion erfolgte im Rahmen einer Razzia gegen den Blood & Honour-Vertrieb Nibelungen-Versand aus dem Emsland. Bundesinnenminister Otto Schily hat das Neonazi-Musiknetzwerk im September 2000 verboten. Da die Strukturen schon immer größtenteils verdeckt arbeiteten, brachte dieses Verbot keine ernst zu nehmenden Einschränkungen für die Neonazis mit sich. Seit September 2000, also nach dem Verbot, fanden mehrere von Blood & Honour organisierte Konzerte statt. Hier soll beispielhaft nur ein Konzert am

3. Februar 2001 in Hamburg genannt werden, auf dem unter anderem die Rostocker Blood & Honour-Band Nordmacht spielte, und es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei kam.

Wie wurde nun versucht die NPD-Konzepte in Mecklenburg-Vorpommern umzusetzen und welche Rolle spielt dabei Blood & Honour?
Die folgende Aufzählung soll einen Überblick geben über die in Mecklenburg-Vorpommern entstandenen rechten Läden und Bürgerinitiativen sowie deren Verstrickungen mit militanten Neonazis. Im Gegensatz zu der Schaffung von no-go-areas ist es den Rechten bisher nicht gelungen »national befreite Zonen« in Mecklenburg-Vorpommern einzurichten, die Ansätze hierfür sind aber deutlich zu erkennen. In **Stralsund** gab es in den Jahren 1998/99 einen Lebensmittelladen, der als NPD-Treffpunkt diente. Ein anderer Laden, Walküre, bot das passende Outfit für die rechte Gesinnung an. Außerdem wurden dort Flugblätter und ähnliche Propaganda vervielfältigt. Der Laden wurde im Sommer 2000 wegen interner Geldstreitigkeiten geschlossen. Die Betreiber des ▶

älteren Herren, die mittags den altertümlichen Löschwagen der Freiwilligen Feuerwehr des Dorfes auf Hochglanz polieren, bekommt man zu hören, dass »die Jungs uns doch nichts getan haben.« Deshalb hatte man auch kein Problem mit den Konzerten. Erst als »die Gendarmen« kamen und sich »völlig daneben aufführten«, da hätte man »die Frauen ins Haus sperren müssen.« Im Amt Ziethen möchte man sich zu dem Komplex Zur Linde gar nicht äußern. Beim zuständigen Landratsamt Ostvorpommern in Anklam, das bis zu den jüngsten Wahlen im Mai 2001 fest in der Hand der CDU war, ist man seit dem Amtsantritt der PDS-Landrätin Barbara Sirbe dagegen etwas auskunftsfreudiger. Zuständig für die Frage, warum in der knapp fünf Kilometer nördlich von Anklam an der B 109 liegenden Gemeinde über Jahre hinweg einige der damals größten Neonazi-Konzerte in Deutschland stattfinden konnten, ist das Ordnungsamt. Dort wusste man durchaus frühzeitig Bescheid. Dem Amt sei es jedoch weniger um die als Geburtstagsfeiern oder als geschlossene Tanzveranstaltungen angemeldeten Konzerte gegangen als vielmehr um »die strafbaren Handlungen nach §86a



Ladens unterhielten intensive Kontakte zu Sven Faltermeyer, dem Besitzer des Ladens Boots & Braces in der Stralsunder Bahnhofspassage. Faltermeyer fiel im Zusammenhang mit den oben erwähnten Blood & Honour-CDs des Nibelungen-Versands auf, die in einer von ihm angemieteten Garage bei Stralsund gefunden wurden. Damals konnte ihm vor Gericht nachgewiesen werden, dass er für den Versand illegaler CDs zuständig war. Faltermeyer ist ein »alter Hase« innerhalb der rechten Szene. Anfang der 90er war er bei der inzwischen verbotenen Wiking-Jugend aktiv. Bei einem organisierten Angriff auf eine linke Demonstration am 8. Mai 1997 wurde er als Rädelführer genannt. AntifaschistInnen gaben an, er habe mehrere Rechts-Rock-Konzerte in Stralsund organisiert, unter anderem eines mit der Blood & Honour-Gründungsband No Remorse. Zu dieser Zeit war Faltermeyer Chef der Blood & Honour-Sektion Pommern. Durch seine häufigen Fahrten nach Skandinavien besitzt er gute Kontakte innerhalb der internationalen Neonazi-Szene.

In **Anklam** befindet sich schräg gegenüber der Marienkirche der rechte Szeneladen New Dawn, der oft einfach nur Pitbull genannt wird. Betrieben wird der Laden von Markus Thielke. Der Ladenbetreiber wird als Mitglied des Kameradschaftsbunds Anklam (KBA) genannt. Dirk aus Anklam sagte: »Es ist weit über die Stadtgrenzen bekannt, dass die Rechten dort alles, von Klamotten bis zu indizierter Musik bekommen können.« Der Laden gilt auch als Treff für die Rechten, die von hier aus schon des öfteren Flugblätter in der Stadt verteilten. Mitglieder des KBA haben in **Sarnow** ein Haus gebaut, in dem sie auch wohnen. In Salchow gibt es ein Gehöft, in dem verschiedenste rechte Veranstaltungen stattgefunden haben. Die Bürgerinitiative für Arbeit und soziale Gerechtigkeit, die in Anklam schon mehrere Demonstrationen anmeldete, weist große personelle Überschneidungen mit dem KBA auf. Mitglieder des KBA, unter anderem Steffen Hoyer, haben zusammen mit dem Blood & Honour-Aktivisten Sven Riske aus **Karlsburg** zwischen 1996 und 1998 die Organisation der »kleineren Konzerte« in Klein Bünzow übernommen. Die größeren Konzerte wurden in dieser Zeit noch von der Blood & Honour-Sektion Berlin durchge-

führt. Nach 1998 zogen sich die Berliner zurück. Der danach aufgetretene Ärger mit der Polizei soll zum Großteil an den »neuen Organisatoren« gelegen haben.

Über den braunen Gemischtwarenladen in **Waren**, Zutt's Patrioten-Treff, wurde mehrmals in der überregionalen Presse berichtet. Im November 1999 eröffneten Alfred und Doris Zutt ihren Laden in Waren. Ein Jahr zuvor richteten sie ein ähnliches Geschäft im hessischen Ehringhausen ein. Dort ist das NPD-Bundesvorstandsmitglied Doris Zutt Fraktionsvorsitzende im Gemeinderat. Auf der knapp 40 Quadratmeter großen Verkaufsfläche in Waren können zum Beispiel schwarze Kapuzen-Pullover mit der Aufschrift »Klu Klux Klan«, »White Power«-Aufkleber, Springerstiefel und »Hasskappen« erworben werden. Des weiteren bieten die Zutts eine Mischung aus heimatverbundener und rechter Literatur an: zum Beispiel *Werwolf – Winke für Jagdeinheiten*. Artur Erhardt, SS-Hauptsturmführer und im Führerhauptquartier zuständig für »Bandenbekämpfung«, schrieb diese

»grundlegenden Regeln des Partisanenkriegs« im Januar 1945. Für die rechte Subkultur gibt es Rechts-Rock-CDs von Bands mit Namen wie Oithanasie, Faustrecht, Freikorps, Sturmwehr und Triebtäter. Wer mit Rechts-Rock nichts anzufangen weiß, findet hier Marschmusik des Reichsarbeitsdienstes oder Soldatenlieder. Der Laden ist Anziehungspunkt für Rechte weit über die Grenzen Warens hinaus (FR, 12.10.2000).

Ein weiterer von Rechten betriebener Laden befindet sich in der **Rostocker Doberaner Straße**. Inhaber des Bodycheck ist Oliver Dobitz, der auch schon bei Treffen des Kameradschaftsbundes Mecklenburg in Rostock gesehen wurde. Mit einem hakenkreuzverzierten Schild marschierte er anlässlich des Todestages des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß 1996 mit anderen Neonazis durch das dänische Roskilde. Mit dabei waren auch Anke Zapf, Betreiberin des Trend-Dental-Labors in **Warnemünde**, die ebenfalls der Kameradschaft Rostock zugerechnet werden kann, und ein Mitglied der Rostocker Blood & Honour-Band Nordmacht. Bis Anfang 2001 war der Bodycheck

StGB, die dort begangen wurden«, gibt dessen Leiter Auskunft. Bei dem Versuch, diese Straftaten zu vereiteln, ließ man sich allerdings Zeit. ■ **Codewort »Grillfest in Rostock«** ■ Dabei hätten die Behörden durchaus frühzeitig Einblicke in die Ereignisse in dem großen Festsaal mit der breiten Holzbühne haben können – die bei derartigen Anlässen beispielsweise mit den stilisierten Hakenkreuz-Fahnen in Schwarz-Weiß-Rot der Blood & Honour-Sektion Berlin verziert war. Denn die Neonazis ließen es sich nicht nehmen, die Groß-Events hinterher in der eigenen Szene weiter zu vermarkten – für alle, die nicht dabei sein konnten, wenn Szene-Kultbands wie Blue Eyed Devils aus den USA, Spreegschwader aus Berlin oder die in Mecklenburg-Vorpommern führende Blood & Honour-Band Nordmacht aus Rostock hier vor hunderten von Skinheads aus dem gesamten Bundesgebiet auftraten. Ab 1996 kursierten in der deutschen und internationalen Neonazi-Szene Konzertmitschnitte aus Klein Bünzow – hergestellt und über illegale Szenestrukturen vertrieben durch den in Dänemark residierenden Blood & Honour-Versand NS88. Die Bilder des indizierten ▶



pasewalk

unter dem Namen Last Resort in der Waldemarstraße ansässig und bot dort alles an, was das Nazi-Herz begehrt, von CDs und Büchern bis zu Aufnähern und T-Shirts. In seinem Laden in der Doberaner Straße hält sich Oliver Dobitz allerdings sehr zurück. Wer es nicht weiß, dem fällt es auch nicht auf, in einem »Nazi-Laden« einzukaufen. Der wichtigste Treffpunkt dieser Kameradschaft ist das M.A.X., ein städtischer Jugendclub in Rostock. Dort fanden auch schon mehrmals Rechts-Rock-Konzerte statt, regelmäßig treffen sich dort die Kameradschaftsmitglieder. Kathrin Balgè, Leiterin der Einrichtung, stand deshalb einige Male unter öffentlichem Druck, konnte sich aber immer wieder herauswinden. Rostocker AntifaschistInnen verwundert das Verhalten nicht, sie sprechen von guten privaten Beziehungen der Jugendclubleiterin zu Mitgliedern der Rostocker Kameradschaft.

Zum Umfeld dieser Kameradschaft zählen auch der rechtsextreme Rostocker Liedermacher Andre Lüders und die Band Nordmacht. Ein Bandmitglied von Nordmacht bezeichnete sich in einem Interview im Neonazi-Fanzine *Der Feldzug* aus Mannheim als Blood & Honour-Mitglied und spricht in diesem Zusammenhang von einer Blood & Honour-Sektion für den »Gau Mecklenburg.« In Mecklenburg-Vorpommern trat Nordmacht unter anderem in Anklam, Pasewalk, Priborn und Klein Bünzow auf, auch im Ausland hatten sie schon Auftritte. Auf ihrer letzten CD mit dem Titel *Ihre Ehre hieß Treue* marschiert eine Gruppe SS-Soldaten vor einer Hakenkreuzfahne. Die CD wurde inzwischen von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften indiziert. Anfang März 2001 fand bei mehreren Bandmitgliedern eine polizeiliche Durchsuchung statt.

Im Sommer 1998 veröffentlichte der NDR ein Video, auf dem der damalige Spitzenkandidat der NPD für die Landtagswahl in Mecklenburg-Vorpommern, Torsten Kowalski, zu sehen ist, wie er nach einem Nahkampftraining seinem Gegner eine Waffe zwischen die Augen drückt. Der Antifa-Infodienst Rostock berichtete, dass Kowalski

im Kampfsportverein Combat-Sport-Verein das militärische Nahkampfsystem Musado (lautloses Töten) lehrte. Für den Kampfsportverein wurde auch in dem von Oliver Dobitz betriebenen Laden Last Resort geworben.

Am Beispiel Rostocks zeigt es sich sehr gut, wie versucht wird, »befreite Zonen« zu schaffen. Dobitz und Zapf treten äußerlich seriös in Erscheinung, Geschäftspartner und Kunden wissen häufig nicht, dass sie es mit aktiven Neonazis zu tun haben. Sie sind wirtschaftlich unabhängig und können einen Teil ihres Geldes in den »Nationalen Widerstand« stecken. Mit Kathrin Balgè haben sie eine Frau an ihrer Seite, die in städtischen Einrichtungen Kameradschaftstreffen und Neonazi-Konzerte zulässt und diese gegenüber der Stadt in Schutz nimmt. Eine Ausbildung für den »militanten Kampf um die Straße« bekommen die Rechten im Combat-Sport-Verein.

Eine besondere Stellung in Mecklenburg-Vorpommern hat der **Landkreis Ludwigslust**. Dorthin zogen in den vergangenen Jahren verstärkt

aktive Neonazi-Kader. Die Begründung hierfür hört sich einfach an: »Keine Ausländer, keine Antifa und die Gebäude sind recht günstig.« In einer Sendung des Fernsehmagazins Frontal 21 äußerte sich der »Führer« der »Freien Nationalisten« in Norddeutschland, Christian Worch, zu diesem Thema so: »Einerseits sind Grund und Boden billiger, andererseits haben sie in der Bevölkerung eine positivere Grundstimmung in unserem Sinne.« Etwas später verrät auch ihr Konzept: »Nationalisten müssen sich Eigentum schaffen, für Wohnraum, Werkstätte und Kulturarbeit. Vordringliche Aufgabe des gesamten nationalen Widerstandes (...) muss daher die Schaffung befreiter Zonen sein.«

Das öffentlich größte Aufsehen bisher erzeugte der Kauf des Gutshauses in **Amholz**. Der Hamburger Neonazi-Führer Thomas Wulff und der Lüneburger Michael Grewe haben das Herrenhaus in der Nähe von Boizenburg im September 1998 gekauft. Thomas Wulff gehörte zum Umfeld des 1991 verstorbenen Neonazi-Führers Michael Kühnen und war Vorsitzender der verbotenen Nationalen Liste (NL). Michael Grewe gehört spätestens seit Mitte der achtziger Jahre zu den führenden Neonazi-Skins ▶

Kriegsberichter-Videos zeigen schwarz-gekleidete Naziskinhead-Ordner, die am 13. Januar 1996 vor 600 grölenden, halbnackten und schwitzenden Gesinnungsgenossen mit dem Hitlergruß posieren, während auf der Bühne die Neonazi-Band No Remorse den Szenehit *Barbecue in Rostock* in die Mikrofone brüllt.¹ ■ Die Regionalpresse reagierte auf dieses Konzert zunächst zurückhaltend: So berichtete die *Anklamer Zeitung* zwei Tage später in einer einspaltigen Meldung lediglich: »600 rechts orientierte Jugendliche aus ganz Deutschland trafen sich am Samstagabend zu einem Rockkonzert in einer Klein Bünzower Gaststätte. Wie die Polizeiinspektion mitteilt, verlief alles ruhig, es gab keine Beschwerden, so dass ›kein Handlungsbedarf‹ vorlag.«² Am 19. Januar 1996 sind die Ereignisse in Klein Bünzow dem in der Region weit verbreiteten *Nordkurier* allerdings einen längeren Artikel wert.³ Dort heißt es unter anderem, der Verfassungsschutz des Landes sei von dem Konzert »überrascht worden«, und »da Besucher nur mit einem Codewort Zutritt zum Konzert dreier Skinhead-Bands erhielten, kamen Verfassungsschützer nicht in den Saal.« Auch auf die



der norddeutschen Szene. Bei einer Hausdurchsuchung 1997 in Gewes damaliger Wohnung fanden Beamte eine Maschinenpistole, einen Karabiner, zwei Pistolen und über 1.000 Schuss Munition. Nach Berichten von Anwohnern soll sich auch ein Schießstand im Keller des Gebäudes befinden. Am 10. Januar 2000 durchsuchten Polizei und Staatsanwaltschaft das Anwesen im Zusammenhang mit den Ermittlungen gegen das Propagandablatt *Zentralorgan* der »Freien Nationalisten.«

Antifaschistische Gruppen Norddeutschlands vermuten in Amholz einen Ersatz für das Anfang 1998 von der niedersächsischen Polizei geschlossene Neonazi-Zentrum nahe Celle: Hetendorf Nr. 13. Die Stadt Boizenburg sieht dem lieber tatenlos zu in der Hoffnung, den Neonazis könne das Geld für die Sanierung ausgehen, anstatt sich aktiv einem neuen Neonazi-Zentrum entgegenzustellen. Auch nach einem rechten Überfall auf

das griechische Restaurant Akropolis in Boizenburg gab es nur wenige, die sich in der Öffentlichkeit mit den Opfern solidarisierten. Der Vater des Inhabers musste längere Zeit stationär behandelt werden, seine Frau erlitt zwei Tage später einen Nervenzusammenbruch. An ihre Zimmertür im Boizenburger Krankenhaus wurde ein Hakenkreuz geschmiert. Eine Anfrage bei der örtlichen Polizeidienststelle auf Personenschutz wurde aus Personalmangel abgelehnt und in Schwerin wurde auf die Zuständigkeit Boizenburgs hingewiesen.

Mit dem Zuzug der Neonazi-Kader in die Region wurde auch ein Teil der Infrastruktur nach Südwestmecklenburg verlegt. So verlegte Oliver Lühr die Bestelladresse für seinen Zentralversand nach **Boizenburg**. Der Zentralversand vertreibt unter anderem das von Klaus Bärthels Wolf-Verlag herausgegebene *Zentralorgan*. Auch die Erste-Hilfe-Gruppe um Cathleen Grewe, »Das Braune Kreuz«, verlegte die Kontaktadresse in die mecklenburgische Kleinstadt.

In **Zarrentin** befindet sich seit einiger Zeit das Postfach des vom Hamburger Lars Georgi betriebenen TTV-Versands. Der TTV-Versand handelt mit rechter Musik und Kla-

motten. Thorsten Bärthel, Sohn des vor einigen Jahren nach Ludwigslust gezogenen Klaus Bärthel, ist ebenfalls in den Landkreis gezogen. Bärthel junior, der dem vorbortenen Hamburger Sturm zugeordnet wird, zog nach **Garlitz**, einem Ortsteil von Langenheide in der Nähe von Boizenburg. Dort ist auch die Führungsspitze des Ludwigsluster NPD-Kreisverbandes Andreas Theißen und Stefan Köster ansässig. Mit Markus Prievenau von der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) ist ein weiterer Neonazi nach **Loosen** in die Nähe von Ludwigslust gezogen. Das *Handbuch Deutscher Rechtsextremismus* schreibt über die HNG: »Die Mitglieder der Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V. (HNG) sind führende Köpfe des neofaschistischen Spektrums. Sie ist eine Sammlungsorganisation, in der Alt- und Neonazis verschiedenster Richtungen bundesweit zusammenarbeiten und ihre Aktivitäten untereinander abstimmen.« (Mecklenburg, 1996). Prievenau soll unter anderem der Freiwilligen

Feuerwehr Geld gespendet haben, dazu stellte er einen Antrag auf Mitgliedschaft. Auf diese Weise versucht er Anerkennung und Einfluss in der Gemeinde zu bekommen. Die Bevölkerung weiß um seine Gesinnung und versucht ihn weitestgehend aus ihrem kulturellen und gesellschaftlichen Leben fernzuhalten.

Aus Lüdenscheid zog Jürgen Witt in den Südwesten Mecklenburgs. Witt kommt aus dem Umfeld der militanten Sauerländer Aktionsfront (SAF). Die SAF war eine der ersten Gruppen bundesweit, die sich in einer Kameradschaft organisierten. Personen aus ihrem Umfeld brachten die Neonazi-Zeitung *Widerstand* heraus, die später im *Zentralorgan* aufging. In **Hagenow** gründete Witt den Verein Freie Deutsche e.V.

Die Gaststätte Wiesenkrug in Hohenwisch bei **Neustadt-Glewe** fällt kontinuierlich im Zusammenhang mit rechtsextremen Veranstaltungen auf. Mitte September 2001 fand

Informationspolitik der regionalen und überregionalen Sicherheitsbehörden wirft der Artikel ein bezeichnendes Licht. »Die Polizeidirektion Anklam wollte sich zu den Vorgängen nicht äußern«,⁴ und der damalige CDU-Landesinnenminister Rudi Geil antwortete ebenfalls nicht auf die Frage des *Nordkuriers*, warum er »weder vor noch nach der rechten Großveranstaltung in dem 700 Einwohner-Dorf die Öffentlichkeit informierte.«⁵ Wesentlich freimütiger war hingegen Lindewirt Werner Streichert. Beim Ordnungsamt habe er das Treffen »als normale Disco« angemeldet. Im übrigen hätte bei seinen Gästen »Zucht und Ordnung« geherrscht, und »ausländerfeindlich waren die nicht, sonst hätten ja keine ausländischen Gruppen gespielt.«⁶ ■ Gegenüber dem Wirt der Linde traten unter anderem die Blood & Honour-Aktivistin Claudia Jäppelt und Martin Stefan Richter aus Berlin als Verantwortliche auf: Beide sind seit Jahren bundesweit aktiv in der Neonazi-Musikszene ■ **Zahlenspiele** ■ Das Konzert am 13. Januar 1996 bildete jedoch nur den Auftakt für eine ununterbrochene Serie: Beim LKA Mecklenburg-Vorpommern heißt es, dass in den Jahren 1996 und 1997 jeden ▶



dort ein Skinhead-Konzert statt. Bei Vorkontrollen beschlagnahmte die Polizei unter anderem Waffen und Musik mit rechtsradikalen Texten (OZ, 17.9.2001). Das führende rechtsextreme Theorieblatt, die Zeitschrift *Signal*, führte mehrmals im Wiesenkrug ihr Pressefest durch.

Die Herausgeber des rechten Theorieblattes *Nation und Europa*, Harald Neubauer und Peter Dehoust, konnten dort rechtsextreme Strategien entwickeln. Das 1951 vom SS-Sturmbannführer Artur Erhardt herausgegebene Blatt wird im *Handbuch Deutscher Rechtsextremismus* als »ein Produkt der Einigungsbestrebungen europäischer Neofaschisten nach 1945« bezeichnet. Weiterhin ist dort zu lesen: »Die wichtigste Funktion von *Nation und Europa* liegt in der Bereitstellung von richtungsweisenden Themen und Strategiediskussionen nicht nur für eine bestimmte Gruppe, sondern für das gesamte Spektrum des Rechtsextremismus. (...) Ideologisch steht die Zeitschrift von Beginn an für die europäische Vernetzung im Geiste der Waffen-SS.« Auf den Veranstaltungen in Hohewisch konnten führende europäische Faschisten ungestört Strategien zur Umsetzung ihres Weltbilds entwickeln.

Überregionale Kommunikation

Überregional, aber von der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, haben sich die Rechten eine Struktur zur Verbreitung von Propaganda und Information geschaffen. In Mecklenburg-Vorpommern haben verschiedene Gruppen eigene Homepages. Sie selbst nennen diese Seiten »Heimatseiten«, so wie das Internet als »Weltnetz« bezeichnet wird. Der Grund hierfür ist zum einen im starken Antiamerikanismus zu sehen. Zum anderen kreieren sie eine eigene Sprache, die sich durch ständige Wiederholung im Bewusstsein festsetzt und es so verändern soll.

Neben dem Internet verbreiten vor allem die sogenannten Freien Info-Telefone (FIT) aktuelle Informationen. Wer eine der zwei im Bundesland geschalteten Nummern anruft, vernimmt am anderen Ende der Leitung eine militärisch klingende Männerstimme. Der Ansagetext befasst sich mit aktuellen Ereignissen, zum Beispiel dem Stand eines Verbotsverfahrens einer von Rechten angemeldeten Demonstration.

Beispielhaft für überregionale Kommunikation tritt der Kameradschaftsbund der Insel **Usedom** (KBU) auf. Die Internetseite sowie ein Telefonanschluss des FIT werden vom KBU betrieben. Des Weiteren wird aus dem KBU-Umfeld die neonazistische Zeitung *Der Fahnenträger* herausgegeben. Das selbe Postfach wie *Der Fahnenträger* wird auch von der Initiative »Eigene Meinung« benutzt, die mit einem Flugblatt *Gegen Faschismus und Intoleranz* auftrat. Solche Flugblätter dienen ebenfalls dazu, Einfluss auf die Sprache zu nehmen. Wertigkeiten bestimmter Begriffe sollen verändert, ihre Aussagen verharmlost werden. Inwieweit solche Verharmlosungen Einfluss bis in bürgerliche Kreise nehmen, zeigt die Aussage des Pressesprechers der Universität **Greifswald**, Edmund von Pechmann. In der *Uni-Journal*-Ausgabe vom 28. September 2001 schrieb er im Zusammenhang mit dem Internet »Fleischerwiese«: Vorbei sei die Zeit, »da Männlein wie Weiblein in die ausschwitzartige Duschbaracke über die Straße huschten.« Der Sprach- und Literaturwissenschaftler Victor Klemperer schrieb zum Sprachgebrauch in seinem Buch *LTI – Lingua Tertii Imperii* – über die Sprache des Dritten Reiches: »... der Nazismus glitt in Fleisch und Blut der Menge über durch die Einzelworte, die Rede-

wendungen, die Satzformen, die er ihr in millionenfachen Wiederholungen aufzwang und die mechanisch und unbewußt übernommen wurden.«

Zusammenfassung

Ob die Bestrebungen der Rechten, durch ihre Aktivitäten eine breite Hegemonie in Mecklenburg-Vorpommern zu erlangen, aufgehen werden und damit eine noch unerträglichere Situation geschaffen wird, hängt nicht zuletzt davon ab, ob es gelingt, die scheinbare Attraktivität ihrer Angebote als das zu entlarven, was sie sind: unmenschlich, ausgrenzend und nicht zuletzt in ihren Zielen unendlich öde. Die gesellschaftliche Formierung unter dem Diktat der Macht ist vor allem für Jugendliche nur so lange attraktiv, solange Gegenmodelle nicht vorhanden sind. ■

Monat eine Neonazi-Veranstaltung in Klein Bünzow mit unterschiedlich großer Beteiligung stattfinden konnte. Im April 1997 berichtet der *Nordkurier* unter Berufung auf den Schweriner Verfassungsschutz, dass alleine im Jahr 1996 die Hälfte aller im Bundesland registrierten rechtsextremen Konzerte – nämlich zehn von insgesamt 21 – in Klein Bünzow stattgefunden hätten.⁷ Die Teilnehmerzahlen hätten durchschnittlich bei 300 gelegen, in Einzelfällen seien es aber auch 600 bis 700 gewesen. ■ Nicht alle dieser Konzerte lassen sich im Nachhinein noch rekonstruieren. Und wie immer in diesem Bereich sind die vom LKA genannten Teilnehmerzahlen und Bands mit Vorsicht zu behandeln. Nach der momentanen Quellenlage können 13 Konzerte für den Zeitraum 1995 bis 1998 nachgewiesen werden. Wie wenig Verlass auf die Zahlenspielerereien ist, lässt sich auch anhand eines weiteren Beispiels belegen: Im Jahr 1998 gaben die Landessicherheitsbehörden die Zahl der offiziell registrierten rechten Skinhead-Konzerte mit 17 an; 1999 waren es auf einmal nur noch vier Skinkonzerte und im Jahr 2000 schon wieder acht, die in den Zählungen des Landesamtes für



sie wollen maschinen sein neonazistische ideologie

Rechtsextremismus wird in der Öffentlichkeit zumeist auf ein Gewaltphänomen reduziert wahrgenommen. Dies führt dazu, dass er von anderen Gewaltphänomenen nicht mehr unterscheidbar ist und als eine Form von Jugendgewalt unter anderen fehlinterpretiert wird. Hinter den Morden, Körperverletzungen und der alltäglichen Tyranisierung von Flüchtlingen steckt aber eine Ideologie, deren Handlungsanweisungen konsequent auf Gewalt hinauslaufen. Dazu kommt eine in weiten Teilen mangelhafte gesellschaftliche Aufarbeitung des Nationalsozialismus; er wird hauptsächlich als historisches Phänomen betrachtet, seine ideologischen Bestandteile werden nicht analysiert – gerade diese bilden aber das ideologische Fundament des Neonazismus.

Rechtes Denken ist so asozial wie widersprüchlich. Und natürlich ist kein Mecklenburger Dorfnazi pünktlicher, blonder oder fleißiger als andere Menschen – er ist den selben gesellschaftlichen Verhältnissen ausgesetzt. Auch wenn wir Rechtsextreme im folgenden zum Teil als Opfer ihrer Lebensumstände darstellen werden, soll dies nichts entschuldigen. Trotzdem muss klar sein, dass das für rechte Ideologie ansprechbare Potenzial von einer Gesellschaft, in der Rechtsextremismus existiert, produziert wird.

Ausgebrütet werden die Ideologiefragmente von rechten »Intellektuellen« an Orten wie dem Studienzentrum Weikersheim oder auch im mecklenburgischen Hohewisch bei Neustadt-Glewe, wo alljährlich das Pressefest der Zeitschrift *Signal* stattfindet. Neben diesem Blatt dienen z.B. Schriften wie die *Junge Freiheit* oder *Europa vorn* als Brücke zum rechten Rand der großen Volksparteien. Führende Kader werden intensiv geschult und geben ihre »Erkenntnisse« in Papieren mit deutlich weniger intellektuellem Anspruch, etwa dem *Zentralorgan*, an das Fußvolk der Kameradschaften weiter, die deren logisch klingende Rechtfertigungen für Mord und Totschlag dankbar annehmen. Zum anpolitisierten

Verfassungsschutz und beim LKA registriert wurden.⁸ Im Vergleich dazu nennt das Bundesamt für Verfassungsschutz beispielsweise für das Jahr 1998 23 rechtsextreme Skinhead-Konzerte in Mecklenburg-Vorpommern – also sechs mehr als die Landesbehörden. Auch bei dieser Zahl kann davon ausgegangen werden, dass sie nur bedingt die Realität widerspiegelt. So finden sich in den Fanzines der rechtsextremen Szene immer wieder Berichte über kleinere Konzerte in Mecklenburg-Vorpommern, die von den Sicherheitsbehörden offensichtlich nicht mitgezählt wurden. ■ **Highlights der rechten Erlebniswelt** ■ In der bundesweiten Neonazi-Szene jedenfalls gehörten die Samstagabende in Klein Bünzow zu den Highlights der Freizeitgestaltung, wie folgende Auszüge von Konzertberichten in diversen rechtsextremen Publikationen, so genannten »Skinzines«, deutlich machen: »(...) Das Konzert fand in KB statt, was uns von anderen Gigs her schon geläufig war. (...) Uwe und seine Jungs spielten ein Feuerwerk aus Hass und Gewalt ab, dass es sich gewaschen hatte (...)«, heißt es beispielsweise unter der Überschrift »Anklam, eine kleine Stadt rettet das ▶



heiligendamm

Jugendlichen in Ostvorpommern dringt die unheilvolle Botschaft in Form von Rechts-Rock, in dem der rechte Gedanke nur noch als gebrüllte Parole enthalten, aber schon mit dem offenen Aufruf zur Gewalt versetzt ist.

Die Grundpfeiler neonazistischen Denkens wie völkisch definierter Nationalismus, Rassismus und eine allgemeine Fremdenfeindlichkeit, der auf einer verkürzten Kapitalismuskritik basierende Antisemitismus, Sozialdarwinismus sowie positiver Bezug auf den Nationalsozialismus sind in weiten Teilen der Gesellschaft zumindest partiell verankert. Im Rahmen seiner Untersuchung zu Ausbreitung und Ursachen des Rechtsextremismus in Mecklenburg-Vorpommern führte Frieder Dünkel, Kriminologie-Professor an der Greifswalder Universität, eine Befragung mit »krimino-

logisch« mehrfach auffälligen Jugendlichen und einer Vergleichsgruppe »normaler« Jugendlicher durch. Dabei stimmten in beiden Gruppen über 40 Prozent der Befragten den Aussagen zu, Deutsche seien anderen Völkern überlegen und Ausländer sollten mit Deutschen keine Kinder zeugen. Über 70 Prozent waren der Ansicht, »in Deutschland sollten nur deutsche Sitten gelten, Ausländer müssen sich anpassen.«

Im folgenden werden die rechten Ideologiebestandteile dargestellt und ihre Unterschiede, aber auch Verbindungen zu akzeptierten gesellschaftlichen Wertekategorien beleuchtet.

Das Konstrukt der Nation

Die Nation wird im rechten Denken als überhistorischer und »biologisch gewachsener Volkskörper« gesehen. An diesen ist der »Volks-genosse« per Blutsverwandtschaft (ius sanguinis) gebunden. Das heißt, Nationalität ist eine angeborene genetische »Qualität« des Menschen, die er weder erlangen noch loswerden kann. Zu dieser »blutsverwandtschaftlichen« Gemeinschaft der Nation gehört das Land – die »Scholle«.

Der Nation wird so ein gemeinsames Interesse, ein kollektiver Wille unterstellt, dessen Ausdruck der autoritäre (Führer-)Staat ist. Sie ist zu einer »höheren Aufgabe« bestimmt, die sich im wesentlichen darin erschöpft, im Kampf mit anderen »Nationen« zu bestehen und zu siegen. Demokratische Entscheidungen werden überflüssig, innerhalb der »Nation« herrscht eine »natürliche Hierarchie« – das Individuum erlischt in ihr; »Nichts für uns – alles für Deutschland!« ist die gängige Parole der Nazis.

In der Angst vor Identitätsverlust und der tatsächlichen Überflüssigkeit des Individuums (die vor dem Hintergrund von Arbeitslosigkeit oder realer sozialer Bedeutungslosigkeit sogar eine gewisse Berechtigung hat) richtet sich seine Aggression aber nicht gegen das eigene autoritäre und alle Individualität auslöschende Kollektiv, sondern gegen alles, was es bedroht; und das Kollektiv ist ständig bedroht: von »Hütchenspielern« wie von indischen Internet-Spezialisten, von »Sozialschmarotzern« wie von »Hasschischspritzern«, von »Spekulanten« ebenso wie von nestbeschmutzenden Intellektuellen. Während im historischen Nationalsozialismus die »deutsche Nation« als Führervolk der »weißen Rasse«

galt, ist bei der »Neuen Rechten« diese Sichtweise der Vorstellung von einem »Europa der Vaterländer« gewichen; geeint in ihrer Zugehörigkeit zur »europäischen Rasse.« Die deutsche Nation gilt nicht mehr als überlegene, ihr Führungsanspruch wird zurückgestellt, was seine Begründung in der zunehmenden Zusammenarbeit der europäischen Rechten findet.

Im bürgerlichen Nationalbegriff ist die Nationalität ebenfalls eine Eigenschaft an sich. Sie ist hier aber ein Rechtstitel und kann als solcher verliehen oder aberkannt werden. Sie ist per Gesetz definiert. Das kuriose Merkmal des Deutschen findet sich aber nicht nur bei bekennenden Rechtsextremen, sondern auch im Alltagsbewusstsein; es wird ein Unterschied zwischen dem »Deutschen« und dem »Nicht-Deutschen« konstruiert, den es tatsächlich nur da gibt, wo er gewollt ist. ▶

Wochenende« in dem Skinzine *Warhead* der Hammerskin-Sektion Nordmark nach einem Konzert in der Linde am 26. Juli 1997.⁹ Und in einem Bericht über ein Konzert mit Nordmacht, ADF und Ostseefront am 18. Januar 1997 werden detailliert Ambiente und die Lieder der Bands beschrieben: »Die Wand war schon geschmückt mit 'ner recht bösen H...-K...-Fahne, aber auch der von A.D.F. (...) Sie spielten Lieder von der CD Nur für Euch, am häufigsten jedoch die Lieder Führer und Skinhead (...).«¹⁰ Kommentiert wird auch der laxer Umgang der Polizei vor Ort: »Ende Juli fand in der Nähe von Anklam ein Konzert mit den Ami-Bands Blue Eyed Devils und Aggravated Assault statt. Desweiteren spielten Proibenheads auf und seit langem mal wieder Freikorps aus Lübeck. Die ca. 500 Besucher erlebten ein gutes Konzert, ohne die sonst üblichen Provokation seitens der Polizei.«¹¹ ■ **(K)ein rechtes Dorf** ■ Das LKA behauptet, erst nach einiger Zeit auf die Konzerte in Klein Bünzow aufmerksam geworden zu sein. Auf die Frage nach den Gründen erntet man bei den Beamten ein beinahe resigniertes Kopfschütteln. Die Region sei konservativ und decke »ihre Jungs«. Anti-



Rassismus

Dem Rassismus liegt zunächst die – irrige – Vorstellung von der Existenz mehrerer Rassen innerhalb der menschlichen Population zugrunde. Diese Rassen sollen durch bestimmte genetische Rassemerkmale bestimmt sein. Hierbei gelten auch durch Sozialisation oder ökonomische Umstände bedingte kulturelle Unterschiede als genetisch determiniert. Unterschiedliche Rassen werden zudem nicht nur dort entdeckt, wo es tatsächlich minimale genetische Unterschiede gibt, wie etwa die Hautfarbe. Sondern eine »Rasse« wird auch an Kriterien wie faul/arbeitsam, mutig/feige, sauber/schmutzig, gesund/krank, leistungsfähig/schwächlich usw. definiert und bewertet; Rassismus beginnt, wo einer Gruppe Menschen entlang biologistischer Kriterien bestimmte Eigenschaften unterstellt werden.

Wie ist zu erklären, dass Rassismus dort am meisten ausgeprägt ist, wo es seine Opfer kaum gibt?

Rassismus hat, wie die Idee der Nation, eine bestimmte gesellschaftliche Funktion, er ist Resultat und Ausdruck sozialer Defizite. Dahinter steckt ganz offensichtlich das Bedürfnis nach einem geschlossenen Kollektiv, dessen Hierarchie dem Einzelnen soziale Sicherheit verspricht und das Gefühl vermittelt, erwünschter Teil von etwas Großem zu sein, und zwar unabhängig von der persönlichen Wertbarkeit durch die »unsichtbare Hand des Marktes«, sondern eben per imaginierte »Blutsverwandtschaft«. »Militarismus, Nationalismus, martialisch-kraftmeierisches Gebaren, Gemeinschaftsgeist« setzen dort ein, wo Aufhebung von Vereinzelung zum Bedürfnis wird, ohne wirklich zu werden. Kollektives Verhalten auf Basis der Individualität kompensiert sich im barbarischen Kollektiv, in Selbstnegation durch Hingabe an »die Sache.«¹

Die Gemeinschaftlichkeit wird nicht über die gegenseitige Achtung als menschliches Individuum sondern über die Abgrenzung zu anderen hergestellt – die Sehnsucht zu ihr kann jedoch durch das Erschlagen eines Schwarzen oder eines Obdachlosen nicht befriedigt werden:

Die Projektion der Ursachen für eigene Ängste und Probleme auf einen willkürlichen »Schuldigen« ist eben nur eine Projektion. Deshalb ist das Reservoir potentieller »Feinde« im Prinzip auch unendlich groß. Das Kollektiv, das »weder ökonomisch noch sexuell auf seine Kosten kommt, hasst ohne Ende« (Adorno, 1951). Für Rassismus braucht es also lediglich Rassisten, die Projektionsflächen sind variabel und können »Ausländer«, »Juden«, Menschen dunkler Hautfarbe oder türkische MigrantInnen mit deutschem Pass sein. Typischerweise sind dabei stets Menschen betroffen, die ohnehin gesellschaftlich marginalisiert sind.

In Abgrenzung zum militanten Rassismus der Neonazis findet sich bei bürgerlichen »Antirassisten« oft der »Positiv-Rassismus«: Auch er dichtet »Fremden« besondere Merkmale oder Mentalitäten an, bewertet sie aber positiv; hier dient das »Exotische« des »fremd Seins« zur Auffüllung des eigenen kulturellen Pools: Auf »antirassistischen Friedens-

festen« müssen Menschen schwarzer Hautfarbe immer trommeln – auch wenn sie vielleicht wirklich gern trommeln ist dies eine rassistische Reduktion: Schwarze trommeln, Vietnamesen kochen und Deutsche machen sauber.

Sozialdarwinismus, Fleiß- und Preisgesellschaft

In der sozialdarwinistischen Ideologie des Nationalsozialismus und der heutigen Neonazis wird Charles Darwins Theorie vom »Survival of the fittest«, dem Überleben des Stärkeren in der Evolutionsschicht, auf den Menschen übertragen – an ihn werden die Maßstäbe des Tierreiches gelegt. Die Biologisierung des Menschen zieht sich durch alle rechten Ideologeme. Zum Kriterium für Stärke wird die physische und geistige Leistungsfähigkeit.

Der rechte Ideologe stellt die Kategorien Leistung und Konkurrenz nicht in Frage. Er möchte sich aber vor ihnen schützen, indem er sie lediglich aus dem Kollektiv auslagert und auf den Kampf zwischen »Ethnien«, »Völkern« oder »Rassen« projiziert. Während innerhalb der »Volksgemeinschaft« der Wett-

faschisten gebe es dort kaum und aus dem Dorf seien keine Beschwerden gekommen. Außerdem habe bei den Polizeibeamten vor Ort Unsicherheit über die Handlungsmöglichkeiten bestanden. Während letzteres offensichtlich ist, ist die Behauptung, niemand im Dorf habe sich beschwert, geschönt. Die seit 1994 amtierende Bürgermeisterin von Klein Bünzow, Iris Hartje, erinnert sich gut an ihre vergeblichen Versuche, dem Treiben in der Linde ein Ende zu setzen. »Als Kommune hatten wir allerdings keine Handhabe. Das war Sache der Polizei.« Die Unmutsbekundungen der Bürgermeisterin wurden auch im *Nordkurier* und der *Anklamer Zeitung* nach Konzerten oft zitiert.¹² Und brachten ihr einigen Ärger: Iris Hartje vermutet, dass beispielsweise die Reifen ihres Autos zerstoßen wurden, weil sie gegen die rechtsextremen Treffen mobil machte. Sie habe sich damals »ziemlich allein gelassen« gefühlt, sagt die SPD-Frau. Von Seiten der CDU, die damals im Landratsamt das Sagen hatte, sei sie einmal gefragt worden, was sie denn hätte. »Das seien doch sportliche Jungs.« ■ Auch wenn sich Klein Bünzow gegen den Ruf eines »rechten Nests« wehrte, stießen die ▶



bewerb durch strenge Hierarchie ersetzt ist, in der jeder ein Teil des »Organismus« ist, befinden sich »Ethnien« im Kampf um »Ressourcen und Lebensraum.« Dieses »bedroht sein« wird zur permanenten Projektion einer Verschwörung, was wiederum zu chronischer »Opfermentalität« führt.

Hier wird eine Parallele zur Leistungsgesellschaft deutlich: Auch hier sind die Menschen einer ständigen Konkurrenzsituation um Arbeitsplätze, Preise oder das teurere Outfit ausgesetzt. Diese wird nicht verschämt hinter vorgehaltener Hand zugegeben, sondern idealisiert – wo aber die eigene Existenz an den Besitz eines Arbeitsplatzes gekoppelt ist, wird die Konkurrenz um denselben zum reinen Sozialdarwinismus. Immer mehr Menschen, die vom Arbeitsmarkt abgeschnitten werden, sind der materiellen und sozialen Verelendung preisgegeben. Der asoziale Reflex »gegen den anderen« wird in der permanenten Konkurrenzsituation erlernt, bevor er sich konsequent in Gewalt ausdrückt.

Rechte »Kapitalismuskritik« und Antisemitismus

Antisemitismus spielt in der rechten Szene, besonders auch in Mecklenburg-Vorpommern, eine sehr große Rolle, die sich nicht nur in permanenten Schändungen jüdischer Friedhöfe äußert. Wo es lebende Opfer kaum mehr gibt ist man auch bereit, sich an den Toten zu vergreifen. Im Usedomer Skinhead-Fanzine *Der Fahnenträger* wird der verstorbene Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Ignatz Bubis, als »Kaffeeschieber« diffamiert. Im selben Artikel heißt es: »Wie sagte es doch Karol Wojtyla alias Papst Johannes Paul II. – Wir müssen kämpfen, um immer das wahre Gesicht der Juden und des Judentums, sowie der Christen und des Christentums zu zeigen. Und bei allem was uns »bibeltreuen Christen« heilig ist, die-

ser Pole sagt genau das was uns schon immer auf dem Herzen liegt.« Einige Seiten weiter werden die »wahren« jüdischen Namen einer Reihe Prominenter »entlarvt« als Nachweis für die Allgegenwart einer jüdischen Konspiration. Viele europäische sowie US-amerikanische extreme Rechte bezeichnen ihre Regierungen als »Zionist Occupation Government« (ZOG), was soviel heißt, wie »Zionistische Besatzungsregierung.« Dies unterstellt den Regierungen, sie seien eingesetzte Vertreterinnen einer halluzinierten jüdischen Weltverschwörung. Der Holocaust wird – wo nicht geleugnet – gerechtfertigt, wobei sich Neonazis der strafrechtlichen Relevanz durchaus bewusst sind, wenn sie stets zweideutig und unklar formulieren. Unverhohlenen Antisemitismus kann man in dem vom Stralsunder »Freien Nationalisten« Axel Möller betriebenen stoertebeker.net finden; Juden werden dort tendenziell immer als »Erbfeind der Deutschen« dargestellt, die »rachsüchtig« versuchen, sich in den »Volkskörper« einzuschleichen, um ihn letztendlich zu vernichten.

Paranoide Verschwörungstheorien sind so alt wie verbreitet. Sie müssen immer dann herhalten, wenn bestimmte Phänomene nicht anders erklärbar scheinen. Eine seiner populärsten Erscheinungsformen ist beispielsweise die »geheime Freimaurerloge der Illuminaten« der Autoren Robert Shea und Robert A. Wilson. Grundmotiv ist stets eine allmächtige Verschwörung, eine fremde, gefährliche und destruktive Macht, »die Macht, Gott zu töten, die Beulenpest loszulassen oder, in jüngerer Zeit, Kapitalismus und Sozialismus herbeizuführen« (Postone, 1991).

Der moderne Antisemitismus ist das Erklärungsmuster der Rechten für die unbegreiflichen Gesetze ▶

Naziskinscharen nicht bei allen auf Ablehnung. Ein Reporter des *Nordkuriers* notierte bei einem Ortstermin: »(...) ›Klein Bünzow ist doch kein rechtsradikales Dorf«, sagt einer. Die Glatzen kämen alle von auswärts. Sein Nachbar erinnert sich jetzt aber, doch schon einmal dabei gewesen zu sein: ›Das war so eng hier«, zeigt er, ›dass man kaum sein Bierglas an den Mund bekam.« Die Rechten hätten ihm nichts getan, die seien ganz friedlich gewesen. Ihm wäre es egal, welche Frisur einer trage oder welche Musik der höre. ›Hauptsache, die lassen mich in Ruhe mein Bier trinken.« Der andere weiß es noch besser: ›Untereinander tun die sich nicht viel. Nur wenn sie Zecken treffen, dann geht es rund.« Zecken heißt Linke oder Punks. ›Davon gibt es aber auch keine in Klein Bünzow.« (...)«¹³ Und der Ordnungsamtsleiter der Amtsverwaltung Ziethen beruhigte den Reporter: »(...) Auch hinterher gebe es keine Klagen, beeilt sich der Chef des Ordnungsamtes, Wilfried Ebert, zu erklären: ›Alles bleibt sauber und ordentlich.« (...)«¹⁴ ■ **Hilflose Polizei** ■ Nachdem sich die Überraschung über das erste große Konzert in Klein Bünzow am 13. Januar 1996 gelegt hatte, wäre es sicher-



und Zumutungen kapitalistischer Wirklichkeit in Zeiten zunehmender Globalisierung, das immer dann Konjunktur hat, wenn ökonomische Krisen soziale Engpässe verursachen.

Der historische Antijudaismus des Mittelalters beruhte auf dem Vorwurf des Christumordes durch »die Juden«. Damals bestand aber immerhin noch die Möglichkeit einer Konvertierung zum Christentum. Allerdings führte der religiöse Juden Hass unter anderem zum Zunftverbot für Juden. Diese waren deshalb im frühen Mittelalter auf den Broterwerb durch Handel und Geldverleih angewiesen. Sozialer Neid auf den »Gelderwerb ohne Arbeit« prägt seitdem den modernen Antisemitismus, das Bild vom »faulen, geldgierigen Juden.« Schon während des Mittelalters fanden Judenpogrome statt.

Seine mörderische Dynamik gewann der Antisemitismus aber erst mit der Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft und des Kapitalismus.

Durch den Warentausch kam das menschliche Arbeitsprodukt neben seiner Eigenschaft als konkretem, sichtbarem Gebrauchswert zu einer zweiten, nämlich der als abstrakter, unsichtbarer Tauschwert. Dieser bemisst sich an der Menge der in der Ware enthaltenen Arbeit. Während beispielsweise der Gebrauchswert eines Bleistifts stets derselbe ist, hängt sein Tauschwert von der zu seiner Produktion notwendigen Arbeitszeit und den Geschehnissen des Marktes ab.

Zur Vereinfachung des Handels etablierte sich ein allgemeines Tauschäquivalent, das Geld. Geld und Ware sind also nur die beiden verschiedenen Formen, in denen sich der abstrakte (Tausch-)Wert, als Ausdruck der im Produkt enthaltenen Arbeit, darstellt. Wahrgenommen wird der abstrakte Wert aber nur in der Geldform, die Warenform scheint wegen des in ihr auch enthaltenen Gebrauchswerts als stofflich-natürliches Ding. Die Schuld für die kapitalistischen Missstände wird dem Geld gegeben, es wird sogar mit dem Kapitalismus gleichgesetzt.

Wichtig für das Verständnis des Antisemitismus ist, dass sich der Kapitalismus auf einer sehr konkreten, sichtbaren Ebene und einer abstrakten, schwer fassbaren abspielt. Von den Nazis wird dabei zwischen der »konkret schaffenden, deutschen Arbeit« und dem »raffenden, jüdischen Kapital« unterschieden. Kapitalismus findet aus ihrer Sicht nur in der Geld- bzw. Zirkulationssphäre statt, deren Mechanismen ihnen ein Rätsel sind. Der Produktionsprozess hat bei ihnen mit dem Kapitalismus nichts zu tun, er wird als direkter Nachfolger »natürlicher, handwerklicher« Arbeit angesehen.

»Die abstrakte Herrschaft des Kapitals, wie sie besonders mit der raschen Industrialisierung einhergeht, verstrickte die Menschen in das Netz dynamischer Kräfte, die, weil sie nicht durchschaut zu werden vermochten, in Gestalt des »internationalen Judentums« wahrgenommen wurde« (Postone, 1991). Ebenso wie das Geld wurden auch »die Juden« als unfassbar mächtig, international, wurzellos und zersetzend angesehen. Sie waren zwar Bürger vieler europäischer Staaten, gehörten aber keiner »Bluts«-Nation an.

Dem Bild vom »egoistischen jüdischen Wucherer« wurde das vom »rastlos schaffenden deutschen Arbeiter« gegenübergestellt. Es entwickelte sich ein spezifischer deutscher Arbeitsbegriff, bei dem im Gegensatz zu anderen europäischen Ländern die ständige körperliche Tätigkeit und weniger das Ergebnis der Arbeit im Mittelpunkt stand.

lich möglich gewesen, einen adäquaten Umgang von Seiten der Sicherheitsbehörden zu finden. Doch erst einmal geschah wenig. Verwundert wurde eine Zunahme von rechtsextremen Straftaten im Kreis registriert – mal im Anschluss an die Konzerte, wie beispielsweise am 23. März 1996, als 15 Berliner Naziskins auf dem Anklamer Bahnhof randalierten und rechte Parolen riefen.¹⁵ Ein Jahr lang – und zehn Konzerte später – passierte offenbar nichts mehr, bis die Polizei am 18. Januar 1997 etwa 130 Autos auf dem Weg Zur Linde kontrollierte. Gegenüber den Medien gab man sich anschließend zugeknöpft; vermeldet wurden lediglich 50 beschlagnahmte CDs.¹⁶ Das Konzert mit rund 500 Teilnehmern konnte – wen wundert es – trotzdem stattfinden. Im Sommer des gleichen Jahres häuften sich dann polizeiliche Einsätze bei den »Geburtstagsfeiern« und »Discos« in der Linde – ohne dass allerdings die Regionalmedien jedes Mal darüber berichteten. Immerhin diskutiert im Frühjahr 1997 der Kreistag über die Neonazi-Treffen in Klein Bünzow, und JournalistInnen fragen bei Landesinnenminister Rudi Geil (CDU) nach, was er denn deswegen zu tun gedenke. ▶

Der Antisemitismus ist seit Jahrhunderten kulturell tief in der deutschen Bevölkerung verankert und mündete schließlich im Holocaust, der massenhaften industriellen Vernichtung der Jüdinnen und Juden in Europa.

Nach wie vor sind Rechtsextreme überzeugte Antisemiten; sie leugnen oder rechtfertigen den Holocaust, sprechen Israel das Existenzrecht ab und ergreifen für seine Gegner bei jeder Gelegenheit Partei, wie zuletzt für die Al-Aqsa-Intifada der Palästinenser – letztendlich geht es ihnen immer wieder um Vernichtung jüdischen Lebens.

Positiver Bezug zum Nationalsozialismus

Die Verherrlichung des Nationalsozialismus, die Relativierung seiner Verbrechen und der positive ideologische Bezug auf ihn sind für Neonazis von zentraler Bedeutung. Dies drückt sich vor allem in der Verehrung maßgeblicher Repräsentanten des Dritten Reichs, in der Verteidigung von Wehrmacht und Waffen-SS, im Revisionismus und einer idealisierenden Sicht auf die »Kampfzeit« der 20er- und 30er-Jahre aus.

Ein Personenkult wird auch gegenüber Vertretern verschiedener ideologischer Strömungen des NS betrieben, z.B. bei Adolf Hitler, seinem Stellvertreter Rudolf Heß, dem SA-Schläger Horst Wessel oder dem SA-Mitbegründer Gregor Strasser. Des weiteren spielt die Symbolik des Nationalsozialismus eine wesentliche Rolle, etwa beim Layout von Zeitschriften oder als Tätowierungen; beliebt sind auch Stilisierungen und Modifizierungen, wie zum Beispiel die Triskele, eine dreizackige Abwandlung des Hakenkreuzes.

Mit Parolen wie »Ruhm und Ehre der Waffen-SS« werden SS und Wehrmacht glorifiziert und ihre Vernichtungspraxis im Zweiten

Weltkrieg wahlweise geleugnet oder gerechtfertigt. Der Zweite Weltkrieg sei dem friedfertigen Deutschland aufgezwungen worden; Krieg und Holocaust sind ihnen bedauerliche Unglücke, die die Deutschen nicht etwa zu verantworten haben, sondern ihnen zugefügt worden sind – in der Penetranz der Wiederholung schließlich Wahrheit werdende Erklärungen.

Als besondere Provokation empfinden Neonazis die Wehrmachtsausstellung, gegen die sie in München 1997 (gemeinsam mit Vertretern von CDU und CSU) mit 5.000 Teilnehmern den größten Neonazi-Aufmarsch seit Ende der 60er-Jahre durchführten und just am 1. Dezember 2001 in Berlin mit 3.500 Neonazis »Die Ehre der Großväter« wiederherstellen wollten. Mit dabei die Rostocker Kameradschaft mit eigenem Transparent. In Mecklenburg-Vorpommern werden alljährlich und mit zunehmender Begeisterung die Gräber gefallener Wehrmachtssoldaten in Anklam, Schwerin und vielen anderen Orten von den Kameradschaften gepflegt.

Sehr gefährlich, weil auch von Vertriebenenverbänden wie der einflussreichen Landsmannschaft Ostpreußen immer wieder geäußert: die Forderung nach »Rückübertragung« der »verlorenen deutschen Ostgebiete.« Frieden könne nur herrschen, wenn die »natürliche Raumordnung« wiederhergestellt sei. Abgesehen davon, dass dies angesichts der deutschen Geschichte eine bodenlose Frechheit ist, ist diese revisionistische Forderung letztendlich uferlos: Geträumt wird abermals von einem Deutschland, »in dem die Sonne niemals untergeht.« ▶

Seine Antwort, die Veranstaltungen seien zwar »bedauerlich«, es habe jedoch für die Polizei noch keinen akuten Handlungsbedarf gegeben, wirkt fatal:¹⁷ Alles, was die Polizei bis dahin – nicht – tat, erhält den Segen der Landesregierung; organisierter Rechtsextremismus wird ganz offiziell verharmlost und die wenigen KritikerInnen vor Ort bleiben isoliert.

■ Erst der Fund von Messern, einem Dutzend Baseballschlägern, einer Handvoll Luftgewehre und Pistolen, Gasmasken sowie einem Totschläger bei einer Kontrolle von ca. 150 Autos von Linde-»Discobesuchern« Mitte September 1997 ist Anlass für eine Kursänderung.¹⁸ PressevertreterInnen dürfen das Waffenarsenal sogar fotografieren. Obwohl der Kameradschaftsbund Anklam zu diesem Zeitpunkt schon über ein Jahr aktiv ist, bezweifelt ein Hauptkommissar Scherbarth allerdings, »dass es in der rechten Szene der Region bereits feste Strukturen gebe. »Um das festzustellen, fehlt es einfach noch an Erkenntnissen.«¹⁹ Die Situation eskaliert dann anlässlich eines für Klein Bünzower Verhältnisse kleinen Konzerts mit 120 Teilnehmern und der bayerischen Naziskinband Sturmtrupp am 4. Oktober 1997: Das Ordnungsamt



Besondere Faszination besitzt für Neonazis auch die »Kampfzeit« der Weimarer Republik vor 1933. Axel Möller fand auf einer Demo in Hagenow am 18. August 2001 nicht nur rühmende Worte für Rudolf Heß, sondern auch für den Kommunisten Ernst Thälmann. Dabei ging es offenbar um mehr als ein codiertes Angebot zur Zusammenarbeit an die Linke: Thälmann sei ein aufrechter Kämpfer gewesen, der im Kampf für seine Ideale in den Tod gegangen sei. Hier scheint der Wunsch nach einer Zeit durch, in der noch »große Kämpfe« geführt wurden und in denen es um »etwas ging«, die jene »aufrechten Recken« hervorbrachte, wie sie Möller und seinesgleichen selbst gern wären.

Sie wollen Maschinen sein ...

Die Feindbilder der Rechten sind ob ihrer negativen Ableitung vom Bild des »Deutschen« mannigfaltig und flexibel. Die Vorstellung vom »Deutschen« dagegen ist sehr konkret und von einem manischen Ordnungsdanken bestimmt. Der »Deutsche« verfügt über die »deutschen Tugenden«, er soll sauber, pünktlich und zuverlässig, wehrhaft und gesund, leistungswillig und stark, hart und opferbereit sein.

Die Ursachen für dieses roboterhafte Selbstbild sind unter anderem in den Sozialisationsbedingungen rechter Jugendlicher zu suchen: Tatsächlich weisen diese Jugendlichen oft gebrochene Biografien auf. Aber auch Jugendliche ohne Missbrauchs- und andere Gewalterfahrungen sind in ihrer Persönlichkeitsbildung eingeschränkt.

Ob die Jugendlichen noch zu DDR-Zeiten in den »Genuss« der Vermittlung preußischer Tugenden gekommen sind oder im Kapitalismus zu Konkurrenzsubjekten zurechtgestutzt werden, ist dabei nicht wesentlich. In jedem Fall nehmen sie sich nicht als handelnde, bewusst ihre Umwelt gestaltende Indivi-

duen wahr, sondern als Objekte der sie umgebenden Verhältnisse. Diese objektive Schwäche drückt sich als Schwäche in der Persönlichkeitsbildung aus, den Jugendlichen fehlt eine innere Stabilität, ein inneres »Rückgrat«.

Als Ersatz für das »innere Rückgrat« bauen sie sich einen äußeren Schutzpanzer, der sich im Bedürfnis nach »geordneten Verhältnissen«, übersichtlichen Strukturen und einfachen Erklärungsmustern, im Wunsch nach »Ordnung und Sauberkeit« und in der Präsentation eines martialischen Habitus ausdrückt. Sie fühlen sich aufgehoben

in Hierarchien und Befehlsketten, in denen sie keine Verantwortung tragen und nur funktionieren müssen. Sie sind ihren Führern ebenso gute Untertanen wie sie dem unter ihnen liegenden Teil der sozialen Hierarchie Despoten sind – sie machen sich zum Objekt, zu einer Funktion, einem wesenlosen Ding.

Diese Panzerung ist ein ungeheurer Akt der Selbstunterdrückung. Die eigenen Bedürfnisse werden gefürchtet und negiert. Sie haben Angst vor Geheimnisvollem, Unberechenbarem und Fremdem. Dies betrifft vor allem auch die Sexualität: Die erotische Frau ist ihnen eine Bedrohung, weibliche Lust schmutzig und obszön. Sie hassen die Weiblichkeit, weil sie Angst vor ihr haben. Resultat ist ein hochgradig patriarchales Frauenbild: Sie reduzieren die Frau auf die Rolle als Sexobjekt und/oder Mutter. Deren Aufgaben sind die »Kindererziehung« und die Fürsorge für den »kämpfenden Mann.« Zu emotio-

erklärte, der Veranstalter Lars Heiden aus Schmatzin habe sich nicht an eigentlich selbstverständliche Auflagen wie das Verbot von Fahnen und Kleidungsstücken mit verfassungsfeindlichen Symbolen gehalten und ordnete die polizeiliche Auflösung des Konzerts an. Zum nachfolgenden Einsatz der Polizisten gehen die Darstellungen auseinander. Sprecher der Polizei erklärten, als »es zu Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung kam und die gesamte Veranstaltung einen chaotischen Charakter annahm«, seien Platzverweise ausgesprochen und fünf widerspenstige Besucher in Gewahrsam genommen worden.²⁰ Demgegenüber stellte sich das Linde-Wirtsehepaar fest an die Seite seiner Schützlinge und warf den Beamten vor, »die Leute wie Vieh rausgetrieben« zu haben. Selbstbewusst reagierte auch Veranstalter Lars Heiden. In der *Anklamer Zeitung* warf er der Polizei vor, den Saal »ohne Grund« gestürmt und Gäste verletzt zu haben.²¹ Auf die nun entfachte öffentliche Kontroverse reagierte CDU-Landrat Herbert Kauz erstmals mit einem Machtwort: »Soweit Recht verletzt wird bei solchen Veranstaltungen, wird es keine Genehmigungen mehr geben.«²² ▶



pasewalk

nalen Beziehungen sind die rechten Jungmänner unfähig, sie kennen nur Herrschaftsverhältnisse, auch gegenüber Frauen. Vor ihnen und den eigenen Emotionen »schützen« sie sich in Männerbünden und Kameraderie. Und doch ist dies ein »stummer Schrei nach Liebe.«

Dazu kommt eine panische Homophobie und bei einem Teil der Jugendlichen auch die Verdrängung der eigenen Homosexualität. Die funktionslose Liebe ist ihnen ein »Verbrechen«; Sex hat der Fortpflanzung zu dienen, mindestens aber der Manifestation männlicher Herrschaft. »Alles Denken ist ihnen verhasst. Sie pfeifen auf den Menschen! Sie wollen Maschinen sein, Räder, Kolben, Riemen – doch noch lieber als Maschinen wären sie Munition: Bomben, Schrapnells, Granaten. Wie gerne würden sie krepieren auf irgendeinem Feld! Der Name auf einem Kriegerdenkmal ist der Traum ihrer Pubertät.« (Horvath, 1937).

Die Mitte der Gesellschaft

»Die Verbreitung einer bestimmten Ideologie impliziert, dass sie eine Resonanz besitzen muss, deren Ursprung zu erklären ist.« (Postone, 1991)

Dass der Rechtsextremismus von irgendwo aus der Mitte der Gesellschaft käme, ist inzwischen eine Einsicht, die sich gesellschaftlich durchgesetzt hat. Was das aber bedeutet, bleibt weit gehend ausgeblendet. Es muss doch in dieser Gesellschaft inhaltliche Anknüpfungspunkte für rechte Gedanken geben. Es müssen sich Menschen in Situationen befinden, die es ihnen attraktiv erscheinen lassen, sich geistig und moralisch derart zu verstümmeln, sich selbst aufzugeben, für eine Sache, von der sie keinen materiellen Nutzen haben, die ihnen emotionale Befriedigung nur in Gewalt verspricht.

Das Beste, was die Gesellschaft tun kann, um dem rassistischen Treiben im eigenen Wohnzimmer zu begegnen, ist, sich vor allem mit sich selbst auseinander zu setzen. Nazis dort zu bekämpfen, wo sie schon sind, ist ein mühseliges und wenig Erfolg versprechendes Unterfangen. Und es erscheint doppelt sinnlos, wenn die Mitte permanent nach Rechts sich schiebt. Rechte Ideologie hat nur

dort Erfolg, wo sie mehr verspricht, als die realen Lebensumstände halten. An diesen muss angesetzt werden, und das bedeutet wesentlich mehr, als den Jugendlichen Lohnarbeit aufzubürden, damit sie keine Zeit haben, Ausländer zu jagen. »Aufgearbeitet wäre die Vergangenheit erst dann, wenn die Ursachen des Vergangenen beseitigt wären. Nur weil die Ursachen fortbestehen, wird sein Bann bis heute nicht gebrochen.« (Adorno, 1963)

Zum Toleranzbegriff

Toleranz ist zum Kampfbegriff des »Aufstands der Anständigen« geworden. Inzwischen fordern auch die Nazis Toleranz für sich ein. Nicht nur deshalb handelt es sich um einen problematischen Begriff.

Toleranz bedeutet immer, dass aus einer Machtposition heraus etwas »Anderes« geduldet wird. Sie zementiert somit ein Herrschaftsverhältnis, in welchem das Dominante die Möglichkeit besitzt, über das Schicksal des zu [Er-]Duldenden zu entscheiden. Wenn Toleranz als Mittel gegen Fremdenfeindlichkeit beschworen wird, dann ist eigentlich schon alles zu spät. Denn ihre Realisierung benötigt die »Anderen«. So gemeint muss das »Anderes« fremd bleiben. ■

¹ Rotermundt, Rainer: *Verkehrte Utopien. Nationalsozialismus – Neonazismus – Neue Barbarei*. Frankfurt/M., 1980, S. 82, zitiert aus *Jungle World* 34/2001.

■ Tatsächlich zeigte die Drohung Wirkung. Die überregionalen Blood & Honour-Strukturen suchten sich einfach einen neuen Konzertort, nämlich in Groß Schwiesow bei Güstrow, und die örtlichen »Kameraden« beließen es fortan bei kleineren Events. Was Kauz daran hinderte, schon zu Beginn der Konzertserie in der Linde nicht nur mit Auflagen, sondern auch mit der Durchsetzung strafrechtlicher Bestimmungen zu reagieren, bleibt offen. ■ Zwei Mal seien uniformierte Polizeibeamte während eines Konzerts im Saal anwesend gewesen und hätten »auf den Tischen gestanden und auf die Besucher eingeschlagen«, behauptet Linde-Wirt Werner Streichert. Noch heute trauert er der verlorenen Einnahmequelle nach. Streichert berichtet von einer Zusammenkunft Anfang 1998 mit einem Vertreter des Landratsamtes, dem örtlichen Ordnungsamtsleiter, zwei der regionalen Konzertorganisatoren und ihm selbst. Er habe die Behörden angefleht, noch ein paar Konzerte veranstalten zu dürfen, um seine Schulden gänzlich abbezahlen zu können. Im Herbst 1997 hatte Streichert noch argumentiert, wenn sich sein Lokal gegen die rechten Gäste sperren würde, gingen »wahr-



kameradschaftsboom im mecklenburg-vorpommern

Die »Freien Nationalisten« haben auch in Mecklenburg-Vorpommern der NPD mittlerweile den Rang als aktivste Organisation abgelaufen. Während diese im Zuge des Wahlkampfes 1998 für die Erlebniswelt der Neonazis mit Aufmärschen, nächtlichem Plakatekleben und legalen Konzerten sorgten, sind diese Dinge jetzt fest in der Hand der Kameradschaften. Nichtsdestotrotz bestehen weiterhin gute Verbindungen und teilweise personelle Überschneidungen: Oft werden Aufmärsche arbeitsteilig von der NPD angemeldet und von den »Freien« organisiert und frequentiert, wie beispielsweise beim Aufmarsch am 14. Januar 2001 in Greifswald. Aber im Gegensatz zu den »systemkonformen« Parteien sind die Kameradschaften soziale Zusammenhänge, die für rechte Jugendliche wesentlich attraktiver und leichter zu erreichen und vor allem sozial tiefer verankert sind. Das Identität und Zusammenhalt stiftende Element ist nicht ein Parteiprogramm, sondern die Integrationskraft der Gruppe, des rechten Freundeskreises.

Der ehemalige Bundesvorsitzende der Jungen Nationaldemokraten, Holger Apfel, meinte während des letzten Wahlkampfes 1998 zum Thema »Freie Nationalisten«: »Bei den zurückliegenden Demonstrationen wie auch den Saalveranstaltungen wurde deutlich, welche strukturelle Verankerung und welche Akzeptanz die NPD gerade in Kreisen vieler Unabhängiger Kameradschaften und freier Nationalisten in Mecklenburg-Vorpommern besitzt. Im Rahmen des Landtagswahlkampfes zeichnete sich dies durch eine beeindruckende kurzfristige Mobilisierungs- und Kampagnenfähigkeit der eigenen Mitglieder wie auch befreundeter Gruppen aus.«¹

Allerdings sollte sich der Vorsitzende der NPD Mecklenburg-Vorpommerns, Hans-Günther Eisenecker, irren, der 1998 noch behauptet hatte: »Wir müssen uns darüber im klaren sein, dass diese kleinen und unbedeutenden Kameradschaften überall im Land nicht mehr lange ohne eine starke Partei auskommen werden. Die NPD ist und bleibt die einzige Zukunft für Deutschland. Kameradschaften ohne Parteianchluss sind daneben und ihre Führungskräfte unfähig.«²

Seit dem 98er-Wahlkampf wird das Kameradschaftsmodell massiv aus Hamburg vom Aktionsbüro Norddeutschland forciert. Christian Worch war seitdem bei den meisten Aufmärschen in Mecklenburg-Vorpommern vor Ort und konnte so seine Kontakte im ganzen Bundesland ausbauen.

scheinlich drei Arbeitsplätze« verloren und hatte versucht, die Gemeindeverwaltung zu erpressen: Bekäme die Linde den Zuschlag für die Schulspeisung, könnte er auf weitere Treffen verzichten. Sonst würde er weitermachen.²³ ■ Beim Landratsamt in Anklam erinnert man sich noch gut an das letzte Treffen 1998: Gesprächspartner seien unter anderem Gastwirt Streichert gewesen sowie sein Sohn, der bei den Konzerten den Ausschank gemacht habe, und die regionalen Veranstalter. Das Thema: Die »Tarngeburtstagsfeiern«, zu denen öffentlich eingeladen wurde. Bei den rechten Gesprächspartnern seien zwar »die Einsicht und die Kenntnis« vorhanden gewesen, dass während der Konzerte Straftaten verübt wurden. Dennoch war »der Wille der Beteiligten, die Grenze zwischen strafbaren und straffreien Handlungen durchzuhalten, nicht vorhanden gewesen«, so der Leiter des Ordnungsamtes. Im Gegenteil, die Rechten hätten eindeutig erklärt, dass sie diese Grenze bewusst übertreten würden. Daraufhin hätten das Ordnungsamt des Landkreises und die Polizei »die letzte Feier« im August 1998 auch aufgelöst, als Kennzeichen verfassungsfeindlicher ▶



Der Grad der ideologischen Schulung, der Einbindung ins bestehende Netzwerk und die politischen Aktivitäten der seitdem zu Dutzenden aus dem Boden geschossenen Kameradschaften ist dabei sehr unterschiedlich. Einige dieser Gruppen bestehen aus langjährig aktiven und geschulten Neonazis, wie zum Beispiel der Kameradschaftsbund Anklam oder der Kameradschaftsbund Mecklenburg, die über beste Kontakte zu Neonazis nach Hamburg und zur Kameradschaft Germania Berlin, aber auch zum inzwischen verbotenen Blood & Honour-Netzwerk verfügen. Andere gehen aus rechten Kleinstadtcliquen hervor, wie es sie überall im Land gibt. Animiert von erfahrenen Neonazi-Aktivisten lassen sie sich »T-Hemden« bedrucken mit dem Schriftzug einer Kameradschaft, dem Namen ihrer Stadt oder ihres Viertels. Richtig gefährlich werden diese Cliquen jedoch, wenn geschulte Kader von außen dazukommen. Dies lässt sich in Mecklenburg-Vorpommern sehr häufig beobachten. Generell hat eine Kameradschaft immer eine Führungsperson, die für ein Mindestmaß an Disziplin sorgt, Schulungen organisiert und überregionale Kontakte pflegt.

Die Anfänge des Kameradschafts(un)wesens in Mecklenburg-Vorpommern

Eine der ersten Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern waren die **Greifswalder Nationalsozialisten (GNS)** unter Maik Spiegelmacher. Nach Angaben von Sicherheitsbehörden gründete sie sich 1991. Spiegelmacher selbst war allerdings schon vor der Wende als Neonazi aktiv. Drei Sympathisanten der GNS hatten im Oktober 1991 einen Brandanschlag auf ein Flüchtlingsheim verübt.³ Bei ihrer Festnahme gaben sie an, Spiegelmacher hätte sie angestiftet,⁴ der dafür zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt wurde. Die Kameradschaft löste sich in Folge auf.

In **Wolgast** war zwischen 1992 und 1993 die neonazistische SS-Division Walter Krüger aktiv, die schon in den 80er-Jahren die Stadt in Atem gehalten hatte.

Eine der ältesten, immer noch sehr aktiven Kameradschaften ist der Kameradschaftsbund **Anklam (KBA)**. Unmittelbar nach der Wende hatte sich in Anklam ein NPD-Verband konstituiert. Im Zuge der Kreisgebietsreform ging der Kreis Anklam im Kreis Ostvorpommern auf. Der NPD-Kreisverband machte diese Metamorphose nicht mit, seine Mitglieder gründeten 1992 den KBA. Der machte fortan mit Schlägereien, Friedhofsschändungen, Flugblättern und Kranzniederlegungen von sich reden.

Auch im Süden des Bundeslandes traten schon frühzeitig Kameradschaften auf: Von 1992 bis 1994 betrieb eine Kameradschaft Neubrandenburg einen Ableger der Direkten Aktion/Mitteldeutschland – eine Vorfelddorganisation der 1992 verbotenen Nationalistischen Front –, der Nazis aus **Neubrandenburg** und Neustrelitz angehörten. Am 8. Juli 1994 veranstaltete sie kurz vor ihrer Auflösung noch ein Konzert mit dem rechtsextremen Liedermacher Frank Rennicke in der Penzliner Kneipe Havelquelle mit über 100 Besuchern.

Im Landkreis Nordwest-Mecklenburg trugen viele rechte Glatzen von Anfang der 90er bis etwa 1998 Bomberjacken, die auf dem Rücken mit dem Schriftzug Kameradschaftsbund Mecklenburg-Holstein bestickt waren. Diese Verbindung trat zwar sonst nicht in Erscheinung, allerdings lässt sich auf eine schon damals enge Zusammenarbeit von Mecklenburger Neonazis mit Gleichgesinnten aus Schleswig-Holstein schließen, die nach wie vor besteht. Als am 13. Juni 1996 auf einem Campingplatz in Leisten eine Meute von 50 Nazis über eine Jugendgruppe aus Nordrhein-Westfalen und deren Betreuer herfiel und diese zum Teil schwer verletzte, waren neben Neonazis von Usedom und aus Wismar auch einige aus Schleswig-Holstein und Hamburg beteiligt.

In Ostvorpommern sorgte 1997 eine Gruppe namens Odins Rächer für Schlagzeilen. Sie fuhren laut *Ostsee-Zeitung* mit einem Auto-konvoi von zehn Fahrzeugen ▶

Organisationen gezeigt wurden. »Danach war dann Ruhe«, erinnert sich der Beamte erleichtert. Fragen nach den politischen Inhalten der Konzertveranstalter und Bands kann man hier nicht beantworten. Dafür seien die Sicherheitsbehörden zuständig. ■ **Konsequenzen auf Landesebene** ■ Dass die Geschichte von Klein Bünzow keineswegs zu den Ruhmesblättern polizeilicher Aktivitäten gegen Rechts gehört, bestätigen auch Behördeninsider. Als Entschuldigung wird jedoch immer wieder die Unsicherheit der Beamten vor Ort bei derartigen Anlässen angeführt, die keineswegs nur auf Klein Bünzow beschränkt war und ist. Eben darauf sollte mit dem sogenannten Konzerterlass reagiert werden. In der Einleitung zu dem am 19. März 1999 vom Innenministerium verabschiedeten Erlass steht durchaus treffend: »Es ist in jüngster Zeit jedoch deutlich geworden, dass im Zusammenhang mit Musikveranstaltungen insbesondere rechtsextremistischer Konzertgruppen Einordnungs- und Handlungsdefizite bestehen. Dieses trifft für sogenannte Geburtstagsfeiern oder in sonstiger Form getarnte Veranstaltungen, die tatsächlich öffentlichen Charakter besitzen,



durch den Landkreis, um »Kiffer aufzumischen.« Die Polizei fand in den Autos, die mit »Odins Rächer« beschriftet waren, u.a. Baseballschläger, Pistolen und Messer. Reste dieser Gruppe existieren in Klempenow noch immer, Schlägereien sind nach wie vor Teil ihrer Freizeitgestaltung.

Als Unabhängiger Freundeskreis (UFK) bezeichnet sich seit 1997 die Kameradschaft Neuteutonia **Neustrelitz**, die rege Kontakte zu ehemaligen Mitgliedern der verbotenen FAP unterhielt. Unter dem neutralen Namen Wanderfreunde e.V. versuchte diese Kameradschaft auch sehr junge Leute zu gewinnen und Fördermittel bei der Stadt zu beantragen. Seit dem tödlichen Verkehrsunfall ihres Anführers Ronny Klein 1998 ist es etwas ruhiger um den Neustrelitzer UFK geworden.

Ein flächendeckendes rechtes Netz Gegenwärtig existieren ca. 50 Kameradschaften in Mecklenburg-Vorpommern. Davon spielen etwa 15 eine herausragende Rolle. Sie sind seit langem aktiv, überregional sehr gut vernetzt, betreiben eigene Internetseiten, Infotelefone oder geben Fanzines heraus.

Seit einigen Jahren führen vorpommersche Kameradschaften am Volkstrauertag, in ihrer Diktion »Heldengedenktag«, Kranzniederlegungen auf dem **Golm** durch. Die dortige Gedenkstätte erinnert an 23.000 Kriegstote, unter ihnen 3.000 Wehrmachtssoldaten. Ihnen huldigen jährlich bis zu 200 Nationalisten aus der Region. Auf den Kranzschleifen finden sich dann die einschlägigen Organisationsnamen: Kameradschaftsbund Anklam, National-Germanische Bruderschaft, Kameradschaftsbund der Insel Usedom und Nationaler Widerstand Pasewalk.

Der Schwerpunkt des Kameradschaftswesens liegt derzeit im Osten Mecklenburgs und in Vorpommern. Dort existieren nicht nur

die meisten, sondern auch die zahlenmäßig stärksten Kameradschaften. Der Kameradschaftsbund Anklam (KBA) beispielsweise hat einen Kern von ca. 20 Aktivisten und kann sich dazu auf ein Umfeld von rund 70 jüngeren Rechten stützen. Dementsprechend vielfältig sind auch die Aktivitäten des KBA und seine Verbindungen im Neonazi-Netzwerk.

Seitdem sich beispielsweise in den 90er-Jahren die Berliner Blood & Honour-Sektion aus dem Konzertbetrieb in Klein-Bünzow bei Anklam zunehmend zurückzog, wurden die White-Noise-Konzerte von Führungskadern des KBA wie Sven Riske aus Karlsburg sowie Maik Schildt und Steffen Hoyer aus Anklam organisiert.

Der KBA verfügt außerdem über Kontakte zu Hamburger Neonazis und arbeitet eng mit den kleineren und größeren Kameradschaften in den umliegenden Kleinstädten zusammen. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang sind vor allem die National-Germanische Bruderschaft (NGB) und der Kameradschaftsbund der Insel **Usedom** (KBU), dessen Chef Enrico Harmisch aus Bansin auch Anmelder des Neonazi-Aufmarsches am 14. Juli 2001 in Neubrandenburg war. In Rostock und Umgebung spielt der Kameradschaftsbund Mecklenburg (KBM) neben der Kameradschaft Rostock und der Kameradschaft Doberan eine herausragende Rolle. Mit dabei sind Neonazis, die schon seit Anfang der 90er aktiv sind, damals noch in FAP-Kreisen und im Umfeld der Hamburger Liste für Ausländerstopp (HLA). Der KBM verfügt über Kontakte ins ganze Bundesgebiet sowie nach Dänemark.

Einer der Treffpunkte des KBM ist der kommunale Jugendclub Max im **Rostocker** Stadtteil Gross-Klein. Wöchentlich trifft man sich hier mit 20 bis 30 Mitgliedern unter »Aufsicht« der Club-Leiterin, die sich auch privat gern mit den Nazis zeigt. Das kameradschaftliche Treiben – wie auch Nazikonzerte –

zu.«²⁴ Nun kann die Polizei u.a. einschreiten, wenn sie eine Störung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung durch »Verherrlichung führender Personen der NS-Diktatur, Verharmlosung des Systems des Nationalsozialismus, Skandieren von Parolen oder Grußformen, die denen des NS-Regimes ähneln«,²⁵ und andere Straftaten nach dem Landespolizeigesetz und den einschlägigen Paragrafen des Strafgesetzbuches feststellt.²⁶ ■ Dass derartige Verstöße schon vor dem Erlass strafbar waren, sollte eigentlich unumstritten sein. In Mecklenburg-Vorpommern war es das offenbar nicht – in der Gaststätte Zur Linde herrschte ein rechtsfreier Raum, in dem mit Wissen der Sicherheitsbehörden offen Neonazi-Propaganda verbreitet werden konnte. Nur so lässt sich erklären, dass bei den immerhin 13 dokumentierten Konzerten in Klein Bünzow ziemlich ungestört Bands vor insgesamt einigen tausend Rechtsextremisten und rechten Skinheads auftreten konnten, deren Lieder auf den Index-Listen zu finden sind, eindeutig das NS-Regime verherrlichen, zu »Rassenhass« aufrufen und den Holocaust leugnen. Einmal abgesehen davon, dass das Zeigen des Hitlergrüßes bei ▶



werden von ihr mühevoll vor der Stadt gedeckt. Nach außen tritt der Kameradschaftsbund vor allem zum alljährlichen Gedenken am Todestag des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß in Erscheinung. Aber auch bei Aufmärschen außerhalb der Stadt sind Rostocker Neonazis anzutreffen. So präsentierte sich die Kameradschaft Rostock mit einem eigenen Transparent beim NPD-Aufmarsch gegen die Wehrmachtausstellung am 1. Dezember 2001 in Berlin.

Einer der älteren Protagonisten aus diesen Kreisen ist Oliver Dobitz, der auch als Betreiber des Ladens Bodycheck in Rostock agiert. Erstmals fiel Dobitz 1995 auf, als er am Heß-Gedenkmarsch im dänischen Roskilde teilnahm. Lars Jacobs, einer der wichtigsten rechtsextremen Aktivisten im norddeutschen Raum, stammt ebenfalls aus dem Personenkreis des KBM. Jacobs, den es mittlerweile nach Hamburg ins Umfeld dortiger Gesinnungskameraden verschlug, hatte im August 2000 den letztlich verbotenen Heß-Marsch in Rostock

angemeldet. Schon in den frühen 90er-Jahren verteilte er Schulungsmappen der FAP, in denen es vor Antisemitismus und dumpfstem Rassismus nur so wimmelte.

Im Westen geht die Sonne unter ...

In Westmecklenburg ist das Kameradschaftsmodell noch in Entwicklung begriffen, jedoch haben sich auch hier inzwischen stabile Strukturen entwickelt, was vor allem mit dem massiven Zuzug von rechtsextremen Kadern aus den alten Bundesländern zusammenhängt.

In der Landeshauptstadt **Schwerin** gründete sich die gleichnamige Kameradschaft nach eigener Aussage im Jahr 2000. Sie hat einen Mitgliederstamm von etwa 15 Jungmännern, zu denen noch ein Umfeld gleicher Anzahl kommt. Sie pflegen rege Kontakte zum KBU,

zum Umfeld des verbotenen Hamburger Sturms, nach Berlin und zum Neumünsteraner Club 88. Einer ihrer Hauptakteure ist Rene Feige, der in Schwerin kein unbeschriebenes Blatt ist: Während sein Vater 1998 für die Grünen antrat, kandidierte er als Schweriner Kreisvorsitzender auf Landeslistenplatz 12 für die NPD. Nach der Wahl ging er mit anderen ehemaligen NPDlern zur Sozialen Volkspartei (SVP). Seit ihrem zeitigen Ableben ist er in der Kameradschaft organisiert. Die Kameradschaft arbeitet eng mit dem Chef des NPD-Kreisverbands Nordwest-Mecklenburg, Manuel Herten, zusammen. Dieser meldet Demonstrationen und Infostände in Schwerin an, und die Kameradschaft sorgt für rege Teilnahme »Freier Nationalisten«. Eine weitere Leidenschaft von Feiges Mannen ist die Pflege der Gräber von Wehrmachtssoldaten. Auch im »Weltnetz« – wie die Rechten das Internet bezeichnen – sind die Schweriner mit einer eigenen »Heimatseite« präsent, die aber größtenteils aus zusammenkopierten Artikeln des stoertebeker.net und der Seite des Aktionsbüros Norddeutschland besteht.

Im 20 km südwestlich von Schwerin gelegenen **Hagenow** kommt der »Nationale Widerstand« im Gewande eines eingetragenen Vereins daher. Etwa 20 junge Rechte wohnten der Gründungsveranstaltung des Vereins für Freie Deutsche bei, von denen die Hälfte den aktiven Kern bildet. Vorsitzender ist Jürgen Witt, der aus dem sauerländischen Lüdenscheid kommt. Dort war er im Umfeld der neonazistischen Sauerländer Aktionsfront (SAF) aktiv. Nachdem in Juni 2001 in München ein Grieche von einer Gruppe Neonazis fast totgeschlagen worden war, suchte die Polizei nach dem flüchtigen Haupttäter aus dem Umfeld des SAF auch in Hagenow und Amholz. Anfang des Jahres 2001 besaß Witt die Dreistigkeit, sich telefonisch beim Schweriner Verein für Demokratie und Toleranz mit einem Angebot zur Zusammenarbeit zu melden: Es gäbe ein Schulungszentrum »in dem man doch gemeinsame Veranstaltungen machen« könne. ▶

derartigen Konzerten zum einen auf Videos dokumentiert und zum anderen gang und gäbe war und ist. ■ Beim LKA heißt es dazu, nicht alle Texte seien verständlich, außerdem seien die Beamten ja nicht mit dabei gewesen. Kurzum, für die in Berlin und Brandenburg ab Mitte der 90er-Jahre längst unter einem gewissen Verfolgungsdruck stehende Konzertstruktur von Blood & Honour erwies sich Klein Bünzow als absoluter Glücksgriff. Im Dorf gab es nur geringen Widerstand, und der Ort ist über die Bundesstraße 109 und die Bahnstrecke regional und überregional leicht zu erreichen. Ideal also für den Einzugsbereich der norddeutschen Bundesländer, Brandenburg und auch Berlin. ■ In Schwerin wird gesagt, von den Kollegen aus Berlin habe man jedenfalls keine Informationen darüber erhalten, dass sich die Aktivitäten der Berliner Blood & Honour-Sektion nach Mecklenburg-Vorpommern verlagerten. Erst als eine breitere Öffentlichkeit aufmerksam wurde, sei man gezwungen gewesen, einzugreifen. Fragt man allerdings heute bei dem für Anklam zuständigen Staatsschutzkommissariat in Greifswald nach den Ereignissen in Klein Bünzow, stößt man auf



Am 24. Februar 2001 meldete Witt eine Demonstration in Parchim an, als Veranstalter trat der Verein auf. Tatsächlich aber war es Christian Worch, der dabei das Heft in der Hand hielt. Ein Aufmarsch in Hagenow am 18. August 2001 wurde von den »Freien Deutschen« in Zusammenarbeit mit dem Ludwigs-luster Neonazi-Kader Klaus Bärthel organisiert.

In Ludwigslust lässt sich beobachten, wie aus einer sehr großen aber hauptsächlich mit Gewalt und Alkohol beschäftigten Skinhead-Szene eine politisch agierende Kameradschaft wird, wenn ein geschulter Ideologe für Disziplin sorgt. Neonazis gibt es in der Kreisstadt schon sehr lange. Seit zehn Jahren fallen sie als äußerst brutale Schläger auf, die mit einem sehr großen Umfeld an rechten Jugendlichen die wenigen Asylbewerber, aber auch jeden Ausdruck alternativen Lebens in der Stadt terrorisieren. 1999 zog dann Klaus Bärthel mit seiner Ehefrau Annemarie aus Hamburg nach Ludwigslust und

nahm sofort die Strukturierung des vorhandenen rechten Potenzials in Angriff. In seinem Haus führt er nach Angaben jugendlicher Rechter Schulungen durch. Am 16. Oktober 1999 führte der frischgebackene Nationale Widerstand unter Anleitung Bärthels seine erste eigene Demonstration durch; das paradoxe Motto: *Gegen Überfremdung und Ausländerfeindlichkeit*. Gern tragen Bärthel und Kameraden bei Aufmärschen wie in Gadebusch oder Parchim ihr Transparent mit der Aufschrift *Nationaler Widerstand 88 Ludwigslust* vor sich her.

Bärthel und Witt sind nicht die einzigen Westimporte im Landkreis. Die strategisch günstige Lage an der Autobahn zwischen Berlin und Hamburg lockt immer mehr altgediente Neonazi-Kader aus Hamburg und Schleswig-Holstein in den Landkreis. Im Flecken **Amholz**, nahe Boizenburg, kauften sich Thomas Wulff vom Aktionsbüro Norddeutschland und Michael Grewe aus Lüneburg ein Gutshaus, aus dem offenbar ein Schulungszentrum werden soll. Auch Bärthels Sohn Thorsten, Abo- und Kontoverwalter des *Zentralorgans*, nebst Familie, sowie Lars Georgi und sein TTV-Versand sind von Hamburg ins Boizenburger Umland gezogen.

Die Räume von Bärthel senior wie auch das Amholzer Gutshaus waren im Januar 2000 Ziel einer polizeilichen Durchsuchung. Die Nummer Neun des von Bärthel in seinem Wolf-Verlag, der ebenfalls in Ludwigslust ansässig ist, herausgegebenen *Zentralorgans* trug den antisemitischen Titel *Juden raus!*

Machtkampf und Arbeitsteilung an der Küste

Eine Besonderheit in Vorpommern ist, dass der regionale Anführer Maik Spiegelmacher aus Greifswald gleichzeitig stellvertretender NPD-Landesvorsitzender ist. Nachdem sich geraume Zeit eine Art Doppelspitze mit Axel Möller aus Stralsund und Maik Spiegelmacher etabliert hatte, kam es im Sommer 2001 zu einem Zerwürfnis zwischen dem »Freien Nationalisten« Möller auf der einen und den vorpommerschen Kameradschaften sowie Spiegelmacher und seinem Greifswalder NPD-Verband auf der anderen Seite. Grund ist offenbar die egozentrische und arrogante Art, mit der Möller sein Machtinstrument, die Internetseite stoerbecke.net, nicht nur gegen »politische Gegner«, sondern auch gegen die eigenen Kameraden nutzt. Inzwischen wird in der Neonazi-Szene zum Boykott Möllers aufgerufen. Spiegelmacher hat sich damit seine Führungsposition gesichert. Auf ihn wird von lokalen AntifaschistInnen zum Beispiel zurückgeführt, dass sich die Kameradschaften seit einiger Zeit mit dem Image der Freunde und Helfer schmücken und an ihren Heimatorten – wo sie oft namentlich bekannt sind – nicht mehr offen gewalttätig in Erscheinung treten.

offene Ablehnung. Das sei alles lange her, und im übrigen sei die Zahl der Konzerte in Klein Bünzow keineswegs höher als anderswo gewesen. Unwirsch erklärt der Referatsleiter, er rede lediglich mit der Presse, wenn es darum gehe, zukünftige Straftaten zu verhindern oder vergangene Straftaten aufzuklären. Nach mehrmaligem Hin und Her hatte dann zumindest die Polizeipressestelle in Anklam Erbarmen: Auf die Frage nach der Anzahl der Konzerte in Klein Bünzow und deren Veranstalter folgte eine Reihe von kryptischen Antworten, deren Wertung angesichts der vorliegenden Zahlen aus den Antworten des Schweriner Innenministeriums beinahe überflüssig ist. »Im Zeitraum vom 13. Januar 1996 bis zum 8. August 1998 fanden in der Gaststätte Zur Linde 31 Veranstaltungen statt. Nach unserer Zählung gab es dabei vier Konzerte.«²⁷ Weiter wird behauptet, »in den meisten Fällen wurden für die Veranstaltungen Musikgruppen/ Bands angekündigt, die letztlich jedoch nicht anreisten. Die Polizei registrierte dann zumeist »Discotheken.«²⁸ Doch die Beamten widersprechen sich in ihren Antworten selbst. So heißt es in dem gleichen Schreiben: »Von den ▶



schwerin

Statt dessen hat sich eine Art Arbeitsteilung entwickelt: Der KBA tritt etwa in Anklam nicht militant auf, sondern tut das in Greifswald, Ducherow oder Lassan. Die Lassaner Neonazis wiederum sind neuerdings in Lassan relativ friedlich, gehen dafür mit den Ducherower Rechten gegen »Volksfeinde« in Anklam und Greifswald vor.

Neonazis als Ordnungsfaktor

Ein anderes besorgniserregendes Phänomen ist die Ordnungsfunktion, die die organisierten Rechten für sich in Anspruch nehmen und tatsächlich oft ausfüllen. In Lassan beispielsweise wurde ein Schüler in seiner Schule regelmässig verprügelt. Er wandte sich mit seinen Sorgen nicht etwa an die Polizei, sondern an die rechte Szene im Ort. Die Glatzen »klärten« sein Problem, schenkten ihm Bomberjacke und Springerstiefel und gewannen so einen neuen Kameraden.

In Ribnitz-Damgarten zeigte sich Bürgermeister Jürgen Borbe erfreut über die Ribnitzer Rechten, denen er sogar einen eigenen Jugendclub überließ. Das seien ganz normale Jugendliche, sauber und ordentlich. Seit sie den Club hätten, seien auf dem benachbarten Parkplatz keine Autos mehr aufgebrochen worden, »die passen nämlich auf«, wie er gegenüber der *Ostsee-Zeitung* erklärte.

Kein Ende in Sicht

Die Organisierung in Kameradschaften ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht neu und nach wie vor im Wachstum begriffen. Mehr als eine Partei können sie eine große Anzahl Jugendlicher rekrutieren

und in politische Arbeit mit Abenteuerfaktor einbinden. Als starke soziale Zusammenhänge sind sie sogar für nicht vordergründig rechte Jugendliche attraktiv, da sie vor allem im Osten des Landes nahezu die einzigen greifbaren Sozialstrukturen für sie darstellen.

Was als Freizeitclique an der Tankstelle oder dem Bahnhofsimbiss beginnt, endet immer öfter als Neonazi-Kameradschaft. Das Interesse an rechter Ideologie ist groß und wird von ortsansässigen oder zugezogenen Altkadern auch befriedigt.

Unter dem verbindenden Markennamen der »Freien Nationalisten« wird das Organisationsmodell der Kameradschaften wenigstens mittelfristig das dominante Label der Rechten bleiben. Im Unterschied zur NPD können die Kameradschaften auf eine große Akzeptanz vor Ort bauen, wo sie sehr oft als die »Jungs von hier« oder »unsere Jungs« betrachtet werden. Sollte es zu einem Verbot der NPD

kommen, dürfte der größte Teil der jungen NPD-Mitglieder in den Kameradschaften aufgehen oder neue gründen. Nachdem beispielsweise der NPD-Kreisverband Döberitz nach sechsmonatiger Existenz seinen Austritt aus der Partei zum 1. Juli 2001 bekanntgab, kündigte sein Chef Martin Timmermann an, sich dem Kameradschaftsbund Mecklenburg anschließen zu wollen. ■

1 Deutsche Stimme, 12/98

2 Zitiert aus einer Mitteilung des UFK Neustrelitz im Thule-Netz

3 Ostsee-Zeitung vom 29.10.1991

4 Ebenda

31 Veranstaltungen wurden zwei Veranstaltungen abgebrochen bzw. aufgelöst. In ca. 15 weiteren Fällen konnten die angemeldeten Veranstaltungen durch polizeiliche Voraufklärung und polizeiliche Präsenz vor Ort unterbunden werden.«²⁹ Wenn auch indirekt bestätigt diese Antwort denn doch dreizehn in Klein Bünzow durchgeführte Konzerte. ■ **Eine unendliche Geschichte** ■ Linde-Wirt Werner Streichert kann heute noch nicht verstehen, warum im August 1998 nach dem letzten Konzert in Klein Bünzow Schluss sein musste mit dem Wochenendvergnügen für Neonazis aus dem gesamten Bundesgebiet. »Nur noch ein paar Konzerte, und ich wäre schuldenfrei gewesen«, wiederholt er ein ums andere Mal, um sofort nachzuschieben, dass er keineswegs selbst rechts eingestellt sei. »Das war ein gutes Geschäft, die haben gut gezahlt.« Schuld an dem Ende der sprudelnden Einnahmequelle sei eigentlich Bürgermeisterin Hartje, die habe ihn noch nie gemocht. Im übrigen habe er »nur aus Mitleid« den Jungs auch schon mal angeboten, nach den Konzerten mit Zelten auf seiner Wiese zu übernachten. ■ Beim LKA behauptet man, als die Dimension der



wismar

aufstieg und fall der npd

Auch wenn es in Mecklenburg-Vorpommern Strukturen der Deutschen Volksunion (DVU) und der Republikaner (REP) gibt, treten die etwa 150 Mitglieder der DVU und weniger als 100 Republikaner nicht in Erscheinung. Sie haben auch keinen Einfluss auf die rechtsextreme Szene im Land. Die einzig nennenswerte rechtsextreme Partei im Nordosten ist die NPD, auf die wir im folgenden eingehen.

Geschichte der NPD

Die NPD wurde 1964 von ehemaligen Mitgliedern der Sozialistischen Reichspartei (SRP) gegründet. Die SRP bezog sich programmatisch direkt auf die NSDAP und wurde deshalb 1952 verboten. Seit 1996 ist Udo Voigt Vorsitzender der NPD. In diesem Jahr hatte die Partei noch 2.800 Mitglieder.

In Mecklenburg-Vorpommern bildeten sich die ersten Kreisverbände Anfang der 90er zum Beispiel in Hagenow und Anklam, kurze Zeit später auch in Greifswald, Schwerin, Rostock, Stralsund und Neubrandenburg. Erster Vorsitzender des Landesverbands war Harry Piel aus Rostock, die Mitgliederzahl lag bei 80 Personen. Die NPD hatte damals noch viele Konkurrenten, so waren auch die DVU, die Republikaner, die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP), das Förderwerk Mitteldeutsche Jugend (FMJ) und andere Rechtsextreme im Land auf Mitgliedersuche. Die NPD-Kreisverbände waren deshalb unterschiedlich stabil und aktiv.

Der NPD-Kreisverband Anklam

unter ihrem Vorsitzenden Mirko Gudath löste sich im Zuge der Kreisgebietsreform auf, seine Mitglieder machten aber unter der Bezeichnung »Freie Nationalisten« weiter und gründeten eine der ersten Kameradschaften im Land, den Kameradschaftsbund Anklam (KBA).

Ihren Zenit erreichte die NPD in Mecklenburg-Vorpommern aber zweifellos erst im Wahlkampfjahr 1998. Unter ihrem Bundesvorsitzenden Udo Voigt öffnete sich die Partei dem rechtsextremen Skinhead-Spektrum und fand dafür in Mecklenburg-Vorpommern ideales Terrain vor. Das Land wurde 1998 zum Wahlkampfschwerpunkt erklärt und fast der komplette Parteivorstand an die Ostsee verlegt. Die Partei führte zahlreiche NPD-Aufmärsche im Bundesland durch, der Bundesparteitag fand in Stavenhagen statt, Manfred Roeder, verurteilter Rechts-Terrorist kandidierte in Stralsund, beinahe täglich stellten NPD-Kader ihre Infostände in etlichen Städten auf, der Landesverband erhielt zum normalen Wahlkampfbudget noch einen hundertprozentigen Aufschlag.

Zu dieser Zeit hatte auch der NPD-Kreisverband **Stralsund** seinen Höhepunkt. In den regionalen und

Konzerte klar gewesen sei, habe 1998 nur noch am 8. August eine Veranstaltung mit 120 Nazis stattfinden können. Nur ungern bestätigt man hier, was im *Lagebild Staatsschutz* der eigenen Behörde für das Jahr 2000 Schwarz auf Weiß nachgelesen werden kann: dass in der Gaststätte Zur Linde wieder rechtsextreme Treffen stattgefunden haben. Die seien ja nur klein gewesen, wird dann abgewiegelt. Einmal hätten sich am 22. Januar 2000 lediglich zehn Neonazis in der Gaststätte versammelt. Beim nächsten Mal, am 4. März 2000 zählte das LKA 35 Teilnehmer und 19 PKWs, und am 5. August waren es dann schon wieder 100 Teilnehmer – aber da sei nur »Musik vom Band« abgespielt worden und die Neonazis seien überwiegend aus der Region sowie dem Norden Brandenburgs, beispielsweise Schwedt und Prenzlau, angereist. ■ **Die Gewinner: Kameradschaftsbund Anklam** ■ Parallel zu den Konzerten steigerte sich auch das Selbstbewusstsein der rechten Szene rings um Anklam und Umgebung. Damit einher gingen brutale Übergriffe durch Nazis im Zeitraum 1996 bis 1998. Eine kleine Auswahl: Anfang Februar 1997 stirbt ein ▶



überregionalen Medien erschienen zahlreiche Berichte über den damaligen Kreisverbandsvorsitzenden und ehemaligen Skinhead Matthias Meier sowie seinen Stellvertreter Axel Möller. Der ehemalige FDJ-Funktionär und späteres DVU- und REP-Mitglied Möller zog durch die Jugendclubs der Stadt. Dort sprach er die rechten Cliquen an und warb sie für die Parteiarbeit. Durch diese intensive Jugendarbeit gelang es der Stralsunder NPD, den größten und aktivsten Kreisverband des Bundeslandes aufzubauen. Wahrscheinlich rechnete sich die NPD-Führungsriege aus diesem Grund gute Chancen aus, dort mit Manfred Roeder als Direktkandidaten für die Bundestagswahl den Einzug in den Bundestag zu realisieren. Nachdem Meier 1999 als Informant des Verfassungsschutzes enttarnt wurde, verließ sein Stellvertreter Möller die Partei. Seit dieser Zeit tritt er als »Freier Nationalist« auf. Mit dem von ihm betriebenen *stoertebeker.net* hatte er lange Zeit innerhalb der Neonazi-Szene eine besondere Machtstellung.

Programmatisches, Kreisverbände, 19. September 1998

Nach der Wahlschlappe 1998 – die Partei erzielte bei der Landtagswahl gerade einmal 1,1 Prozent und bei der Bundestagswahl nur 0,3 Prozent der Stimmen – verlor die NPD etwa die Hälfte der damals über 400 Mitglieder in Mecklenburg-Vorpommern. Vor allem für die jüngeren Mitglieder aus dem Skinhead-Umfeld war die Partei nicht mehr attraktiv. Viele von ihnen waren enttäuscht vom schlechten Ergebnis ihrer Partei. Die Demonstrationen, die zusammen mit den Infotischen und den meist nächtlichen Plakatierungsaktionen eine große Rolle in der Erlebniswelt der jungen Rechten spielten, fanden nicht mehr statt oder wurden zunehmend von »Freien Kameradschaften« organisiert.

Die NPD erkannte, dass sie mit den rechtsextremen Skinheads keine Mehrheiten im Parlament erzielen konnte, und ein Teil der Parteispitze diskutierte, ob und inwieweit sich die NPD von ihnen distanzieren sollte. Der Landesvorsitzende Hans-Günter Eisenecker sagte auf einer Pressekonferenz in **Neustrelitz**, die Partei müsse sich mehr an Systemen wie in Nordkorea orientieren. Durch diesen neuen »roten« Kurs suchten sich die, denen die NPD nun nicht mehr radikal genug erschien, eine neue Organisationsform.

In Rostock, Schwerin und Wismar gründeten sich Kreisverbände der Sozialen Volkspartei (SVP). Die SVP verstand sich als radikale Abspaltung der NPD. Die vom ehemaligen NPD-Landesvorsitzenden Ronny Grubert und von Torsten Kowalski aus **Rostock** geführte Partei hatte aber in der Szene den Ruf, vom Verfassungsschutz infiltriert zu sein. Dieser Verdacht bestätigte sich beim Parteivorsitzenden Ronny Grubert. Auch der stellvertretende Vorsitzende des Kreisverbandes **Wismar**, Michael Grube, erklärte 1999 während des so genannten »Pizzeria-Prozesses«, dass er als Informant gearbeitet habe. Grube wurde in der Presse als V-Mann »Markus« bekannt. Durch die ständige Pressepräsenz im Verlauf des

Prozesses und nachdem Grube aussagte, ihm seien auch Fotos von Linken vorgelegt worden, geriet auch der Verfassungsschutz unter Druck. Der damalige VS-Chef Elmar Ruhlich erklärte während des Prozesses, »der junge Mann« sei offenbar aus dem Ruder gelaufen.« (Jungle World, 10.11.1999). An dem verhandelten Brandanschlag auf eine Pizzeria in **Grevesmühlen** waren mehrere SVP-Mitglieder, unter anderem auch der Kreisverbands-Vorsitzende beteiligt. Die Partei konnte in der Folgezeit keine weiteren Strukturen mehr entwickeln und löste sich auf. Rechtsextremisten, die kein Interesse mehr an Parteiarbeit hatten, aber weiterhin politisch aktiv sein wollten, gründeten neue Kameradschaften oder schlossen sich schon bestehenden an.

In Mecklenburg-Vorpommern können im Sommer/Herbst 2001 nur noch wenige NPD-Kreisverbände als aktiv eingestuft werden. Dies ist zum einen in Greifswald der Fall, wo der NPD-KV durch Aufmärsche und Verbindungen zu rechten Bürger- und Schülerinitiativen in der Öffentlichkeit bekannt ▶

20-Jährige nach einer Discoschlägerei in Nerdin. Zeugen, die aus Angst vor Repressalien anonym bleiben wollen, beschreiben die Angreifer in der *Anklamer Zeitung*: »Sie trugen Tarnjacken, Springerstiefel, auf dem Arm ein Emblem mit zwei gekreuzten Hammern und der Schrift ›Hammer-Skin«.«³⁰ Getreu dem Motto des Strategiepapiers *Befreite Zonen schaffen* gehören irgendwie nicht-rechts oder gar alternativ aussehende Jugendliche und ihre Treffpunkte zu den bevorzugten Angriffszielen. Im März 1997 misshandeln zwei Skins einen 21-Jährigen im Zug zwischen Züssow und Wolgast schwer. Als Tatmotiv gibt die Polizei bekannt, die Angreifer hätten sich an Aufklebern »Gebt Nazis keine Chance« auf dem Rucksack des Opfers gestört.³¹ ■ Ohne die Konzerte in der Linde wäre es vermutlich jedoch weder zur Gründung des Kameradschaftsbundes Anklam noch zu der Einschätzung des Verfassungsschutzes gekommen, der KBA sei eine der »eindeutig neonazistischen und besonders aktiven Freien Kameradschaften« im Land.³² Nachlesen lässt sich der Zusammenhang zwischen den Konzerten und der regionalen Organisierung in einem Interview, das Aktivisten des



geworden ist. Dieser NPD-Kreisverband unter Maik Spiegelmacher hat eine Vormachtstellung innerhalb der regionalen Neonazi-Szene inne. Der Vorsitzende unterhält gute Verbindungen zu allen aktiven Kameradschaften der Region. Spiegelmacher gab Hilfestellungen bei der Neugründung des Kreisverbandes Ostvorpommern. Unterstützung aus Greifswald bekamen auch NPDler aus Stralsund. Nach dem Bekanntwerden der Spitzeltätigkeiten des damaligen Kreisvorsitzenden Matthias Meier und dem damit verbundenen Austritt seines Stellvertreters Axel Möller war die Gruppe fast vollständig zusammengebrochen. Im Juli 2001 konnte sich der Kreisverband nach längerer Vorbereitungszeit und Anleitung aus dem benachbarten Greifswald neu organisieren. Nur einen Monat später konnte mit Unterstützung Spiegelmachers ein Kreisverband in **Demmin** gegründet werden.

An der Greifswalder Friedrich Engels Haupt- und Realschule gründete sich Anfang 2001 die der NPD nahestehende Schülerinitiative für freie Meinungsbildung und -äußerung. Sie trat am 19. Februar 2001 das erste Mal mit einem Infotisch an dieser Schule in Erscheinung. In einer Presseerklärung zu diesem Stand behauptete der

damalige Vorsitzende Hannes Gerlach: »... dass wir in keinsten Weise ein Ableger der NPD sind.« Es wird allerdings eine nicht zu übersehende Unterstützung durch die Partei eingeräumt. Ende März wurde Caroline Beetz zur Vorsitzenden gewählt, ihre Stellvertreterin wurde Peggy Müller. Am 2. Juni 2001 führten sie eine Demonstration gegen Schulschließungen in Greifswald durch. Die Schülerinitiative gibt seit dem Schulanfang 2001 auch eine eigene Zeitung, *Das Sprachrohr* heraus, in deren Redaktion unter anderem der Vorsitzende des Rostocker NPD-Kreisverbandes Lutz Dessau und der ehemalige Vorsitzende der rechten Schülervereinigung Hannes Gerlach sitzen. In der ersten Ausgabe des Greifswalder *Sprachrohrs* wird eine finanzielle Unterstützung durch die NPD eingeräumt.

Am Beispiel **Greifswald** kann auch gut die Rolle der Burschenschaften beleuchtet werden. In der dortigen Burschenschaft Rugia werden seit längerem rechtsextreme Strukturen vermutet. Die Homepage dieser studentischen Verbindung ist auf den derzeitigen stellvertretenden Vorsitzenden der NPD-Greifswald, Mathias Rochow, registriert. Rochow ist auch maßgeblich an der rechtsextremen Bürgerinitiative zur Wahrung der Grundrechte beteiligt und war Mitorganisator der rassistischen Unterschriftensammlung »gegen den weiteren Zuzug von Ausländern nach Schönwalde II.« Für den NPD-Kreisverband Ostvorpommern ist er die Kontaktperson. In der Pennalen Burschenschaft Theodor Fontane, die wie die Rugia in der Robert-Blum-Straße 4 angesiedelt ist, hat Mathias Rochow die Funktion des Fechtwarts inne. Robert Krowas, ebenfalls Mitglied der rechtsextremen Bürgerinitiative, ist in der Fontane-Burschenschaft Schriftwart. Mit Vielfachmitgliedschaften glänzt auch Stefan Rochow, aktiv in den beiden Männerbünden, und dem

Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB), der Studentenorganisation der NPD. Besonders engagiert er sich in der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen (JLO): Dort hat Stefan Rochow die Funktion des stellvertretenden Bundesvorsitzenden inne. Die JLO war bis zum Jahr 2000 in der revanchistischen Vertriebenenorganisation Landsmannschaft Ostpreußen (LO) organisiert. Inzwischen hat sich die LO von ihrer Jugendorganisation getrennt, da sie ihr zu radikal erschien. Auf der Homepage der JLO befinden sich Links zu allen bekannten Neonazi-Seiten der Region. (Likedeeler, 1.9.2001: Scharnier oder Schnittmenge)

Bewegen wir uns weiter nach Westen stoßen wir auf den NPD-Kreisverband Nordwestmecklenburg. Dieser Kreisverband kann auf eine eigene Homepage verweisen. Am 23. September 1999 führte er einen Aufmarsch in Neukloster bei Wismar durch. Die zehn erschienenen NPDler forderten die Todesstrafe für Vergewaltiger. Der ehemalige Landrat Udo Drefahl (SPD) wertete dieses Häufchen noch auf, indem er sich mit ihnen auf eine Diskussion einließ. Der Kreisverbandsvorsitzende Manuel Herten ist seit April 2001 im Landesvorstand der NPD. Ein von ihm für den August

KBA zum Jahreswechsel 1999/2000 in einer Publikation von Blood & Honour Deutschland anlässlich des dreijährigen Bestehens der Gruppe veröffentlichten.³³ Als Gründungsdatum wird dort Mai 1996 genannt. Nachdem die Naziskins damals gemeinsam nach London gereist waren, habe man entschieden, »sich politisch zu binden.« Kein Wunder, schließlich hatte man nach dem ersten Konzert im Januar 1996 direkt Kontakt zu den härtesten Neonazi-Gruppierungen aus dem In- und Ausland bekommen: Blood & Honour-Deutschland und über die britische Band No Remorse zur militanten Terrorgruppe Combat 18. Deren Motto »Smash the Reds« galt es nun auch in Anklam und Umgebung umzusetzen. Auch auf die Frage nach den politischen Aktivitäten des KBA wird offen geantwortet: »(...) Als unser Bundesland noch von der CDU regiert wurde organisierten wir regelmäßig Konzerte, Liederabende, Partys und Geburtstagsfeiern in Klein Bünzow und anderswo. Des weiteren organisierten wir Klebeaktionen, Sonnenwendfeiern, Gedenkmärsche und Kranzniederlegungen.«³⁴ In dem Interview bedauern die KBAler dann zwar den Verlust ihrer ▶



stralsund

2000 in Schwerin angemeldeter Aufmarsch wurde nicht genehmigt. Am 8. Juli 2001 wurde in der Landeshauptstadt eine von Hertzen angemeldete und der Kameradschaft Schwerin unterstützte Demonstration unter dem Motto Gegen Globalisierung und Sozialabbau durchgeführt. Redner auf dieser Veranstaltung waren neben dem NPD Landesvorsitzenden Eisenecker die »Freien Nationalisten« Axel Möller und Klaus Bärthel. Von März bis Sommer des gleichen Jahres führte Hertzen im Schweriner Neubaugebiet Mueßer Holz Infostände im zwei-Wochen-Turnus durch. Unterstützung erhielt er dabei von der Kameradschaft Schwerin. Auf einer von »Freien Nationalisten« organisierten Demonstration am 1. Mai 2001 in Frankfurt am Main übte Manuel Hertzen Solidarität mit Peter Borchert. Borchert wurde vom NPD-Bundesvorstand als schleswig-holsteinischer Landesvorsitzender abgesetzt. Seine guten Verbindungen zu den »Freien Nationalisten« und die faktische Übernahme des gesamten Landesverbandes durch diese mit Borchert an der Spitze passten dem Vorstand nicht. Auch

Herten befand sich am 1. Mai 2001 trotz mehrerer NPD-Demonstrationen in verschiedenen Städten auf einer Veranstaltung der »Freien« und stellte sich mit seinen Grüßen an Borchert symbolisch gegen die Parteispitze. (Enough is enough, Nr. 14). Für den 14. Oktober 2001 meldete Hertzen kurzfristig eine Ersatzdemonstration an.

Der NPD-Kreisverband **Ludwigslust**, der hauptsächlich in der Region Boizenburg/Lübtheen aktiv ist, wurde lange Zeit von Sven Uterhardt aus Boizenburg geführt. Den Vorsitz hat jetzt Andreas Theißen übernommen, zu seinen Stellvertretern wurden der ehemalige Vorsitzende Uterhardt und der stellvertretende Landesvorsitzende Stefan Köster gewählt. Uterhardt wollte für die Landratswahl am 6. Mai 2001 im Landkreis Ludwigslust kandidieren, zog die Kandidatur aber wieder zurück. Nachdem das vom ehemaligen Vorsitzenden vertriebene NPD-Mitteilungsblatt *Der Kamerad* nicht mehr erscheint, wird vom Umfeld der Boizenburger NPD *Der Kreisreporter – Stimme des nationalen Aufbruchs in Südwestmecklenburg* herausgegeben. Verantwortlicher im Sinne des Presserechts ist Stefan Köster. Im *Kreisreporter* heißt es unter anderem:

»Alle von der BRD erlassenen Gesetze und alle von ihr geschlossenen Staatsverträge mit fremden Staaten sind von vornherein null und nichtig. Nach wie vor gilt das Recht des Deutschen Reiches, gelten seine Gesetze und binden das Deutsche Reich und das Deutsche Volk seine Verträge.« (Kreisreporter, Nr. 2/ 2001: Die Bundesrepublik Deutschland und das Deutsche Reich). In einigen Mitteilungen versuchen die Zeitungsmacher auf die Tagespolitik des Landes einzugehen, wesentliches Merkmal: die bei Rechten übliche Hetze gegen die Politik der Lokal- und LandespolitikerInnen. Der Ludwigsluster Kreisverband unterstützte personell eine Demonstration in Hagenow am 18. August 2001, die unter anderem von der Bürgerinitiative Freies Mecklenburg, zu deren Mitgliedern auch der Ludwigsluster Klaus Bärthel gehört, und dem Verein Freie Deutsche e.V. aus Hagenow unter Jürgen Witt angemeldet wurde. Klaus Bärthel ist der Herausgeber des *Zentralorgans*, dem führenden

rechten Ideologieblatt der »Freien Nationalisten.« Auch wenn die NPD nicht offiziell als Veranstalter auftrat, so übernahmen Andreas Theißen und Stefan Köster wichtige Organisationsaufgaben während des Aufmarsches. Auch hier wird deutlich, wie intensiv die lokalen NPD-Strukturen mit »Freien Nationalisten« bzw. dem »Nationalen Widerstand« zusammenarbeiten. Interessant ist auch die Konstellation in **Waren**. Dort hat das NPD-Bundesvorstandsmitglied Doris Zutt zusammen mit ihrem Mann Alfred im November 1999 den rechtsextremen Gemischwarenladen Patrioten Treff eröffnet. Einen weiteren Laden betreiben die Zutts im hessischen Ehringhausen. Für die Warener NPD war bzw. ist dieser Laden ein wichtiger Anlaufpunkt. Doris Zutt drohte der Stadt im September 2000 mit einem großen NPD-Aufmarsch, nachdem die Scheiben des Ladens angeblich zum fünften Mal innerhalb eines halben Jahres eingeworfen wurden: »Bis jetzt waren unsere Jugendlichen brav und anständig. Aber jetzt reicht es. Ich garantiere für gar nichts mehr.« (Frankfurter Rundschau, 12.10.2000). In Waren selbst kursiert das Gerücht, die Scheiben seien von den Rechten eingeworfen worden, um dies zum Thema in der Stadt ▶

Einnahmequelle durch ein rigideres Vorgehen der Sicherheitsbehörden gegen die Konzerte. Doch inzwischen hat man auch hierfür eine Lösung gefunden. Mit dem Kauf eines Gehöfts in der kleinen Ortschaft Salchow bei Anklam durch »drei szenebekante Kameraden« existiert heute ein Treffpunkt, in dem nach Informationen der Sicherheitsbehörden regelmäßig als Geburtstagsfeiern getarnte Neonazi-Treffen stattfinden.³⁵ Rechtlich entstehen dabei für ein staatliches Eingreifen erheblich mehr Probleme, da es sich um ein Privatgelände handelt. ■ **(K)ein Ende der Erlebniswelt in Sicht** ■ Auch wenn es den Konzerterlass mittlerweile knapp zweieinhalb Jahre gibt, ist man beim LKA heute noch immer nicht davon überzeugt, dass sich Neonazi-Konzerte wie in Klein Bünzow verhindern lassen. Dazu sei die Szene zu konspirativ organisiert. Und trotz aller Appelle zur »Anständigkeit« scheint die Bevölkerung vor Ort sich an den Konzerten und den Neonazi-Horden in ihren Dörfern zu derartigen Anlässen oft genug nicht zu stören. Linde-Wirt Werner Streichert in Klein Bünzow hat sich allerdings inzwischen auf die Suche nach anderen Einnahmequellen



zu machen. In Waren gibt es, wie in Greifswald, Verbindungen der NPD zu einer rechten Schülerinitiative. Die von Martin Kalfsack mitgegründete Gruppe bestreitet diese. Wie das stoertebeker.net zu berichten weiß, soll Stefan Pagels von der Warener NPD gute Kontakte zwischen beiden eingeräumt haben. Auch gibt es Kontakte zur rechten Schülerinitiative in Greifswald, so wird die rechte Schülerzeitung, das Greifswalder *Sprachrohr* auch in Waren verteilt.

Der Verbotsantrag

Unter Günter Deckert und dem jetzigen Vorsitzenden Udo Voigt vollzog die Partei einen Wandel von einer »Wahlpartei« zur »Kampfpartei«. Der Inhalt blieb nahezu gleich, jedoch wurde mehr Wert auf Aktionen gelegt. So wurden vor allem Jugendliche und junge Erwachsene für die Parteiarbeit gewonnen. Nach den Verböten der Freiheitlichen Arbeiterpartei (FAP), der Nationalen Front (NF) und anderen Organisationen Anfang und Mitte der 90er diente die NPD für viele Kader als Sammelbecken. Mit

Großveranstaltungen, wie dem Tag des Nationalen Widerstandes 1998 und 2000 in Passau und vielen lokalen Demonstrationen, versuchte sie einerseits, ihren Alleinvertretungsanspruch im rechtsextremen Parteienspektrum durchzusetzen und gleichzeitig eine rechte Jugendbewegung an sich zu binden. Heute steht die NPD somit vor dem Dilemma, sich in der Öffentlichkeit im Rahmen des Grundgesetzes bewegen zu müssen, andererseits muss sie möglichst radikal auftreten, um die neugewonnene Anhängerschaft nicht zu verlieren.

In Mecklenburg-Vorpommern hat die NPD ihren Führungsanspruch innerhalb der Neonazi-Szene an die »Freien Kameradschaften« abgetreten. Von den 1998 über 400 Mitgliedern hat mehr als die Hälfte die Partei wieder verlassen. Auf dem letzten Landesparteitag am 28. April 2001 waren gerade noch 48 stimmberechtigte Mitglieder anwesend. Die noch aktiven Kreisverbände arbeiten eng mit Kameradschaften und »Freien Nationalisten« zusammen. Die restlichen Kreisverbände treten kaum beziehungsweise gar nicht in Erscheinung. Im September 2001 distanzieren sich unter anderem der Kameradschaftsbund Insel Usedom und der

Greifswalder NPD-Kreisverband von Axel Möller. Damit wurde ein Konflikt öffentlich, der schon länger szenintern brodelte. Möller wird beschuldigt, Gelder unterschlagen zu haben. Desweiteren wird ihm vorgeworfen, mit seinen Kommentaren im stoertebeker.net der Szene zu schaden und diese Seite lediglich zur Selbstdarstellung zu nutzen. Anlass war aber wohl die Überlegung des Bundesvorsitzenden Voigt, Möller in den Bundesvorstand der Partei zu holen. Spiegelmacher dazu: »Das wäre ein Fiasko für uns geworden« (stoertebeker.net). So stellte der Greifswalder Parteivorsitzende am 9. September 2001 beim Landesvorstand den Antrag, Möller auf NPD-Veranstaltungen Redeverbot zu erteilen. Der Antrag wurde angenommen.

Zurück nach Greifswald. Alle aktiven Kameradschaften der Region scheinen stark unter Spiegelmachers Einfluss zu stehen. Mit dem Aufbau der Bürgerinitiative Schönwalde II, die sich seit Januar 2001 Bürgerinitiative zur Wahrung der Grundrechte nennt, und der Schülerinitiative für freie Meinungsbildung und -äußerung gelang es Spiegelmacher in Greifswald for-

mal von der NPD unabhängige Strukturen zu schaffen. Diese könnten nach einem Verbot der Partei die alten Kontakte nutzen und ohne Unterbrechung arbeitsfähig bleiben. Spiegelmacher, obwohl im NPD-Landesvorstand, wird von lokalen AntifaschistInnen als jemand eingestuft, der die Partei instrumentalisiert, solange es politisch vorteilhaft erscheint, dann aber eigene und Kameradschaftsstrukturen nutzt.

Auch die NPD-Strukturen im Landkreis Ludwigslust arbeiten wie oben schon erwähnt ebenfalls eng mit den dort reichlich vorhandenen »Freien Nationalisten« bzw. dem »Nationalen Widerstand« zusammen. Mit dem *Kreisreporter* wurde ein von der NPD unabhängiges Medium geschaffen, das nach einem möglichen Verbot der Partei weiter existieren könnte.

gemacht. Er möchte die Stadt Anklam davon überzeugen, in den Zimmern oberhalb der Gaststätte AsylbewerberInnen einzuquartieren – zu den ortsüblichen Übernachtungspreisen. Die zwei Schlagzeuge, die vor der leeren Bühne aufgebaut sind, würden heute von gänzlich »unpolitischen« Musikgruppen zum Proben genutzt, versichert er ungefragt ... ■

Auszug aus dem im Frühjahr 2002 bei rat/UNRAST erscheinenden Buch »RechtsRock«. Die Autorin dankt dem Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum e.V. (apabiz, Berlin) und AntifaschistInnen aus Mecklenburg-Vorpommern für ihre Unterstützung bei der Recherche.

¹ Kriegsbericht Vol. 2, zu der Anzahl der Teilnehmer s. Drucksache 2/2755 des Landtags Mecklenburg-Vorpommern. Anfrage der PDS-Abgeordneten Sabine Jünger. | ² Anklamer Zeitung, 15.1.1996, 600 Leute bei Rockkonzert. | ³ Nordkurier, 19.1.1996, Polizisten beobachteten Skinhead-Treffen von außen | ⁴ Ebenda. | ⁵ Ebenda. | ⁶ Ebenda. | ⁷ Nordkurier, April 1997, Alles bleibt sauber und ordentlich, von Thomas Beigang. | ⁸ Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 1999 und 2000, Lagebild Staatsschutz 1999 und 2000. | ⁹ Warhead Nr. 2 - Hammerskins Nordmark, Anklam, eine kleine Stadt rettet das Wochenende. | ¹⁰ Victory Nr. 3, Konzert mit NORMMACHT, A.D.F. & OSTSEEFRONT, 18.1.1997 in Klein Bünzow, von Mario/Rostock. | ¹¹ RockNord Nr 28, 5. Jahrgang, 4/97, S. 4. | ¹² Anklamer Zeitung, 16.9.1997, Gemeinde ist totunglücklich, Nordkurier, 19.1.1996 Polizisten beobachten Skinhead-Treff von außen. | ¹³ Nordkurier, April 1997, Alles bleibt sauber und ordentlich, von Thomas Beigang. | ¹⁴ Ebenda. | ¹⁵ Anklamer Zeitung, 25.3.1996, Randalie auf Anklamer Bahnhof, Anklamer Zeitung vom 2.4.1996, Kreis Ostvorpommern gilt als Schwerpunkt der Rechtsradikalen. | ¹⁶ Anklamer Zeitung, 22.1.1997, Polizei beschlagnahmt bei rechtem Treffen 50 CDs. | ¹⁷ Anklamer Zeitung, 18.3.1997, Ausschreitungen bereiten Politikern Sorgen. | ¹⁸ Anklamer Zeitung, 15.9.1997, Polizei stellt Waffen bei Disco sicher., Anklamer Zeitung, 16.9.1997, Teil des Arsenalis zurückgegeben. | ¹⁹ Anklamer Zeitung, 16.9.1997, Teil des Arsenalis zurückgegeben. | ²⁰ Anklamer Zeitung, 6.10.1997, Klein Bünzow bleibt weiter Neonazi-Treffpunkt. | ²¹ Anklamer Zeitung, 7.10.1997, Veranstalter wirft Polizei Brutalität vor. | ²² Ebenda. | ²³ Anklamer Zeitung, 16.9.1997, Gemeinde ist todunglücklich. | ²⁴ »Skinheads«, Broschüre des Innenministerium Mecklenburg-Vorpommern, S. 61f. | ²⁵ Ebenda. | ²⁶ Wer meint, mit dem Konzerteinsatz habe die Schweriner Landesregierung den Polizeibeamten vor Ort, wenn auch später als in den meisten anderen neuen Bundesländern, eine eindeutige Handlungsanweisung für den Umgang mit rechtsextremen Konzerten gegeben, wird durch die polizeiliche Praxis der letzten zwei Jahre alzu oft eines Besseren belehrt. So konnte beispielsweise am 10.6.2000 in Priborn an der Müritz ein internationales Neonazi-Konzert mit 350 Besuchern aus dem gesamten Bundesgebiet, Italien und Österreich stattfinden, ohne dass die Polizei eingriff. Wieder sahen die Sicherheitsbehörden keine Handlungsmöglichkeiten, weil die Veranstaltung in geschlossenen Räumen stattfand (aus: Jungle World, 1.11.2000). Im Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern 3/2000 heißt es dazu: »Die (friedlich verlaufene) Veranstaltung wurde gegen 1:45 nach Aufforderung durch die Polizei beendet.« | ²⁷ Fax der Polizeidirektion Anklam vom 16.11.2001. | ²⁸ Ebenda. | ²⁹ Ebenda. | ³⁰ Anklamer Zeitung, 5.2.1997, Schläger von Nerdin sollen Bluttat angekündigt haben. | ³¹ Anklamer Zeitung, 21.3.1997, Skins schlagen Mann im Zug zusammen. | ³² Verfassungsschutzbericht Mecklenburg-Vorpommern für das Jahr 2000 | ³³ Blood & Honour Deutschland-Magazin, Nr. 9, S. 91, Drei Jahre KBA. | ³⁴ Ebenda. | ³⁵ Nordkurier, 14.10.2000, Neonazis flüchten ins Private.



Die hier für die Kreisverbände Greifswald und Ludwigslust exemplarisch dargestellten Arbeitsweisen und Strukturen decken sich mit einer Weisung des sächsischen Landesverbandes, die seit dem Verbotsantrag im Herbst 2000 in den NPD-Strukturen kursiert: Alles potenziell belastende Material solle ausgelagert werden. Hierzu sei jeder Kreisverband aufgefordert, eine Art Prioritätenliste aufzustellen, aus der hervorgehe, welche Personen und Objekte als besonders gefährdet gelten. Ebenfalls solle der Landesverband »... intensiv daran arbeiten, das Parteivermögen auszulagern und somit vor einem staatlichen Zugriff zu sichern. Darüber hinaus soll eine Struktur geschaffen werden, die nach Beginn der zu erwartenden Verfolgungswelle arbeitsfähig ist.« (AIB, Nr.52: Alles Stumpfe ...). Es ist davon auszugehen, dass es solche Weisungen nicht nur in Sachsen gegeben hat, sondern alle Landesverbände ähnlich verfahren. Hier zeigt sich, dass ein Verbot der Neonazi-Szene nur oberflächlich trifft. Die Strukturen der Neonazis werden durch ein NPD-Verbot kaum beeinflusst und sind weiterhin arbeitsfähig. Die Verbote von 23 rechtsextremen Organisationen, Vereinen und Parteien seit 1980

konnten ein Erstarken und einen zahlenmäßigen Zuwachs der militanten Neonazi-Szene von knapp 3.000 im Jahr 1990 auf über 12.000 im Jahr 2000 nicht verhindern. Die Kader waren bisher immer in der Lage Auffangstrukturen zu bilden. Die NPD begann schon rechtzeitig, sich um solche Strukturen zu bemühen.

Auf dem Landesparteitag der NPD im April 2001 wurden mit Maik Spiegelmacher, Stefan Köster und Manuel Hertzen drei NPDler in den Landesvorstand gewählt, die keinerlei Berührungspunkte zur militanten Neonazi-Szene haben. Der Landesvorsitzende und Neonazi-Anwalt Hans-Günter Eisenecker sprach davon, dass die Partei ihre Arbeit mit politischen Kleingruppen wie Bürger- und Schülerinitiativen verstärken solle. Diese Absichtserklärung deckt sich mit dem NPD-Konzeptpapier: *Schafft befreite Zonen* und den Verhaltensvorschriften *Der Kampf wird härter*. Darin werden die Mitglieder dazu aufgerufen, sich seriös zu geben, um BürgerInnen für ihre rassistischen Ansichten zu gewinnen und

sich eigene, wirtschaftlich unabhängige Strukturen aufzubauen. Klar ist, dass ein Sammelsurium von Bürgerinitiativen mit scheinbar harmlos und demokratisch klingenden Namen zum Konzept der Neonazis gehört. Auch wenn die Initiativen formal von der Partei unabhängig sind, wurden sie von führenden NPD-Kadern geplant und sind in Mecklenburg-Vorpommern schon in die Praxis umgesetzt. Die Vorbereitungen auf ein mögliches Parteiverbot sind also nicht zu übersehen.

Ein Verbot der NPD hätte für die Neonazis zwei gravierende Konsequenzen. Zum einen könnten sie unter dem Deckmantel einer Wahlpartei keine Demonstrationen mehr durchführen, was die Verbote solcher Veranstaltungen erleichtern könnte. Zum anderen verlieren sie einen Großteil ihrer finanziellen Einnahmen, da die staatliche Parteienförderung – 1998 waren es 587.116 DM (AIB, Nr. 52) – wegfällt. Einen tatsächlichen Ersatz für die NPD können auch die geschulten Neonazi-Kader nicht so schnell hervorbringen. Eine mögliche Option wäre aber ein verstärktes Engagement im Bündnis Rechts. Das ursprünglich lokale Lübecker Bündnis hat inzwischen Landesverbände in Hamburg, Bayern, Bran-

denburg, Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg gegründet. In diesen arbeiten bereits »Freie Kameraden« und NPDler zusammen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass ein Verbot der NPD dazu führen würde, den organisierten Neonazis den legalen Rückzugsraum zu nehmen. Jedoch ist es nicht das Parteigewand, welches menschenverachtende Parolen skandiert, sondern es sind die Kader, die bisher mit jedem Verbot umzugehen wussten. Ein Verbot ist nie ein Zeichen von Stärke. Solange sich die etablierten Parteien und die bürgerliche Gesellschaft nur an der Gewalt der rechten Skinheads stoßen, sich aber nicht von den politischen Inhalten der Rechten distanzieren können oder wollen, werden die Neonazis weiteren Zulauf bekommen. ■

literatur zum vertiefen und weiter- lesen

■ Bücher

Adorno, Theodor W.: **Eingriffe. Neun Kritische Modelle.** Frankfurt/M., 1963

Adorno, Theodor W.: **Minima Moralia.** Frankfurt/M., 1951

Buderus, Andreas: **Fünf Jahre Glatzpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik.** Bonn, 1998

Enderwitz, Ulrich: **Antisemitismus und Volksstaat: zur Pathologie kapitalistischer Krisenbewältigung.** Freiburg im Br., 1998

Gille, Martina; Krüger, Winfried (Hrsg.): **Unzufriedene Demokraten. Politische Einstellungen der 16–29-Jährigen im vereinigten Deutschland.** DJI-Jugendsurvey 2, Opladen, 2000

Gundlach, Christine (Hrsg.): **Ein bisschen anders bleibt man immer. Jüdische Zuwanderer in Mecklenburg-Vorpommern.** (Schriften aus dem Max-Samuel-Haus, 2), Schwerin, 2000

Held, Josef; Horn, Hans-Werner; Leiprecht, Rudolf; Marvakis, Athanasios: **Du musst so handeln, dass du Gewinn machst. Empirische Untersuchungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer.** DISS-Text Nr. 18, Duisburg, 1992

Heldt, Ursula in: Dünkel, Frieder; Geng, Bernd (Hrsg.): **Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Bestandsaufnahme und Interventionsstrategien.** München-gladbach, 1999

Horvath, Ödön von: **Jugend ohne Gott.** Amsterdam, 1937

Jaschke, Hans-Gerd: **Arbeitslosigkeit, Gewaltbereitschaft und Zuwanderung – Erfolgsbedingungen des Rechtsextremismus?** In: Widmann, Peter; Erb, Rainer; Benz, Wolfgang (Hrsg.): **Gewalt ohne Ausweg?** Strategien gegen Rechtsextremismus und Jugendgewalt in Berlin und Brandenburg, Berlin, 1999

Klemperer, Victor: **LTI (Lingua Tertii Imperii). Notizbuch eines Philologen.** Leipzig, 1975

Kurz, Robert; Lohoff, Ernst u.a.: **Rosemaries Babies. Die Demokratie und ihre Rechtsradikalen.** Bad Honnef, 1993

Lempa: **Der Lärm der Ungewollten. Psychoanalytische Erkundungen zu Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und politischem Extremismus.** Göttingen, 2001

Mecklenburg, Jens (Hg.): **Handbuch Deutscher Rechtsextremismus.** Berlin, 1996

Postone, Moishe: **Nationalsozialismus und Antisemitismus. Ein theoretischer Versuch.** In: Kritik und Krise Nr. 4/5, Freiburg, 1991

Prozessbeobachtungsgruppe Guben (Hrsg.): **Nur ein Toter mehr ... Alltäglicher Rassismus in Deutschland und die Hetzjagd von Guben.** Münster, 2001

Rommelspacher, Birgit: **Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht.** Berlin, 1995

Rotermundt, Rainer: **Verkehrte Utopien. Nationalsozialismus – Neonazismus – Neue Barbarei.** Frankfurt/M., 1980

Schatz, Holger; Woeldike, Andrea: **Freiheit und Wahn deutscher Arbeit.** Hamburg/Münster, 2001

Schröder, Burkhard: **Nazis sind Pop.** Berlin, 2000

Schubart, Winfried; Stöss, Richard (Hrsg.): **Rechtsextremismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz.** Bonn, 2000

Searchlight; Antifaschistisches Infoblatt; Enough is enough; rat (Hrsg.): **White Noise. Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene.** Hamburg/Münster, 2001

Stöss, Richard: **Rechtsextremismus im vereinten Deutschland.** Berlin, 2000

Theweleit, Klaus: **Männerphantasien.** (2 Bände) Frankfurt/M., 1980

Wawerzinek, Peter: **Sperrzone reines Deutschland;** Berlin, 2001

adressen

MigrantInnen in

Mecklenburg-Vorpommern

Flüchtlingsrat Mecklenburg-Vorpommern
Körnerstraße 17, Postfach 110229
19002 Schwerin
Tel: 0385 / 58157-90, Fax: -91
flue-rat.m-v@t-online.de

Russisches Media- & Kulturzentrum Natascha
Baustraße 30, 23966 Wismar
Tel/Fax: 03841 / 288389
nataschaz@debitel.net

ABI e.V.
Afrikanische Bürgerinitiative
Waldemarstraße 33, 18057 Rostock
Tel: 0381 / 7686439

Diên Hồng, Gemeinsam unter einem Dach e.V.
Projektbüro
Waldemarstraße 33, 18057 Rostock
Tel: 0381 / 7698305 Fax: 0381 / 7689971

Talide e.V.
Lateinamerika-Werkstatt für Forschung
und Entwicklung
Waldemarstraße 33, 18057 Rostock
Tel/Fax: 0381 / 2003028

Union des ressortissants togolais dans le Mecklenburg-Vorpommern U.R.T.M. e.V.
(Union der togolesischen Staatsbürger in Mecklenburg-Vorpommern)
Waldemarstraße 33, 18057 Rostock
Tel: 0381 / 4443232, Fax: 0381 / 4591001

Ausländerbeirat der Hansestadt Rostock
Waldemarstraße 33, 18107 Rostock
Tel/Fax: 0381 / 4591001

AsylbewerberInnenhaus Ökohaus e.V.
Satower Straße 129/130, 18059 Rostock
Tel: 0381 / 44446-90, Fax: -98
asyl@oekohaus-rostock.de

Integrationsprojekt IGEL Ökohaus e.V. Rostock
Waldemarstraße 32, 18057 Rostock
Tel: 0381 / 2014750

Psychosoziales Zentrum für ausländische Flüchtlinge im Diakonischen Werk Greifswald
PF 3131, 17489 Greifswald
Tel: 03834 / 8761150, Fax: 03834 / 799273
pszev@t-online.de

Jugendarbeit zwischen Erwartungsdruck und Ohnmacht

Horizonte – Verein für Konfliktbewältigung
Fleischmannstraße 6, 17489 Greifswald
Tel: 03834 / 883499
info@horizonte-mv
www.horizonte-mv.de

Jugendprojekt E-WERK im Unternehmen Sassnitz e.V.
Stubbenkammerstraße 6/7
18546 Sassnitz auf Rügen
Tel: 038392 / 66-30, Fax: -310
info@ewerk-sassnitz.de
peter.kordes@ewerk-sassnitz.de

Toleranz-Portal im Unternehmen Sassnitz e.V. (Internet-Portal gegen Rechtsextremismus)
Hafenstraße 12c, 18546 Sassnitz
Tel: 038392 / 639-85, Fax: -92
www.toleranz-portal.de
www.gewalt-ig.de

Projektstelle für Interkulturelle Pädagogik beim TPI der Pommerschen Evangelischen Kirche
Karl-Marx-Platz 15, 17489 Greifswald
Tel: 03834 / 8963-15, Fax: -18

Spartaküß – Modellprojekt für sozial stark benachteiligte Jugendliche
Hannes-Meyer-Platz 13, 18146 Rostock
Tel: 0381 / 695523, Fax: 0381 / 6092728
spartakusz@aol.com

Regionale Arbeitsstellen für Jugendhilfe, Schule und interkulturelle Arbeit Mecklenburg-Vorpommern e. V. (RAA)
Lange Straße 17, 17192 Waren (Müritze)
Tel: 03991 / 6670-42, Fax: -43
ch.utpate@raa-mv.de
www.raa-mv.de

RAA Schwerin
Körnerstraße 17, 19055 Schwerin
Tel: 0385 / 563030

RAA Rostock
Wendenstraße 7, 18055 Rostock
Tel/Fax: 0381 / 4591002
www.people.freenet.de/RAA-Rostock/

RAA Güstrow
John Brinkhman Straße 4, 18273 Güstrow
Tel: 0384 / 3685293

Landesinstitut für Schule und Ausbildung Mecklenburg-Vorpommern (L.I.S.A.)
Ellerried 5, 19061 Schwerin
Tel: 0385 / 760170
lisa.mv@t-online.de
www.bildung-mv.de/partner/lisa/zentrale-00.htm

Aktivitäten gegen Rechts

1. Netzwerke und Bündnisse

Bürgerinitiative Bunt statt Braun e.V.
Schillerplatz 10
18055 Rostock
post@buntstattbraun.de
www.bunt-statt-braun.de

Bunt statt Braun, Anklam
bunt_statt_braun@hotmail.com

Buntes Mecklenburg-Vorpommern
Landesweites Netz, Gründung im März 2001 in Rostock, initiiert von Bürgerinitiative Bunt statt Braun e.V. und Für Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern e.V. (erreichbar über Bunt statt Braun und Demokratie und Toleranz)

Netzwerk für Demokratie, Menschlichkeit und Toleranz in Wismar
c/o ev. - methodistische Gemeinde
Turnplatz 4a
23966 Wismar

Netzwerk Schwerin für Demokratie und Toleranz
(erreichbar über Demokratie und Toleranz in Schwerin)

Für Demokratie und Toleranz Mecklenburg-Vorpommern e.V.
Eckdrift 83
19061 Schwerin
Tel: 0385 / 6383227, Fax: 0385 / 6383202
mail@demokratie-toleranz.de

Regionalzentren

Greifswald
Schützenstr. 9, 17489 Greifswald
Tel: 03834 / 855680 u. 855681
Fax: 03834 / 508447

■ Zeitschriften und Broschüren

Bulletin. Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur, Berlin, Jahrgänge 1998-2000

Cilip. Bürgerrechte & Polizei, Nr. 68, Berlin, 1/2001

Der Bürgerbeauftragte des Landes Mecklenburg-Vorpommern in Kooperation mit der Hansestadt Rostock und Diên Hồng – Gemeinsam unter einem Dach e.V. (Hrsg.): **Das Leben ist bunt.** Interkulturelle Arbeit in Mecklenburg-Vorpommern. Rostock, 2000 (2)

Hinter den Kulissen. Faschistische Aktivitäten in Brandenburg – Update 99. Potsdam, 1999

LAGA (Landesarbeitsgemeinschaft der kommunalen Migrantenvertretungen in Nordrhein-Westfalen): **Themen der Rechten – Themen der Mitte.** Rechtsextreme Einflüsse auf Debatten zu Migration, Integration und multikulturellem Zusammenleben. Düsseldorf, 2001

Norddeutsche Antifagruppen (Hg.): **Rosen auf den Weg gestreut.** Kritik an der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen. 5. Auflage, Hamburg, 2001

■ Studien

Dünkel, Frieder; Geng, Bernd; Kunkat, Angela: **Einstellungen und Orientierungen zu Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt in Mecklenburg-Vorpommern.** (ohne Ort, als PDF-Datei im Internet), 2001

ECRI (European Commission against Racism and Intolerance/Commission européenne contre le racisme et l'intolérance): **Second report on Germany, adopted on 15 December 2000.** Second rapport sur l'Allemagne, adopté le 15 décembre 2000. Strasbourg, 3. Juli 2001

Heitmeyer, Wilhelm: **Die Bielefelder Rechts-extremismus-Studie.** Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher. Weinheim; München, 1992

Wetzels, Peter; Mecklenburg, Eberhard; Wilmers, Nicola; Enzmann, Dirk; Pfeiffer, Christian: **Gewalterfahrungen, Schul-schwänzen und delinquentes Verhalten Jugendlicher in Rostock.** Abschlussbericht über die Ergebnisse einer repräsentativen Befragung von Schülerinnen und Schülern der 9. Jahrgangsstufe. Ohne Ort, 2000

■ periodisch erscheinende antifaschistische Zeitschriften

Likedeeler
c/o jugendmedien e.V.
Lange Straße 14 a
17489 Greifswald
www.likedeeler-online.de

Zypress
Postfach 10 13 28
17019 Neubrandenburg
initiative-loewenzahn@t-online.de

Der Rechte Rand
Postfach 1324
30013 Hannover
Fax: 0511 – 3360221
redaktion@der-rechte-rand.de
www.der-rechte-rand.de

blick nach rechts
Redaktion
Stresemannstr. 30
10963 Berlin
Tel: 030 – 25594 –174 Fax: -499

Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustr. 2 A
10961 Berlin
Tel: 030 – 6946795
aib@mail.nadir.org

Enough is enough
c/o Schwarzmark
Kleiner Schäferkamp 46
20357 Hamburg

■ Verwaltungsstellen

IGM Neubrandenburg
Tilly-Schanzen-Straße 17
17033 Neubrandenburg
Tel: 0395 / 581920, Fax: 0395 / 5819230
neubrandenburg@igmetall.de

IGM Rostock
August-Bebel-Straße 89, 18055 Rostock
Tel: 0381 / 49779-50, Fax: -59
Rostock@igmetall.de

IGM Schwerin
Eckdrift 63, 19061 Schwerin
Tel: 0385 / 6383130, Fax: 0385 / 6383149
Schwerin@igmetall.de

IGM Stralsund
Alter Markt 4, 18439 Stralsund
Tel: 0383 / 129765255, Fax: /1292353
Stralsund@igmetall.de

DGB Landesbezirk Nord
Besenbinderhof 60, 20097 Hamburg
Tel: 040 / 28582-25, Fax: -09

DGB-Jugend Nord
c/o **DGB Kreis Schwerin**
Eckdrift 83, 19061 Schwerin
Tel: 0385 / 6383210
Jugend.Nord@DGB.de

DGB Kreis Neubrandenburg
Tilly-Schanzen-Straße 17
17033 Neubrandenburg
Tel: 0395 / 58101-17, Fax: -21

DGB Kreis Rostock
August-Bebel-Straße 89, 18055 Rostock
Tel: 0381 / 49779-10 Fax: -99

DGB Kreis Rostock
Zweigstelle Güstrow
Schweriner Straße 29, 18273 Güstrow
Tel: 03843 / 682-302 Fax: -266

DGB Kreis Stralsund
Zweigstelle Greifswald
Hafenstraße 32, 17489 Greifswald
Tel: 0383 / 4508446
Fax: 0383 / 508447

■ Internetadressen

www.mv-regierung.de

www.proasyl.de

www.zdk-berlin.de

www.bunt-statt-braun.de

www.uni-marburg.de/dir

www.nazis-im-internet.de

www.antifa.net

www.burks.de/nazis.html

www.exit-deutschland.de

www.linkslang.de

Neubrandenburg

Tilly-Schanzen-Str. 17
17033 Neubrandenburg
Tel: 0395 / 5708169 u. 5708174
Fax: 0395 / 5810121

Rostock

August-Bebel-Str. 89, 18055 Rostock
Tel: 0381 / 4977-913, Fax: -999

Antifaschistisches Jugendbündnis Rostock (AJUB)

Infotelefon: 0381 / 4583581
ajubrostock@web.de

2. Vereine und Initiativen

■ Landesweite Opferberatung, Beistand und Information für Betroffene rechter Gewalt in M-V (LOBBI)

LOBBI Wismar

c/o Arbeiterwohlfahrt
Erich-Weinert-Promenade 2,
23966 Wismar
Tel: 0384 / 13343-53 Fax: -54

LOBBI Rostock

Budapesterstraße 16, 18057 Rostock
Tel: 0381 / 20093-77 Fax: -78

LOBBI Neubrandenburg

Johannesstraße 12a
17034 Neubrandenburg
Tel: 0395 / 45507-18 Fax: -20
mail@lobbi-mv.de

■ Mobiles Beratungsteam für demokratische Kultur (mbt)

Landesbüro

Lange Straße 17, 17192 Waren (Müritz)
Tel: 03991 / 635970, Fax: 03991 / 667043
mbt-mv@raa-mv.de

mbt Regionalbüro Greifswald

Fleischmannstraße 6, 17489 Greifswald
Tel: 01607 / 474029
mbt-greifswald@raa-mv.de

mbt Regionalbüro Schwerin

Dr. Külz Straße 3, 19053 Schwerin
Tel: 0385 / 77786-91, Fax: -92
mbt-schwerin@raa-mv.de

mbt Regionalbüro Waren

Strandstraße 3, 17192 Waren (Müritz)
Tel: 03991 / 635971, Fax: 03991 / 667043
mbt-waren@raa-mv.de

Mobiles Beratungsteam für Demokratieentwicklung und Extremismusverhütung Evangelische Akademie

Am Ziegenmarkt 4, 18055 Rostock
Tel: 0381 / 2522430, Fax: 0381 / 2522459
mbt@ev-akademie-mv.de

3. Politische und kulturelle Zentren und Initiativen

Tikozigalpa

Dr.-Leber-Straße 38, 23966 Wismar
Tel: 03841 / 288219
tikozigalpa@hotmail.com
www.tikozigalpa.de

Kulturkosmos Müritzsee e.V.

Veranstalter des U.Site Fusion-Festivals
www.fusion-festival.de
mail@u-site.de

Alternatives Wohnen in Rostock (AWIRO) und Alternatives Kommunikationszentrum

Niklotstraße 5-6, 18057 Rostock
www.aviro@gmx.de
www.il-rostock@web.de

Antifa Schwerin

Postfach 110965
19009 Schwerin

Antifa Rostock

www.antifa-hro@lycos.com

4. Gewerkschaften

IG Metall – Bezirksleitung Küste

Kurt-Schumacher-Allee 10
20097 Hamburg
Tel: 040 / 2800900

■ Bildungsarbeit

Arbeit und Leben Rostock e.V.

August-Bebel-Straße 89, 18055 Rostock
Tel: 0381 / 49779 -12 / -14
Fax: 0381/4977999
aul.rostock@gmx.de

Landesjugendring

Goethestraße 75, 19053 Schwerin
Tel: 0385 / 712275 Fax: 0385 / 712115
ljr@inmv.de

Rostocker Offener Kanal

Grubenstr./Molkenstr., 18055 Rostock
Fax: 0381 / 4919899
www.rok-tv.de

■ Stiftungen und Förderprogramme

Service-Stelle Civitas

c/o **Stiftung Demokratische Jugend**
Grünberger Straße 54, 10245 Berlin
Tel/Fax: 030 / 29771860
civitas@jugendstiftung.org

Deutsche Kinder- und Jugendstiftung

Chausseestraße 29, 10115 Berlin
Tel: 030 / 2807000 Fax: 030 / 2832202
info@dkjs.de

Amadeu Antonio Stiftung

Chausseestraße 29, 10115 Berlin
Tel: 030 / 24045100 Fax: 030 / 24045509
info@amadeu-antonio-stiftung.de

Otto Brenner Stiftung

Alte Jakobstraße 149
10969 Berlin
Tel: 030 / 25396-0 Fax: -11
obs@igmetall.de
www.otto-brenner-stiftung.de

argumente

netzwerk antirassistischer bildung e.V.

informationen bildungsarbeit erfahrungsaustausch vernetzung

argumente Antirassistisches und antifaschistisches Engagement braucht Informationen, Bildungsarbeit, Erfahrungsaustausch und Vernetzung. In den letzten zehn Jahren sind viele Initiativen gegen Rechtsextremismus, gegen die alltägliche rassistische Ausgrenzung von Flüchtlingen und Migrantinnen und für eine nicht-rechte, alternative Kulturarbeit entstanden. Der Verein »argumente – Netzwerk antirassistischer Bildung« will diese Initiativen stärken und ihnen für ihre Arbeit Informationen zur Verfügung stellen.

wer wir sind argumente ist ein Zusammenschluss von Projekten und Einzelpersonen aus Ost- und Westdeutschland, die teilweise seit über zehn Jahren in antifaschistischer Bildungs- und Informationsarbeit aktiv sind. Wir bieten Veranstaltungen, Workshops und Seminare zu Entwicklungen in der rechtsextremen Szene, zur rechten Unterwanderung von Jugendkulturen an und wollen mit unserer Bildungsarbeit antirassistische und antifaschistische Perspektiven entwickeln und fördern. Das Ergebnis der Zusammenarbeit dieser Projekte sind u.a. die Buchveröffentlichungen »White Noise – Rechts-Rock, Skinhead-Musik, Blood & Honour – Einblicke in die internationale Neonazi-Musik-Szene« und »Ästhetische Mobilmachung – Dark-Wave, Neofolk und Industrial im Spannungsfeld rechter Ideologien« (rat/UNRAST-Verlag).

argumente e.V. · lausitzerstraße 10 · 10999 berlin · T/F 030.61 07 64 68

mail@argumente-netzwerk.de · infoMV@argumente-netzwerk.de · www.argumente-netzwerk.de

:Rassismus



In den frühen Morgenstunden des 13. Februar 1999 wird der Algerier Farid Guendoul im brandenburgischen Guben von einer Meute Neonazis in den Tod gehetzt – nur ein Toter mehr auf der Liste der Opfer rassistischer Gewalt, die seit der Wiedervereinigung unaufhaltsam anwächst?

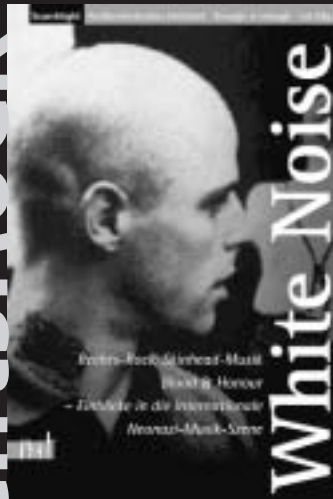
Das Buch ist eine Sammlung von Reportagen, Analysen und Interviews, die die Situation in Guben vor und nach der Tat skizzieren. Es ist ein Resultat der mehr als zweijährigen Arbeit der AutorInnen, in der sie die überlebenden Opfer der

Hetzjagd und die Familie und Freunde von Farid Guendoul unterstützten, den Prozess gegen die elf Täter verfolgten und sich immer wieder in die lokale Politik einmischten.

Was hier am Beispiel Gubens geschildert wird, steht stellvertretend für viele Städte in Deutschland, in denen eine rassistische Dominanzkultur nicht nur mordbereite Neonazis reproduziert, sondern vom Mainstream einer gesellschaftlichen Mitte getragen wird.

ISBN 3-89771-806-5
172 Seiten · 10 €

:RechtsRock



White Noise, die Musik der Neonazis, ist nicht allein der »kulturelle Ausdruck« einer neonazistischen Bewegung. Sie ist zugleich Business mit Millionengewinnen und rassistische Hetze in brutalster Form. Sie steht für internationale Zusammenarbeit gegen Einfuhr- und Verkaufsverbote indizierter Musik und ist nicht zuletzt Identifikationsstifter zur Bindung an neonazistische Ideologie.

Jedes Jahr werden hunderttausende CDs neonazistischer Bands über und unter den Ladentischen verkauft, Konzerte dieser Bands finden bis zu 2.000 Zuhörer, selten Zuhörerinnen, für neonazistische Organisationen

und Parteien ist White Noise Einnahmequelle und Propaganda zugleich.

Das Buch beschreibt Bands und Musiknetzwerke der militanten Neonazis – vor allem die in den letzten Jahren erstarkte Blood & Honour-Struktur – in verschiedenen europäischen Ländern und den USA. Die Autoren ordnen sie einer geschichtlichen Entwicklung zu und erläutern, wie sich neonazistische Organisationen und Parteien der Musik bedienen, um neue Mitglieder zu werben und eine ganze Jugendbewegung in das Netzwerk ihrer Aktivitäten zu integrieren.

In dieser überarbeiteten Auflage wird auf das Verbot der deutschen Blood & Honour-Sektion vom 14. September 2000 durch das Bundesinnenministerium eingegangen und die Wirkungslosigkeit der Umsetzung beleuchtet.

ISBN 3-89771-807-3
172 Seiten · 12,50 €

